# *image* not available









## Gemeinde-Ordnung

vom 23fien October 1834,

fur bie

## Städte und die Landgemeinden Rurhessens,

nebft ben

zur Erläuterung und Vollziehung derselben ergangenen Berfügungen bes Ministeriums bes Innern.



Caffel, 1837.

Drud und Berlag bes reformirten Baifenhaufes.

G.n. 14568

Bayerische Staatsbibliothek Mändhen



### Uebersicht des Inhaltes.

| 1 bis 8.                   |             |
|----------------------------|-------------|
|                            | 9 bis 19.   |
|                            | 20 bis 34.  |
|                            |             |
| 36 bis 58.                 |             |
|                            | 59 bis 66.  |
| 67 bis 91.                 |             |
|                            |             |
|                            | 92 bis 105. |
| 02 010 100.<br>106 his 108 |             |
|                            |             |

#### A DE NE CON IN SECURI



Von Gottes Enaden Wir Friedrich Wilhelm, Kurprinz und Mitregent von Hessen, Erbgroßherzog von Fulda, Fürst zu Herdseld, Hanau, Friglar und Isenburg, Graf zu Cahenelnbogen, Dieh, Ziegenhain, Nidda und Schaumburg 2c. 2c.

haben, in Bollziehung bes S. 42 ber Berfaffungs-Urkunde, nach Unborung Unferes Gefammt = Staatsministeriums und mit Zustimmung ber getreuen Landstande, folgendes Gefet erlaffen.

#### Titel I.

Von dem Erundlagen der Gemeindeverfassung und von dem Umfange der Gemeinden.

#### §. 1.

Unterschied zwifchen Stadten und gandgemeinden.

In sofern dieses Geset einen Unterschied zwischen Stadten und Landgemeinden nicht ausdrudlich festsett, gilt bessen Inhalt fur beibe Arten von Ortsgemeinden.

Mis Stadte find die Orte anzusehen, welche im J. 63, Mr. 10, der Berfassungs-Urkunde genannt sind, sowie ferner diejenigen Orte, welche kunftig zu Stadten von Uns mit Zustimmung der Landskande werden erklart werden.

#### §. 2.

Grundlagen ber Gemeindeverfaffung.

Die Berfassung ber Gemeinben beruhet auf gegenwartigem Gefetze und auf ben Statuten, welche etwa fur einzelne Gemeinben auf bie im nachfolgenden S. 3 bestimmte Beise gu Stande kommen werben.

## §. 3. Errichtung ber Statuten.

Der Borschlag zu ben Statuten, b. h. zu ben Bestimmungen, welche neben diesem Gesetze eine bleibende Richtschnur für die Behandlung der Angelegenheiten einer einzelnen Gemeinde bilden sollen, sowie demnächst zu Abanderungen und Ergänzungen der Statuten, kann sowohl von dem Gemeinderathe, als von dem Gemeinde-Ausschusse, und ebenso von der, die Gemeindeverwaltung beaufsichtigenden Behörde ausgehen. Sobald der Entwurf von dem Gemeinderathe und dem Gemeinde-Ausschusse angenommen ist, muß derselbe zur öffentslichen Kenntniß in der Gemeinde gebracht werden, um binnen den nächsten zwei Monaten die Erinnerungen zu vernehmen, welche Einzelne oder gewisse Klassen von Gemeindegliedern dagegen zu machen sinden.

Auch muß, in sofern an besonderen Rechtsverhaltnissen etwas geandert werden soll, noch die Zustimmung der Betheisligten, oder ihrer gesetzlichen oder dazu insonderheit erwählten Bertreter erwirkt werden. Gultigkeit erlangen die Statuten, sowie deren Abanderungen und Nachtrage, nach erklärter Annahme von Seiten des Gemeinderathes und des Gemeindes Ausschusses, erst durch die Bestätigung der Provinzial-Regierung, und zwar was die Hauptstädte betrifft mit hinzutretender Genehmigung Unseres Ministeriums des Innern a).

a) Nr. 4488 Pr. b. J. Die Direction ber Leih = und Commerz= bank hierfelbst außert sich gutachtlich über bie Statuten einer zu N. zu errichtenben Leihbank.

Befchluß vom 26ften Mai 1836:

Der Regierung in N. werden die Bemerkungen ber Direction ber hiefigen Leihbant zu bem, mittelft Berichtes vom 14ten Upril v. J. eingereichten, Entwurfe ber Statuten zu bem bortfelbst zu errichtenden Leibhause und ber bamit zu verbindenben Sparkaffe mit bem hinzufugen zugefertigt, bag bie zu grunbende Unftalt, als ortliche Ginrichtung, nach §. 71 der Gemeinde= Ordnung ju betrachten und bemgemäß zu verwalten fenn murbe, daß bei Errichtung ber Statuten ber §. 3 bes angezogenen Befetes zur Richtschnur zu nehmen fen, babei jedoch bie hochfte Sanction wegen ber, jum Bestehen ber Anstalt erforberlichen Dispensation von der Borschrift ber Berordnung vom 20ften Februar 1821 vorbehalten und vorausgefest merbe, bag bie Stadt zur Dedung etwaiger Berlufte, welche in feinem Falle bem Urmenfonds zur Laft fallen konnten, fich ausbrucklich verbindlich erklare, bag hiernach bas Rothige einzuleiten und darauf bingumirten fey, daß mit thunlichfter Befchleunigung verfahren werbe, bamit bas erfehnte Inflitut moglichft balb ins Leben treten konne.

Rr. 1864 Pr. b. J. Die Regierung ju N. berichtet wegen mehrerer Unfragen bes Burgermeifters ju N.

Befchluß vom 7ten Upril 1836:

Wegen bes Betrags bes zu erhebenden Einzugsgelds wird zwar die Ansicht der Regierung gebilligt, jedoch bemerkt, daß die statutarische Festsehung des Einzugsgeldes nicht etwa auf die Regulirung anderer, durch Statuten zu erledigenden Punkte ausgesest zu bleiben braucht, sondern daß es keinen Anskand hat, nach Einhaltung der im §. 3 der Gemeinde Dronung vorgeschriebenen zweimonatlichen Frist, das Statut über diese Angelegenheit allein zu bestätigen.

#### §. 4.

#### Umfang ber Gemeinben.

Jebe Stadt, jeder Marktslecken und jedes Dorf bildet mit allen in der Gemarkung liegenden Wohnstatten der Regel nach eine (Orts=) Gemeinde.

Mue Liegenschaften, welche sich innerhalb eines Ottes befinben, sowie die Häuser und Hofraiden, welche mit demselben
in unmittelbarem Zusammenhange stehen, und etwa bisher
einer anderen Gemeinde angehört haben, sollen dem Gemeindeverbande jenes Ortes zugewiesen werden. Auch kann
sonst noch da, wo verschiedene Gemarkungen sich gegenseitig
auf eine den Umständen nicht gehörig zusagende Weise
begrenzen, eine angemessenere Abgrenzung ohne Beeintrachtigung besonderer Rechtsverhältnisse angeordnet werden.

Reine Beränderung in ber gegenwärtigen Bildung und Busammensegung ber (Orte :) Gemeinden barf ohne Unsere landesherrliche Genehmigung Statt finden.

#### §. 5.

Befonderes Berhaltniß der nicht in ber Gemarkung einer Gemeinde liegenden Guter, Maldungen zc.

Einzelne Gebäube und Grundstücke jeder Art, mit Einsichluß ber Domanen und Ritter Guter, ber Staats und anderer Balbungen, welche bisher nicht in der Gemarkung einer Gemeinde begriffen waren, werden von Uns derjenigen Gemeinde, zu welcher dieselben sich nach den Berhaltnissen am besten eignen, und unter thunlichster Berücksichtigung der Bunsche der Betheiligten, in Ansehung der drtlichen Berwaltung einverleibt werden.

Auch konnen bewohnte, einzeln liegende großere Anlagen, Werke oder Gofe in so fern und auf so lange, als daselbst die Erfordernisse einer tuchtigen Ortsverwaltung vorhanden sind, und zwar wenn sie nicht dem Staate selbst angehoren, nach dem begründeten Bunsche ihrer Besiger, den Gemeinden rücksichtlich der ortlichen Verwaltung gleichgestellt oder zu einer Gemeinde vereinigt werden a).

In jedem Falle durfen fur die in Waldungen oder sonst vom Orte sehr entlegenen Wohnstätten einzelne Geschäfte der Ortsverwaltung nach Vorschrift der Provinzial-Regierung den dazu nach Wohnungs = und anderen Verhaltniffen am besten geeigneten Personen anvertrauet werden.

Das Berhaltniß ber Ritterguter und ber ehemals abelichen geschloffenen Freiguter, sowie ber fonftigen einzelnen Buter, Bofe, Baufer, Mublen u. f. w., wenn folche mit einer Gemeinde vereinigt werben, ju berfelben, foll namentlich in Unsehung ihrer Theilnahme an ben Bortheilen und Laften bes Gemeinde-Berbandes, nach Unhorung ber Betheiligten, falls fie nicht lediglich bei bem Inhalte bes gegenwartigen Gefetes fich beruhigen wollen, auf die im G. 3 bestimmte Beife, und amar, mas die obgedachten Ritter = und Freiauter betrifft, in Gemasheit bes G. 47 ber Berfaffungs= Urkunde, genau festgeset werden. Die Bermaltungsbehorbe hat zu diesem 3mede wo moglich eine Uebereinkunft unter benfelben zu vermitteln. Burbe folche nicht zu Stande kommen; fo hat die Regierung ber Proving mit forgfältiger Beachtung ber mohlerworbenen Rechte bes einen ober anderen Theile, und foweit bergleichen nicht im Wege fteben, nach Dasgabe ber einschlägigen Beftimmungen biefes Gefetes bie nothige Unordnung zu erlaffen. Beiben Theilen bleibt jedoch bie Befchwerdeführung bei Unferem Minifterium bes Innern. und in ben Kallen, mo uber die vorhandenen Rechtsverhaltniffe Streit entstehen follte, ber Rechtsweg offen.

a) Nr. 132 Pr. b. J. Höchster Beschluß, wodurch gnabigst genehmigt wird, daß die Gitter N. und N., im Kreise N., hinsichtlich der ortlichen Verwaltung einer Gemeinde gleichge= stellt werden.

Befdluß vom 9ten Januar 1837.

Der Regierung ju N. wird bavon mit bem Bemerken Rachricht gegeben, bag ein einzeln liegenber größerer Bof, welcher rucksichtlich ber örtlichen Berwaltung einer Gemeinde gleichgesstellt wird, in keiner Beise eine Berwaltung nach dem Zuschnitte erhalten soll, wie sie sur die Gemeinden vorgeschrieben ist, sondern daß es lediglich ersorderlich ist, einer Person daselbst die driliche Berwaltung zu übertragen, und darauf zu halten, daß dieselbe nach den Geseinen ausgeübt wird, daß mithin keinerlei Art von Gemeindebehörden, kein Bürgermeister und kein Vice-Bürgermeister bestellt wird, und es auf keines der Ersordernisse, welche für die Gemeinde-Aemter verlangt werz den, ankommt.

#### §. 6.

Mehrere Gemeinben an einem Orte.

Wenn an einem Orte ober innerhalb derfelben unzertrennlichen Gemarkung bisher zwei oder mehrere Gemeinden bestanden haben; so sollen diese zwar nur eine Gemeinde, unter einem und demselben Vorstande, Gemeinderathe und Ausschusse bilden, ihre besonderen Verhältnisse aber so lange abgesondert erhalten werden, bis eine andere Einrichtung auf die im §. 3 naher bestimmte Weise eingeführt wird.

#### §. 7.

Mus mehreren Ortichaften gufammengefette Gemeinben.

Mehrere Orte mit verschiedenen Gemarkungen, welche bisher zu einer Gemeinde vereinigt gewesen sind, konnen diese Berbindung fortsetzen, oder auch die Trennung und die Berleihung der Rechte besonderer Gemeinden in Anspruch nehmen, dieses jedoch nur, wenn ein jeder der bisher vereinigten Orte zur Bildung einer eigenen Gemeinde geeignet ift.

Alsbann barf die Trennung auch auf einseitiges Verlangen eines Ortes Statt finden. Wenn hierüber eine Bereinbarung, wozu die Verwaltungsbehorde mitzuwirken hat, nicht erfolgt; so soll der Trennung die vorläufige Auseinandersetzung der gemeinschaftlichen Verhältnisse, in so weit der Zweck sie nothig

macht, und abgesehen von besonderen Rugungsrechten und privatrechtlichen Berhaltnissen, vermöge einer von der Provinzial-Regierung zu treffenden Berfügung vorausgehen, bei
welcher es so lange verbleibt, bis ein Underes durch die etwa
in ihren Rechten sich beeinträchtigt haltende Gemeinde oder
Gemeinden gegen die widersprechende Gemeinde oder Gemeinben im Rechtswege erstritten seyn wird.

So lange indessen eine zusammengesette Gemeinde bestehet, muß in jedem der zu derselben gehörenden Orte, wo der Burgermeister für die gesammte Gemeinde-Verwaltung nicht wohnet, jedenfalls ein Beigeordneter (Nebenburgermeister) für einzelne Zweige der Ortspolizei, namentlich zur Erhaltung der Ruhe und Ordnung, vorhanden senn. Ferner kann auser dem, für die gemeinschaftlichen Angelegenheiten bestimmten, Gemeinderathe und Gemeinde-Ausschusse noch ein solcher für das gesonderte Interesse des einzelnen Ortes gebildet werden, falls nicht zu diesem Zwecke die im S. 37 erwähnten Gemeindeversammlungen genügen.

## §. 8.

Berbindung mehrerer Landgemeinden ju einem Burgermeifter= ober Beimaths=Begirte.

Landgemeinden können nach ihrem Wunsche, ober wenn es ihnen an Personen oder Mitteln für eine gute Ortsverwaltung sehlet, auf den Antrag der Regierung der Provinz, von Und zu einem Bürgermeister-Bezirke vereinigt werden, und zwar unter den geeigneten, dem dritten Absase des S. 7 und dem übrigen Inhalte gegenwärtigen Gesetzes möglichst entsprechenden, Bestimmungen, und unbeschadet der serner bestehenden Sonderung ihres Gemeindehaushaltes, soweit diese von allen oder einzelnen betheiligten Gemeinden gewünscht wird.

Ebenso können biese Gemeinden auf ihren gemeinsamen Bunsch zugleich zu einem gemeinschaftlichen heimathsbezirke in hinsicht auf die heimathsverhaltnisse der Gemeinde-Angehörigen und die damit zusammenhangenden Angelegen-heiten vereinigt werden.

### Titel II.

Von den Personen, welche die Gemeinde bilben.

#### Erfter Abschnitt.

Bon ber Gemeinde=Ungehorigfeit.

#### §. 9.

. Gemeinbe=Ungeborigteit.

Ein jeder Staats-Ungehorige — mit Ausnahme ber Glieder des kurfürstlichen Hauses, der kurhessischen Standesherren, sowie derjenigen Mitglieder der vormals unmittelbaren Reichsritterschaft, derjenigen Mitglieder der althessischen und Schaumburgschen Ritterschaft, und derjenigen im S. 16 des Landtags Abschiedes vom Jten März 1831 genannten adelichen Gutsbesiger in der Provinz Hanau, welche ein selbstständiges Heimathsrecht auf eigenem, wegen Lehens- oder Fideikommiß-Berbandes unveräuserlichen, Ritterzoder Stammgute oder Burgsige haben — muß zugleich einer Gemeinde angehoren, d. h. für seine Person und Familie in irgend einer Gemeinde ein Heimathsrecht (bleibendes Wohnrecht) mit dem Anspruche auf Benugung der Gemeinde-Anstalten haben.

#### Entftehung ber Gemeinbe: Ungeborigfeit.

Die Gemeinde Angehörigkeit, soweit sie nicht burch Aufnahme und Heirath (f. S. 16) erworben wird, ist angeboren ober Folge einer örtlichen Zutheilung (f. S. 5), einer Anstellung (f. S. 13 fg.), sowie einer persönlichen Zuweisung, nämlich für diejenigen, welche als heimathstos oder mit zweiselhaftem Heimathstrechte einer Gemeinde zufolge der Berordnung vom 29sten November 1823, insbesondere nach Masgabe des S. 8 derfelben, durch die Regierung der Propinz, oder bei einem deshalb zwischen verschiedenen Regierungen obwaltenden Zwiespalte durch Unser Ministerium des Innern zugewiesen werden.

#### §. 11.

Ungeborene Gemeinbe=Ungehörigfeit.

Alle ehelichen Kinder haben ber Regel nach das angeborne Seimatherecht in derjenigen Gemeinde, beren heimathsberechtigter Ungehöriger ihr Bater ift, oder falls er verstorben, zulest gewesen ift (vergl. S. 18).

Wenn nach eingetretener Chescheidung ober Trennung von Tisch und Bett auf immer die Mutter eine Heimath in einer anderen Gemeinde, als dem Wohnorte des Vaters erworben hat, so sind die bei der Mutter gebliebenen Kinder als Angehörige der Gemeinde anzusehen, deren heimathsberechtigte Angehörige ihre Mutter ist, oder falls sie verstroben, zulest gewesen ist.

Die geschiedenen oder verlaffenen Chefrauen, sowie bie Witwen konnen, so lange sie noch nicht ein selbstftandiges Sauswesen angefangen und ein Sahr hindurch geführt haben,

in bie Gemeinde= Angehorigkeit am fruheren Beimatheorte zurudtreten, wenn sie baselbst in bie elterliche Familie wieber aufgenommen werben.

## §. 12. Fortfegung.

Uneheliche Kinder haben die angeborene Gemeinde - Ungehorigfeit da, wo die Mutter heimathsberechtigte Ungehorige ift, oder falls sie verstorben, zulegt gewesen ist (vergl. ubrigens §. 18).

Mit nachfolgender Che ber Eltern treten die hierdurch legitimirten, bei benfelben lebenden, noch nicht stelbstståndigen Kinder in die Gemeinde-Ungehörigkeit von våterlicher Seite über.

#### §. 13.

Gemeinde=Ungehörigfeit ber Sof= und Staatsbiener.

Die Gemeinde - Angehörigkeit entsteht auch burch seste (bisinitive) Uebertragung einer Stelle im Hof - oder Civil - Staatsbienste — nicht durch Uebertragung einer bloßen Bor- bereitungs - oder Nebenstelle oder eines Dienstes auf Widerruf oder Kundigung — mit Einschluß der Stellen der fürstlich rotenburgischen, standesherrlichen und Patrimonial Beamten und Diener, der geistlichen Lemter und der Schulstellen, vom Tage des Berufs-Antrittes an in derjenigen Gemeinde, worin der Angestellte seinen Wohnsith hat a).

Im Falle einer Wohnungs-Veränderung wegen Versetung oder nach eingetretener Pensionirung oder Entlassung 2c. gehet mit erfolgtem Ueberzuge an einen Ort, wo der Penssionirte oder Entlassene die frühere Gemeinde Ungehörigkeit beibehalten oder die Aufnahme erlangt hat, die durch die Anstellung entstandene Gemeinde Angehörigkeit, verloren.

a) Rr. 7718 Pr. b. J. Die Regierung in Marburg fragt an, ob auslanbische Privat = Docenten bei ber Landes = Universität als Staats = Ungehorige zu betrachten feven.

Befchluß vom 24ften Muguft 1836.

Der Regierung wird eröffnet, daß so wenig die Sabilitirung zum Privat = Docenten, als die Bestellung zum Gehulfen bei einem academischen Institute, welche nur für ein oder einige Jahre erfolgt, die Rechte eines Unterthanen oder eines Gesmeinde = Ungehörigen (vergl. §. 13 der Gemeinde = Ordnung) verleihet.

#### §. 14.

Befondere Bestimmung uber bie Gemeinbe=Ungeho = rigfeit ber Militarperfonen.

Die Militarpersonen bleiben in dem Gemeinde Berbande, in welchem sie vor ihrem Eintritte in den Militardienst gestanden haben. Gehorten sie vorher keiner inlandischen Gemeinde an; so werden sie als Gemeindes Angehorige ihres letten Garnisons-Ortes a) betrachtet.

Unteroffiziere und Soldaten muffen jedenfalls vor ihrer Berehelichung ihre Gemeinde - Angehörigkeit durch Bescheinisgung des Gemeinderathes dem Beschlöhaber ihres Regiments oder Corps und sodann nebst bessen Heiraths-Konsens dem die Che - Anzeige aufnehmenden Gerichte, sowie dem die Trauung verrichtenden Geistlichen nachweisen.

Die bei der Militar-Berwaltung und bei den Militar-Gerichten angestellten Personen werden nach den namlichen Grundsagen, wie die Civil-Staatsbiener, behandelt.

a) Rr. 4748 Pr. b. J. Die Regierung zu N. trägt an auf Zuruckweisung ber Beschwerbe bes Regiments-Tambours N. N. vom Regiment N. wegen ber ihm verweigerten Ertheilung ber Erwerbssähigkeits - Bescheinigung.

Beschluß vom 11ten Juni 1836.

Der Regiments = Tambour N. ift mit feiner Unnahme zu bies= feltigen Militarbienften Unterthan geworben, wozu es nach §. 22

ber Gemeinbe-Debnung feiner vorherigen Buficherung ber Mufnahme jum Ortsburger ober Beifiger bedurfte. Er ift ferner nach f. 14, Sat 1 ber Gemeinde-Dronung Gemeinde-Ungeboriger gu N., weil N. bis jest fein letter Garnifonsort ift; er verliert aber biefe Gemeinde-Ungehörigkeit mit bem Bechfel ber Garnifon. Denn ber Musbrud : ,,letter Garni: fonsort" bedeutet, daß mit bem Bechfel ber Garnifon fur Militarpersonen, Die vor bem Dienft-Gintritt feiner inlandischen Gemeinde angehorten, auch bie Gemeinde-Ungehorigkeit wech= felt, und ift biefem Musbruck nicht bie von ber Regierung bei= gelegte Bebeutung ju geben, bag barunter ber lette Garni: fonsort bei bem Dienft: Mustritte zu verfteben fen, weil fonft bergleichen Militarpersonen mahrend ber Dienstzeit feine Gemeinde= Angehörigkeit haben murben, mas bem 6. 9 ber Gemeinbe-Dronung entgegen ift, ju beffen Musführung eben ber 6. 14, Sat 1 bienen foll, weil ferner fonft folden Militarperfonen bie Che verboten fenn murbe, und weil endlich ber 6. 14, Sat 1 von Militarperfonen im activen Dienste banbelt, wenn man aber annehmen wollte, daß fich ihre Gemeinde-Ungeborigfeit erft nach bem Mustritte aus bem Dienste entscheiden follte. fie bann nicht mehr Militars find.

Rr. 9652 Pr. b. J. Das Kriegs-Ministerium giebt einen Bericht bes Ober-Burgermeisters zu N, woburch berselbe um Nachricht bittet, ob die Gendarmen zu den Militarpersonen ober zu denen gehoren, welchen eine feste Stelle im Civils Staatsdienste übertragen ift, unter dem Unheimgeben anher ab, dem Ober-Burgermeister die gewunschte Benachrichtigung zugehen zu lassen.

Befchluß vom 22sten October 1836.

Die Regierung zu N. hat ben Ober-Burgermeister auf ben §. 2 ber Berordnung vom 29sten October 1834 zu verweisen, wornach es keinem gegrundeten Zweifel unterliegen kann, daß bei Bestimmung ber Gemeinde-Angehorigkeit der Gendarmen der §. 14 der Gemeinde-Ordnung in Anwendung zu bringen ift.

#### §. 15.

Befondere Bestimmung wegen ber Rinber ber Sofund Staatsbiener.

Die Kinder ber im S. 13 und im Schluffage bes S. 14 bezeichneten Sof = und Staatsdiener haben an bemjenigen

Orte die angeborne Gemeinde-Angehörigkeit, wo ihr Bater angestellt ist oder zulest war, oder sofern der Bater noch wirklich Ortsburger einer anderen Gemeinde ist oder zur Zeit seines Todes gewesen ist, auch in dieser Gemeinde.

#### §. 16.

Erwerb ber Gemeinde-Ungehörigfeit burch Aufnahme und burch Beirath.

Bei bem freiwilligen Ueberzuge in eine andere Gemeinde wird die Gemeinde-Angehörigkeit durch die Aufnahme zum Ortsburger ober Beisiger, von Frauenspersonen wird die selbe auch durch die heirath erworben.

#### §. 17.

Berluft ber Gemeinbe=Ungehorigteit.

Mit dem freiwilligen Ueberzuge in eine andere Gemeinde und nach daselbst erfolgter Aufnahme endigt die Gemeinde-Angehörigkeit, wenn nicht der Vorbehalt des Ortsburgerrechts durch den Gemeinderath ausdrücklich zugestanden worden ist (vergl. §. 30).

#### §. 18.

Ausbehnung ber Uebergugs: Berhaltniffe auf bie Rinber.

Der im Falle einen Ueberzugs eintretende Erwerb und Berluft der Gemeinde = Angehörigkeit erstreckt sich zugleich auf die noch nicht selbstständig gewordenen Kinder.

Bei bem Ueberzuge ber Eltern in eine andere Gemeinde behalten aber die Kinder, welche am bisherigen Wohnorte vermoge eigener Unterhaltsfähigkeit oder wegen eines ihnen zu Theil gewordenen ståndigen pflegelterlichen Berhaltniffes ferner verblieben sind, ihre basige Gemeinde Angehörigkeit. Dagegen sind Kinder, welche vor ihrem funfzehnten Sahre beide Eltern, oder ben Bater oder ihre ausereheliche Mutter verloren haben, und von einem Verwandten in aufsteigender Linie an einem anderen Orte zur Erziehung und weiteren Versorgung übernommen worden sind, als Familienglieder dieses Berwandten, und hiernach als Theilnehmer seiner Gemeinde-Angehörigkeit bergestalt zu betrachten, daß sie nach erlangter Vollährigkeit das Recht der Wahl zwischen beiden Wohnorten haben.

#### §. 19.

Mehrfache Gemeinde=Ungehörigfeit.

Bei vorhandener Angehörigkeit in mehreren Gemeinden giebt hinsichtlich der ganz persönlichen Berhältnisse in Rolslisson fällen der gegenwärtige oder gewöhnliche Bohnsig, oder wenn an einem Orte das Ortsbürgerrecht erworden worden ist, dieses, sowie die Ansässigkeit oder endlich die Rücksicht auf den an dem einen Orte vorhandenen, hingegen am anderen Orte mangelnden oder minder gesicherten Lebensunterhalt, den Ausschlag, sofern nicht die deshalbige Bestimmung dem eigenen Ermessen des gemeinschaftlichen Angehörigen ganz überlassen werden kann.

#### Zweiter Abschnitt.

Bon den Mitgliedern der Gemeinden.

§. 20.

Gemeinbeglieder überhaupt.

Seber Gemeinde = Ungehorige, welcher felbftftanbig ein Gefcaft betreiben, ober einen eigenen Saushalt fuhren, ober

heirathen will, ift verbunden, zuvor Mitglied ber Gemeinde zu werden, mit Ausnahme ber Hofdiener und ber im aktiven Dienste stehenden Militarpersonen.

Die Mitglieder ber Gemeinde find entweder Ortsburger, welchen das Recht zur Mitwirkung bei ben offentlichen Ungelegenheiten zustehet, oder Beisiger a).

a) Nr. 1622 Pr. b. J. Die Regierung zu N. berichtet über bie Frage zc.

2) ob auch Frauenspersonen Burgergelb zu entrichten haben.

Befchluß vom 24ften Februar 1836.

2) Der selbstständige Erwerb des Burgerrechtes durch eine Frauensperson und damit die Bezahlung des Burgergeldes ist nach den §. §. 20 und 26 (Eingang, vergl. §. 33) der Gemde. Ordn. ausgeschlossen.

#### §. 21.

Bergeichniß ber Gemeinbeglieber.

Der Ortsvorstand hat stets ein vollständiges Berzeichniß fammtlicher Gemeindeglieder nach den zwei Abtheilungen Ortsburger und Beisiger zu fuhren, deffen Ginsicht jedem Gemeindes gliede freistehet.

#### §. 22.

Mufnahme von Auslandern zu Gemeindegliedern.

Auslander follen, aufer dem Falle einer Bestellung zu einem Hof=, Civil-oder Militardienste, erst dann in den diesseitigen Unterthanen= Berband aufgenommen werden, nachdem ihnen das Ortsburgerrecht oder Beisigerrecht in einer inlandischen Gemeinde von der zuständigen Behorde schriftlich zugesichert worden ist.

#### §. 23.

#### Einzugsgelb.

Bon Auswärtigen, welche in eine Gemeinde, jedoch nicht vermoge einer Dienftbestellung (vergl. S. S. 13 und 14), oder in Folge einer Gemarkungs-Beränderung (f. S. 5 fg.),

ober kraft einer, durch die Regierung 2c. getroffenen Seismathsbestimmung (f. S. 10), aufgenommen werden, wird neben den rechtsgultig hergebrachten landes-, standes- oder grundherrlichen, oder vormals gerichtsherrschaftlichen, bei bem Einzuge zu entrichtenden Abgaben, in der Regel das bisher übliche, oder anderweit auf die im S. 3 erwähnte Weise zu bestimmende Einzugsgeld zur Gemeindekasse geleistet.

Dieses Einzugsgeld barf jedoch auser ben Hauptstädten (Cassel, Marburg, Fulda und Hanau) nirgends ben Betrag von fünfzehn Thalern für eine inländische Mannsperson oder ein inländisches Chepaar, und von sieben Thalern für eine inländische Frauensperson übersteigen a).

a) Nr. 11,163 Pr. b. J. Der Oberburgermeister zu N. berichtet wegen ber zum Erwerbe bes Burgerrechtes verpflichteten Staatsbiener, rudfichtlich beren Leistung von Beitragen zur Unterhaltung ber stabtischen Feuerloschgerathschaften und ber Obstbaumpflanzungen.

Befchluß vom 24ften December 1835.

Wenn es auch gegrundet ift, bag bie Gebuhren fur Dbftstamme und Feuerlofch : Eimer nicht allein bei ber Aufnahme jun Burger, fonbern auch bei ber Aufnahme jum Beifiger ju entrichten find, fo bleibt diese Leistung immer eine, folche, welche an die Erwerbung ber Aufnahme in ben Gemeindeverband geknupft ist und benfelben Charafter, wie die fur biefe Erwers bung fonst zu entrichtenden Abgaben hat, also bem Burgergelbe und bezüglich bem Einzugsgelde gleich zu beurtheilen ift, und nur ein Unnerum zu biefem bilbet. Es ift mithin ein falfcher Gefichtspunkt, biefe, überdies rein accidentelle Leiftung, bei ber auf gar tein gemiffes Einkommen gur Beftreitung einer feft: ftebenden Ausgabe gerechnet werden tann, mit folden Abgaben ju vergleichen, welche nach f. 71 ber Gemeinde = Dronung gur Erhaltung von ortlichen Ginrichtungen erhoben werden, und worunter regelmäßige, nach bestimmten Erhebelisten zu veran-lagende und einzuziehende, Unlagen verstanden werden muffen. Die durch die §. §. 23 und 31 der Gemde. Ordn. vorgeschriebene Befreiung ber Staatsbiener von der Entrichtung bes Gingugs: und Burgergelbes erftredt fich fonach auch auf bie Gebuhren fur Dbftftamme und Feuerlofch : Eimer.

Rr. 1864 Pr. b. J. Die Regierung ju N. berichtet wegen mehrerer Unfragen bes Burgermeisters ju N.

Befchluß vom 7ten Upril 1836.

- 1) Die Ansicht ber Regierung, baß die Befreiung vom Einzugsgelbe, welche nach §. 23 ber Gemeinde Drbnung ben Staatsdienern zukommt, sich auch auf deren Shefrauen erstrecke, und die Meinung des Burgermeisters zu N. ungegründet sen, daß jene Befreiung sich auf letztere nicht ausdehne, weil diezselben in den §. §. 13, 14 und 23 der Gemeinde Drdnung nicht ausdrucklich genannt sepen, und der §. 16 daran nichts andere, wird gebilligt, da der Grund, worauf die gesetliche Befreiung des Staadtsdieners beruht, namlich die Aufnahme und der Ueberzug in eine Gemeinde nicht nach seiner Enzschließung, sondern nur in Folge seiner Dienstbestellung und Bersehung, in gleichem Grade von seiner Ehefrau gilt, wobei es auch keinen Unterschied macht, ob der Staatsdiener bei seinem Einzuge an seinem Stationsorte verheirathet ist, oder sich nach solchem daselbst mit einer Auswärtigen verheirathet.
- 2) Wegen des Betrags des zu erhebenden Einzugsgeldes wird zwar die Ansicht der Regierung gebilligt, jedoch bemerkt, daß die statutarische Festsetzung des Einzugsgeldes nicht etwa auf die Regulirung anderer, durch die Statuten zu erledigenden Punkte ausgesest zu bleiben braucht, sondern daß es keinen Anstand hat, nach Einhaltung der im § 3 der Gemeindes Ordnung vorgeschriebenen zweimonatlichen Frist, das Statut über diese Angelegenheit allein zu bestätigen.
- 3) Wegen ber Unverbindlichkeit ber, zur landesherrlichen Bestellung oder Bestätigung nicht geeigneten, jedoch zur Erwersbung des Bürgerrechts verpflichteten Staatsdiener, Bürgergeld zu bezahlen, ist dem Bürgermeister zu N. die demselben wahrsscheinlich unbekannte allerhöchste Entschließung vom 25sten Sepstember 1825 bekannt zu machen, und darauf ausmerkam zu machen, daß die hin weisung auf den §. 15 des Staatsdiensstigesets im §. 31 der Gemeinde Dronung nicht eine aussschließliche Anwendung jenes §. involvire.
- 4) Die von ber Regierung bem von bem Burgermeifter gu N. aufgestellten allgemeinen Sage:

"daß die Staatsbiener, welche nach §. 27 ber Gemeinde-"Ordnung nicht verpflichtet sind, Ortsburger zu werden, "sich nach §. 33 in das Verzeichniß ber Beisiger eintragen zu lassen haben," beigefügte Einschränkung, welche bahin geht, daß jedoch biezienigen Staatsdiener, welche nach §. 27 der Gemeinder Ordnung nicht verpflichtet, wohl aber dazu berechtigt sind, Bürger zu werden, die Wahl haben, Beisiger zu werden ober aber auch die Aufnahme zu Bürgern anzusprechen, im letzeren Falle dann aber nicht die g anzliche Befreiung vom Bürgergelde (nach dem Schlußfaße des §. 31), sondern nur die Heranziehung zu dem nicht vollen, sondern verhältnismäßig geringeren Bürgergelde (nach dem zweiten Saße des §. 31) ansprechen können, wird mit dem Zusaße für richtig erachtet, daß diese Einschränkung zu N., als einer Stadt von mehr als 3000 Einwohnern, lediglich dei Hosteinern und im activen Dienste stehenden Militärpersonen in Betracht kommen kann. Zu berichtigen aber ist die Meinung des Bürgermeisters zu N., daß die Staatsdiener, welche sich in das Verzeichniß der Beisige Sporteln zu zahlen haben, weil die Befreiung der Staatsdiener vom Bürger und Einzugsgelde sich auch auf diese Gebühren erstreckt, die ein Annerum von jenen bilden und der Verbindlichkeit zur Entrichtung von jenem gleich zu beurtheilen sind.

## §. 24. Befonberes Gintaufsgelb.

Neben dem Einzugsgelde kann noch der fünf = bis zehnfache Betrag der dem Einziehenden nach durchschnittlichem Anschlage in einem Jahre zu gut kommenden, besonderen Nugungen vom Gemeindevermögen, als deshalbiges Einkaufsgeld statutarisch (f. §. 3) bestimmt werden, bis zu dessen Zahlung der Mitgenuß beruhet. Diese Bestimmung sindet jedoch in allen den Fällen keine Anwendung, wo dergleichen Nugungen für sich erworben werden muffen, oder Zubehor eines Hoses, Gutes oder Wohnhauses sind.

Im Falle der Verwandlung dieser Rugungen oder eines Theiles derselben in Kammerei - oder Orts - Vermögen, deffen Ertrag zur Gemeindekasse flieset, ist derjenige Theil des Einkaufsgelbes, welcher noch nicht durch die betreffende Ruzzung vergutet senn wurde, auf Verlangen zu erstatten.

#### §. 25.

Berpflichtung wegen ber Schulben.

Auch neu eintretende Mitglieder find zur Berzinfung und Abtragung bereits vorhandener Schulden ber Gemeinde verspflichtet. Ausscheibenden liegt dagegen nicht ob, eine besfallsige Absindung oder Abzugssteuer zu leisten.

#### §. 26.

Allgemeine Erforderniffe jum Erwerb bes Ortsbur=

Mur diejenigen Mannspersonen konnen bas Ortsburgerrecht erwerben, welche volljahrig find und nicht

- 1) eine Strafe mit bem Verluste des Rechts zum Tragen der National-Rokarde erlitten und nicht die Biedereinsetzung in dieses Ehrenrecht von Uns erlangt haben;
- 2) auch ohne Berluft bes ebengebachten Ehrenrechts mit irgend einer schwereren Strafe als 20 Thaler Gelbbufe ober vierzehntägigem Gefängniß wegen Entwendung, Beruntreuung ober Betrugs belegt worben sind;
- 3) in einer gerichtlichen Untersuchung wegen Entwendung Beruntreuung oder Betruge, oder wegen irgend eines mit peinlicher Strafe bedroheten Berbrechens befangen find;
- 4) unter Kuratel gefett worden;
- 5) burch eigenes Berschulben in einen Konkurs gerathen find und ihre Glaubiger noch nicht völlig befriediget haben.

#### §. 27.

Berechtigung und Berpflichtung zum Erwerb bes Ortsburgerrechts.

Unter den Boraussetzungen des vorigen J. sind diejenigen Gemeinde-Angehörigen die Anfnahme zum Ortsburger zu verlangen berechtigt, welche

- 1) ein eigenes Bohnhaus befigen;
- 2) die Landwirthschaft auf eigenen Grundstuden a) mit eigenem Anspanne betreiben;
- 3) ein gunftiges Sandwerk als Meifter besfelben ausuben;
  - 4) ein sonstiges Gewerbe betreiben, ober von bem Ertrage eines Bermögens leben, welches b) ihnen in den Gemeinben unter 1000 Einwohnern ein jahrliches Einkommen von wenigstens 100 Thalern, in den Gemeinden über 1000 und unter 3000 Einwohnern ein solches von wenigstens 200 Thalern, und in den Gemeinden mit mehr als 3000 Einwohnern ein solches von wenigstens 300 Thalern gewährt;
  - 5) durch wissenschaftliche oder kunftlerische Betriebsamkeit ober aus sonstigen, unter den vorigen Nummern nicht genannten, Quellen ein jahrliches Einkommen von wenigs stens 200 Shalern beziehen.

Diese Personen sind auch verpflichtet Ortsburger zu werben, jedoch mit Ausnahme ber Hofdiener und ber im activen Dienste stehenden Militarpersonen an allen Orten, und der sonstigen besolbeten Staatsdiener, einschlieslich der Geistlichen, in den Städten oder Landgemeinden mit weniger als 3000 Einwohnern c).

Die Stimmfahigkeit in ben Gemeinde Bersammlungen und die Wählbarkeit d) zu Gemeindeamtern ruhet bei benjenigen Ortsburgern, auf welche einer ber Falle unter 1 bis 5 bes J. 26 in Unwendung kommt, welche in Kost und Lohn eines Underen stehen a), oder als Gesellen oder Taglohner sich ernahren a), oder welche von Unterstützungen leben, so lange dieses Berhaltniß bauert. a) Rr. 8145 Pr. b. 3. Die Regierung zu N. tragt an auf Burudweisung ber Beschwerbe ber Ortsburger N. N. von N. in Betreff ber Bahl ber Mitglieber bes Gemeinbe Musschusses.

Befchluß vom 23ften September 1835.

- 1) Der erste Beschwerbepunkt wegen Zulassung ber Gemeindes biener zur Theilnahme an ber Wahl des Ausschusses wird als ungegründet zurückgewiesen, da dieselben nicht in Kost und Lohn stehen, wie der §. 27 der Gemeindes Ordnung ersorbert, um von der Stimmfähigkeit auszuschließen (wobei jedoch vorsausgesetzt wird, daß die hierher gehörigen Personen Ortsburger und nicht blos Beisiger sind).
- 2) In Betreff ber Tagelohner und Gesellen überwiegt, um ihnen die Stimmfähigkeit zu erhalten, der Umstand allein, daß sie einen eigenen Haushalt führen und mit Grundeigenthum angesessen Tagelohner nicht leicht fehlt), nicht über ihre Beschäftigung, sondern die Entscheidung, ob bei ihnen die Stimmsschießeit ruht, ist darnach zu treffen, ob die Arbeit als Gesell, bezüglich das Tagelohnen ihre hauptsschliche und regelmäßige Beschäftigung sen, oder ob sie sich damit nur aushullsweise und für kurzere Zeit abgeben, ihren regelmäßigen und hauptssächlichen Erwerb aber aus anderen Quellen beziehen.
- 3) Die Beschwerbe megen ber Musschließung berer, bie ihre Guter abgetreten und fich einen Muszug vorbehalten haben, von ber Bahl tann nicht fur ungegrundet erachtet werben. Die Abtretung bes Guts und Beschrantung auf ben Musjug, welches ein privatrechtliches Guterverhaltniß ift, bebt bas Orteburgerrecht eben fo wenig auf, als eine folche Mufhebung barin liegt, bag bem Muszuger tein Untheil an bem Gemeinbenuben mehr zukommen follte, welches feine nothwendige Berech= tigung bes Ortsburgers ift. Wenn auch burch bie Guts = Abtre= tung die Bedingungen megfallen, welche vorhanden fenn muffen. wenn es fich jest barum handelte, bas Ortsburgerrecht gu erwerben: fo geht boch bamit bas einmal erworbene Ortsburgerrecht nicht verloren, noch tritt ein Berhaltniß ein, weshalb Die Stimmfahigfeit ruht. Mithin find Muszuger von ber Theil= nahme an ber Bahl bes Gemeinde : Ausschuffes nicht auszu= fchließen, und ba beren geschehene Musschließung bie Babt ungultig macht; fo ift eine anderweite Wahl anzuordnen zc.
- b) Rr. 4882 Pr., b. J. Die Regierung ju N. berichtet über bie Frage, ob bei ben, im §. 27 unter 4 gebachten unzunftigen Gewerbsbetrieben bie Nachweisung eines bestimmten Einkommens, behufs ber Aufnahme jum Ortsburger, erforderlich fep

Befchluß vom 27ften Dai 1835.

Das Erforberniß eines jährlichen Einkommens von 100, 200 und bezüglich 300 Thalern, welches ber §. 27, Nr. 4 der Gemeinde = Ordnung anordnet, um zur Aufnahme als Ortsbürger zu berechtigen, muß sowohl von dem unter der genannten Nr. 4 zuletzt genannten Personen, welche von dem Ertrage ihres Bermögens leben, als nicht weniger von den daselbst zuerst genannten, welche ein sonstiges, nicht zu den zunstigen Handwerken gehörendes (Nr. 3 des genannten §.) Gewerbe treiben, erfüllt werden, so daß sich dieses Bermögens Erforderis nicht allein auf diesenigen Personen beschränkt, welche unmittelbar vor dem Beisate, der den Betrag des jährlichen Einkommens vorschreibt, "oder von dem Ertrage eines Bersmögens leben" bezeichnet werden.

c) Mr. 1864 P. b. J. Die Regierung ber Proving zu N. berich= tet wegen mehrerer Unfragen bes Burgermeisters zu N.

Befchluß vom 7ten Upril 1836.

Die von der Regierung dem von dem Burgermeister zu N. aufgestellten allgemeinen Sate: "daß die Staatsdiener, welche "nach §. 27 der Gemeinde Drdnung nicht verpflichtet sind, "Ortsburger zu werden , sich nach §. 33 in das Berzeichniß "der Beisitger eintragen zu lassen haben," beigesügte Einschränztung, welche dahin geht, daß jedoch diejenigen Staatsdiener, welche nach §. 27 der Gemeindes Ordnung nicht verpflichtet, wohl aber dazu berechtigt sind, Burger zu werden, der abhl haben, Beisitzer zu werden, oder aber auch die Aufnahme zu Burgern anzusprechen, in letzterem Falle dann aber nicht die ganzliche Befreiung vom Burgergelbe (nach dem Schlußlaße des §. 31), sondern nur die heranziehung zu dem nicht vollen, sondern verhältnißmäßig geringeren Burgergelbe (nach dem zweiten Sate des §. 31) ansprechen können, wird für richtig erachtet ze.

d) Mr. 2478 Pr. d. J. Die Regierung zu N. berichtet über die Frage: ob die ungesetliche Entziehung der Stimmfähigkeit eines Ortsburgers bei der Wahl des Gemeinde Ausschuffes die Ungultigkeit dieser Wahl überhaupt bedingt oder gar nicht zur Folge habe, im Falle die Wahl von dem betreffenden Ortsburger wegen seiner Ausschließung innerhalb der gesetlich bestimmeten Frist als ungultig angesochten worden ist.

Befchluß vom 30ften Marg 1835.

Die Frage über ben Ginfluß ber ungefestlichen Entziehung ber Stimmfahigkeit eines Ortsburgers bei ber Bahl bes Ge-

meinbe = Ausschuffes auf bie Gultigfeit bes beshalbigen Babl= verfahrens überhaupt ift nach bem Gefichtspunkte zu entscheiben, ob biefe Ungefetlichkeit bie gefammte Gemeinde in ihrem Un= fpruche auf einen, burch ordnungsmäßige Bahl erhaltenen, Gemeinde = Musschuß verlett bat. Sat nun auch ber ausbrud= liche Ausspruch über ben Mangel ber activen Bablfabiafeit eines Ortsburgers eine Ungultigkeit bes Bahlverfahrens nur insoweit und alsbann jur Folge, als bas Resultat ber Bahl ein solches ift, bag eine einzige Stimme bei ber Bahl bes einen ober bes anderen Mitgliebes bes Musschuffes einen ande= ren Ausschlag gegeben haben, mithin bie Abstimmung bes ausgeschloffenen Ortsburgers die Bahl verandert haben konnte, fo ift boch meiter in Betracht ju gieben, bag in bem ausbrud= lichen Ausspruche über ben Mangel ber activen Wahlfabig= feit auch nothwendig die Entziehung ber paffiven (Schluß: fat bes 6. 27 ber Gemeinde : Dronung) liegt, und es muß angenommen werben, bag ein Ortsburger, welcher ausbrud: lich von bem Untheile an ber Bahl ausgeschloffen wird, auch keine Stimme erhalt, weil jeber Stimmenbe ben Musspruch bes Ortsvorftandes über ben Mangel ber Stimmfahigfeit um fo mehr als richtig prafumiren muß und feine Stimme nicht einem Ausgeschloffenen geben wird, weil moglicher Beife letterer einen Errthum bes Ortsvorstandes nachweisen konnte, als Die Berhaltniffe, welche bas Ruben ber Stimmfahigkeit begrunben (6. 6. 26 und 27 ber Gem. Orbn.), nicht eine fubjective Beurtheilung vorausseten, fondern nur eine Folge bestimmter Thatfachen find. Diefer Entziehung ber paffiven Bablfahigfeit aber tann ein wefentlicher Ginfluß auf bas Probuct ber Bahlen fammtlicher Mitglieder des Gemeinde = Ausschuffes nicht abgesprochen werben, weil bei einer jeben biefer Bablen Stim= men fur ben Musgeschloffenen hatten entscheibenb werben und bie Busammensetzung bes Ausschuffes verandern konnen ic.

#### §. 28.

Besondere Bedingungen fur die Aufnahme von Ander ren, als Gemeinde: Angehörigen, ju Ortsburgern.

Die nicht schon ber Gemeinde angehörenden Inlander können bas jum Zwecke ihrer Aufnahme nothige Ortsburgerrecht nur bann ansprechen, wenn sie nicht blos ihre Bolljährigkeit und ihre Fähigkeit, eine Familie zu ernähren, barthun, sondern noch ferner nachweisen:

- a. eine unbescholtene Aufführung, besgleichen
  - b. den Befig eines schuldenfreien Vermögens unter Musfchluß der Kleidungsstucke, nebst Leibleinen und des nothwendigen Hausgerathes im Betrage
    - 1) von eintaufend Thalern in Caffel,
    - 2) von sechshundert Thalern in Hanau, Fulda und Marburg,
    - 3) von vierhundert Thalern in Rinteln, Efchwege, Berefeld und Schmalkalden,
    - 4) von dreihundert Thalern in ben anderen Stadten mit mehr als zweitaufend Einwohnern,
    - 5) von zweihundert Thalern in ben übrigen Stadten und in ben über eintaufend Ginwohner zahlenden gandgemeinden,
    - 6) von einhundert funfzig Thalern in den übrigen Landgemeinden.

Wird die Aufnahme zum Zwecke der Verheirathung mit einer Gemeinde : Angehörigen nachgesucht; so ist das eigensthumliche schuldenfreie Vermögen beider Verlobten zusammenzurechnen. Die Bürger: Aufnahme tritt aber erst dann in Wirksamkeit, wenn die Ehe geschlossen ist.

Fur Auslander kann das erforderliche Bermogen durch gemeinschaftlichen Beschluß des Gemeinderathes und Gemeinde-Ausschusses auf das Doppelte bestimmt werden.

Won ben in biefem S. bestimmten Erforberniffen kann burch ben Gemeinberath nur unter Einwilligung bes Gemeinbe-Ausschuffes, ober bei beren Versagung nur mit Genehmigung ber Aufsichtsbehorbe, abgegangen werben.

#### 

#### Chrenburgerrecht.

Mannern, welche fich um die Gemeinde befonders verbient gemacht haben, kann ohne Ruckficht auf ihren Wohnsig bas Ehrenburgerrecht ertheilt werden, welches nur die Rechte und nicht die Pflichten eines Ortsburgere in sich fast.

#### S. 30. Ausburger.

Diejenigen Ortsburger, welche sich in eine andere Gemeinde haben aufnehmen lassen, und sich darin niedergelassen haben, jedoch ihr heimatherecht in ihrer früheren Gemeinde als Ausburger, nach deshalb erfolgter Genehmigung des Gemeinderathes, beibehalten wollen, muffen ein jahrliches Burgers Recognitions Geld entrichten. Diese Abgabe ist vom Gemeinderathe mit Zustimmung des Gemeinde Ausschuffes im Allgemeinen, jedoch nicht über den Jahresbetrag von einem Thaler hinaus, festzusehen.

Die wahrend eines breijahrigen Zeitraumes unterlaffene Bahlung ber gedachten Abgabe gilt als freiwilliger Berzicht auf das Ortsburgerrecht.

#### §. 31.

#### Burgergelb in ben Stabten.

Diejenigen, welche bas Ortsburgerrecht in einer Stadt erwerben, haben dafür ein Burgergeld, gemäs ber bisherigen Observanz ober ber beshalbigen Feststellung burch
ben Gemeinderath und ben Gemeinde-Ausschuß mit Genehmigung ber Aufsichtsbehorde, wobei ein Unterschied zwischen
Gemeinde = Angehorigen und aufzunehmenden Auswartigen
beizubehalten ober anzunehmen ist a), zu entrichten. Die

zum Erwerb bes Burgerrechts Verpflichteten, welche ein Gewerbe nicht betreiben wollen, find nicht zur Leistung bes vollen Burgergelbes verbunden, sondern für dieselben ist in gleicher Beise ein verhaltnismäsig geringerer Betrag festzussehen b).

Die zum Erwerb bes Burgerrechts Verpflichteten, welche ein Gewerbe nicht betreiben durfen (vergl. S. 15 bes Staatsbienstgesetes), sind zur Bezahlung eines Burgergelbes nicht verbunden c).

a) Rr. 1622 Pr. d. J. Die Regierung zu N. berichtet über bie Frage: 1) ob nach §. 31 der Gemeinde: Ordnung bei Feststellung des Burgergelbes ein weiterer Unterschied hinsichtlich derzienigen Auswärtigen, welche eine Gemeinde: Angehörige heirathen wollen, anzunehmen sen, und 2) ob auch Frauenspersonen Burgergeld zu entrichten haben.

Befchluß vom 24ften Februar 1836.

- 1) Die Borschrift im §. 31 ber Gemeinde Drbnung, baß bei ber Festsehung bes Burgergeldes ein Unterschied zwischen Gemeinde Angehörigen und aufzunehmenden Auswärtigen beisbehalten ober angenommen werden soll, schließet nicht auß, noch einen weiteren Unterschied zwischen Auswärtigen festzusetzen, jenachdem dieselben eine Gemeinde-Angehörige heirathen wollen ober nicht.
- 2) Der felbstffanbige Erwerb bes Burgerrechtes burch eine Frauensperson und damit die Bezahlung des Burgergelbes ist nach den §. §. 20 und 26 (Eingang vergl. §. 33) ber Gesmeinde Drbnung ausgeschlossen.
- b) M. f. Note b ju §. 27.
- c) Nr. 6580 Pr. d. J. Die Regierung zu N. trägt an auf Burudweisung bes Gesuchs bes Stadtkammerers N. um Aushebung ber ihn in seinem Diensteinkommen kurzenden Verfügung ber Regierung.

Beschluß vom 22sten Juli 1835.

Diejenigen Personen, welche nach §. 31 ber Gemeinbe Drbnung gur Bezahlung bes Burgergelbes nicht verbunden find, haben auch bie Gebuhren fur Dbiffamme und Feuerlosch-Eimer aus bemselben Grunde, aus welchem ihnen jenes nicht auserlegt worden ist, nicht zu entrichten. Bei ihrer Aufnahme zu Burgern hat mithin der Stadtkammerer keine Bemühung, indem die Eintragung in das Verzeichnis der Burger nach §. 21
der Gemeinde-Ordnung dem Ortsvorstande obliegt, dessen Funktionen mit denen des Stadtkammerers unverträglich sind (§. 55 der Gem. Ordn.) und mit dieser Eintragung die Ausenahme beendigt wird. Hiernach ist der Stadtkammerer N. zu bescheiden und wegen der Gebühren für Obststämmerer N. zu bescheiden und wegen der Gebühren für Obststämmer und Feuerlösch-Eimer zu verfügen. — Bgl. Min. Beschl. vom 24sten December 1835, Nr. 11,163 Pr. d. S. §. 23, Note a.

# §. 32.

### Sochbesteuerte Ortsburger.

Da, wo gegenwartiges Gefet zur Bahlbarteit die Eigensichaft hochbesteuerter Ortsburger erfordert, gelten als folche

- a) in ben Gemeinden von 100 ober weniger Ortsburgern, die 25 im lettverflossenen Sahre hinsichtlich der Grund=, Gewerb = und Wieh= oder Nahrungs =, Klassens und anderen solchen direkten Landessteuern überhaupt am hochsten besteuerten Ortsburger, sowie
- b) in den Gemeinden von mehr als 100 Ortsbürgern diese Zahl von 25 mit einem Zusaße von fünf für jede weitere volle fünfzig Ortsbürger (z. B. auf 500 Ortsbürger 65 Hochbesteuerte).

Ware derjenige geringste Steuerbetrag, welcher hiernach für die Abscheidung der Hochbesteuerten in Betracht kommt, im verstoffenen Jahre Mehreren, die nicht sammtlich in die gesetliche Anzahl der Hochbesteuerten gehoren wurden, angeset; so werden alle die, welchen jener Steuerbetrag zur Last gekommen, gleichmäßig den Hochbesteuerten beiges zählt. Uebrigens wird die Steuer von dem Vermögen oder Einkommen der nicht geschiedenen Chefrau dem Chemanne, sowie von dem Vermögen oder Einkommen der noch nicht

felbstständig geworbenen Kinder bem Bater, und überhaupt von den Gegenständen eines Niesbrauches bem Nugnieser, welchem die Abgabe davon zur Last fallt, angerechnet.

# §. 33. Beifiger.

Diejenigen Gemeinde Magehorigen (mannlichen und weiblichen a) Geschlechts), welche selbsisstandig ein Geschäft betreiben, oder einen eigenen Haushalt führen, oder heirathen wollen (vergl. jedoch J. 20), haben sich, im Falle sie nicht verpslichtet sind, Ortsburger zu werden (J. 27), in bas Verzeichniß der Beisiger eintragen zu lassen b).

Das Beifigerrecht geht burch freiwillige Entfagung und burch Erwerb des Heimatherechts in einer anderen Gemeinde verloren.

- a) Ueber die Unfahigkeit der Frauenspersonen zu Erwerbung des Ortsburgerrechts s. m. oben §. 20, Note a) Min. Beschl. v. 24sten Februar 1836, z. Nr. 1622 Pr. d. S.
- b) Bgl. oben §. 27, Note c) Min. Befchl. v. 7ten April 1836, 3. Nr. 1864 Pr. b. J., und §. 23, Note a).

#### §. 34.

Aufnahme als Ortsburger ober Beifiger.

Das Ortsburgerrecht kann nur burch ausdruckliche Aufnahme a) erworben werden. Gleiches gilt von dem Erwerbe
bes Beisigerrechts von Seiten solcher Personen, welche bisher nicht zur Gemeinde gehört haben. Reine Gemeinde kann
genothigt werden, Jemanden, der nicht in berselben bie
Gemeinde Angehörigkeit besitht, zum Beisiger aufzunehmen.

a) Nr. 4971 Pr. d. J. Die Regierung zu N. trägt and auf Buruckweisung ber Beschwerde ber Einwohner N. N. wegen Bulassung ber nicht als Ortsburger aufgenommenen Beisiber zur Wahl bes Gemeinde Ausschuffes.

Befdluß vom 5ten Juni 1835.

Das Ortsburgerrecht muß nicht nur durch ausbrudliche Aufnahme erworben werden, sondern der Aufzunehmende muß um solche auch besonders ansuchen, und die Erklarung seines Willens kann nicht vorausgesetzt und suppliet, und er ohne deren Abgabe in das Verzeichnis der Ortsburger eingetragen werden. Unterläßt ein solcher, der zur Erlangung des Ortsburgerrechts verpflichtet ist, um dessen Ertheilung anzusuchen, soist ihm zu seiner Meldung eine Frist zu segen, und nach deren fruchtlosem Ablauf seine Bestrafung zu veranlassen, seine Aufznahme aber erst auf ersolgte Anmeldung zu beschließen.

# Dritter Abschnitt.

Ortegenoffen ohne Heimatherecht in ber Gemeinbe (Schutgenoffen).

§. 35.

In Beziehung auf verschiedene Gemeinde = Ungelegenheiten fommen noch ale Drte = ober Schutgenoffen Diejeni= gen in Betracht, welche mit bem Beimatherecht in einer anderen Gemeinde verfeben, am Orte auf gemiffe Beit ober in einem nicht felbstftanbigem Berhaltniffe mit polizeilichem Bormiffen einen eigenen Saushalt haben, 3. B. Guts .. Upotheken =, Muhlen =, Wirthschafte = und bergleichen Dachter oder Gefchaftsführer, ober in Privatdiensten ftebende Personen. Diefe muffen aber ihre anderwarts fortbauernde Gemeinde-Ungehörigkeit nicht nur bei bem Gintritte in bas gebachte Berhaltniß, sondern auch fonst noch auf polizeiliche Beranlaffung, sowie jedenfalls bei etwaiger Berheirathung ober Wiederverehelichung vor der Trauung gehörig nachweisen, bis fie mittelft formlicher Aufnahme die Gemeinde = Ungehörigkeit. fen es mit ober ohne Ortsburgerrecht (f. g. 16 und §. 22), ermerben.

# Titel III.

Won ben Gemeindebehorben und Gemeindebienern.

# Erster Abschnitt.

Bon der Bahl der Gemeindebehörden und von ber Bestellung des übrigen Dienstpersonals.

#### §. 36.

Gemeindebehorben überhaupt.

Die Bemeinbehorden beftehen

- 1) aus einem Ortsvorstande, als erstem und vollziehendem Gemeindebeamten, welcher zugleich Bulfsbeamter Des Staates in dem Orte und dessen Gemarkung ift (f. §. 61);
- 2) aus einem Gemeinder at he (in ben Stabten Stabt = rath genannt), welcher unter Theilnahme und Leitung bes Ortsvorstandes zunächst das gesellschaftliche Interesse ber Gemeinde zu vertreten und über die Angelegenheiten ber Gemeinde, welche nicht zur gewöhnlichen Ausführung gehören, zu berathschlagen und zu beschliesen hat, auch
- 3) aus einem Gemeinde-Ausschuffe, welcher eine Mitaufsicht auf die Gemeindeverwaltung führt, und an bessen Bustimmung daher der Gemeinderath bei seinen Beschlussen über bestimmte Angelegenheiten von wichtigem und bleibendem Einflusse auf das Gemeindewohl gebunden ift.

#### 8. 37.

Gemeinbe-Berfammlung.

In ben Landgemeinden, welche nur funfzig ober weniger ftimmfahige Orteburger gablen, kann deren Bersammlung

bie Verrichtungen des Gemeinde = Ausschusses, überhaupt oder blos der grosen Ausschuß = Versammlung, vorbehaltlich anders weiter Verabredung, übernehmen, und gelten in diesem Falle die für den Veruf und das Verfahren des Ausschusses ertheilsten Vorschriften ebenwohl der Regel nach für die Gemeindes Versammlung.

In anderen Gemeinden findet eine Gemeinde - Berfamm= lung nur bann Statt, wenn

- 1) die Verkündigung eines Gesetzes oder einer anderen Anordnung oder Bekanntmachung an eine Landgemeinde geschehen muß, während in den Städten die Mittheislung durch das Gesetzlatt und das Provinzial = Wochensblatt, oder eine sonst übliche besondere Bekanntmachung, abgesehen von einer, in auserordentlichen Fällen von der Aussichtsbehörde nottig erachteten unmittelbaren allgemeinen Kundmachung genügt. Auserdem tritt eine Gemeinde Wersamlung ein,
- 2) wenn die Bahl der Mitglieder des Gemeinde= Musschusses vorgenommen wird (vergl. §. 45),
- 3) wenn die Auffichts = oder Hoheitsbehorde die Berneh= mung der Gemeinde genehmigt oder verfügt hat, desgleichen
- 4) wenn ein Gefet es gebietet a).
- a) Nr. 4578 Pr. d. J. Die Regierung zu N. berichtet über die Unfrage des Kreisamtes N., ob der §. 121 der Berordnung vom 29sten Juni 1821 als ein solches Gesetz zu betrachten sen, welches nach §. 37, Nr. 4 der Gemeinde Dronung eine Bersammlung der Landgemeinden gebiete?

Befchluß vom 9ten Juli 1836.

Die in bem §. 121 ber Verordnung vom 29sten Juni 1821 vorgeschriebene Wahl ber Orts. Erheber ber birekten Steuern ift nicht burch die gesammte versammelte Gemeinde, sondern, ba die Gemeinden jest in ihren Gemeindebehörden Organe haben,

beren Bestimmung ift, das Gesammt : Interesse ber Gemeinde zu vertreten, welche Organe bei der Berkundigung der genannsten Berordnung nicht vorhanden waren, durch die Gemeindes behörden zu bewirken, und zwar in analoger Anwendung der im §. 56 der Gemeinde : Dronung enthaltenen Borschrift für die Annahme der geringeren Gemeinde : Dienerschaft, welcher die Orts : Erheber am nachsten zu vergleichen sind.

# §. 38.

Bahl und Ergangung bes Gemeinde= Musichuffes.

Buvorderst erwählen unter der Leitung des Ortsvorstandes die stimmfähigen Ortsburger (f. S. 27) in jedem Orte von eintausend Einwohnern und darunter zwölf, und in Orten von stärkerer Bevölkerung (zusolge des neuesten Staats = Handbuchs) noch jur jede weiteren volle 500 Seelen zwei, jedoch nicht über 48, zur Hälfte ständige und zur Hälfte au serordentliche Mitglieder des Gemeindes Ausschusses aus den, 25 Jahre und nicht über 70 Jahre alten, stimmfähigen Ortsburgern, und zwar dergestalt, daß wenigstens die Hälfte der ständigen, sowie der auserordentslichen Mitglieder zu den hochbesteuerten Ortsburgern (f. S. 32) gehöret. Das Berzeichniß der hochbesteuerten Ortsburger al.

Die durch das Jusammentreten der ständigen und der auserordentlichen Mitglieder sich bildende grose Ausschuß= Bersammlung schreitet vorerst zur Wahl des aus den erst= gedachten Mitgliedern zu entnehmenden Ausschuß=Bor= stehers, nebst einem Stellvertreter besselben fur Verhin- berungsfälle.

Nach dem Ableben oder sonstigem Abgange einzelner Mitglieder erganzen sich die standigen Mitglieder durch ausersorbentliche Mitglieder, und diese hinsichtlich der grosen Ausschuß Bersammlungen wieder durch frühere abgegangene

Mitglieber, ober ehemalige Gemeinderathsglieder oder Gemeindevorsteher, und in beren Ermangelung durch angesehene stimmfähige Ortsburger, gemäs den Einladungen, welche der Ausschuß, oder in Eilfällen der Vorsteher desselben, dazu ergehen lässet.

a) Nr. 3807. Pr. d. J. Die Regierung zu N. trägt an auf Zurüdweisung der Beschwerde der Burger N. und sechszehn Genossen zu N., wegen Bestätigung der Ausschuß - Mitglieder. Beschluß vom 11ten Juni 1836.

Der erfte Beschwerbepunkt kann nicht fur ungegrundet erklart werben.

Nach f. 38 ber Gemeinde : Dronung foll bas Berzeichniß ber hochbesteuerten Ortsburger "vierzehn Tage vor ber Babl" offentlich aufgelegt werben. Dies ift babin ju verfteben, bag bas Bergeichniß bie ber Bahl unmittelbar vorausgebenben vierzehn Tage bis auf ben Bahltag zu Jedermanns Ginficht aufliegen foll, um fich diejenigen Perfonen auswahlen zu konnen, benen er feine Stimme geben will. Das Bergeichniß barf langer als vierzehn Tage, ausgehangt fenn, jebenfalls muß es mabrent Diefer letten vierzehn Zage juganglich fen. Daraus folgt weiter, bag bie vollstandige Auslegung vor ber fechsten Bahl nicht auch fur die siebente Bahl geltend gemacht werben fann. Die entscheibenbe Frage ift beshalb, ob bas Bergeichniß bie letten vierzehn Tage vor ber fiebenten Bahl aufgelegen hat, und biefe muß nach ben Acten verneint werben. Denn die fiebente Babl fand ftatt am 20sten Februar b. 3. Die Auflegung bes Berzeichniffes konnte erft mit bem 6ten Februar b. 3. angeben, weil unter biefem Tage die fechste Bahl aufgehoben murbe, alfo batte vom 6ten bis 20sten Februar bie Auflegung nicht unterbrochen merben burfen. Dies hat aber zweimal stattgefunden.

Nr. 5594 Pr. b. J. Die Regierung zu N. berichtet über bie Frage, ob vor ber Bornahme neuer sowohl, als Erganzungswahlen für ben Gemeinde : Ausschuß und für ben Gemeinderath jedesmal bie Ausstellung und Offenlegung eines neuen Berzeichnisses ber hochbesteuerten Ortsburger erforderzlich sey.

Befchluß vom 23ften Juli 1836.

Wenn es zulassig fenn follte, in ber Bahl ber Mitglieber bes Gemeinderathes eine Beranderung vorzunehmen, fo wurde

bie Beschlufinahme barüber lediglich für die große AusschußBersammlung gehören (§. 39 der Gem. Ordn.), ohne daß dabei eine Vereindarung mit dem Stadtrathe vorauszugehen hatte. Es erscheint ader überall unstatthaft, daß die dei der ersten Wahl sestgehet Zeit verandert, gemehrt oder gemindert werde. Daß sie nicht gemindert werden durse, geht daraus hervor, daß das Geseh für den Fall des Abgangs eines Mitzgliedes eine unverzügliche Ergänzungswahl vorschreibt, und der Grund dieser Vorschrift gilt auch gegen eine Erhöhung. Diezienige Jahl, welche die große Ausschuße Versammlung bei der Wahl des Stadtrathes sestgesethat, muß für die Amtsperiode des Stadtrathes (§.51 der Gem. Ordn.) sestgehalten werden, und nur wenn ein neuer Stadtrath gewählt wird, kann diese Zahl anderweit bestimmt werden.

Wenn es hiernach zwar nicht einer Entscheidung rucksichtlich bes Berzeichnisses ber hochbesteuerten Ortsburger für die Wahl weiterer Mitglieder des Stadtrathes bedarf, so bleibt eine solche jedoch für Ergänzungswahlen nothig, und wird bahin ertheilt, daß allerdings nicht dasjenige Verzeichniß sortwährend beibehalten werden kunn, was bei der ersten Wahl zum Grunde gelegt worden, sondern daß ein neues Verzeichniß, nach Maßgabe der immittelst eingetretenen Beränderungen, für jedes Kalenderjahr angesertigt und den im Laufe dieses letztern vorsommenden Wahlen zu Grunde gelegt werzehen muß, also mit dem Unsange des Jahres 1835 für dieses Jahr ein neues Verzeichniß aufzustellen war.

Uebrigens muß bei ber Wahl von Mitgliebern bes Gemeinder athes das Berzeichnis ber Sochbesteuerten zwar
jedenfalls wenigstens vor der Wahl am Wahltage und kann
auch einige Zeit vorher öffentlich aufgelegt werden, es ist aber
nicht gesehliches Erfordernis, daß dasselbe vierzehn Tage lang
vor der Wahl öffentlich aufgelegen habe, welcher Zeitraum nur
für die Wahl der Mitglieder des Gemeinde Ausschuffes
im §. 38 der Gem. Orden, vorgeschrieben ist.

# §. 39.

#### Bahl bes Gemeinberathes.

Die große Ausschuß : Bersammlung erwählt unter Aufsicht bes Ortsvorstandes aus ben stimmfähigen Ortsburgern, welche nicht unter 23 Jahre und nicht über 70 Jahre alt seyn burfen, in ben Hauptstädten sechs bis zwolf, in ben übrigen Stabten vier bis acht, und in ben Landgemeinden zwei bis feche Mitglieder bes Gemeinderathes oder bei eingetretenem Tode oder fonstigem Abgange eines derselben ohne Berzug ein anderes Mitglied: Bahlbar dabei sind auch die Mitglieder des Ausschuffes selbst a).

Die Salfte, oder bei ungerader Zahl die Mehrzahl der Mitglieder des Gemeinderathes muß immer zu den hochb esfteuerten Ortsburgern (f. S. 32) gehoren; auch ist darauf zu sehen, daß die Mitglieder bereits im Gemeindewesen erfahren sepen.

a) Nr. 11,630 Pr. d. J. Die Regierung zu N. berichtet zum Beschlusse vom 10ten December d. J., wegen ber Bollziehung ber Gemeinde : Ordnung.

Befdluß vom 31ften December 1834.

Der Regierung wird rudfichtlich bes von ihr unterm 3ten b. M. an die Kreisamter erlassenen Ausschreibens eröffnet, baß

2) bie Mitglieder des Gemeinderathes nicht aus den stimmfahigen Ortsburgern und auch aus den Mitgliedern des Ausschuffes (copulativ) zu erwählen sind, vielmehr nach §. 39
bie Mitglieder des Ausschusses zwar auch gewählt werden konnen, nicht aber gewählt werden mussen, und der Gemeinderath auch lediglich aus Burgern gewählt werden kann, die
nicht zum Ausschusse gehören.

### §. 40.

#### Bahl des Ortevorstandes.

Die Wahl bes Ortsvorstandes wird so oft, als sie erforberlich ift, von der großen Ausschuß-Versammlung, in Vereinigung mit dem Gemeinderathe unter der Leitung des Ausschußvorstehers und, wenn die Ausschückbehörde es für erforderlich halt, im Beisenn eines Mitgliedes oder Commissars der Provinzial-Regierung in den Hauptstädten (Caffel, Hanau, Fulba und Marburg), des Regierungs-Deputirten in Rinteln, sowie des Kreisrathes ober des anstatt besselben zuständigen Berwaltungsbeamten in ben anderen Orten, bewirkt a).

a) Nr. 7765 Pr. b. J. Die Regierung zu N. berichtet über bas Gesuch bes Beigeordneten N. zu N., um Entbindung von ben ihm übertragenen Burgermeisterei : Geschäften.

Befcluß vom 3ten September 1835.

Wenn der Fall eintritt, daß der Burgermeister an der Berssehung seines Amtes gehindert ist, und auch dessen Beigeordsneter (§. 62 der Gem. Ordn.) abgeht oder verhindert wird, ersteren zu vertreten, ist ein interimistischer Burgermeister (der sich sodann auch einen Beigeordneten erwählt) für so lange, als die Berhinderung des Burgermeisterse (bezüglich des Beigeordneten) dauert, in der für die Burgermeisterwahl gesetzlich vorgeschriebenen Weise (§. 40 der Gem. Ordn.) zu wählen und zu bestätigen (§. 50 daselbst).

#### S. 41.

Berichiebene Benennung ber Ortsvorftanbe.

#### Der Ortsvorstand führt

- 1) in ben hauptftabten ben Ramen eines Dberbur= germeifters,
- 2) in ben anderen Stadten und in ben Landgemeinden ben Ramen eines Burgermeifters.

Wurde in ben Hauptstädten dem Oberburgermeister bei vorhandenem, durch den Gemeinderath und Gemeinde = Aus-schuß anerkannten, Bedurfnisse ein befoldeter Gehulfe und Stellvertreter beigeordnet werden; so kommt ihm der Titel "Burgermeister" zu a).

a) Nr. 8553 Pr. b. J. Die Regierung zu N. berichtet wegen ber Wahl eines befolbeteten Gehülfen und Stellvertreters bes Oberburgermeisters zu N.

Befchluß vom 3ten October 1835.

Der Regierung wird eröffnet, baf bie Borfdrift bes 6. 62 ber Gemeinde = Dronung jur Absicht hat, für alle Gemeinden, ohne Unterschied, Borforge ju treffen , baf in ben Fallen einft weiliger Berhinderung bes Burgermeifters ober bes Bedurfniffes einer Unterflutung fur benfelben, es an einer alsbalb bereiten, jeboch vorübergebenben , Mushulfe nicht fehle. Berfchieben bavon fen aber bie Bestellung eines befonderen, befoldeten Burger: meifters neben bem Dberburgermeifter in ben Sauptstabten nach 6. 41 ber Bemeinde : Drbnung, welche bagu bienen folle, eine bleibende Mushulfe gur Theilung ber Gefchafte alsbantt ju beschaffen, wenn biefen ber Dberburgermeifter allein vorzu= fteben nicht ausreiche, ein Fall, welcher auch nur fur eine fo umfaffende Gemeinde Berwaltung angenommen fen, als eine Provinzial = Dauptftadt, ungeachtet ber Trennung ber Polizei bon bem Dienstfreise bes Dberburgermeifters, barbieten merbe. Der 6. 62 beftebe in ber Beife neben bem 6. 41, bag auch Die Bestellung eines Burgermeifters neben bem Dberburgers meifter bie Auswahl eines Beigeordneten bes letteren nicht ausschließe. In ben Sauptstadten, in welchen bas Bedurfniß gur Beftellung eines Burgermeifters neben bom Dberburgermeifter von bem Gemeinderath und Musschuffe anerkannt merbe, fen sobann bieser Burgermeifter nach gleicher Form und Borschrift, wie ber Oberburgermeifter, ju mablen und zu bestätigen.

#### S. 42.

Perfonliche Erforberniffe eines Drisvorftanbes.

Bu Ortsvorstanden können nur unbescholtene, ju solchem Umte befähigte, vollsährige Ortsbewohner, welche nicht in zerrütteten Vermögens : Umständen sich befinden, erwählt werden. Gast : oder Schenkwirthe können das Umt eines Ortsvorstandes nicht bekleiden, es wurde benn hierzu bei gänzlichem Mangel anderer besähigten Einwohner von der Regierung Dispensation ertheilt.

Obgleich die Bahlbarkeit zum Ortsvorstande nicht burch bas Ortsburgerrecht bedingt ist; so kann derfelbe doch sein Umt nicht früher annehmen und verwalten, als nachdem er das Ortsburgerrecht erworben hat.

Bu Dberburgermeistern insonderheit sind nur Manner mahlbar, welche sich über eine genügende Kenntniß der Rechts- und wo möglich der Staatswissenschaften, wenn diese nicht in früheren Dienstverhaltnissen oder wissenschaftlichen Arbeiten, auser Zweisel gesetzt ift, gehörig ausweisen, oder welche eine ausgezeichnete Befähigung zum Amte eines Oberburgermeisters in mehrjähriger Bekleidung einer Berwaltungsstelle dargethan haben.

### §. 43.

Besondere Bestimmung zu Gunften ber Dberburger: meister und miffenschaftlich gebilbeten Burger: meister auf Lebenszeit.

Die Oberbürgermeister und die auf Lebenszeit bestätigten Bürgermeister, welche ein akademisches Studium vollendet haben, sollen bei einer Beförderung zum Staatsdienste den schon vorhandenen Staatsdienern dergestalt gleichgehalten werden, daß die Zeit, während welcher si das Oberbürgermeister= Umt versehen haben, als ware solche im Staatsdienste zugebracht, in angemessene Zurechnung kommt.

# s b . s. (s.m. sachéis E. e §. 44.

Rudficht bei ben Bahlen auf nahes Bermandtichafts=

Bei den Bahlen ift darauf Rucksicht zu nehmen, daß Bater und Sohn, Schwiegervater und Tochtermann, Großvater und Enkel, Brüder nicht zu gleicher Zeit Mitglieder
des Gemeinderathes oder ständige Mitglieder des Gemeindes Ausschusses sein dursen, wenn nicht in Ansehung der Städte
die Regierung, und in Ansehung der Landgemeinden das
Kreisamt dispensirt a). a) Rr. 6220 Pr. b. J. Der Ausschuß : Borsteber N. gu N. fuhrt im Namen von neun Ausschußmitgliedern Beschwerbe megen Beftellung bes bisberigen Greben N. jum Burgermeifter:

Befchluß vom 18ten Juli 1835.

Die Regierung zu N. hat ben Beschwerbeführer zu bescheiben, baß burch feine Beschwerbeschrift Die Berfügung ber Regierung vom ic. nicht widerlegt worden und es bei letterer, unter Bu= rudweisung feiner Beschwerbe, fein Bewenden behalte, ba ic.
2) ein Bermandtschafts : Berhaltniß awischen bem Burger-

meifter und ben Mitgliedern bes Gemeinderathes ober Mus: fcuffes überall tein gesetliches hinderniß zur Befleibung bes Burgermeifter : Umtes abgiebt, ber §. 44 ber Gem. Ordn. vielmehr nur unterfagt, daß gemiffe Bermandte gu gleicher Beit Mitglieder bes Gemeinberathes ober ftanbige Mitglieder bes Gemeinde : Ausschuffes fenn burfen, ben Burgermeifter aber unter biefer Beschrantung nicht mitbegreift, wozu noch tommt, baß nicht einmal ein folches nabes Bermandtschafts = Berhaltniß, als ber genannte &. bezeichnet , zwischen bem Burgermeifter und ben Mitgliedern bes Gemeinderathes ju N. vorhanden ift.

## S. 45.

Berfahren bei ber Bahl ber Mitglieber bes Gemeinbe= Musichuffes.

Die Bahl ber Musschußmitglieder burch bie stimmfabigen Ortsburger gefchiehet von biefen in Perfon mundlich ju Protofoll des Ortsvorstandes, und zwar in einem Afte fur die gange Bahl ber ju Bahlenden a).

In denjenigen Stadten, wo der Stadtrath es zwedmafig findet und die Aufsichtsbehorde es genehmigt, barf die Bahl nach Stadttheilen (fiebe G. 53) vorgenommen merben, deren jeder alsbann eine bestimmte Ungahl von Ausschuß= mitgliedern, jedoch ohne Befchrankung auf die Bewohner eines Stadttheiles, ju mahlen hat, - mofern nicht etwa die Statuten eine Gintheilung ber Ortsburger fur biefes Bablgeschaft in Rlaffen nach ber Berschiedenheit bes Befiges, ber Beschäftigung ober Lebensweise festseten murben b).

Die Wahlhandlung wird burch bas Musbleiben von ftimm= fahigen Ortsburgern nicht ungultig, boch hat ber Ortsvorstand, wenn noch nicht einmal die Halfte, oder in Stadten über 3000 Einwohner noch nicht ein Drittheil abgestimmt hat, bahin einzuschreiten, daß mittelst nachträglicher Abstimmung diese Anzahl erganzt werde c).

Stimmenmehrheit entscheibet. Bei Stimmengleichheit für zwei ober mehrere entscheidet bas Loos, bessen Ziehung burch einen unbetheiligten Ortsburger nach der Bestimmung bes Ortsvorstandes geschieht.

Gegen biejenigen Ortsburger, welche ohne hinreichende Entschuldigung mehrmals zuruckbleiben murben, hat der Gemeinderath die Entziehung der ortsburgerlichen Stimmsfahigkeit auf drei bis neun Jahre auszusprechen d).

Die Einwendungen gegen die Wahl wegen mangelhaften Berfahrens muffen binnen acht Tagen bei der Aufsichts-Behorde angebracht werden e), und sind spaterhin, wosern nicht etwa diese Behorde ohnehin von Amtswegen einzusschreiten sich veranlasst findet, nicht zu beachten, f).

a) Mr. 330 Pr. b. J. Das Berfahren bei ber Bahl ber Mitglieber bes Gemeinbe : Ausschuffes betreffenb.

Befchluß vom 10ten Januar 1835.

Sammtlichen Regierungen wird zur Nachachtung und alssbaldigen Bescheidung aller betreffenden Behörden, behufs der Verhütung einer unrichtigen Auslegung und Anwendung bes §. 45, Sat 1 der Gem. Ordn., bekannt gemacht, daß der ebengenanten Bestimmung, wonach die Wahl der Aussschussmitglieder

"in einem Acte fur bie gange Bahl ber ju Bahlenben gefcheshen foll,"

nicht der Sinn unterzulegen ift, daß fammtliche stimmfähige Ortsburger ihre Stimmen zur Bahl an einem Tage ohne Unterbrechung abzugeben haben, oder daß das ganze Bahle verfahren, die Aufnahme des ganzen Prototolls über die Bahl bis zu dessen Schließung ununterbrochen vor sich gebe, sondern daß gegentheils die fragliche Bestimmung nur soviel enthalte, daß der einzelne abstimmende Burger in einer Reihesolge sammtliche Personen zu bezeichnen habe, welche er zu Mitgliedern des Ausschusses wähle, oder daß die Abstim-

mung bes Gingelnen in einem Afte fur bie gange Bahl ber von ihm gu Wahlenden erfolgen muffe.

b) Nr. 426 Pr. b. J. Die Regierung zu N. berichtet über eine Beschwerde ber Ortsburger N. und N. baselbst, wegen Unregels mäßigkeiten bei ber Wahl bes basigen Gemeinde = Ausschuffes.

Beschluß vom 21sten Januar 1835.

Die Beschwerde wird in Betracht,

- 1) daß die Bornahme der Wahl nach Stadttheilen dermalen überhaupt nicht zulässig war und ist, weil eine Eintheilung der Stadt in Stadttheile erst nach Maßgade der Vorschrift des (im §. 45 ausdrücklich in Bezug genommenen) §. 53 der Gem. Ordn. erfolgen kann und deren Aussührung die Birksamkeit der jest erst zu wählenden neuen Gemeinde Behörden (Gemeinderathes und Gemeinde Ausschließ) voraussetzt und erfordert,
- 2) 2c. für begründet gefunden und hat die Regierung mit Aufhebung ber vorgenommenen Bahl die Bornahme einer anderweiten Bahl zu verfügen.
- c) Nr. 3136 Pr. d. J. Die Regierung zu N. berichtet über bie Beschwerbe ber Einwohner N. N. in N., in Betreff ber Gemeinde = Ausschuß = Wahl daselbst.

Befchluß vom 30ften Upril 1835.

- ic. Der Regierung wird fobann eröffnet, bag ben Grunden, aus welchen von ihr bie vorgenommene Babl fur ungultig erklart worben, nicht beigestimmt werben tonne. Dem es wird von ihr felbst eingeraumt, daß die irrthumliche Bulaffung ber Abaabe von Stimmen für nicht mahlfahige Perfonen im Allges meinen die Wahl nicht ungultig mache. Diefes zugegeben, kann bie Große ber Bahl von ungultig abgegebenen Stimmen nichts anbern, ba bei ber Babl ber Mitglieder bes Gemeinde: Musschuffes eine relative Stimmenmehrheit entscheibet, und ein Mitglied auch mit einer außerft geringen Stimmenzahl erwählt werben kann, ohne daß ungultige Stimmen (für nicht mahls fahige Perfonen) abgegeben werben, und ber Gat 3 bes §. 45 ber Gem. Orbn. nicht vorschreibt, daß bie erforberliche Salfte, bezüglich Drittheil ber Stimmen ber Abstimmenben nur stimm= fahige Personen bezeichnet haben durfe. Die Bahl bes Ge meinde = Ausschusses ift mithin als gultig zu betrachten, wenn nur überall fur foviele Perfonen eine relative Stimmenmehrheit fich herausstellt, als die gesetliche Anzahl ber Ausschußmitglie= ber beträgt.
- d) Siehe bie Rote d ju §. 27.

Rr. 8328 Pr. b. J. Das Justig = Ministerium außert sich auf bas biesseitige Ersuchen um Eröffnung: ob bedeutenbe Holzfrevel zu ben im S. 26, pos. 2 ber Gem. Ordn. gebach= ten Bergehen zu rechnen sergen.

Befchluß vom 22ften September 1836.

Der Regierung zu N. wird auf ben Bericht vom zc. eröffnet,

- 1) daß wenn ein Mitglied eines Gemeinde = Yusschuffes in eines berjenigen, im g. 26 ber Bem. Orbn. bezeichneten Berhaltniffe kommt, welche nach tem Schluffage bes 6. 27 berfelben bas Ruben ber Stimmfabigfeit jur Folge haben, baffelbe eo ipso aufhort, Mitglied bes Musichuffes ju fenn, und weder von dem Musschuffe eine Musftogung besonders zu beschließen ift, noch bier nach &. 63, lit. c. und &. 64, Dr. 5 ber Gemeinberath im Ginverstandniffe mit bem Gemeinde = Musschuffe bie Entziehung ber Stimm= fabigkeit auszusprechen bat. Denn die Berhaltniffe, welche nach §. 26, Rr. 1 bis 5 bas Ruben ber Stimmfabiafeit begrunden, erfordern keine subjective Beurtheilung, son= bern find nur eine Folge bestimmter Thatsachen; bei ihnen findet die Befugniß zur Entziehung ber Stimmfabigfeit burch ben Gemeinderath im Einverstandniß mit dem Musschuffe keine Unwendung, welche ihren Gegenstand vielmehr in ber Borfchrift bes &. 45, Gas 5 ber Gemeinde: Ordnung erhalten hat;
- 2) daß bedeutendere Holzfrevel nur alsdann zu den im §. 26, Mr. 2 der Gem. Ordn. gedachten Bergehen zu rechnen sind und das Ruhen der Stimmsähigkeit nach sich ziehen, wenn sie in einer solchen Entwendung von Holz aus dem Walde bestanden haben, das bereits überwiesen und daz durch in das Eigenthum eines Andern, als des Walds-Cigenthümers, übergegangen war, nicht aber Entwendungen von noch auf dem Stamme besindlichen oder noch nicht überwiesenem Holze, weil solche nach der, im Volke unleugdar herrschenden, Ansicht nicht die, im Gesehe unterstellte, Folge haben, den Thäter in der öffentlichen Meinung heradzusehen und des Antheils an den öffentzlichen Angelegenheiten unwürdig zu machen.
- e) Nr. 1875 Pr. d. J. Die Regierung zu N. berichtet über bie Beschwerde mehrerer Ortsburger zu N. über die bafige Wahl ber Ausschussmitglieder.

Befchluß vom 20ften Marg 1835.

Die im Schluffage bes §. 45 ber Gemeinde Drbnung gesette achttagige Frift gur Anbringung von Ginwendungen gegen die

Wahl bes Gemeinde - Ausschusses wegen mangelhaften Versahrens ist von dem Zeipunkte an zu rechnen, wo die Erklarung über die Gesemäßigkeit der Wahl von der betressenden Behörde (§. 49 der Gem. Ordn.) ertheilt worden ist, weil hierdurch erst sich ergiebt, ob das Wahlversahren überhaupt bestehen werde oder nicht, und ob die vorzubringenden Sinwendungen nicht schon von der Behörde gerügt und deren Erledigung gesordert worden ist. Es werden deshalb die, wegen der Verweisung ihrer Beschwerbeschriften an das Kreisamt, von den Beschwerdessührern gegen die Regierung vorgebrachten Beschwerden zurückgewiesen.

Nr. 8145 Pr. b. J. Die Regierung zu N. tragt an auf Burudweisung ber Beschwerbe ber Ortsburger N. N. zu N., in Betreff ber Wahl ber Mitglieber bes Gemeinde : Ausschuffes.

Befchluß vom 23ften September 1835.

ic. Uebrigens wird mit Aucksicht auf den Regierungs Beschluß vom ic. bemerkt, daß richtig dahin entschieden ist, wie die Erklärung über die Gesemäßigkeit des Wahlversahrens wegen der im §. 45 der Gem. Ordn. zur Andringung von Einwensdungen gesetzten achttägigen Frist nicht dis zum Ablause dieser Frist ausgesetzt bleiben musse, daß diese Frist vielmehr von dem Zeitpunkte an zu rechnen ist, wo die Erklärung über die Gesemäßigkeit der Wahl ertheilt worden, weil dadurch sich erst ergiedt ob das Wahlversahren überhaupt als bestehend angesnommen werde, oder ob die vorzubringenden Einwendungen nicht sich von der Behörde gerügt und deren Erledigung gesordert worden ist; weshalb auch anzuordnen ist, daß die Erklärung über die Gesemäßigkeit des Wahlversahrens in der Gesmeinde bekannt gemacht werden muß.

f) Nr. 11,534 Pr. d. I. Die Regierung zu N. berichtet über die Beschwerde bes Burgers N. u. Gen. zu N. in Betreff der dasselbst Statt gehabten und bestätigten Bahl eines Gemeinde- Ausschusses, sowie über die Borstellung der großen Ausschuße Bersammlung zu N. in Betreff der Wahl eines Burgermeisters für die dasige Stadt.

Beschluß vom 17ten Marz 1836.

Der Regierung wird Folgendes eröffnet:
Es ist nicht angeordnet, daß das Resultat der Wahl des Gemeinde Ausschusses in der Gemeinde diffentlich bekannt gemacht werde, und wurde auch eine solche Anordnung nicht zwecknäßig sehn, da die Wahl, ehe die Erklärung deren Gesetzmäßigkeit hinzugetreten, noch keinen Bestand hat, etwas

Unfertiges ift. Das einzelne Gemeinbeglied wird daher nicht bavon unterrichtet, inwiefern seine etwaige Bedenken über die Wahl durch das Ergebniß der letteren gehoben sind oder nicht; er weiß wohl den Wahltag, nicht das Resultat des Wahl verfahrens, was er in der Regel zur Andringung einer Einwendung nicht wird entbehren konnen. Es ist ferner auch für die Erklärung der Gesemäßigkeit der Wahl (§. 49 der Gemde. Ordn.) keine Frist angeordnet, dieselbe kann mithin sowohl vor dem Ablause von acht Tagen nach dem Wahltage, als nach diesem Ablause eintreten und es wird also auch nicht erreicht, daß diese Einwendungen vor der Erklärung zur Anzeige kommen müßten und berücksichtigt werden könnten, um eine Zurücknahme jener Erklärung zu vermeiden.

Die im Schlußsabe bes §. 45 ber Gem. Ordn. angeordnete Frist hat nun den Iweck, den Betheiligten Zeit zur Andringung von Beschwerden über das Wahlversahren zu lassen, hierzu aber einen unerstrecklichen Termin zu setzen, damit nicht burch Einwendungen, die nach langer Zeit erst vorgebracht werden, die Sicherheit fur das Bestehen der Wahlen immer noch gefährdet werden könne, von welchen lehteren wieder die Wahl des Gemeinderathes und des Burgermeisters abhängt.

Dieser 3weck bes Gesehes wird in jeder Beziehung erreicht, wenn die Frist sich von dem Zeitpunkte an datirt, wo die Erklarung der Gesehmäßigkeit des Wahlversahrens gegeben ist, welche in der Gemeinde publicirt werden muß, weil dadurch eine Gemeinde Behörde eingeseht wird; wogegen, wie vordezmerkt, das Kesultat der Wahl nicht bekannt gemacht wird, — und ferner erreicht, daß die Betheiligten von unnügen Einzwendungen abgehalten werden, welche die Behörden, die densselben von selbst abgeholfen haben wurden, ohne Bedursniß behelligen.

### §. 46.

Berfahren bei ber Bahl ber Gemeinberathöglieber und bes Ortsvorstandes.

Die Wahlen ber Mitglieber bes Gemeinberathes und bes Ortsvorstandes werden in der betreffenden Wahlversammlung (s. S. 39 und 40) durch geheime Stimmgebung mittelst Wahlzettel, auf welche die Namen aller derer geschrieben sind, welche vorgeschlagen werden, bewirkt. Wahlzettel, welche die vorgeschlagenen Personen nicht hinlanglich bezeichnen, werben, fofern ber Aussteller fich nicht bagu behufs der Berichtigung bekennt, der Mehrheit bei Berechnung der Stimmen zugezählt.

Wenn bei ber Abstimmung nicht wenigstens eine Stimme weiter, als die Galfte ber ordnungsmafigen Stimmen (absfolute Stimmenmehrheit) auf eine Person gefallen ift, so erfolgt eine zweite Wahl a).

Burbe auch mit ber zweiten Bahl feine Mehrheit, welche bie Salfte ber ordnungsmafigen Stimmen überschreitet, erzielt, fo tritt bas im Gefege vom 16ten Februar 1831, S. S. 36 und 37, porgeschriebene Verfahren ein b).

Dem Dirigenten bes Wahlgeschafts ftehen als Wahlgeshulfen biejenigen beiben Mitglieder ber Wahlversammlung jur Seite, welche bazu von biefer Versammlung bestimmt fenn werden.

a) Mr. 2159 Pr. d. J. Die Regierung zu 'N. berichtet über bie Frage: was im §. 46, Sat 2 ber Gemeinbe Drbnung unter absoluter Stimmenmehrheit zu verstehen sey.

Befchluß vom 14ten Marg 1835.

Der §. 46, Sat 2 ber Semeinde Drbnung ist bahin zu verstehen, daß zur gultigen Bahl eines Mitgliedes des Gemeinderathes erforderlich ist, daß der Gewählte wenigstens eine Stimme mehr als die Hälfte der Stimmen sammtlicher (nach Vorschrift des §. 38 an und für sich vorhandener) Mitzglieder der großen Ausschuße Bersammlung (§. 39 der Gem. Ordn.) — als der ordnungsmäßigen Stimmenzahl — für sich hat, ohne daß, um diese ab folute Mehrheit der ord nungsmäßigen Stimmenzahl zu erhalten, nothwendig ist, daß keiner von der ordnungsmäßigen Anzahl der Stimmeberechtigten in der Wahlversammlung gefehlt habe.

b) Rr. 7134 Pr. b. J. Die Regierung zu N. berichtet wegen ber Bahl ber Stadtrathöglieber ber Stadt N.

Beschluß vom 7ten August 1834.

Die zweite Bahl (§. 46, Sag 2 ber Gem. Orbn.) konnte auf die vier fehlenben Personen zusammengefagt werben, ba-

für biefe zweite Bahl tein abweichenbes Bahlverfahren vorgeschrieben und bafur bie Regel im Gat 1 bes 6. 46 gu

befolgen ift.

Nachdem aber biefe zweite Babl feine abfolute Stimmen= mehrheit ergeben hatte, fo mar nunmehr bie britte, und jebe folgende Bahl nach Borfchrift ber §. f. 36 und 37 bes Ge= febes vom 16ten Februar 1831 vorzunehmen. Diefe 6. 6. aber laffen nicht bie gleichzeitige Bahl mehrerer Perfonen au.

fondern erfordern fur eine jede eine befondere Bahl.

Die britte Bahl (entsprechend ber zweiten Bahl jener §. §.) mußte alfo erftlich nur auf bas fiebente Mitglied bes Stabt= raths gestellt, und zweitens babei bavon ausgegangen und gur Grundlage genommen werben, ob nicht eines ber im genannten 6. 37, Mr. 1, 2 und 3 bezeichneten Sachverhaltniffe aus ber zweiten Bahl vorhanden mar (ber im 6. 36 vorgefehene Fall, baß von 2 Personen jede die Balfte ber Stimmen fur fich habe, konnte nicht eintreten, weil die Bahl ber Unwesenden Babler eine ungleiche - 39 - gemesen ift). Siernach muß bie Babt bes fiebenten, achten, neunten und zehnten Mitglie= bes neu und fur jebes einzeln nach ben bemerkten 6. 6. 36 und 37 vorgenommen, bei ber Bahl bes fiebenten aber querft Die Unwendbarkeit einer ber Borfdriften bes 6. 37 aus bem Protofolle festgestellt und verfolgt werben.

Unmerk. Bei ber Bahl bes Stadtraths ju N. maren von gehn Mitgliedern nur fechs bei ber erften Bahl mit abfoluter Stimmenmehrheit gewählt, hierauf die zweite Bahl auf die feblenden vier Mitglieder zusammengestellt, und ba auch diese nur fur zwei eine absolute Stimmenmehrheit ergab, die britte Bahl wieder auf die fehlenden zwei Mitglieder zusammen, und erft die folgenden Wahlen auf einzelne Mitglieder gestellt worden.

Mr. 11,020 Pr. b. J. Die Regierung zu N. berichtet über bie Babl bes N. N. jum Mitgliede bes baffgen Stadtrathes.

Beschluß vom 15ten Januar 1836.

1) Die Unficht ber Regierung, welche babin geht, bag ber Sat 2 bes 6. 46 ber Gemeinde = Dronung - welcher babin au verfteben ift, bag gur gultigen Babl eines Mitgliebes bes Gemeinderathes erfordert wird, daß ber Gemablte wenigstens eine Stimme mehr, als bie Balfte fammtlicher nach 6. 38 ber Bem. Drbn. im Musichuffe vorhandener Stimmen erhalten habe - auf ben Fall feine Unwendung finde, wenn bas in ben S. S. 36 und 37 bes Gefetes vom 16ten Februar 1831 vorgefchriebene Berfahren eintrete ( §. 46, Gat 3 ber Gem. Ordn.), nachdem die zweimalige Bahl nach f. 46, 26f. 2 tein gultiges Bablprobutt ergeben babe, wird für richtig erflart.

### Berpflichtung gur Unnahme ber Bahl.

Die Wahl zum Mitgliede des Gemeinde- Ausschuffes kann nur wegen Mangels einer gesetzlich erforderten Eigenschaft, sowie wegen langwieriger Verhinderung durch fortdauernde Krankheit oder ein schweres Korpergebrechen, oder burch eintretende häufige Reisen oder langere Abwesenheit vom Orte, abgelehnt werden.

Die Wahl zum Mitgliede des Gemeinderathes darf noch auserdem abgelehnt werden, wenn innerhalb der letten drei Jahre, oder in Hanau, Fulda und Marburg innerhalb der letten neun Jahre, und in Cassel innerhalb der letten achtzehn Jahre 'eine mehrjährige Bekleidung einer Stelle im Gemeinderathe oder eines anderen ihr an Muhwaltung vergleichbaren, nicht etwa blos in der gewöhnlichen Theilnahme an den Ausschußgeschäften bestehenden, unbesoldeten Gemeinder Amtes stattgefunden hat.

Wenn übrigens der Gewählte darthut, daß er nach seinen besonderen Berhältnissen ohne wesentlichen Eintrag für seinen dem Publikum wichtigen Beruf., z. B. als Arzt, Bundarzt, Apotheker, Lehrer und dergl., oder ohne erhebliche Störung seines Wohlstandes nicht die Pflichten eines Mitglieds des Gemeinderathes erfüllen könne; so darf der Gemeinderath ihm die Annahme der Wahl erlassen. Auch hat im Falle der Beschwerde über persagte Zulassung der Ablehnung die Regierung die Besugniß, nach den gedachten, gehörig in Gewißheit gesetzen, besonderen Verhältnissen, für deren Dauer eine angemessene Besteiung auszusprechen.

Dieselben Grunde, welche jur Ablehnung ber Bahl ju einem Gemeinde : Umte ber gebachten Urt berechtigen, geben,

wenn fie nach beffen Unnahme entftehen, auch bie Befugniß, folches nieberzulegen a).

a) Rr. 11,302 Pr. b. J. Die Regierung zu N. berichtet über bie Entlassung eines Ausschußmitgliedes von seinem früher an genommenen Umte.

Befchluß vom 5ten December 1836.

Da ein Gemeinde = Ausschuß, als eine ihrem Charakter nach die Gemeinde = Berwaltung controlirende Behorde (§. 36 der Gem. Ordn.), nicht unmittelbar in diese Controlle einschlagende Geschäfte nur insoweit ausüben darf, als sie durch das Geset ihm ausdrücklich zugewiesen sind (wohin die im Schlußsage des §. 38 der Gem. Ordn. eingeräumte Besugniß der Ergänzung gehört), dem Gemeinde = Ausschussen der tie Entscheidung darüber, ob die Entlassung eines Ausschussmitgliedes von seinem Amte (welche übrigens lediglich bei dem Daseyn eines der im Sat 1 des §. 47 der Gem. Ordn. bezeichneten Berzhaltnisse Statt sinden kann) zuzugestehen sey, nicht eingeräumt ist, diese Entscheidung daher, als Gegenstand der Gemeindez Berwaltung, der die letztere besorgenden Behörde zusdemmt; so ist bieselbe dem betreffenden Gemeinderathe zu überlassen.

#### §. 48.

Befondere Bustimmung hinfichtlich ber hof= und Staatsbiener.

Die im S. 13 und im Schlußfage bes S. 14 gedachten Hof= und Staatsbiener, welche bas Ortsburgerrecht erwor= ben haben, können die ihnen von der Gemeinde zugedachten Geschäfte ablehnen, wenn sie mit dem von ihnen bekleideten Hof= oder Staatsbienste nicht verträglich erscheinen.

Wor der Uebernahme eines Gemeinde - Amtes muffen fie jedenfalls bei ihrer vorgesetten Dienstbehorde die Erlaubniß einholen. Diese kann auch zuruckgenommen werden, sobald aus der Berbindung beider Aemter fur den Hof = oder Staatsbienst, oder fur die Gemeinde = Berwaltung sich in der Folge ein Rachtheil ergiebt a).

a) Nr. 2844 Pr. b. J. Die Regierung zu N. außert fich über bie Frage: ob Abvocaten Obergerichts : Anwalte und ausübende Aerzte hinsichtlich ber Annahme von Gemeindeamtern, als Staats biener anzusehen sepen.

Befchluß vom 31ften Marg 1835.

Die Anfrage ber Regierung zu N.: ob Abvocaten, Obergerichts-Anwalte, Aerzte und Bundarzte in die Klasse ber Staatsbiener zu rechnen seyen, welche nach §. 48 der Gem. Ordn. ber Erlaubniß der vorgesetzten Dienstbehorde zur Uebernahme eines Gemeinde = Amtes bedurfen, wird verneint.

Rr. 2156 Pr. d. J. Die Regierung ju N. berichtet über bie Statt gehabte Wahl ber Mitglieber des dafigen Stadtrathes.

Beschluß vom 14ten Marg 1835.

Ein Gemeinde = Musichuf fann erft alsbann als beftebenb angesehen werben, wenn soviel Mitglieder beffelben zu feinem ersten Busammentritt vorhanden find, als nach g. 38 der Gem. Orbn. vorhanden fenn muffen. Um gefehlich als Mitglied bes Ausschusses bestehen zu konnen, bedarf es nun fur Staatsbiener noch insbesondere ber Erlaubnig ber vorgesetten Dienft= beborbe nach 6. 48 ber Gem. Orbn. Co lange biefe fur fie nicht eriftirt, find fie als Mitglieder bes Musschuffes noch nicht als vorhanden zu betrachten, und ber Musschuß ift also nicht gesetlich conftituirt. Wenn biefe Erlaubnig nun gwar gu N. bem N. N. und bem N. N. noch gefehlt hat, als ber Mus: schuß seine Functionen angetreten und die Babl ber Mitglieder bes Stadtrathes vorgenommen, fo lagt fich boch biefer Mangel burch bie balb barauf ertheilte Erlaubniß als nachtraglich geheilt betrachten. Wenn von biesem Gesichtspunkte aus die betreffen= ben Personen als gleich nach ihrer Bahl mit ber erforberlichen Genehmigung verfeben fich barftellen, fo folgt aus ben eben beruhrten Grunbfagen, bag bie Bahl ber Mitglieber bes Stabt= rathes nur in Folge ber Theilnahme ber fraglichen beiben Per= fonen an derselben als gultig sich betrachten läßt, indem gegen= theiligen Falles anzunehmen ware, daß ein gesetlich nicht com= pletter Musichuß gehandelt hatte. Mithin fann es auf einen etwaigen Musschlag, welchen die Stimmen jener beiben Staatsbiener zur Bahl eines Mitgliedes bes Stadtrathes gegeben haben follte, bei der Entscheidung über die Gultigfeit Diefer Wahl nicht ankommen.

Rr. 5351 Pr. b. J. Das Kreisamt zu N. bittet um Belehrung in Betreff ber Erklarung über bie Gesehmäßigkeit bes Burger - Ausschusses zu N. Befclug vom 10ten Juni 1835.

Dem Kreisamte zu N. wird eröffnet, daß, da ein Gemeindes Ausschuß erst alsbann als bestehend angesehen werden kann, wenn soviel Mitglieder desselben zu seinem ersten Zusammentritte vorhanden sind, als nach &. 38 der Gem. Ordn. vorshanden seyn mussen, sur einen Staatsdiener aber es der Erslaubniß der vorgesehten Dienstbehorde bedarf, um gesehlich als Mitglied des Ausschusses bestehen zu können, mithin, so lange diese Erlaubniß ihnen noch nicht ertheilt ist, dieselben als Mitglieder des Ausschusses noch nicht vorhanden und ein gesehlich completter Ausschusses noch nicht vorhanden und ein gesehlich completter Ausschusses noch nicht constituirt ist, — der gestellte Antrag (wonach die Wahl des Gemeindes Ausschusses zu N. sur gesehmäßig zu erklaren sey, wenn dis zum Ablause einer bestimmten Frist von den gewählten Staatsdienern die Erlaubniß der vorgesehten Dienstbehörde nicht beigebracht werde) unzulässig ist, vielmehr die zu Mitgliedern des Gemeindes Ausschusses gewählten Staatsdiener zu erinnern sind, die Auswirzung der ersorderlichen Erlaubniß besonders zu beschleunigen.

#### §. 49.

Gintritt ber Gemeindebehorben in ihr Umt.

Die Mitglieder des Gemeinde=Ausschusses treten in ihren Beruf, sobald in den Hauptstädten die Regierung der Provinz, und in den übrigen Orten der Areisrath, oder der statt dessen zuständige Verwaltungsbeamte (f. S. 92) das Wahlverfahren für gesehmäßig erklärt haben wird a).

Die Mitglieder bes Gemeinderathes treten in ihr Amt, nachdem ihnen in den Hauptstädten die Regierung oder ein Kommissar derselben, und an den übrigen Orten der Berwaltungsbeamte bei vorhandenen gesetzlichen Erforbernissen das eidliche Angelobniß abgenommen hat:

"daß sie die Landes = Berfassung unverbruchlich beobsachten, insbesondere die verfassungsmäsigen Rechte der Gemeinde (Stadt) treulich wahren, und das ihnen anvertraute Amt nach bestem Wissen und Gewissen den Geseigen gemäß verwalten, auch sonst mit allen

ihren Kraften und ohne alle Nebenrucksichten bas Bohl ber Gemeinde (Stadt) beforbern wollen."

In gleicher Beife werben bie Ortsvorftande vor ihrem Dienft= antritte nach erfolgter Bestätigung (f. S. 50) verpflichtet.

a) Nr. 945 Pr. d. J. Die Regierung zu N. berichtet wegen Erledigung der Borschrift des §. 49 der Gem. Ordn., von der Gesemmäßigkeit der Wahl des Gemeinde - Ausschusses.

Befchluß vom 12ten Februar 1835.

Der Regierung wird eröffnet, daß der Sah 2 des §. 47 ber Gembe. Ordn., worin die Theilnahme an den Ausschuß-Geschäften ausdrücklich als unbesoldetes Gemeindeamt bezeichnet wird, serner die §. §. 98 und 101 berselben (auch die Uebersschreft des §. 49) darüber, daß die Bersehung der Geschäfte eines Mitgliedes des Gemeindes Ausschusses als ein Gemeindes amt zu betrachten ift, keinem] gegründeten Zweisel Raum lassen könne.

# §. 50. Beftatigung bes Ortevorftanbes.

### Die Ortsvorftande werben

- 1) in ben Sauptstädten vom Landesherrn,
- 2) in ben übrigen Stadten von der Regierung ber Proving,
- 3) in ben Landgemeinden von bem Rreisrathe,
- 4) in der fürstlich = rotenburgischen Quart, den standesherrlichen Bezirken und den Patrimonialgerichten Ramholz und Romsthal aber von der fürstlich = rotenburgi= schen Herrschaft, den Standesherrschaften und der Patrimonialgerichtsherrschaft

bestätigt a).

Wird der Gemählte aus befonderen Grunden nicht bestätigt; so muß zu einer weiteren Wahl in kurzester Frist geschritten werden b).

Stehet ber Bestätigung eine genugend begrundete Boraus: seing ber Unfahigkeit des Gemahlten jum Umt entgegen;

so kann dieser Unstand auch mittelft angemeffener Prufung, wenn der Gewählte sich ihr freiwillig unterwirft, beseitigt werden.

a) Nr. 138 Pr. d. J. Die Ausführung bes §. 50 der Gemde. Ordn. wegen der Bestätigung der Ortsvorstände betreffend.

Befchluß vom 5ten Januar 1835.

Sammtliche Regierungen werden barauf aufmerksam gemacht und haben die gandrathe babin ju inftruiren, daß in der Beftatigung ber Burgermeifter ihnen bas Mittel gegeben ift, bie Musmahl nur folder Perfonen gur Befleibung bes Burgermei= fteramtes zu bewirken, welche hinlangliche Gicherheit fur eine vollständig genügende Bersehung bieses Umtes geben, welches fowohl nach ber jetigen Stellung ber Gemeinden, als auch namentlich bei der jegigen Ginfuhrung der neuen Gemeinde= Berfaffung eine vorzugliche Wichtigkeit hat. Durch die Beftatigung muß erreicht werben, bag es in feiner Gemeinbe gum Umtseintritt eines Burgermeifters fommen fann, beffen Babl die Aufsichtsbehörde für einen Mißgriff, und durch welche sie die Berwaltung bes Gemeindewesens und nicht weniger die Polizei = Verwaltung fur gefahrbet ober auch nur folchen Ban= ben anvertraut halt, beren Tuchtigkeit zweifelhaft erscheint. Es ist daher nicht hinlanglich , daß die Wahlformen fammtlich beobachtet find, und gegen ben Gewählten fein besonderes Bebenken obwaltet; die bestätigende Behorde muß die Ueberzeugung haben, daß der Gewählte eine Gefinnung, Entschlof= fenheit und Geschäftstenntniß in diesem Umte bethatigen tonne und werde, ju beffen Bekleidung Unbescholtenheit und gewohn= licher Fleiß eines guten Sausvaters nicht anreichen. festgehalten werben, bag, namentlich in ben fleineren Gemein= ben, welche nur wenige, gur Befleidung bes Burgermeifter: amtes fabige Manner enthalten, wenn die Gemeinde feinen von diefen, fen es aus Unverftand ober Gleichgultigkeit, ober auch wohl beshalb, weil eben biefe als frubere Ortsvorstande eine laftige gefehliche Strenge gehandhabt, Migbrauchen gefteuert und Unordnungen gur Strafe gebracht haben, mablen follten, die Wahl nothigenfalls wiederholt verworfen, und lediglich einem ber unbestrittenen fabigen Ortsburger die Bestätigung gegeben werbe. Es muß auch bie Bestätigung schlechthin benen versfagt werben, welche burch ihr früheres Betragen eine, gesetz licher Strenge und Dronung abgeneigte, Gefinnung bewiesen, ober sich burch Widerspenftigkeit oder Untheil an Auflehnungen gegen die Obrigfeit bemerklich gemacht haben.

Die gehörige Erwägung ber hier zusammengestellten leitenzben Grundsäte für die Erledigung des befragten, so wichtigen Geschäfts wird übrigens entnehmen lassen, daß es keineswegs die Absicht ist, auf dem Wege der Bestätigungs zuersagung bei dem Borhandensenn mehrerer, überhaupt qualisseirter Gezmeindeglieder gerade eine einzelne bestimmte Person, weil man solche für am tauglichsten halt, an das Bürgermeisteramt zu bringen; es soll vielmehr durch die vorliegende Anweisung nur auf die Pslicht der sämmtlichen Verwaltungsstellen ausmerksam gemacht werden, die allgemeine Tüchtigkeit des zum Bürgermeister Gewählten, wie solche in einigen Hauptbeziehungen hervorgehoben worden, bei der Bestätigungs zertheilung gehörig ins Auge zu fassen.

Rr. 5890 Pr. b. J. Die Regierung ju N. berichtet über bie bei ber Nieberlegung bes Umtes eines Burgermeisters zu beobachtenben Grundsate.

Befchluß vom 7ten Juli 1836.

Die Niederlegung des Burgermeisteramtes ist nicht in den Willen dessen gestellt zu lassen, welcher die Wahl zu diesem Amte für eine ihm bekannte Zeit einmal angenommen und die Bestätigung zu demselden erhalten hat, noch auch lediglich sür den Eintritt gewisser Gründe für zulässig zu erklären, die alsdann sestzusetzen seyn wurden; sondern das Zugeständniss der Niederlegung bleibt in das Ermessen dern Wehrde gestellt, welche die Bestätigung der Wahl ertheilt hat, und welche die Zulässigkeit der Niederlegung des Amtes sowohl aus Rücksichten auf die Person des Burgermeisters, als aus solchen auf die Dienstversehung erkennen kann.

b) Nr. 7599 Pr. d. J. Die Regierung zu N. trägt an auf Zurudweisung ber Beschwerde bes Gemeinderathes und Aussschusses zu N., wegen verweigerter Bestätigung bes erwählten Burgermeisters.

Befchluß vom 24ften August 1835.

Der Landrath, welchem die Beftätigung des für N. gewähle ten Burgermeisters zukommt, hat nach §. 50 der Gem. Ordnie Befugniß, dem Gewählten "aus besonderen Gründen" die Bestätigung zu versagen. Derselbe ist dabei nicht verzipstichtet, diese "besonderen Gründe" zu eröffnen, gegentheils hatte eine solche, weder sich von selbst verstehende noch durch anderweite Normen ausgesprochene, Verpslichtung im Geset ausdrücklich vorgeschrieben werden mussen. Wird wegen bieser Versagung Beschwerde bei der Regierung erhoben und von

bieser die Beschwerde verworfen; so ist auch sie nicht gebaleten, die Gründe ihrer zurückweisenden Entscheidung zu eröffnen, weil nach §. 35 der Verfass. Urk. bei der Verwersung von Beschwerden die Entscheidungsgründe nur alsdann mitgetheilt werden sollen, wenn die Beschwerde gegen ein verfassungs z, geset voder ordnungswidriges Benehmen oder Versassungs zeschiedt ist, es aber nicht versassungs voder ordnungs widrig, noch insbesondere gesehdidig vielmehr gesetlich aus brücklich sundirt ist, daß der Landrath die Bestätigung der gewählten Bürgermeister versagen und ohne Mittheilung seiner deshalbigen besonderen Gründe eine andere Wahl fordern kann. Dasselbe gilt von Beschwerdschührungen in weiterer Instanz bei dem Ministerium und ist hiernach um so mehr ganz unzulässig, daß eine Untersuchung über die, ohne alle Nothwendigkeit mitzgetheilten, Entscheidungsgründe, welche künstig nicht weiter zu eröffnen sind, verlangt werde.

Da sich übrigens von ber Richtigkeit und bem Gewichte ber Grunde, auf welchen die Bersagung der Bestätigung des N. als Burgermeister von N. beruhet, aus den Acten und Bericheten genügend überzeugt worden ist, so wird die dahier angebrachte Beschwerde zurückgewiesen und hat der Gemeinderath und Gemeinde Zusschuß zu N. zu einer anderweiten Wahl zu schreiten, welche nicht auf den N. fallen darf.

#### 8. 51.

Erneuerung ber Gemeindebehorben.

Die ständigen und auserordentlichen Mitglieder des Ausschuffes, sowie die Mitglieder des Gemeinderathes werden alle fünf Jahre neu gewählt, sind aber, so lange sie die erforderten Eigenschaften besigen, stets wieder wählbar.

Der Ortsvorstand wird entweder auf Lebenszeit, was nur mit landesherrlicher Genehmigung geschehen fann, oder auf bestimmte Zeit, jedoch nicht unter funf Sahren, gewählt a).

a) Mr. 12,031 Pr. d. J. Die Auswirkung ber lanbesherrlichen Genehmigung zur Wahl eines Ortsvorstandes auf Lebenszeit betreffend.

Befchluß vom 31ften December 1834.

Sammtliche Regierungen haben das Erforderliche zu erlassen, daß, da nach §. 51, Saß 2 der Gem. Ordn. die Wahl eines Ortsvorstandes auf Lebenszeit überall und ohne Unterschied von wem die Bestätigung des gewählten Ortsvorstandes erfolgt, nur mit landesherrlicher Genehmigung vorgenommen werden darf, in den Fällen, wo der Gemeinderath und Gemeinde-Ausschuß einer Stadt zoder kandgemeinde eine solche Wahl auf Lebenszeit beschlossen hat, vor der Vornahme der Wahl die landesherrliche Genehmigung ausgewirkt und zu diesem Zwecke auf deren Auswirkung dei der betreffenden Behörde angetragen und von der Regierung darüber anher berichtet werden muß.

# §. 52.

### Deputationen.

Für einzelne Zweige ber Gemeindeverwaltung, 3. B. das Bauwesen, Marktwesen, die Feld = und Hute = Aufsicht, die vorkommenden Schähungen, sowie für einzelne wichtige Berrichtungen (3. B. wegen Ablösungen, Gemeinheitstheilungen und bergl.) können nach dem deshalbigen Bedürfnisse auf den Borschlag des Ortsvorstandes Deputationen aus Mitgliedern des Gemeinderathes, unter Hinzutritt von Sachkundigen durch den Gemeinderath im Einverständnisse mit dem Gemeinde-Ausschusse gebildet werden.

Dergleichen Deputationen sind als im Auftrage des Ortse vorstandes und Gemeinderathes handelnd, folglich diesen untergeordnet anzusehen.

#### §. 53.

## Borfteber von Stabttheilen zc.

Bo es ber Umfang eines Ortes ober die Entlegenheit einzelner Theile nothig macht, wird für jeden einzelnen Stadttheil, sowie mehrere benachbarte Hofe und sonstige einzelne Bohnstätten, für welche nicht die Anordnung geeigneter

Fürsorge nach S. 5 ber Regierung der Provinz zukommt, aus ben Hausbesissern oder sonst zuverlässigen und tüchtigen Einwohnern dieses Stadt= oder Gemarkungstheiles ein beson= berer Borsteher, und für den Fall seiner Berhinderung ein Stellvertreter desselben, durch den Gemeinderath, im Einverständnisse mit dem Gemeinde Ausschusse, von drei zu drei Jahren bestellt.

Die genannten Gemeindebehorden haben bei der, diefen Bestellungen jum Grunde ju legenden, Gintheilung des Ortes und der bewohnten Zugehorungen die, zusvor zu vernehmenden, Bunsche der betheiligten Ginwohner thunlichst zu berücksichtigen.

Der Vorsteher eines solchen Stadt = ober Gemarkungs=
theiles hat sich in fortwährender Kenntniß des Haus = und
Seelen = Bestandes seines Bezirks zu erhalten, und den Orts =
vorstand in der Aussicht über alle, von diesem ihm überwiessenen, blos örtlichen Gegenstände, z. B. Strasenpflaster,
Brunnen, Erleuchtung, Lösch = Anstalten, Wege, Stege,
Sicherheitsgeländer u. s. w. zu unterstügen, demselben ents
standene Mängel mitzutheilen und nothige Vorkehrungen zu
bezeichnen, auch deshalbige Austräge zu erledigen.

# §. 54. Stadt= und Gemeindeschreiber.

Der Stadtsekretar in den Hauptstädten und der Stadtschreiber in den übrigen Stadten, wo dessen Amt nicht vom Burgermeister unter Genehmigung der Regierung mitbekleibet wird, ist vom Gemeinderathe, zuerst versuchsweise auf gewisse Jahre, und nach erprobter Tüchtigkeit im Einverständnisse mit dem Gemeinde-Ausschusse auf Lebenszeit zu bestellen a).

In ben groseren Landgemeinden, wo ein Gemeindeschreiber vom Gemeinde = Ausschusse für nothig erklatt ift, wird ein solcher vom Gemeinderathe angenommen und zwar vorbeshaltlich ber Kundigung.

a) Nr. 11,908 Pr. d. J. Die Regierung zu N. berichtet wegen ber Berpflichtung bes von ben Gemeinde Behorden nach ber Gemeinde Dronung anzustellenden Dienerpersonals.

Befchluß vom 3ten Januar 1835.

Der Regierung wird eröffnet, bag biejenige Stellung, welche burch bie Gem. Ordn. ben Ortsvorstanden eingeraumt wird, auch erforbert, ihnen bie Berpflichtung ber Gemeindebiener (6.52 bis 56 ber Gem. Ordn.) ju überweifen, bag biefes auch wegen ber Stabte im Allgemeinen feinem Unftanbe unterliegt und vorkommenbe Musnahmsfälle eine Beschränkung nicht rechtfertigen wurden, bas wegen ber ganbgemeinden geaußerte Bebenten aber theilweise baburch beseitigt werbe, baß (bie großeren Gemeinden abgerechnet, in welchen es auch an einem genugend gebilbeten Burgermeister nicht fehlen werbe und ba bie geringere Gemeinde Dienerschaft nach §. 56 in ber Regel auf Kundigung angenommen wird) in der Regel nur die Berpflichtung ber Gemeinbe- Erheber, als bestellter Gemeinbebiener, vortommen werbe. Um auch fur biefe galle Ubhulfe gu treffen, ift ben Burgermeiftern eine Unweisung zu ertheilen, in welcher Form die Berpflichtung vorzunehmen fen und ein Entwurf zu biefer Unweifung einzusenben.

S. b. Nr. 1704 Pr. b. 3., §. 56, Note a.

### §. 55.

Stabtfammerer und Gemeinbe=Erheber.

Die Bestellung ber Stadtkammerers ober bes Gemeinde-Erhebers und Rechnungsführers, beffen Dienst mit dem Umte des Ortsvorstandes unverträglich ist, geschiehet vom Gemeinderathe, im Einverständniffe mit dem Gemeinde-Ausschusse.

#### S. 56.

Geringere Gemeinbe=Dienerschaft.

Die ubrige, nach ben Berhaltniffen ber Gemeinde nothige, Dienerschaft wird vom Gemeinderathe im Ginverstandniffe mit dem Gemeinde-Ausschusse angenommen, und zwar in der Regel auf Kundigung (vergl. §. 97), auch das für die Gemeinde-Waldungen bestimmte Personal unter Beobachtung der, die Feststellung deshalbiger Tüchtigkeit bezweckenden, Worschriften a).

a) Mr. 6739 Pr. b. J. Die Regierung zu N. berichtet in Betreff ber Berpflichtung der Flurbuter und hirten.

Befchluß vom 8ten Muguft 1835.

- 1) Die im §. 19 ber Verordnung vom 18ten October 1828 angeordnete Berpflichtung ber hirten, welche nicht allein die Gemeindehirten betrifft und ohne Rudficht auf den einzelnen Dienst derselben ein mal fur immer zu den Obliegenheiten ihres Berufs verbindlich macht, wird durch die Gem. Ordn. nicht aufgehoben oder abgeändert.
- 2) Die im §. 1 ber Berordnung vom 30sten Dechr. 1826 angeordnete Bestellung und Verpslichtung der Feldhüter durch die Polizeis Commission ober andere einschlägige Polizeis Behörde bes Bezirks andert sich dahin, daß die Feldhüter nach §. 56 der Gem. Ordn. von dem Gemeinderathe im Einverständnisse mit dem Gemeinde zuöschusse in der Regel auf Kündigung angenommen werden, und hierauf sowohl rüdssichtlich der Glaubswürdigkeit ihrer Anzeigen (§. 7 der Verordnung vom 29sten Juni 1821), als wegen ihres polizeiichen Charakters durch den Landrath in einer Sigung der gerichtlichen Polizeis Commission zu perpslichten sind.

Bergl. Rr. 4578 Pr. b. 3., §. 37, Rote a.

Rr. 10,066 Pr. b. J. Die Berpflichtung ber Felbhuter betreffenb.

Befdluß vom 2ten December 1835.

Sammtlichen Regierungen wird bemerklich gemacht, daß durch die Berfügung unter 2) im Beschlusse vom 8ten August d. I., zur Nr. 6739 Pr. d. I., welche überhaupt nur die Zuständigkeit der Staatsbehörden zur Berpflichtung der Feldbuter den Gemeinden gegenüber sestzustellen beabsichtigt, die Vorschrift im Beschlusse vom 7ten August 1828, zur Nr. 4723 Pr. d. I., wornach die Verpflichtung derzenigen unteren Gemeindediener, welche auch auf die Wahrhaftigkeit in ihren Anzeigen zu verspflichten sind, durch den Landrath gemeinschaftlich mit dem Iustizdeamten in einer Sigung der einschlägigen Volizeis Comsmission vorgenommen werden soll, nicht aufgehoben worden setz.

Nr. 1704 Pr. d. J. Die Form ber Berpflichtung bes Gemeindebiener - Personals betreffend.

Befchluß vom 19ten Februar 1836.

Alle biejenigen Gemeindebiener, welche von dem Burgers meister, als Hulfsbeamten des Staats, zu polizeilichen Verzrichtungen gebraucht werden, und denen die Anzeige von Fresveln und Vergehen obliegt, wozu in der Regel sämmtliche Gemeindediener außer dem Stadt sober Gemeindeschreiber und dem Stadtkämmerer oder Gemeinde Erheber gehören werden, sind in gleicher Weise, wie in Betreff der Feldhüter, durch die Veschlüsse vom 8ten August (Nr. 6739 Pr. d. I.) und 2ten December 1835 (Nr. 10,066 Pr. d. I.) vorgeschrieben worden, in einer Sigung der gerichtlichen Polizeis Commission durch den Kandrath gemeinschaftlich mit dem Justizbeamten zu

vervflichten.

In Betreff berjenigen Gemeinbebiener, beren Dienftverrich= tungen sich lediglich auf die eigentliche Gemeindeverwaltung beschranken, also insbesondere die Stadt = und Gemeindeschreiber. bie Stadtfammerer und Gemeinde : Erheber, wird folgende Form ber Berpflichtung vorgeschrieben: Die Berpflichtung ge-Schieht von bem Burgermeifter und bem Gemeinberathe in einer Sigung bes letteren, zu welcher ber angenommene Bemeinbebiener vorgeladen wird. Ift eine Dienst-Unweisung, ober eine beffen Amtspflichten im Ginzelnen enthaltenbe Berpflichtungs: Formel vorhanden, fo wird ihm folche (Die Berpflichtungs: Kormel unter Weglaffung ber Gibes : Formel) bei ber Borlabung mitgetheilt, Damit er fich mit feinen Berpflichtungen qu= por bekannt mache. Im Termine wird ber Diener burch ben Burgermeifter befragt, bei vorhandener Dienft: Unweifung ober Berpflichtungs : Formel, ob er fich mit ben Pflichten feines Umtes gehorig befannt gemacht habe, wie folche bie Dienst: Unweisung zc. enthalte, in Ermangelung einer folchen Dienft-Unweisung ihm bekannt gemacht, bag er anzugeloben habe, ben mit feinem Amte verbundenen Berpflichtungen treu, fleifig und gewiffenhaft nachzukommen. Sierauf findet die Berpflich: tung baburch Statt, bag ber Burgermeifter an ben ju Berpflichtenben bie Frage richtet:

Geloben Gie, die Pflichten bes Ihnen übertragenen Umtes

treu, fleißig und gewissenhaft zu erfüllen?

und letterer diefe Frage einfach bejahet und mit einem Sand=

fchlag beträftigt.

Ueber die geschehene Verpflichtung wird von bem Burgers meister (bezüglich dem Stadt: ober Gemeindeschreiber) ein Protocoll aufgenommen, welches ber Verpflichtete, nachdem es ihm vorgelesen worden, zu unterschreiben bat.

Rr. 2048 Pr. b. J. Der Burgermeister N. zu N. bittet um eine Entscheidung über die Art und Beise ber Verpflich= tung ber geringeren Gemeinde = Dienerschaft.

Befchluß vom 17ten Marg 1836.

Die Regierung zu N. hat bem Bürgermeister zu N., unter Ruckgabe ber anliegenden Acten und mit Beziehung auf den Beschus vom 19ten Februar d. J. (Nr. 4704 Pr. d. J.), die Form der Verpslichtung des Gemeindediener Personals betreffend, bekannt zu machen, daß in allen Kallen, wo nach Maaßgade diese Beschusses Gemeindediener in einer Sigung der gerichtlichen Polizei-Commission durch den Landrath gemeinschaftlich mit dem Justizdeamten zu verpslichten sind, diese Verpslichtung sich nicht auf die Wahrhaftigkeit der Anzeigen beschränkt, sondern die Verpslichtung auf ihre Dienstpslichten überhaupt begreift, und, wenn eine besondere Dienst Anweisung für den betreffenden Gemeindediener vorhanden ist, die Verpslichtung auf diese vorgenommen wird, und neben derselben keine besondere Verpslichtung auf treue Dienstschung und die Dienst Anweisung durch den Stadtrath einzutreten hat, eine Verpslichtung von dem Bürgermeister und Gemeinderathe vielmehr lediglich bei denzeinigen Gemeindebienern vorkommt, für welche in dem genannten Beschlusse von 19ten Februar d. S. die Verpslichtungsform vorgeschrieben ist.

# §. 57. Gehalte 2c.

Die Geschäftsführung bei den Gemeindebehörden geschiehet in der Regel unentgeldlich, vorbehaltlich der ordnungsmäsigen Entschädigung für baare Auslagen und für Reise und Zehrungskosten bei Verrichtungen auser dem Orte und dessen Gemarkung, sowie auser dem Kirchspiele oder dem Bezirke des Land = Wegebau = oder ähnlichen Verbandes a).

Der Normal=Etat ber Gehalte für die Ortsvorstände und die Gemeinde=Dienerschaft wird vom Gemeinderathe entworsen und vom Gemeinde=Ausschusse festgestellt, bis wohin die der=maligen Besoldungen beibehalten werden b).

a) Nr. 10,150 Pr. b. J. Die Regierung zu N. tragt an auf Genehmigung einer, an sammtliche Stadtrathe bahin zu erlas-

fenden Berfügung, daß auf den Grund des §. 57 (bezüglich §. 90) der Gemeinde Dronung die Abhorung der flabtischen Rechnungen von den Stadtrathen unentgeltlich ju bewirken

fen, und

2) legt zur Entscheibung eine bei ihr entstandene Meinungsverschiedenheit über die Frage vor, ob in Folge des §. 57 ber Gembe. Ordn. auch diejenigen Geschäfte von den GemeindeBehorden unentgeltlich verrichtet werden mussen, welche von den eigentlichen Gemeinde-Angelegenheiten verschieden sind und nicht im Interesse der Gemeinde, sondern einzelner Gemeindeglieder (wie Abschähungen, Besichtigungen in Beziehung auf Gesuche Einzelner ic.) vorgenommen werden.

Beschluß vom 9ten Sanuar 1836.

Die angetragene Genehmigung wird ertheilt und die vorgelegte Anfrage bahin entschieden, daß die im §. 57 der Gem. Ordn. vorgeschriebene unentgeltliche Geschästssschrung bei den Gemeindebehörden die Beziehung von Vergütungen für Mühewaltungen in Gemeindesachen aus der Gemeindestaften ber Kegel ausschließen soll, die Beziehung von Verzutungen von Einzelnen aber für Mühewaltungen zunächst in deren Interesse, soweit diese auf anerkanntem Derkommen beruhen oder mit Zustimmung der Aussichtsbehörde festgesett werden, nicht unzulässig macht.

Nr. 9966 Pr. b. J. Die Regierung zu N. tragt an auf Genehmigung zum Erlaß einer allgemeinen Berfügung in Betreff ber Gehaltsverhaltniffe ber, an die Stelle ber auf Lebenszeit bestellten Ortsvorstande gewählten, Burgermeister (§. 106, Sat 1 ber Gem. Ordn.) bahin:

daß die auf Lebenszeit bestellt gewesenen, durch neu gewählte Burgermeister ersetzten Ortvorstande Anspruch auf den Fortzbezug aller Theile ihres früheren Gehaltes, nicht nur des aus den Mitteln der Gemeinde, sondern insbesondere auch des aus Staatsmitteln bezogenen, haben, daß hingegen der neu gewählte Bürgermeister lediglich von der Gemeinde zu besolden ist, daß der Betrag dieser Besoldung dem disher mit der Stelle verzbundenen Einkommen so lange gleich seyn muß, dis dieser Gehalt nach §. 57 der Gem. Ordn. normaletatmäßig sestgessellt wird, und daß, wenn diese Feststellung vorgenommen wird, dabei nicht bloß berücksichtigt werden darf, was die Gemeinde disher zum Gehalte des Ortsvorstandes beitrug, noch abei bloß die Leistungen in Anschlag kommen dursen, welche dem Ortsvorstande für Gemeindezwecke obliegen, sondern daß die Feststellung mit Rücksicht auf den Gesammtbetrag der die

herigen Befoldung und auf bie gesammten Obliegenheiten des Ortsvorstandes erfolgen muß.

Befchluß vom 9ten Januar 1836.

Der gestellte Antrag, welcher ben in mehreren einzelnen Entscheibungen angenommenen Grundsaben entspricht, wird genehmigt.

b) Mr. 930 Pr. b. J. Die Regierung zu N. fragt an, ob burch ben Ministerial Beschluß vom Iten Januar b. J., zur Mr. 9966 Pr. b. J., bie Ansicht ber Regierung, welche sie in ihrem Berichte vom ic., wegen ber von ben Ortsbehorben seither auß ber Staatskasse bezogenen Entschäbigungen ic. unter geäußert und unter andern mit den daselbst angezogenen, einzelnen Entscheidungen des Ministeriums des Innern begründet hat, reprobirt sey.

Befchluß vom 11ten Februar 1836.

Der Regierung wird eröffnet, bag ber Beschluß vom 9ten v. M. (Nr. 9966 Pr. b. 3.) mit ber von ihr in bem Berichte vom 16ten v. D. unter I entwidelten Unficht gang übereinkommt, und beibe gleichmäßig ben Grundfat enthalten, bag, was aus Staatsmitteln bisher gur Befoldung ber Burgermeifter gegeben worden ( bie Rechtmäßigkeit und bie Fortbauer bes Grundes ber Leiftung vorausgefett), burch bie Gemeinbes Drbnung nicht zurudgezogen, fonbern auch fernerbin zu verabfolgen fen. Benn ber Befchluß vom 9ten v. M. enthalte, baß ber neu gemablte Burgermeifter lediglich von ber Gemeinbe zu befolben fen, fo beschrante fich bies auf ben Fall, ben Diefer Befchluß überall nur im Muge habe, namlich ber Bahl und Beftatigung eines neuen Burgermeifters, mabrent ber frubere Ortsvorstand nach 6. 106 ber Gembe. Orbn. auf bie Fortbeziehung feines gefammten Diensteinkommens berechtigt bleibe, und fen überall ber genannte Beschluß lediglich aus biefem Gefichtspunkte in Unwendung ju bringen.

Nr. 5635 Pr. b. J. Die Regierung zu N. tragt an auf Burudweisung ber Beschwerbe bes Stadtrathes zu N. wegen verweigerter Zulassung ber im Normal - Etate ber Gehalte für bie Mitglieder bes Stadtrathes aufgeführten Beträge.

Befdluß vom 13ten Juli 1836.

Da ber §. 57 ber Gem. Orbn. nur fur bie Regel bie Begiebung von Bergutungen aus ber Gemeinbekaffe Seitens ber Mitglieber bes Gemeinberathes ausschließt, eine solche also für geeignete, ben localen Berbaltniffen und bem herkommen entsprechenbe Falle zulassig bleibt, so ist ben Mitgliebern bes Stadtrathes zu N. wenigstens die Beziehung des forstfreien Holzes und des Stammreises, sowie die Befreiung vom Organistengeld, Hutelohn und Ochsengeld nachzulassen, wenn die Magistratsglieder dortselbst nach altem Gebrauche barauf besberechtigt waren.

Rr. 10,212 Pr. b. J. Die Regierung zu N. berichtet in Betreff ber Tagegelber fur Die Gemeinde Beamten.

Befchluß vom 17ten November 1836.

Nach 6. 57 ber Gem. Orbn. kommt ben Gemeinde : Behorden bie ordnungsmäßige Entschäbigung fur baare Muslagen und fur Reife: und Behrungstoften bei Berrichtungen außer bem Orte und beffen Gemarkung zc. ju. Die Unordnung ber Große und die Reftfetung biefer Entschädigungen ift, soviel bie Ortsvorstande betrifft, burch ben Ministerial = Befchluß vom 26ften Januar 1829 gegeben, und ift biefelbe mit alleiniger Bulaffung berjenigen Mobificationen aufrecht zu erhalten und zu befolgen, welche bie Gem. Orbn. felbst nothwendig macht. Diese Modificationen bestehen barin, bag bie Entschäbigung ferner bei Geschäften in benachbarten, nicht über eine volle halbe Stunde entfernten, Gemeinden nicht mehr ausgeschloffen ift, und daß die Unweisung gur Bablung ber festgefetten Entschabigungen nicht mehr burch bie Aufsichtsbehorbe geschieht. Die Bestimmung ber Große ber Entschabigung aber burch bie Muf= fichtsbehorbe in bem bagu gu haltenben Buche und nach ben in bem vorgenannten Beschluffe vom 26sten Januar 1829 vorgezeichneten Rudfichten, ift, als Theil ber bestehenden Unordnung, auch fernerhin unverandert in Unwendung zu bringen.

Nr. 12,020 Pr. b. J. Die Regierung zu N. berichtet über bie Buldffigkeit bes Fortbezugs verschiebener Gebühren von Seiten ber Gemeinbe-Behorben, nach Maaßgabe bes §. 57 ber Gemeinbe-Drbnung.

Befchluß vom 13ten Januar 1837.

Die Beziehung einer Gebühr burch die Mitglieder des Gesmeinderathes für das Ausschlagen von Umlagen ist, wo eine solche vorkommt, ohne Unterschied, ob solche aus der Gemeindeskasse gezahlt oder die Umlage um deren Betrag erhöht wird, adzustellen; dahingegen ist es mit dem §. 57 der Gem. Ordn. (vergl. Minist. Beschl. vom Iten Januar 1836, Nr. 10,150 Pr. d. 3.) nicht im Widerspruch, den Mitgliedern des Gesmeinderathes den Bezug von Gedühren für die Ausnahme eines Ortsbürgers an denjenigen Orten nachzulassen, an welchen nach

bem herkommen folche Gebuhren, die zunächst fur Dubewalstungen im Interesse bes Betheiligten entrichtet werben, bezogen worben sind.

#### §. 58. Penfionen.

Die Oberburgermeister und die Burgermeister in den Stadten, welche auf Lebenszeit gewählt werden, desgleichen die auf Lebenszeit gewählten städtischen Unterbeamten, welche nicht neben ihrem Umte ein burgerliches Gewerbe treiben, sollen bei eintretender Dienst = Unfähigkeit eine, nach den Grundsägen des Staatsdienstgesetz zu bestimmende, lebens längliche Pension aus der Stadtkasse erhalten.

Ebenso sollen die Witwen und Waisen derselben auf Pension oder Unterstügung aus der Stadtkasse unter Anwenzdung der Grundsätze des Staatsdienstgeseiges Anspruch haben, sofern nicht jene Diener an einer dffentlichen Witwen = und Waisen = Anstalt des Inlandes Theil genommen haben, und die Stadt die deshalbigen Einkaufsgelder und Beiträge geleistet hat.

Die Rechte auf Pension aus der Stadtkaffe horen jeboch mit dem Uebergang in den Staatsdienst auf.

## 3weiter Abschnitt.

Bon bem Birfungefreise der Gemeindebehorden.

#### §. 59.

Amtsverhaltniffe des Ortsvorstandes als Gemeinde= behorbe.

Dem Ortsvorstande gebuhrt zunächst bie gesammte Berwaltung des Gemeindewesens, und er halt solche, soweit er sie nicht felbst besorgt, in steter und genauer Aufsicht. Ihm insonderheit liegt es ob, barauf zu sehen, daß bie Gemeinde ihren Verpflichtungen gegen den Staat gebuhrend nachkomme.

Er allein hat die vollziehende Gewalt in den Gemeindefachen, und ihm sind in dieser Hinsicht sowohl alle einzelnen Mitglieder der Gemeinde, als auch alle Unterbeamten
und Gemeindediener, sowie die sonst noch am Orte zu
Gemeindezwecken bestehenden Behorden Folgsamkeit schuldig,
und zwar in Ansehung der Gegenstände, welche eines vorgangigen Ginverständnisses des Gemeinderathes oder des
Gemeinde Ausschusses bedürfen, nach der deshalbigen gultigen Beschlussnahme.

Der Ortsvorftand hat ausschließlich bas Recht, in den gulaffigen gallen die Gemeinbe zu versammeln (vgl. S. 37).

Er führt im Gemeinderathe ben Borsis und leitet dessen Geschäfte (f. S. 65). Wenn er einen Beschluß des Gemeinderathes für gesetz oder rechtswidrig halt; so kann er bessen Bollziehung vorläusig aussetzen. Er muß jedoch hierüber, nach vergeblichem Versuche einer Verständigung mit dem Gemeinderathe, ohne Ausschub an die Aussichtsbehörde berichten.

In allen Fallen, in welchem Gefahr bei bem Berzuge ift, hat er zu beren Abwendung die erforderliche Borkehrung sofort zu treffen, er muß aber demnachst, sofern er dazu noch einer Beistimmung oder Ermächtigung bedarf, wegen ber nachträglichen Genehmigung das Rothige besorgen.

# §. 60.

### Fortfegung.

Die amtlichen Erlaffe ber Staatsbehorben in Angelegen= beiten ber Gemeinde = Berwaltung werben — unbeschabet ber etwa ben Betheiligten unmittelbar zugehenden Benachrichti= gungen — an den Ortsvorstand (Oberburgermeister oder Burgermeister) gerichtet. Derfelbe unterzeichnet alle Ausfertigungen, und zwar alle seine Bescheinigungen, sowie alle Urkunden, welche die Gemeinden verbinden sollen, unter Beidrückung des Gemeindessiegels a).

Auch ift, was bergleichen Urkunden fur Landgemeinden betrifft, die Unterschrift des Ortsvorstandes von dem Ber-waltungsbeamten zu beglaubigen.

In ben Fallen, wo Rechtsgeschafte abgeschlossen werben, muß, wenn bazu die Beistimmung des Gemeinde : Ausschusses, oder die Genehmigung der Aufsichts z oder einer hoheren Behorde ersorderlich ift, der deshalbige Beschluß in glaubshafter Form beigesügt werden. Alle Schuldbekenntnisse und die Prozeß = Bollmachten sind zugleich von sammtlichen Mitzgliedern des Gemeinderathes zu unterschreiben.

Die Heimathsicheine und bergl., sowie die Zeugnisse über Bermögen ober Armuth muffen in den Landgemeinden noch von dem Beigeordneten und wenigstens noch einem unbetheiligten Gemeinderathögliede mit unterschrieben werden, welche fur die Wahrheit des Inhalts mit haften.

a) Nr. 6117 Pr. b. J. Die Regierung zu N. berichtet in Betreff eines Schreibens bes Stadtrathes zu N. an bas Obergericht zu N. über ic.

Befchluß vom 9ten Juli 1836.

Sammtliche Regierungen haben dahin zu verfügen, daß, in Gemäßheit der & §. §. 59 und 60 der Gemeinde Debnüng, Schreiben und Berichte in Gemeinde Ungelegenheiten lediglich unter dem Namen und der Unterschrift des Burgermeisters, nicht unter dem Namen und der Unterschrift des Gemeinderathes, der auch in dem Rubrum der Berichte nicht anzusuhren ist, abzusassen ind, und daß, soweit die Schreiben an andere Beschroben und die Berichte an die vorgesehten Behörden istem Inhalte nach auf einem Beschlusse des Gemeinderathes berughen, dieses nur in dem Contexte angeführt wird.

Recognition of the born ben but

an'ilan al an'ige-61. amin'iba an an'i Candase

Geschäftstreis bes Drisvorstandes als Sulfsbeamten

Auser ben Angelegenheiten ber Gemeinbeverwaltung hat jeder Ortsvorstand noch als Hulfsbeamter bes Staates in dem Orte und dessen Gemarkung diejenigen Geschäfte, zu besorgen, welche den Ortsvorständen in gedachter Eigenschaft nach den bestehenden Einrichtungen und den kunftig ergehenden Gesetzen, nebst den zu deren Vollzuge dienenden landesherrlichen Anordnungen und Vorschriften oder Weissungen der vorgesetzen Behörden, in so weit und so lange obliegen, als nicht mit diesen Geschäften Staatsbeamte von Uns oder Unseren einschlägigen Behörden werden beauftragt werden.

In der Regel bleiben die Ortsvorstände mit der Ortspolizei beauftragt. Deren Ausübung kann aber auch einem Staatsdiener übertragen werden. Beide Behörden muffen sich stets wechselfeitig Borschub und Beistand leisten, damit die erforderliche Ordnung jederzeit vollständig erhalten werde a).

Obgleich der Ortsvorstand oder dessen Stellvertreter die Pslichten eines Hulfsbeamten des Staates, unbeschadet der durch die Beauftragung eines Staatsbeamten in deren Ausübung eintretenden Beschränkung, unter der Leitung der in dieser Hinsicht ihm vorgesetzen Staatsbehorde, unabhängig von den übrigen Mitgliedern des Gemeinderathes zu erfüllen hat; so darf er doch bei veränderten deshalbigen Unordnungen, welche neue Ausgaben für die Gemeindekasse zur Folge haben, hinsichtlich des Kostenpunktes nur nach vorgangiger Berathung und Beschlusnahme im Gemeinderathe, auch mit der etwa noch erforderlichen Beistimmung des Gemeinde Ausschlusses handeln, ohne beshälb aber in drin-

genden Fällen die nothigen Ausgaben zu verschieben. Findet die vom Ortsvorstande angesonnene Uebernahme des Kostenbetrages auf die Gemeindekasse einen Anstand, so hat die Regierung hierüber den bestehenden Gesetzen und Rechten gemas zu entscheiben (vergl. §. 93) b).

Auch muß ber Ortsvorstand bei allen Repartitionen von

In anderen Fallen, wo der Ortsvorstand als Hulfsbeamter des Staats blos in Rucksicht der Wichtigkeit oder besonderer Umstande die Meinung des Gemeinderathes zu vernehmen für gut findet, hat der Gemeinderath nur eine berathende Stimme.

a) Nr. 11,396 Pr. d. J. Die Regierung zu N. berichtet wegen ber Bollziehung bes §. 61 ber Gemeinde-Ordnung vom 23sten October d. J.

Befchluß vom 22ften December 1834.

Sammtlichen Regierungen wird, in Beziehung auf die §. §. 61 und 76 der Gem. Ordn. bekannt gemacht, daß die Ortspolizei auch kunftig dis zu besonderer anderweiter Versugung, nur an denjenigen Orten durch einen Staatsbeamten gehandhabt werden soll, an welchen dieselbe dermalen einem solchen (dem Polizei Director) übertragen ist.

Rr. 11,905 Pr. b. 3. Die Regierung zu N. berichtet wegen Sanbhabung ber Ortspolizei.

Befchluß vom 17ten Januar 1835.

Der Untrag ber Regierung: "baß außer an ben Orten, "an welchem die Handhabung ber Ortspolizei einem Polizeis "Director dermalen übertragen ist, auch an den übrigen "Areishauptorten die Außübung der Eccalpolizei dem "Landrathe übertragen werde", sieht im Allgemeinen und vorbehaltlich der für besonders geeignete Falle zu versügenden Ausnahmen, nicht zu genehmigen, da die hierüber in dem h. 61 der Gem. Ordn. vorgeschriedene Regel mit der früheren Gesetzebung (h. 90 der Verordnung vom 29sten Juni 1821, wornach den Ortsvorständen in Städten und Odrfern die Verwaltung der örtlichen Abministrativ=Polizei zukommt) überzeinstimmt, eine Schmäserung des amtlichen Ansehens des

Landrathes aus ber Bermaltung ber Ortspolizei burch ben Burgermeifter bes Rreishauptortes um fo meniger ermachfen fann, als ber Lanbrath baburch ber geringeren laufenben Ge-Schafte ber Polizeiverwaltung enthoben bleibt, wohl aber nach 6. 93, Dr. 2 ber Gem. Drbn. jederzeit befugt ift, bie Polizeiverwaltung bes Burgermeifters zu beauffichtigen, ju leiten und bei mahrgenommenen Mangeln oder vorgebrachten Befchwer: ben alebald abhutflich einzugreifen, und burch Beschränkung auf biefe hohere Leitung ber Landrath eine fein amtliches Unfeben mehr unterftugende Stellung, als burch bie eigene Bermaltung ber Ortspolizei in beren gefammten Detail behalt. Eben fo wenig macht ber Busammenhang ber Lanbespolizei mit ber Ortspolizei eine folche Uebertragung nothig, weil biefer Bufammenhang bei ber Polizeiverwaltung in allen Gemeinden gleichmäßig vorhanden ift, und bem Landrathe immer unbenommen bleibt, wenn ber Burgermeifter fich in landespolizeis liche Ungelegenheiten mifchen ober fobalb ein Gegenfrand ber Ortspolizei den Charafter einer Landespolizeisache annehmen sollte, denfelben aus bieser Rudficht vor sich ju ziehen. Endlich wurde aus ber eigenen Berwaltung ber Drievolizei fur ben Landrath eine Beschäftsvermehrung erwachsen, welche beffen sonstiger Geschäftsführung nicht forderlich und ihn in seinen hauptfachlichften Omtsobliegenheiten nur beengend erachtet wer-Beiding von 28ffm War 1835.

nr. 1172 pr. d. S. Die Regierung zu N. berichtet wegen ber handhabung ber Ortspolizei in ben Rreishauptorten.

Beschluß vom 12ten Marg 1835. .... 1000 ....

Der Regierung wird eröffnet, daß das Fundament für die Zuständigkeit des Landrathes zur Leitung und Beaufsichtigung der Ortspolizei Berwaltung in den Kreishauptorten in dem §. 90 der Berordnung vom 29sten Juni 1821 und in dem §. 61 der Gem. Ordn. durch den §. 93., Nr 2 der letzteren nicht alterirt werde, indem dieser § auf die Behörde zurückzubeziehen ist, welcher das betressende Geschäft zusteht, wie denn überhaupt das Gesen nicht sowohl die Sompetenz Berbältnisse der Behörden unter sich, als vielniehr die Stellung der Gemeindebeamten in den befragten hinsichten zu normiren bezweckt.

Mr. 5494 Pr. b. J. Die Regierung zu N. berichtet über bie Beschwerde des Burgermeisters zu N. wiber das Kreisamt N., wegen einer ihm bei Gelegenheit einer in Militarsachen ersorderten Berichtserstattung angedroheten Disciplinarstrafe. Befchluß vom Iften Juli 1837.

Die Regierung hat dem Beschwerdesührer bekannt zu niachen, daß nur die Unterordnung der Bürgermeister in den die Gemeindeverwaltung betressenden Angelegenheiten durch den S. 92 der Gemde. Ordn. dahin geordnet sep, daß die Bürgermeister in den Städten unter der Aussicht an dem Disciplinar germeister in den Städten unter der Aussicht an dem Disciplinar Berhältnisse der Ortsvorstände als Hulfschaum Disciplinar Berhältnisse der Ortsvorstände als Hulfschaum (S. 61 der Gem. Ordn.) nichts geändert habe, dieses sich vielmehr nach wie vor nach den besonderen Vorschriften sur die einzelnen Geschäftsweige richte. So wie nun die Bürgermeister in den Städten in Polizeisachen dem Kreisamte nach §. 90 der Berdordnung vom 29sten Juni 1821 untergeben sepen, so gehe ihre Unterordnung in Rekrutirungssachen unter das Kreisamt aus dem Kekrutirungs Gesche vom 25sten October 1834 herzvor, das im §. 29 die Stussenfolge der Behörden, im §. 35 das Disciplinar-Verhältnis anordne und dieses im §. 53 durch Auslagen des Kreisamtes an die Ortsvorstände (ohne Unterscheidung zwischen solchen in Städten und Odrsen) ausstrucke.

nang ort. 1716 Pr. b. 3. Die Ertheilung ber Saufirhandels-

Befdluß vom 28ften Marg 1836.

Sammtliche Regierungen haben bie Anordnung zu treffen, bag die Saufirhandelsscheine Ferner nicht burch die Kreissamter wie durch den Beschluß vom Iten Februar 1822, zur Nr. 666 Pr. d. S., versügt wurde, sondern durch die Ortspolizeis Behörden ertheilt werden.

aid mit 2) Die Restonig Polizei Direction wird bavoniger Rach-

mod m Mr. 4147 Pr. d. J. Die Regierung zu N. berichtet in Berichteff ber Ertheilung ber hausirhandelsscheine.

Befchluß vom 5ten Mai 1836.

Der Regierung ist zu erkennen zu geben, daß die Ertheislung der Hausirhandelsscheine durch die Ortspolizei Beborden die Wahrung, der in den §. §. 14 bis incl. 16 der Verordenung vom 29sten November 1823 enthaltenen Vorschriften keineswegs ausschließe, vielmehr nach wie vor Feder, welcher den Hausirhandel zu betreiben beabsichtige, gehalten sen, ein Reisebuch, beziehungsweise bei Auslandern eine Erlaubniß zum Gewerdsbetriebe im Umherziehen, bei der betreffenden Landespolizei Behörde auszuwirken und erst durch den Besitz einer

militelien acleat.

folden Reiselegitimation zur Erlangung eines Hausirscheines, welcher nur für einen Ort und mit Beschränkung auf gewisse Waaren zu ertheilen sen, befähigt werde, so daß also die betreffende Landespolizei Behörde zur Beachtung der sichere heitspolizeilichen Rücksichten fortwährend berufen und der Ortspolizeis Behörde nur die Entscheidung der Frage, ob die Zuslassung des Hausirhandlers dem ortlichen Interesse zusage, überlassen bleibe.

Mr. 4528 Pr. d. S. Die Ober Bau Direction berichtet über die angebliche Berechtigung des Stadtdieners N. zu N. zum Bezuge von Gebühren für das Ausrufen von Bekannts machungen der Strasenbaumeister.

Beschluß vom 23sten Dai 1837.

Da solche und ähnliche Bekanntmachungen von Seiten ber betreffenden Staatsbeamten nicht unmittelbar durch die Gemeindes diener zu erlassen, sondern zunächst an die Ortsvorstände abzusgeben sind, welche dann, als Hussbeamte des Staates, für deren Vollziehung in geeigneter Beise zu sorgen und die hierzu erforderlichen Mittel zu beschaffen haben, wie auch im vorstegenden Falle gesthehen ist; so siehet den betreffenden Gemeindes dienern eine desfallsige Bergutung aus der Staatskaffe nicht zu bewilligen.

Nr., 7006 Pr. d. J. Die Regierung zu N. berichtet über die Eingabe des Kreisamtes N. über einen Beschluß berselben wom 18ten November 1835, wegen verschiedener wolizeilichen Gegenstände.

Befchluß vom 4ten August 1836.

Der Regierung ift hierauf folgendes ju eroffnen: 119 111

Bei Bestimmung ber Zuständigkeit ber Ortsvorstände als Ortspolizei Beanten musse bie burchaus irrige Unsicht fern gehalten werden, daß durch die Gemeinde Ortsvollzei dasse neue Einrichtung hinsichtlich der Berwaltung der Ortsvollzei habe geschaffen werden sollen, indem die Fassung des H. 6.6 dieses Gesches unzweideutig nur auf Beibehaltung des Bestehenden, mithin auf den Austand hinweise, welcher im H. 90 der Bersordnung vom 20sten Juni 1821 seine Grundlage sinde Airgends in der Gembe. Ordn. (namentlich auch nicht in dem H. 71 derselben, welcher nur vermöge einer Berwechselung der "Berwaltung" der dasselbst bezeichneten Einrichtungen, mit Aeuserungen polizeilicher Thatigkeit, welche hinsichtlich derselben unter deren sonten, sich überall hieher ziehen lasse) oder

in einem anderen Gesetze seyen ben Ortsvorstanden in der gedachten Eigenschaft erweiterte Besugnisse verliehen worden und es lasse sich baher nicht absehen, wie nach dem Ablause von 15 Jahren über die Grenzlinie zwischen den Attributionen der Kreisämter und der Ortspolizei Behörden in polizeilichen Angelegenheiten, welche im Berlause dieser Jahre häusig vorzgesommen und auf gesehlichem Wege erledigt worden seyen, Zweisel erhoben werden könnten.

Als der wichtigste der besonders zur Sprache gekommenen Puntte stelle sich die Ausbehnung ber ben Landrathen (fowie ben Polizei = Directoren als Localpolizei = Beamten) burch ben 6. 1 bes Staatsministerial = Musschreibens vom 3ten Dai 1822 eingeräumten Befugniß auf die Ortsvorstande als Ortspolizeis Behorden bar, welche von ber Regierung in ben Erlaffen an ben Candrath und an ben Burgermeifter in N. Unerkennung gefunden habe und in bem erftatteten Berichte zu vertheibigen gefucht werbe. Die Argumentation, worauf jene Entscheidung und diese Ausführung fich flute, beschrante fich auf Betrachtungen uber eine Wirksamkeit der Ortspolizei Behorden, welche diesen burchaus fremd fen. Es fegen namlich jur Beit ber Bertun= bigung jenes Staatsministerial-Musschreibens bie Ortsvorftande bereits mit ber Verwaltung ber Ortspolizei beauftragt gemesen und bennoch habe man in bem gedachten Musschreiben nicht ihnen, sondern ben gandrathen die Befugniß verlieben, allge= meine und besondere Verfügungen in polizeilichen Ungelegen= heiten zu erlaffen; baburch aber zwischen ber anordnenben und aussuhrenden Polizeigewalt eine Grenze gezogen und jene in Die Bande ber Landrathe unter Mitwirkung ber Polizei ! Com= missionen gelegt. Nur in ben Bezirken, in welchen bem betreffenden Landrathe die Leitung Der ortspolizeilichen Bermals tung nicht zutomme, weil die lettere einem Polizei : Diretor übertragen fen, habe jenem bie befragte Befugniß nicht einges raumt werben konnen und fie fen baber bem Polizei = Director, welcher in diefer Beziehung Die Functionen ber Ortspolizei= Behorde und des Landraths in sich vereinige, zugetheilt worden. Gben hierin aber, bag neben ben Landrathen nur ben Polizei= Directoren fur bie biefen gur Berwaltung ber Ortspolizei über= wiesenen Bezirke die Ausübung ber anordnenden Polizeigewalt übertragen worden fen, liege die Ausschließung einer jeden weis teren Beborbe, in Bezug auf eine folche Wirksamkeit, und es fen somit gerade aus ber Gesetstelle, auf welche bie Regierung ihre Entscheidung bafirt habe, die Unftattbaftigkeit biefer Berfügung nachzuweisen. Ebensowenig finde die in Rede stebende Entscheidung in bem g. 105 der Gemde. Ordn. einen Salt= puntt, indem dieser &., welcher mit bem junachst vorherge=

benben S. am Bulammenbange aufgefaßt werben muffe und überall nur eine Inftruction fur Die Gerichtsbehorben enthalte, foweit er ben porliegenden Gegenstand betreffe , bestimme, baß Die Bidersetlichkeit gegen bie Berfugungen bes Ortsvorftandes, welche berfelbe innerhalb feines Umtsberufes, namentlich auch in Sinficht auf Ortspolizei, fofern nicht folche burch Staats= behorden unmittelbar gehandhabt werde, erlaffe, bon ben Berichtsbehorden schleunig, gut untersuchen und mit, angemeffener Strenge zu bestrafen feven; bierin alfo einmal nicht von bloein fen Uebertretungen polizeilicher Unordnungen welche hochstens nur mit einer Strafe von 5 Thirn. ober brei Tagen Gefang= niß bedroht werden fonnten, mahrend im zweiten Sage bes angezogenen &. fchwerere, felbft die polizeigerichtliche Straf= befugnig überfteigenbe, Strafen in Ausficht geftellt wurben, fondern von Widerfetlichkeiten gegen bie Berfugungen ber ausdlar führenden Polizeigewalt bie Rede fer, jum anderen aber bie Unficht naf bamit eine Erweiterung ber Befugniffe ber Drts= porftande als Drispolizei Beamten habe bezwecht werden follen, burch ben aufgenommenen Borbehalt, bag die betreffende Berfugung von bem Drisvorstande innerhalb feines Umt s= berufesgo.b. bel innerhalb ber Grenze des ihm burch die Gefete angewiesenen Birtungstreifes, erlaffen feyn muffe mihre volls ftanbige Befeitigung erhalter bad \ . a na jua nonim 30 men April 1827 gegrandet und durch fein jagteres Weieb,

Bei Entscheidung ber Frage, ob die Erlaubnig zu offents lichen Tangen bon ben Landrathen pober von ben, mit Musubung ber Ortspolizei beauftragten, Ortsvorstanben zu erthei= len fen, habe sobann bie Regierung aus bem Ministerial= Befchluffe vom 6ten Octbr. 1828 gefolgert, bag bie in Sprache fiehende Geftattung ber Ortopolizei = Beborbe gutomme, mah= rend fowohl biefer Befchlug, als bie ihm borausgegangenen Beschlusse vom 2ten Juni und 19ten Juli 1828 lediglich von ber Mitwirkung ber Prediger bei Ertheilung ber Erlaubniß gu öffentlichen Tanzen handelten, und wenn baraus überhaupt eine Folgerung zur Beantwortung ber aufgeworfenen Frage ad gezogen werben follte, folche auf ein gegentheiliges Resultat hinfuhren wurde; weil in jenen Befchluffen als feststehend unterftellt werbe, bag bie Ertheilung ber Tanggeftattungen auf bem platten Lande gur Competeng ber Landrathe gehore, Dies aber barauf hinweife / bag benfelben biefe Befugniff auch in Sinficht auf die öffentlichen Zanze in ben Stadten gebuhre. Die bamale wie jest ben Ortevorstanden in den gandgemeinden in Absicht auf die Ausübung ber Detspolizei gleiche Befugniffe mit den Drisvorstanden in den Stadten seingeraumt gewesen feyen, eine Befugniß aber; welche ben Erfteren nicht gufomme, von den Letteren auch nicht in Unspruch genommen werben

fonne. Wenn man bei Erörterung biefer Frage ben oben aus-gehobenen Gesichtspunkt ins Auge fasse, bag bie Gemeindes Orbnung ben Ortsvorstanben binsichtlich ber Berwaltung ber Ortspolizei ausgebehntere Befugniffe gegen fruber überall nicht eingeraumt habe, fo werbe fich ein 3weifel gegen die fort= mabrende Buftandigfeit ber Landrathe nicht begrunden laffen.

Dr. 7859 Pr. b. J. Der Burgermeister N. ju N. führt Beschwerde über die Auflage ber Regierung in N., Die von bem Stadtrathe ertheilten Schenkwirtbichafts = Conceffionen ber Berwaltungs : Polizei = Commiffion zur Prufung und Bestati= ant einer Straft von S Alle. Cer. vor ihrt eine gung 230 5853

Befchluß vom 24ften August 1836.

Die Regierung in N. hat ben Burgermeifter zu bedeuten, baß feine Bejdwerde, foweit fie gegen bie Unterordnung bes Drisverstandes als Localpolizei = Beamten unter ben Landrath gerichtet fen, in bem &: 90 ber Berordnung vom 29ften Suni 1821 und in bem &. 61 ber Gembe. Dron. ihre vollständige Biberlegung finde, foviel biefelbe fodann die fur die Polizei= Sommission in Unspruch genommene Prufung der Ordnungs= maßigfeit ber von bem Stadtrathe ertheilten Concessionen gur allau Schenkwirthschaft betreffe, Diefe Ginwirkung ber Polizei= Com= miffion auf ben 6. 7 bes Staatsministerial=Musschreibens vom 30ften Upril 1827 gegrundet und burch fein fpateres Gefet, namentlich nicht burch bie Gemeinde Dronung befeitigt fen, fomit auch bie "hiergegen erhobene Beschwerbe unerfindlich ubung der Detroblige beat lengten, Deterordate ... Deterbordate

ab) Rr. 4251 Dr. b. Son Die Begierung jund. berichtet uber bas Gefuch ber Gemeinderatheglieder N. u. Gen. gu N., ic. . binfichtlich ber verfügten Befoldungezulage aus ber Gemeindetaffe fur einen zweiten Schullehrer.

Befchluß bom 7ten Mai 1836.

Die Regierung haf bie Beschwerbeführer zu bescheiben, daß

1). foviel bie Beurtheilung ber Nothwendigkeit und Ruglich= feit ber Errichtung einer zweiten Lehrerftelle zu N. betreffe, ben Gemeindebehorben bieruber feinerlei Ginmischung gutomme. und von ihnen nicht begehrt werden tonne, babei eine Buftimmung zu haben, fondern bag bie Entscheibung hieruber lebigantilich ben jur Bermaltung bes Schulmefens bestellten Beborben gutomme und fie fich in diefer Rudficht bei ber Entscheidung der Regierung zu beruhigen haben,

10] 2) foviel bie Anforderung Weiner neuen Ausgabe an bie Gemeinbe, welche burch bie Unftellung eines zweiten Lehrers moderate momentopy particularly the their conference may be

nothwendig werde, betreffe, hierüber zwar nach §. 61, Sat 3 ber Gem. Ordn., ber Gemeinderath vor der Anordnung ber neuen Musgabe gebort, auch fur ben vorliegenden Kall, welcher die Unwendung bes f. 80, Dr. 2 ber Gembe. Drbn. erheische, bagu ber Gemeinde = Musschuß, - jeboch nur ber ftanbige, nicht ber außerordentliche Musschuß nach 6. 82 ber Gem. Ordn., - feine Bustimmung geben muffe, bag biefen Erforderniffen aber auch zufolge bes freisamtlichen Drotofolles vom ic. genügt fen, indem von bem gesammten anme= fenden Gemeinderathe und von bem ftanbigen Gemeinde-Musfchuffe (von welchem nur ein Mitglied gefehlt hat) einstimmig bas Einverstandniß mit bem Plane zur Berbefferung ber Schule au N. und mit bem Befolbungs = Bergeichniffe erklart worben fen und baß es hiernach nicht einmal einer Entscheidung ber Regierung beshalb, weil bie Gemeindebehorben ber Uebernahme ber neuen Ausgabe auf die Gemeindekaffe widersprochen batten. welche alsbann nach §. 61 ber Gembe. Drbn. eintreten folle. bedurft habe ic. 3 bid mili W rioler mad in find

Mr. 4267 Pr. d. J. Der Stadtrath zu N. führt Beschwerde gegen die dasige Regierung wegen verfügter Unstellung eines ersten und zweiten Lehrers bei der zt. Knabenschule ohne deshalbige Mitwirkung bes Stadtrathes.

Beschluß vom 14ten Mai 1836.

Die Regierung zu N. hat bem bortigen Stadtrathe zu eröffnen, daß biese babier eingereichte Beschwerbe mit Erstaunen über bas Migverfteben ber ihm nach ber Gembe. Orbn. zukommenden Befugniffe erkannt worben fen, indem lettere ju feinem 3weifel bahin Beranlaffung gebe, ob burch bie= felbe, welche bes Schulwefens nirgends erwähne, in Rudficht ber Leitung und Aufficht auf bas Schulwesen und ber barauf bezüglichen Buftandigfeit ber Behorben etwas geanbert fen. baß alfo die Mitwirkung bes Stadtrathes bei ber Bermaltung ber Schulen weber großer noch geringer geworben fenn fonne, als fie vor Berfundigung ber Gembe. Drbn. gemefen, bag bie Schul Mnftalten namentlich nicht unter ben im & 71 ber Gembe. Drbn. aufgeführten ortlichen Ginrichtungen begriffen fenen, daß die Schullehrer ohne Zweifel zu ben Staatsbienern gehorten; auf welche, soweit fie nicht nach f. 1 bes Staats bienstgesebes vom Landesherrn bestellt murben, ber §. 58 bies fes Befetes in Unwendung tomme, und biefelben burch bie Gembe. Drbn. eben fo wenig Gemeinbebiener geworben, als fie foldes fruher gewesen, und ihre Bestellung also auch nicht auf den Stadtrath übergegangen fen. Der Umftand, ob die तिक संशेष्ट्राति हैएउस्पानित स

Dig zed by Google

Lehrer aus städtischen Mitteln ober anderen Fonds befoldet werden, verändere nicht die Natur des Dienstes, und stehe überhaupt aus den Verdindlichkeiten, welche die Stadt wegen des Schulwesens habe, und welche für letztere nach Magsgabe des §. 61 der Gemde. Ordn. nach Bedurfniß solgen konntan, der Schluß nicht herzuleiten, daß auf dieselbe die Verwaltung dieses Zweiges der Staatsgewalt übergehen musse.

9 Nr. 6496 Pr. d. J. Die Regierung zu N. berichtet über bie Beschwerbe bes Burgermeisters zu N. wegen des verfügten Baues eines hintergebaubes auf dem dasigen zc. Schulhofe.

Befchluß vom 29ften Muguft 1837.

Die Regierung hat bem Burgermeister zu N. bekannt zu machen, bag ber erste Theil ber von ihm Namens bes Stadt-rathes angebrachten Beschwerbe, welche bahin gerichtet ift,

baß in bem wiber Willen bes Stadtrathes verfügten Baue eines zum Schulhause gehörigen Dekonomiegebaudes ein Eingriff in bas bemselben nach §. 71 ber Gembe. Ordn. eingeräumte Necht ber Prufung ber Nothwendigkeit und Nuglichkeit jeder Ausgabe zu gemeinheitlichen Iweden liege,

gesetlich nicht begründet sen, indem ein lediglich zur Benutung der Schullebrer bestimmtes Dekonomiegebaude ein Annerum des Schulhauses ausmache, die Erbauung der Schulhauser, und also auch solcher Dekonomiegebaude keine Gemeindesache sen, auf welche der §. 71 der Gemde. Ordn. Anwendung leide, sondern ausschließlich von der Berfügung der Schulbehorden abhänge, ein solches Gebäude auch nicht Eigenthum der Stadt, sondern der Schule werde zu.

## §. 62.

Beigeordneter bes Ortsvorftandes.

Für die Falle der Berhinderung oder der nothigen Unterstützung bei Angelegenheiten, welche der Ortsvorstand
nicht allein beforgen kann, hat sich derselbe zur Stellvertretung und Aushülfe ein Mitglied des Gemeinderathes als Beigeordneten unter Zustimmung der Aufsichtsbehörde zu erwählen. Der Beigeordnete kann die Benennung eines Biceburgermeisters führen a). a) Rr. 10,783 Pr. b. J. Die Regierung zu N. berichtet über bie Berpflichtung ber Mitglieber bes Gemeinderathes zur Unnahme ber Stelle eines Beigeordneten, sowie über die Beurstaubung ber Burgermeister und Beigeordneten.

Befchluß vom Iten Januar 1836.

- 1) Die Mitglieber des Gemeinderathes können sich der auf sie fallenden Wahl des Burgermeisters jum Beigeordneten (§. 62 der Gemde. Ordn.) nicht entziehen, indem wer zum Mitgliede des Gemeinderathes gewählt und bei ermangelndem gesetzlichen Ablehnungsgrunde verpflichtet ist (§! §! 47 u. 49 daselbst), die Berbindlichkeit hat, sich allen den Obliegenheiten zu unterziehen, zu denen ein solches Mitglied herangezogen werden kann, zu diesen aber namentlich gehört, sich dom Burgermeister zum Beigeordneten wählen zu lassen.
- 2) Die Auswirkung eines formlichen Urlaubes ist von ben Burgermeistern bezüglich beren Beigeordneten nicht zu verlangen, hingegen vorzuschreiben, daß der Burgermeister, wenn er sich von seinem Wohnorte entsernt, davon, sowie daß der Beigeordnete von dieser Entsernung benachrichtigt sey, und die einstweilige Versehung des Burgermeister umtes übernommen habe, der Aussichtsbehörde Anzeige zu machen habe.

Bergl. Dr. 8553 Pr. b. 3., §. 41, Note a.

### §. 63.

Birtfamfeit bes Gemeinberathes.

Der Gemeinderath hat — aufer den in einzelnen S. S. dieses Gesets ihm zugewiesenen Geschäften — zu berathschlagen und zu beschliesen über alle Angelegenheiten der Gemeindeverwaltung, welche nicht zur gewöhnlichen Ausstührung gehören, namentlich

a) über die Aufnahme von Gemeinde Ungehörigen und zwar was Auslander, oder folche Inlander betrifft, welche Beisiger werden wollen, oder welche Burger werden wollen, benen aber ein gesetzliches Erforderniß mangelt, mit Beistimmung des Gemeinde Ausschusses, sowie über alle auf die Gemeinde Angehörigkeit und

deren Fortdauer sich beziehenden Angelegenheiten, auch über die zum Zwecke ber Verheirathung zu bescheinigende Erwerbfähigkeit a);

b) über die Ertheilung des Ortsburgerrechts an Gemeinde-Ungehörige;

c) über die Entziehung und Wiederherstellung ber Stimmfahigkeit von Ortsburgern, im Ginverständnisse mit dem Gemeinde = Ausschusse b);

d) über alle Gegenstände des Gemeindehaushaltes, welche nach S. 80 der Zustimmung des Gemeinde Musschuffes bedürfen, im Einverständnisse mit diesem, ferner

e) über die Bertheilung jeder Art von Lasten, welche der Gemeinde obliegen;

Gemeindekasse und anderer, unter der unmittelbaren und mittelbaren Obhut des Ortsvorstandes sich befindenden Gelder, geldwerthen Papiere, Naturalien, Geräthschaften u. s. w. — auch

g) über andere Angelegenheiten, welche zufolge ber Gesete und Verordnungen, ober Verfügungen ber zuständigen Staatsbehorbe, vom Gemeinderathe zu besorgen sind, sowie

nh) über alle Borfalle in ber Gemeindeverwaltung und über sonstige Gegenstände, welche der Ortsvorstand der Beschlußnahme des Gemeinderathes zu unterwerfen für gut findet.

In Rechtsstreitigkeiten und in Sachen ber freiwilligen Gerichtbarkeit kommt die Bertretung der Gemeinde vor Gericht der Regel nach nur dem Gemeinderathe (s. jedoch S. S. 88 und 89) zu, von welchem auch die deshalbige Bevollmächtigung eines Mitgliedes ober Anwaltes geschiehet.

Derfelbe vertritt gleichfalls die Gemeinde als Körperschaft im Berhaltniffe zum Staate und fonst in ihren auseren . Berhaltnissen.

a) Rr. 4584 Pr. b. J. Die Regierung ju N. berichtet über bie Ausstellung ber Erwerbsfahigkeits Bescheinigungen.

Befchluß vom 6ten Juni 1835.

Die durch das Staatsministerial = Ausschreiben vom 22sten December 1823 eingesührten Erwerbsähigkeits-Wescheinigungen sind find in Folge des §. 63, lit. a der Gemeinde = Ordnung für die Einwohner der Landgemeinden nicht mehr durch die Kreis- amter, sondern durch die Gemeinderathe zu ertheilen. Die Aussertigung derselben geschieht nach Maasgade des Schluß- sages des §. 60 der Gemde. Ordn.

Rr. 4974 Pr. d. J. Die Regierung zu N. berichtet bie Erledigung bes Gesuches bes N. zu N., um Ertheilung einer Erwerbfabigkeits = Bescheinigung.

Befdluß vom 6ten Juni 1835.

Der Regierung wird eröffnet, daß nach §. 63, lit. a der Gembe. Oron. die Ertheilung der Erwerbfahigfeits Bescheimigungen auch rudfichtlich der Landgemeinden nicht mehr von den Kreisamtern, sondern von den Gemeinderathen auszugehen bat.

Nr. 6951 Pr. b. I. Die Regierung zu N. trägt an auf Burückweisung der Beschwerde des Stadtrathes zu N., wegen der Berfügung zur Ertheilung einer Erwerbsbescheinigung an den Burger N. daselbst.

... Befchluß vom 12ten August 1835. #

Da bie eingereichte Beschwerbeschrift Namens des Stadtsrathes und des Gemeindes Ausschusses ausgestellt und von dem Ausschussorsteher unterzeichnet ist, so ist ersterer dahin zu bescheiden, daß diese Sache nicht zur Mitwirkung des Gemeindes Ausschusses, sondern lediglich für den Stadtrath gehört, welscher nach §. 63 lit. a der Gemde. Ordn. die Erwerbsähigsfeits Bescheinigungen zu ertheilen hat.

Soweit es sich nun von der Ertheilung dieser Bescheinigung bandelt, so kommen dabei die Bermogensverhaltnisse der Braut rome, nicht, sondern lediglich die personlichen Berhaltnisse des N. in Betracht. Nun bedarf es nach dem Staatsministerial-Aus-

fcbreiben vom 22ften December 1823, f. 2, einer Erwerbfa: bigfeits - Bescheinigung bes Stabtrathes überall nicht, wenn berjenige, welcher fich verheirathen will, glaubhaft nachweiset, baß er mit einem, Die Mittel zur Erhaltung feiner funftigen Familie gewährenden, Bermogen, Dienft, Gewerbe ober Aders bau versehen fen, nur in ben Fallen, wo es an einer folchen Nachweisung gebricht, ift bie Bescheinigung bes Stadtrathes erforderlich, und diese ift einem folden, welcher von unftanbiger Sandarbeit lebt, wie einem Fabrifarbeiter ober Tagloh: ner, nicht zu verweigern, wenn berfelbe gefund, unbescholten und fleißig ift, vielmehr nur ausnahmsweise zu verfagen, wenn specielle Bebenten bagegen vorliegen, bag er eine Familie merbe erhalten konnen. Demgemaß hatte ber Stadtrath zu N. feinen genugenden Grund, bem N. Die Erwerbfabigfeite=Befcheiniauna ju verfagen, die beshalb erhobene Beschwerbe wird jurud = und ber genannte Stabtrath angewiesen, ben Regierungs = Berfus gungen vom 16ten October v. 3. und 25ften Juni b. 3. Folge zu leiften.

Bon biefer Beschwerbe gang verschieden ift ber erhobene Einwand wegen ber mangelnden Nachweifung bes angeblich von der Braut einzubringenden Vermögens. Diesen Einwand burfte ber Stadtrath bei ber Ertheilung ber Erwerbfabigfeits= Bescheinigung nicht, sondern konnte ihn bei der Behufe ber Beirath nothwendigen Nachweisung über die Bezahlung bes Einzugsgeldes für Die Braut (Berordnung vom 28ften Decem= ber 1829, §. 28, Mr. 3) geltend machen. Wenn nun zwar nicht zu behaupten ift, bag burch die Gemeinde-Dronung eine folche besondere Observanz in einer einzelnen Stadt aufgehoben fen, aufolge beren bie Berlobte eines Burgers, Die nicht Gin= geborne ber Stadt ift, ein gewiffes Bermogen nachauweisen habe, indem meber ber g. 28 ber Bembe. Dron., ber eine allgemeine gefetliche Unordnung über bie Nachweifung bes Bermogens bei ber ausbrucklichen Aufnahme Auswartiger gu Burgern, welche bei Frauen nicht Statt hat, enthalt, noch ber &. 16 berfelben, welcher bie Erledigung ber vor ber Beis rath beizubringenden Nachweisungen (z. B. Bezahlung bes Ginzugsgeldes) vorausfest, eine folche eigenthumliche Dbfervanz ausschlieset; so kann boch biese Observanz nicht auf die Berordnungen vom 30ften Januar 1752 und 24ften Februar 1786 gegrundet werben, welche nur auf Mustanber Begiehung haben, und bedarf als fingulare Ausnahme eines vollstandigen Beweises. Dem Stadtrathe ift baber aufgegeben, sowohl eine hinreichende Ungahl von Fallen, in welchen diefe Observanz beobachtet worden, als auch den Mobus, nach welchem beren Nachweisung vor Eingehung ber Che eines Burgers mit einer

Auswartigen erbracht worben, hinnen einer Friff von vierzehn Tagen urkundlich nachzuweisen, widrigenfalls seine deshalbige Einrede als unerwiesen zu verwerfen und danach sodann weiter Matten verfügen ist.

b) Bergl. Nr. 8328 Pr. d. 3., §. 45, Note d. d.

ਮੂੰ ਨੂੰ ਬਾਰੂ ਗੁਰੂ ਕਰਾ

# §. 64. W bod ron tecanic

#### Beruf bes Gemeinde=Musichuffes.

Der Gemeinde-Ausschuß vertritt bie Gemeinde im Berhaltniß zum Gemeinderathe und hat aufer ben in einzelnen S. S. bieses Geses ihm zugewiesenen Geschäften

- 1) Jur Ginführung neuer, nicht in blos vorübergehenden Aufträgen bestehenden, Gemeinde-Hemter oder Unterbedientenftellen,
- 2) zu der Aufnahme von Auslandern ober von folden Inlandern, welche Beisiger werden wollen, oder welche Burger werden wollen, denen aber ein gefetliches Erforderniß mangelt, in den Gemeindeverband (vergl. jedoch §. 28), fowie
- ber Stimmfahigkeit von Drieberherstellung uwilligen a), und
- 4) überhaupt von der Verwendung aller Gemeinde-Einnahmen und von der richtigen Ausführung drtlicher Einrichtung en und gemeinheitlicher Arheiten, soweit es ohne Storung derselben und ohne irgend eine Einmischung in deren Leitung und Ausführung angehet, sich Ueberzeugung zu verschaffen, Vernachlässig ungen, Misbräuche und Pflichtverletungen der Gemeinde-Dienerschaft dem Ortsporftande zur Abhülfe und geeigneten Ahn=

bung mitzutheilen, auch ihn ober ben Gemeinberath auf sonst wahrgenommene Mängel in der Gemeindes verwaltung aufmerksam zu machen, und nothigenfalls dieselben zur Kenntniß der vorgesetzen Behörde zu bringen. Er kann zu diesem Zwecke über alle, die Berwaltung des Gemeinde Bermögens und der örtlichen Einrichtungen betreffenden, Gegenstände vom Ortsvorstande Auskunft verlangen, und in dessen Geschäftslokale die einschlägigen schriftlichen Verhandlungen mit allem Zubehör einsehen, oder durch Abgeordenete aus seiner Mitte einsehen lassen, auch die etwahiernach nothig befundenen Ausschlüsse sich von der Aussichörde erbitten.

Auferdem hat ber Gemeinde : Ausschuß

5) so oft ber Gemeinderath noch andere Gegenstände von besonderer Bichtigkeit mit ihm zu berathen wunscht, sich barüber gutachtlich auszusprechen.

Der Gemeinde Ausschuß darf aber sich keinerlei ausführende Gewalt anmasen, auch sich keine, dem Ans
sehen des Ortsvorstandes und des Gemeinderathes nachtheistige, Rüge ihrer Handlungen in der Gemeinde gestatten,
und auser den ihm etwa zukommenden Nachrichten über Gegenstände seines Wirkungskreises keine Gesuche oder Bes
schwerden annehmen, auch niemals an eine andere Behorde,
als den Ortsvorstand und Gemeinderath, sowie die Auss
sichtsbehorde, oder im Falle der Beschwerdeführung über Letztere, an die dieser vorgesetzte höhere oder höchste Behorde
sich wenden.

a) Bergl. Nr. 8328 Pr. b. 31, 6. 45, Note d.

#### §. 65.

Berfammlungen bes Gemeinberathes und bes Gemeinbe-Ausschuffes.

Der Gemeinberath versammelt sich regelmäßig alle acht ober vierzehn Tage, und der Gemeinde Ausschuß einmal in jedem Monate oder Vierteljahre zu der dafür versabredeten Zeit und sonst auf besondere Ladung des Ortsvorsstandes oder Ausschuß Worstehers, so oft es zur Verhandlung der betreffenden Gemeinde Angelegenheiten nothig ist.

Ausschuß-Bersammlungen zu Wahlen ober zu ben im S. 82 gebachten Geschäften muffen immer besonders angegesagt werden.

Die Berhandlungen geschehen ber Regel nach mundlich.

Die Beschlusse werden nach Stimmenmehrheit genommen und bei gleicher Stimmenzahl gibt die Stimme des Borsigenden den Ausschlag. Die gefaßten Beschlusse werden in ein Ordnungsregister oder Beschluß-Protokoll ingetragen.

Bu einer gultigen Beschlufinahme wird erforbert, baß sammtliche Mitglieber, wofern nicht von einer regelmäsigen Sigung die Rebe ift, besonders geladen und wenigstens zwei Drittel anwesend seyen.

Im Falle bes Ausbleibens von mehr als einem Drittel ber Mitglieder konnen nur vorbereitende Maasregeln und bie etwa ohne Schaben ber Gemeinde ober gemeine Gefahr nicht aufzuschiebenden Borkehrungen beschlossen werden.

Wegen ben übrigen Angelegenheiten muß eine weitere auserordentliche Versammlung anberaumt werden, und kann darüber nunmehr in dieser, selbst wenn die zwei Drittel nicht vollständig anwesend waren, eine gultige Beschlußnahme erfolgen, wenn nicht etwa die Aussichtsbehörde ein

Anderes in bem Falle, wo fogar die Halfte der Mitglieder die Abstimmung unterlassen haben wurde, zu verfügen angemessen findet.

### §. 66.

Abtreten ber betheiligten Mitglieber."

Ist von Gegenständen die Rede, bei welchen das Interesse eines oder mehrerer Mitglieder des Gemeinderathes oder des Gemeinde Ausschusses für ihre Person oder nahe Verswandte und Angehörige der im S. 44 bezeichneten Arten mit dem Interesse der Gemeinde im Widerspruche erscheint, oder bei denen gesetzwidrige Handlungen einzelner Mitglieder zur Sprache kommen; so mussen diese Vetheiligten abtreten, und wosern nicht zwei Orittel der Mitglieder noch zur Abstimmung übrig bleiben, werden zur deshalb ersorderlichen Vervollständigung unbetheiligte auserordentliche Mitglieder des Ausschusses einberusen. — Wenn von einer großen Ausschusses schussen mach Maasgabe des S. 38.

Uebrigens ift nach den anwendbaren Bestimmungen bes vorhergehenden S. zu verfahren.

# Titel IV.

# Bon bem Gemeindehaushalte.

#### §. 67.

Gemeinbevermogen überhaupt.

Das Bermogen der Gemeinde wird von dem Ortsvorftande unter Mitroirkung des Gemeinderathes und unter Mitanfficht des Gemeinde-Ausschusses verwaltet. Alle Gemeinbebehörden, sowie die Staatsbehörden, denen die Oberaufsicht der Gemeindeverwaltung obliegt, nebst den ausnahmsweise an der Leitung der Gemeinde-Angelegenheiten Theil nehmenden Behörden (s. S. 92), haben innerhalb der Grenzen ihrer Zuständigkeit darüber zu wachen, daß das Vermögen der Gemeinden erhalten und das Einkommen dersselben richtig verwendet werde.

#### S. 68.

#### Gemeindewaldungen insbefondere.

Die Gemeindewaldungen bleiben der Leitung und Aufsicht von Seiten der Forstbehörden in Beziehung auf das Technische der Bewirthschaftung und auf den Forstschutz, nach Maasgabe der beshalbigen gesetzlichen Vorschriften und der in deren Folge von den einschlägigen Oberbehbeden getroffenen Einrichtungen, untergeben.

Was jedoch die letztgedachten Einrichtungen betrifft, so werden die als zweckmäsig sich ergebenden Abanderungen der Regierung der Provinz im Einverständnisse mit dem Obers Forst-Collegium vorbehalten. Die Aussührung der für die Gemeindewaldungen festgesetzten Kultur- und Nutungs-Borsschläge haben die Ortsvorstände unter der Aussicht der Forst- behörden zu besorgen a).

Rudfichtlich ber Vergutung fur die Geschäfte ber Forster in ben Gemeindewaldungen verbleibt es bei der bestehenden Vorschrift und Einrichtung.

Befcluß vom 22ften September 1836.

Bur Ausführung bes §. 56 ber Gemeinde-Ordnung und ber burch benselben erforberlichen Abanderung bes Staatsministerials

a) Mr. 6258 Pr. b. J. Communicat bes Finang = Ministeriums, bie Bestellung und Berpflichtung ber Gemeinbe = Forstbedienten betreffenb.

Ausschreibens vom 26sten November 1827 werben nachstehende Vorschriften über bas Dienstverhaltniß ber Gemeinde Forstbesbienten ertheilt, wegen beren Handhabung sammtliche Regiestungen bie weiteren Anordnungen treffen werden:

- 1) bei ber Unnahme ber Gemeinde-Forftbebienten nach 6.56 ber Gembe. Orbn. ift zur Feststellung beren Tuchtigkeit folgendes Berfahren zu beobachten : ber Burgermeifter hat bie bon ben Gemeindebehorben (von bem Gemeinberathe im Ginverstandniß mit bem Gemeinde : Musschuß) ausgewählten Perfonen bem Revierforfter anzuzeigen, welcher über beren Qualification an die Forst = Inspection berichtet. Nur berjenige fann als Gemeinde-Forstbedienter angenommen werben, beffen Tuchtigkeit von ber Forst = Inspection gepruft und anerkannt worden ift. Ift von der Lettern die Tuchtigkeit ausgesprochen worben, fo theilt biefes ber Revierforfter bem Burgermeifter mit, worauf bie Gemeindebehorde bie Bestellung, und zwar in der Regel, auf Rundigung, vornimmt, und biefes bem Rreisamte anzeigt. Letteres veranlagt die Verpflichtung burch ben Landrath gemeinschaftlich mit bem Juftigbeamten in einer Situng ber gerichtlichen Polizei = Commission auf biejenige 30 | Inftruction, welche bas Dber : Forftcollegium im Ginverftand= niffe mit ber Provingial = Regierung in Betreff ber bas Forft= mefen angehenden Berrichtungen und Obliegenheiten ber Gemeinde : Forftbehorben ertheilen wird, und wovon ben Polizeis Commissionen eine anreichende Ungahl gebrudter Eremplare gur Mushandigung an die Berpflichteten wird mitgetheilt werden. Bon jeder Beftellung eines Gemeinde - Forftbedienten hat bas Rreisamt, nachdem die Berpflichtung bei ber Polizei = Commif= fion erfolgt ift, ber Forst = Inspection Nachricht zu geben.
  - 2) Die Disciplin über die Gemeindes Forstbebienten hat der Burgermeister, nach §. 103 der Gemde. Ordn., in demjenigen Maaße auszuüben, in welchem solche die dahin nach dem Staatsministerials Ausschreiben vom 26sten November 1827 den Kreisämtern, bezüglich den Regierungen zugestanden hat. Rückschlich der Entlassung kommt der §. 97 der Gem. Ordn. in Anwendung. Die Disciplinars Befugniß der landesherrs lichen Forstbehörden bleibt in demjenigen Umfange bestehen, in welchen sie ihnen durch den §. 2 des Staatsministerials Ausschreibens vom 26sten November 1827 beigelegt worden ist, mit dem Jusage, daß, wenn das Obers Forstscollegium wegen der Dienstschlassung eines Gemeindes Forstbedienten mit der Regierung communiciren wird, lehtere von dem Gemeinderathe die Entlassung zu fordern hat. Eine Entscheidung der Forstbehörde benehmlich mit der Verwaltungsbehörde

in gemischten Fallen (§. 4 bes genannten Staatsministerials Ausschreibens) hat nicht ferner Statt, jedoch hat der Bürgers meister von allen Disciplinars Bestrafungen eines Gemeindes Forstbedienten der Forst-Inspection Anzeige zu machen, wie auch umgekehrt der Burgermeister von jeder solchen Bestrafung durch die Forstbehörde Nachricht erhalten wird.

II. Dem Finang = Ministerium ist hiervon ic. zur beroseitis gen gefälligen Verfügung an bas Ober-Forst = Collegium ic. Nachricht zu geben ic.

Rr. 1326 F. M. Pr. Communicat bes Ministeriums bes Innern, bie Bestellung, Instruirung und Verpflichtung ber Gemeinde - Forstbebienten betreffenb.

Befchluß vom 4ten Mary 1837.

Dem Ober = Forst - Collegium ist unter Beisügung einer Abschrift dieses Communicates zu eröffnen, daß, da die Abgabe
ber fraglichen Instruction in Folge der dem Staate zustehenden
Forsthoheit Statt sinde, die Finanzverwaltung sich der Besorgung des Druckes und der Uebernahme der dadurch entstehenben Kosten nicht entschlagen könne, das gedachte Collegium
also den Druck und die Vertheilung zu verfügen, die Kosten
aber auf den Verlag der Ausgaben für Verwaltung der Forste
anzuweisen habe.

Nr. 4093 Pr. b. J. Die Regierung zu N. berichtet über bie Bestellung, Instruirung und Verpflichtung ber Gemeindes Forstbebienten.

Befchluß vom 29ften Juni 1837.

Der Regierung zu N. wird in Betreff bes von ihr in bem Berichte vom ic. gestellten Untrags, daß als Regel die leben blangliche Bestellung ber Gemeinde Forstbedienten vorzuschreiben sep, folgendes eröffnet:

Einer Auslegung bes h. 56 ber Gembe. Ordn. bahin, daß bie Borschrift, die geringere Gemeinde Dienerschaft in der Regel nur auf Kundigung anzunehmen, nicht auf das für die Gemeindewaldungen bestimmte Personal bezogen werden misse, stehet entgegen, daß dieses Personal zu der geringeren Gemeindes Dienerschaft jedenfalls gehört, die Borschrift wegen der Annahme auf Kundigung sich auf deren Gesammtheit beziehet und die Ansügung einer besonderen weitern Bedingung rücksichtlich des Waldschutz Personals dieses nicht von den allgemeinen Bedinsgungen der Bestellung der unteren Gemeindediener erimirt.

abirs Der gestellte Untrag wurde baber nur burch eine gesetliche 219 7 Abanderung bes &. 56 Der Gembe. Orbn. auszuführen fenn. 20 Abgesehen aber bavon, bag beffen 3wedmaßigkeit fur fammt= sior liche Banbestheile mehrfachen Zweifeln unterliegt und theilweife. bereits in Abrede gestellt worden ift, fehlt es auch ohne gefetliche Borfdrift ber Regierung nicht an Mitteln, Diejenigen Machtheile zu befeitigen , beren Befurchtung ihren Untrag veran= lagt hat, und ift jedenfalls erft burch die Erfahrung zu erpro= ben, ob nicht die Borforge ber Berwaltung ausreiche. Daß burch die Unnahme ber Gemeinde : Forftbebienten auf Rundi= gung ber Unnahme Schlechter Gubjecte nicht ber Weg gebahnt werde, bafur muß die Prufung ber Borgeschlagenen burch die Forfibehorde Garantie geben, welcher es freiftebet, den Borschlag auch wiederholt zu verwerfen, und welcher mehr, als ber Gemeindebehorbe, die Unnahme untuchtiger Personen gum Borwurf zu machen fenn murbe. Daß die Gemeinden ihre adis Forftbedienten bem Umfange bes Dienstes entsprechend und gu odne ihrer Unterhaltung binreichend befolden, ift die Regierung vermoge ber Mufficht, an die Gemeindeverwaltung anzufordern befugt, wogu noch die weitere Rudficht fommt, bag biefe Dersonen wegen ber auszuübenden Forstpolizei zu dem unteren Polizeipersonal gehoren und an ben Burgermeifter, als Bulfe= beamten, die Unforderung der Borforge, fur ein geborig qua= The lificirtes und gehorig bezahltes Personal gestellt werden fann. Cobann lagt bie Borfchrift, bag in ber Regel bie Unnahme auf Rundigung fatt finden foll, Spielraum, in geeigneten Fallen durch die Berwaltungs = und durch die Forftbeborbe bie Gemeindebehörden gur lebenslänglichen Bestellung von Forstbedienten zu bisponiren, auch ift einem etwaigen Digbrauche voreiliger Rundigungen burch eine Berfugung bes Inhaltes vorzubeugen, daß einem Gemeinde - Forftbebienten nicht eher gefundigt werden burfe, bis die Tuchtigfeit beffen, ber ibm Bum Nachfolger gegeben werden foll, von ber Forft-Inspection main anerkannt worden sen, a gentliche, andilg mit grand

## §. **69**.

## - Jagb und Fifcherei.

Die Jagd : und Fischerei : Gerechtsame, welche einer Gemeinde oder beren Gliebern, als solchen, sep es auf eigenem oder fremde Boben, zustehen, sollen in jedem Falle verpachtet und die Aufkunfte zur Gemeindekasse gezogen werden.

## fi fimler und W. Gemeinbenugen.

Dasjenige Bermögen, dessen Ertrag bisher zur Bestreitung von Gemeinde-Ausgaben bestimmt war (Kammereisober Orts-Bermögen), soll auch ferner, so lange es nicht veräusert oder vertheilt wird (vergl. J. 80 fg.), zu diesem Zwecke verwendet werden. Dagegen sollen die Gemeindes nutzungen, welche bisher allen Gemeindegliedern oder einzelnen Klassen berselben zustanden, auch ferner nach dem deshalbigen Herkommen behandelt werden, so lange, bis eine andere Einrichtung zu Stande kommen wird a).

a) Durch den Bescheid des Ober-Appellations-Gerichtes, vom 23sten April 1835 (Nr. 3468), ist der Grundsatz ausgestprochen worden:

si de tri l'it de l'in le tinte en l'es

"daß zwar nach bem S. 93, Nr. 1, e ber Gembe. Ordn. "die Aufsichtsbehörde befugt ist, die Beschwerden Einzelner "über die Verletzung der ihnen hinsichtlich des Gemeindes "verbandes zustehenden Rechte zu untersuchen und im Bers"waltungswege darüber zu verfügen

"biese Bestimmung jeboch, wie auch bie in ber Gefet-"ftelle aufgeführten Unwendungsfälle außer Zweifel feten, "fich auf Beschwerden über Berlegung berjenigen Rechte "beschrantt, welche unmittelbar aus bem Gemeindever-"banbe, sowie ben besfallfigen gesetlichen Borfchriften ber-"vorgeben, und beren Schut ihrer Ratur nach überhaupt "einer Ginwirkung der Muffichts : ober Sobeitsbeborbe als "folcher unterliegt; hierzu aber bie zwischen ben Gemeinben "und einzelnen Rlaffen von Gemeindegliebern, ober ben "lettern unter fich ftreitige Theilnahme am Gemeinde-"nuten nicht gehort, fondern ein Streit biefer Urt, als "ein rein privatrechtliches Berhaltniß betreffend, lediglich ber "Cognition ber Gerichte anheimfallt, um fo mehr, ba ber "§. 70 ber Gembe. Orbn. in Ansehung jener Theilnahme ,,ausbrudlich auf bas beshalbige herkommen ver-"weiset und ein über letteres unter ben' Betheiligten "obwaltender Streit nicht von einer Bermaltungsbehorbe, "fonbern nur vom zustandigen Berichte entschieden werben "fann."

Rr. 7073 Pr. b. J. Die Witwe N. zu N. bittet ben baffe gen Stadtrath anzuweisen, bag er ihr ben zu bem angekauften halben Bohnhause gehörigen halben Gemeindenuten überlaffen muffe.

Befchluß vom 30ften Juli 1836.

Die Regierung zu N. hat bie Bittstellerin bescheiben zu lassen, daß Streitigkeiten über Berechtigung zum Gemeindes nuten nicht zur Entscheidung der Aussichtsbehörden über die Gemeindeverwaltung gehören, sondern zur Entscheidung der Gerichte zu bringen sind, ihr Gesuch daher, als bei dem Ministerium unrichtig angebracht, zurückgewiesen werde.

# §. 71. Dertliche Ginrichtungen.

Die ortlichen Ginrichtungen, mit Ausnahme ber im Sof= ober Staatseigenthum befindlichen, namlich:

- 1) Die ortlichen Armen ., Kranken = und ahnlichen Anstalten (Hospitaler, Siechenhauser) a);
- 2) die Sparkaffen;
- 3) bie Feuerlofch = und Rettungs = Unftalten b);
  - 4) die Brunnen und Wasserleitungen, Teiche, Tranten, Bafferungs = und Entwafferungs = Unstalten, Babe= Einrichtungen und offentlichen Wasch = Unstalten;
  - 5) Strafen, Pflafter, Wege, Bruden, Stege, Fahren und Kanale im Innern bes Ortes und der Feldmark c);
  - 6) die Unstalten fur Erleuchtung und Reinigung der Straffen;
  - 7) die Markt = Einrichtungen, Krahn =, Waage = und Nieberlage = Unstalten d);
  - 8) die Leichenhauser und sonstigen Begrabniß = Anstalten, ausschlieslich ber Todtenhofe;
- 9) die Ortsbefriedigungen und Thore, hat der Ortsvorstand zu verwalten und, soweit diese Einz richtungen nicht aus den Einkunften der dafür vorhandenen

Stiftungen und Fonds, oder nicht durch die insonderheit dazu bestimmten Abgaben (als Armensteuern, Pflasterssteuern 2c.) unterhalten werden, oder die Berbindlichkeit zu deren Unterhaltung einem Dritten, insbesondere bestimmten Hauß = oder Grundbesigern, obliegt, auß den Gemeindemitteln, auf eine ihrem Zwecke genügend entsprechende Weise, einzurichten und zu erhalten.

Eine abgesonderte Verwaltung der ortlichen Einrichtungen (vergl. §. 52) hat nach Borschrift und mit
Genehmigung der Aufsichtsbehörde alsdann Statt, wenn
der Zweck der ortlichen Einrichtung von dem des eigentlichen Gemeindehaushaltes verschieden ist, wenn dazu besondere Beiträge nur von gewissen Einwohnerklassen erhoben,
oder die Kosten aus besonderen, nur zu diesem Zwecke angeordneten, Einnahmen bestritten werden, und wenn andere
rechtliche Gründe, insbesondere der Bille des Stifters,
solches erheischen. Die abgesonderte Berwaltung kann auch
einer besonderen, vom Ortsvorskande verschiedenen Behörde
zukommen, wenn dieses der Wille des Stifters ausdrücklich
bestimmt hat e).

a) Nr. 9342 Pr. b. 3. Die Regierung zu N. berichtet über ben Ginfluß ber Gemeinbe Drbnung auf bie Verwaltung ber ftabtischen Hospitaler und Siechenhauser.

Befchluß vom 24ften Februar 1836.

Die Hospitaler und Siechenhaufer in ben Stabten, soweit sie ortliche Anstalten sind (die hier nur in Betracht kommen), haben jedenfalls nach §. 71 der Gemde. Ordn. eine abgesons berte Verwaltung. Diese führt entweder nach dem Willen des Stifters eine vom Burgermeister verschiedene-Behörde oder der Burgermeister, im lettern Falle entweder dieser selbst und allein, oder eine Deputation in Inwendung des §. 52 der Gemde. Ordn., oder eine mit dem Burgermeister zusammengesetzte Behörde (Beschluß vom 25sten August 1835, Nr. 5051 Pr. d. J.).

Die Aufsicht auf diese ortlichen Anstalten kommt nach §. 92 und 93 (Rr. 2) der Gemde. Ordn. den Regierungen zu und können andere Aufsichtsbehörden auf dieselben nicht mehr fortbesiehen. Hiermit ist die von den Superintendenten und Landzräthen dieser geführte Berwaltung und Aufsicht weggefallen und erstere auf diesenige Behörde, welche sich nach dem Obigen bestimmt, letztere auf die Regierung übergegangen, wobei die Ansicht genehmigt wird, daß dei diesen Anstalten die über ähnzliche Gegenstände der städtischen Berwaltung ertheitten Borzschriften in analoge Anwendung zu bringen sepen zc.

Rudfichtlich ber nicht rein ortlichen Anstalten wird zwar genehmigt, baß auch bei ihnen bie Einwirfung ber bisherigen, aus bem Superintenbenten und bem Landrathe zusammengesfetten, Mittelbehorbe wegfalle, feinenfalls kann aber die Berswattung berselben bem Burgermeister ber Stadt, in welcher sich die Anstalt befindet, sondern nur ber stiftungsmäßigen ober ber nach ber Verfügung der Staatsbehorden bestimmten Bes

horde zukommen.

b) Rr. 10,271 Pr. b. J. Die Resideng-Polizei-Direction fragt an in Bezug auf ihr Berhalten bei bem Feuerloschwesen und bei bem Ausbrechen von Feuersbrunften in ber Resideng.

Beschluß vom 30ften December 1835.

Sammtlichen Regierungen — ber Residend-Polizei-Direction — wird eröffnet, daß das Verhaltniß der Oberburgermeister in ben Haupstlädten, bezüglich des Burgermeisters zu Rinteln, zu dem Polizei = Director, als dem zur Verwaltung der Ortspolizei bestellten Beamten, in Beziehung auf die Verwaltung der Feuerlösch = und Rettungs = Anstalten und die Handhabung der Feuerpolizei, nach solgenden Gesichtspunkten zu bemessen und nach Besinden demgemäße Anordnungen zu treffen seyen:

- 1) ber Oberburgermeister hat die Feuerlosch = und RettungsAnstalten, als ortliche Einrichtungen, nach §. 71 ber Gembe.
  Ordn. zu verwalten. hierdurch sind diejenigen Bestimmungen,
  welche die für eine einzelne hierher gehörige Stadt erlassene Feuerordnung bahin enthalt, daß ber Polizeibehorde eine beshalbige Disposition oder Mitwirkung eingeraumt wird, aufgehoben. hierin sind folgende Besugnisse und Berpflichtungen
  enthalten:
- a] der Oberburgermeister muß bafür sorgen, daß das erfors berliche Material zur Feuerlöschung und Rettung (Sprigen, Eimer, Leitern ic.) in anreichender Menge vorhanden, in zwechdienlicher Weise ausbewahrt sep, und dem Bedurfnisse neuer Unschaffungen immer unverzüglich abgeholsen werde,

b] besgleichen baß sich bieses Material fortwährend in brauchsbarem Zustande befinde, bessen Erhaltung und Ausbesserung nicht versaumt, beshalb von Zeit zu Zeit untersucht (die Spriken probirt zc., werde, und zum alsbaldigen Gebrauche bereit sep,

c] daß die nothige Mannschaft zur Besorgung der Feuer-Anstalten aus den Ortseinwohnern ausgewählt, nach den einzelnen Vorrichtungen mit Rucksicht auf die Tauglichkeit der Person nach ihrem Gewerberc. abgetheilt, instruirt und bestellt sen,

a] ber Oberburgermeister hat ben Polizei Director stets in Kenntniß zu erhalten, in welcher Anzahl, Construction und Qualität die Anstalten vorhanden sind, welche neue Anschaffungen erfolgen, welche Mannschaft zur Besorgung derselben und weiter zu sonstigen, bei ausbrechendem Brande nothigen, Diensten gestellt, abgetheilt und instruirt sen, und in jedem Falle eines Abgangs, wie die Lucke ausgefüllt sen;

e] berselbe ist verpslichtet, ben Requisitionen zu entsprechen, welche der Polizei Director wegen Vermehrung oder Verbesserung ber Anstalten, Eintheilung und Anweisung der Mannschaft ic., nicht weniger in der Absicht an ihn richtet, um sich durch Revisionen und Proben von der sortbauernden Brauchbarkeit der Anstalten eigene Ueberzeugung zu verschaffen. Sollte hierbei eine Weigerung, der Requisition zu entsprechen, einstreten, so hat der Polizei Director der Regierung die Sache zur Entscheidung vorzulegen.

f] Rudsichtlich ber Feuerlosch und Rettungs : Anstalten, welche nicht im Eigenthum der Stadt, sondern des Hofs und der Staatskasse sich besinden (Eingang des §. 71 der Gemde. Ordn.), und durch welche die Stadt wegen der Kosten der Anschaffung und Unterhaltung eine Erleichterung einkalt, hat der Oberdurgermeister zwar keine Verwaltung, dagegen die Verpslichtung, auch zu deren Gebrauch die nothige Mannschaft zuzuweisen. Er hat deshalb den Requisitionen zu entsprechen, welche die betreffende Hose oder Staatsverwaltungs Behörde, der jene Anstalten untergeordnet sind, an ihn ergehen läßt.

2) Der Polizei = Director hat, vermöge seiner Obliegenheit zur Handhabung der Feuerpolizei in der Stadt — abgesehen von der Aussicht, Bisitation, Abstellung und Beranlassung der Bestrafung wegen seuergefährlicher Berrichtungen, Anlagen, Bauten z. und Uebertretung der beshalbigen Berbote —

a] barauf zu halten, daß die Unstalten immer in genügenster Bahl, Beschaffenheit und augenblicklicher Brauchbarkeit und norhanden sind, bem Oberburgermeister den für die Stadt nothigen Bedarf anzugeben, die Gerathschaften zu revidiren,

von Beit zu Zeit auf sein Begehren an den Oberburgermeister und unter seiner Anleitung probiren zu lassen, und die dabei nothig gefundene Vervollständigung oder bessere Einrichtung zu begehren,

b] ebenso wegen ber Mannschaft sich in Gewisheit zu erhalzten, baß bieselbe in gehöriger Anzahl in zwedmaßiger Zutheizlung nach ber Tauglichkeit ber Leute zu den betreffenden Bers

richtungen vorhanden fen und erganzt werbe,

c) bei ausbrechendem Brande alle Maßregeln zu treffen und alle Anordnungen zu leiten, welche zur schnellen Herbeis schaffung bes Losch = und Rettungs = Materials, zur Loschung bes Feuers, zur Rettung der Personen und Sachen zweckbienlich sind.

3) Die Ausübung polizeilicher Functionen, die sich auf eine Thatigkeit zur Benutung ber Feuerlosch = und Rettungs=Anstalten im Falle eines ausgebrochenen Brandes beziehen, kommt dem Oberdürgermeister insoweit zu, als ihm dergleichen durch besondere Borschriften der Local = Feuerordnung (3. B. in Cassel die Direction der Rettungs-Anstalten) auferlegt worden sind, in welcher Beziehung er als Hulfsbeamter des Staats (§. 61 der Gemde. Ordn.) zu versahren und die ihm zugewiesenen Dienstleistungen zu ersullen hat, indem die Borsschriften der Feuerordnung für die einzelnen Stadte durch die Gemeinde Drdnung nur insoweit ausgehoben sind, als die Bestimmungen in denselben über die Berwaltung der Feuerslich; und Rettungs=Anstalten von der vorstehenden Specialissirung des beshalbigen Inhaltes des §. 71 der Gemde. Ordn. abweichen.

Nr. 6479 Pr. d. J. Die Regierung zu Caffel überreicht einen Bericht bes Oberburgermeisters ber Residenz, die Berwaltung ber Feuerlosch = und Rettungs = Unstalten betreffend.

Beschluß vom 8ten August 1836.

Die Regierung hat bem Oberburgermeister bekannt zu machen, daß die Auslegung, welche er dem §. 71 der Gemde. Ordn. überhaupt und in Beziehung auf die Feuerlosch = und Rettungs-Unstalten insbesondere geben wolle, zu nichts anderem hinführe, als alle diesenigen Theile der Ortspolizei, welche mit den, in dem genannten §. 71 ausgeführten, drtlichen Einrichtungen in Berbindung und Beziehung stehen, zum Geschäftstreise des Ortsvorstandes zu ziehen und die Polizeibehorde besselben zu entkleiden.

Um bie Ungulaffigkeit biefer Unficht zu zeigen, fen es genu-

gend, barauf bingumeifen,

bag bie Gembe. Orbn. an sich nicht jum 3wed habe, für bie Grenzen und Einrichtungen ber polizeilichen Berwaltung Normen zu geben, die letztere in ein anderes Berhältniß zu ben Gemeinden zu setzen, als dies früher ber Fall war, wofür ber g. 61 ber Gembe. Orbn. selbst ben Beweis gebe;

daß die gesehlichen Anordnungen wegen der ortlichen Berwaltung, welche der §. 71 enthalte, also überall nicht, am wenigsten aber stillschweigend, in sich enthalten können unzweisfelhafte Theile der Polizeiverwaltung auf die Ortsvorstände, als Gemeindebeamte, übergehen zu lassen, ja sogar einen großen Theil der polizeilichen Geschäfte in der Berwaltung der ortslichen Einrichtungen aufgehen zu lassen;

baß auch bei allen theoretischen Streitigkeiten über ben Umfang ber Polizei soviel keinem Zweisel ausgesetzt sen, daß die Handhabung der Feuerpolizei ein unerlaßliches Stück der örtzlichen Polizeiverwaltung bilbe, wosur sich die ausdrücklichen gesetzlichen Vorschriften auch namentlich in den §. §. 88 u. 63 der Verordnung vom 29sten Juni 1821 und für Cassel inse besondere in den §. §. 4 und 6 der Verordnung vom 27sten November 1821, die Residenz-Polizei betreffend, sänden, und daß zu der Handhabung der Feuerpolizei diesenigen Functionen gehörten, welche in dem Ministerial Beschusse vom 30sten December v. I. dem Ortspolizeibeamten (Residenz Polizei-Director) zugewiesen worden.

tung der Feuerlosch = und Rettungs : Anstalten sich innerhalb ber Grenzen werde gehalten werden, welche ber bemerkte Beschuse der Wirksameit des Ortsvorstandes in seinem Vershältnisse zu der Polizeiverwaltung gezogen habe.

Auf die gegen diese Ministerial = Verfügung von Seiten bes Stadtrathes zu Cassel erhobene gerichtliche Alage erfolgte bas nachstehende Ober = Uppellationsgerichts = Decret.

Das Kurfurstlich = Hessische Dber = Appellations = Gericht zu Cassel ertheilt in Sachen bes Stadtrathes ber Residenz Cassel, Appellanten, wider ben Staatsanwalt ber Provinz Nieberhessen, Appellaten, wegen gesehwidriger Beschränkung der Stadt in der Berwaltung ber drilichen Ginrichtungen, überhaupt und insbesondere der Feuerloschungs = und Rettungs = Anstalten, gleichwie der Straßen = Anlagen 2c., nachstehendes Decret:

In Erwägung,

ber Regierung, hinsichtlich welcher um Inhibition gebeten

H.:

ift, ihrem Inhalte nach bie Bollziehung von gesehlichen Bestimmungen über öffentliche Berhaltuisse zum Gegenstande haben, und bemnach als wirkliche Regierungshandlungen anzusehen sind;

daß der obern Behorde der inneren Berwaltung nach §. 8 der Berordnung vom 29sten Juni 1821 die Befugniß zu-kommt, Berfugungen der erwähnten Art mittelst geseblicher

3wangsmittel gur Musführung zu bringen,

und daß, da hiernach die Anwendung von Zwangsmitteln keine unerlaubte Eigenmacht enthält, die Fortsetzung jenes Zwanges während des Rechtsstreites für unstatthaft nicht gehalten werden kann, auch die Erkennung einer ausnahmsweise zu treffenden Provisionalmaaßregel im vorliegenden Falle schon deshalb nicht eintreten kann, weil es an der Begründung eines aus der Bollziehung der erwähnten Regierungs-Berstugungen entspringenden unersetzlichen Nachtheils in Beziehung auf das den Gegenstand der appellanztischen Alage ausmachende Recht selbst mangelt;

wird die von dem Procurator N. angebrachte Beschwerde als ungegrundet zuruckgewiesen und dieses Decret, nebst ben Acten dem Obergerichte ic. zur weiteren Berfügung zugefertigt. — Cassel am 5ten Januar 1837.

Rurfürstliches Dber = Uppellations = Bericht. Dun fing.

gef. Strippelmann.

27 e) Nr. 1086 Pr. d. J. Die Regierung zu N. berichtet ic., die Anlagen und Beranderungen an ben Fustwegen langs ben Saufernoan ber Stadt betreffend.

Beschluß vom 18ten Marz 1836.

Die Regierung hat dem Oberburgermeister N. binfichtlich ber in ic. von ihm, beziehungsweise von dem Stadtrathe erlaf-

fenen Bekanntmachungen gu eroffnen, bag x.

was die andere Bekanntmachung wegen der Fusiwege langs den Sausern der Stadt anlange, die Gestattung von Anlagen und Beranderungen an diesen Fusiwegen lediglich als ein Aussstuß der Strassendung von Leien Fusiwegen lediglich als ein Aussstuß der Strassendung der Ortspolizei Behörde zukomme und keineswegs durch den J. 71 der Gemeinde Ordnung auf die Ortsvorsiande übergegangen sen, welche gesetliche Worschrift diesen Gemeindebeamten, in welcher Eigenschaft dieselben in der angezogenen Gesetsstelle nur in Betracht kommen, eine polizeiliche Wirksamkeit überall nicht übertrage, sondern ihnen nur die Verwaltung der ortslichen Einrichtungen zuweise z.

Rr. 6336 Pr. b. J. Die Regierung zu N. berichtet in Betreff ber Bekanntmachungen des Stadtrathes, beziehungs-weise bes Oberburgermeisters zu N., über ic. die Anlagen und Beranderungen an den Fuswegen langs den hausern in der Stadt.

Beschluß vom 11ten August 1836.

ic. Die Regierung hat ic. bem Oberburgermeifter gu N. Folgenbes ju eroffnen:

Mus feinem an Die Regierung erftatteten Berichte vom ic. fen auch bier wieder die Unficht erkannt worden, bag bie burch 6. 71 ber Gembe. Dron. angeordnete Bermaltung ber ort= lichen Ginrichtungen burch ben Drisvorstand die Auslibung aller berjenigen polizeilichen Functionen in fich begreifen folle, welche mit jener Berwaltung in Berbindung ftanden. Es liege bierin eine Berkennung ber Grengen ber gemeinheitlichen Bermaltung und ber Stellung ber Gemeinbebeborbe zu ber Polizeibeborbe. Die Verwaltung ber ortlichen Ginrichtungen fen nichts Underes, als bie Bermaltung biefer Unftalten in gleicher Beife, wie bie Bermaltung bes Gemeindevermogens burch bie Gemeindebehor= ben, und bie Gelbstftanbigfeit Diefer Berwaltung außere fich barin, bag die Staatsbehorben nicht in bas Detail berfelben einzugreifen, nicht barin zu verfügen, sondern dieselbe lediglich ju übermachen haben. Jene Berwaltung begreife aber nicht bie Unwenbung biefer Unffalten ju anderen, als gemein= beitlichen, namentlich also nicht zu polizeilichen 3meden. Die gegentheilige Unficht enthalte mit anberen Borten, bag bie Berwaltung ber ortlichen Ginrichtungen bie Polizeiverwaltung in bem gangen Umfange absvrbire, in welchem jene Ginrichtungen ein Mittel jur Sandhabung ber Polizei fepen. Die Ausübung ber Polizei folle aber burch bie Bemde Drbn., gu beren 3med eine Bestimmung hierliber auch gar nicht gehore , nicht veranbert werben, namentlich nicht zu einem Attribut ber Gemeinbes verwaltung gemacht werben, worüber bie hinweifung auf 6. 61 ber Gembe. Ordn. genuge. Bur Polizeivermattung nun gehore es unzweifelhaft, vor ber Beschabigung offentlicher Gin= richtungen, gleichviel ob folde im Eigenthum bes Staates ober ber Stadt fenen, zu marnen, biefelben gegen Diffbrauch gu schuten, Beeintrachtigungen berfelben abzumehren und zu befeitigen, und barauf bezügliche Bergeben gur Beftrafung gu bringen. Dache man biervon Unwendung auf die unter Dr. 5 bes &. 71 genannten Straffen, Pflafter und Bege; fo liege bem Ortsvorstande, als Bermatter biefer ortlichen Ginrichtun= gen, allein die Gorge ob, Diefelben ju unterhalten, ju verbeffern und berguftellen, mit einem Worte be Unftalt gum Bayerildie

Staatsbibliothek München

Dia good by Googl

Gebrauche bes Publicums zu stellen; ber Polizei bagegen komme bie Obliegenheit zu, biesen Gebrauch zu überwachen, Beschässichabigungen sowohl durch Zerstörung als durch eigenmächtige schädliche Anlagen Dritter abzuwehren und Contraventionen bagegen zur Bestrafung zu bringen.

Hiernach habe die erlassene Bekanntmachung nicht zum Reffort des Oberburgermeisters gehört und habe derselbe sowohl in Beziehung auf die hier in Rede stehende, als auf andere ortliche Einrichtungen sich fur die Jukunft jedes ahnlichen Uebergriffes in die Justandigkeit der Ortspolizei-Behörde zu enthalten.

Die Regierung hat darüber zu wachen, daß diese Grundsstäte rücksichtlich der Berwaltung der örtlichen Einrichtungen überall innegehalten und keine entgegenstehende Bekanntmachunsgen der Gemeindebehörden durch das Provinzials Bochenblatt verbreitet werden.

2) ic. Die Polizei-Direction zu N. hat in bem Sinne dieses Beschlusses eine anderweite polizeiliche Bekanntmachung zu erlassen, und insofern dabei die Festsehung und Androhung polizeilicher Strafen rathlich seyn sollte, zuvor deshalb mit der Polizei-Commission zu berathen. Uebrigens ist der vorstehende Beschluß auch ruchsticht aller anderen örtlichen Einrichtungen zur stracklichen Richtschnur zu nehmen, in keiner Weise eine Ginrichtung der stadtlichen Behörde in dem Geschäfteskeie der Polizei zuzulassen und einer solchen durch selbstständige Waherung der polizeilichen Aufsicht bei den Gegenständen der örtzlichen Einrichtungen vorzubauen.

Mr. 7839 Pr. b. J. Die in bem Wochenblatte fur bie Proving N. vom ic. enthaltene Aufforderung bes Oberburgermeisters zu N. an die Grundbesiger wegen Aufraumung ber heden an öffentlichen Wegen bei Meidung einer Strafe von I Thaler, betreffend.

Beschluß vom 15ten August 1836.

Die Regierung zu N. hat, sofern es nicht von ihr bereits geschehen seyn sollte, an den Oberburgermeister geeignete Bersstugung wegen seiner Unzuständigkeit zum Erlasse einer solchen Bekanntmachung überhaupt und wegen der Undrohung einer Gelbstrase insbesondere nach Maaßgabe des Beschlusses vom 11ten d. M., Nr. 6336 Pr. d. J., zu erlassen und dafür zu sorgen, daß diese unzulässige Bekanntmachung nicht weiter in dem Provinzial-Wochenblatte abgebruckt werde.

2) Der Polizeis Direction zu N. wird hiervon mit der Auflage Nachricht gegeben, ihrerseits eine polizeiliche Bekanntmachung in das Provinzials Wochenblatt einrücken zu lassen, worin die Handhabung der Aufsicht auf die Unterhaltung der Hecken und die Warnung vor Nichtbeachtung der deshalbigen polizeilichen Vorschriften ausgesprochen wird.

Mr. 11,334 Pr. d. I. Die Regierung zu N. berichtet über bie von dem Oberdürgermeister daselbst erlassene und durch das Provinzial : Wochenblatt zur öffentlichen Kunde gebrachte Verfügung, wodurch zur Verhütung der Strasenverunreinigung, sowie der Sisanhäufung und Beschädigung des Strasenpstasters, das Waschen der Chaisen und Wagen an den öffentlichen Brunnen der Stadt bei einer Strase von 1 Thaler verboten wird.

Befcluß vom 3ten December 1835.

Der Regierung ift zu eröffnen, bag bem Dberburgermeifter burchaus nicht gutomme, die hinfichtlich ortspolizeilicher Gegen= flande bestehenden Borfchriften einzuscharfen und baber bie Bulaffung ber in Sprache befindlichen Bekanntmachung in bem Provingial = Bochenblatte umfoweniger gerechtfertigt erfcheine, als dabei ber Umftand, ob ber Dberburgermeifter wiffentlich ober aus Untenntniß ber Gefetgebung fich einer Competeng= Ueberschreitung schuldig mache, burchaus unerheblich gemefen fen, bag bemnach jur Befeitigung ber vorgefallenen Orbnungewibrigfeit, fofern bas fragliche specielle nach bem Ermeffen ber Polizei = Direction nothig fenn follte, ein folches burch biefe Beborbe in gefetlicher form erlaffen, im anderen Falle bagegen bem Dberburgermeifter wegen ber unbefugt erlaffenen Berfugung bas Rothige gu eroffnen fen.

Rr. 2546 Pr. d. J. Die Regierung zu N. berichtet üben bie Beschwerbe bes Biceburgermeisters N. zu N. über einen Beschluß ber basigen Regierung vom 2ten Juni 1836 wegezeines Eingriffs bes Oberburgermeisters zu N. in die Polizei verwaltung.

Befchluß vom 7ten Upril 1837.

In Betracht, daß die den Ortsvorstanden vermöge des §. 71 der Gembe. Ordn. überwiesene Verwaltung der örtlichen Einzeichtungen überall nur die Sorge für Beschaffung und Erhaltung bieser Sinrichtungen umfaßt, keineswegs aber ein mit den gedachten Anstalten in Beziehung stehendes polizeiliches

Attribut in sich schließt, indem bie Ortspolizei ohne irgend eine obiective Beschrantung, mithin in ihrer vollen Integritat, qu= folge bes §. 61 bes angezogenen Gefetes, burch einen Staats= beamten ober ben Ortsvorstand als Bulfsbeamten bes Staates ausgeubt wird, daß jede Unordnung gur Berbutung ber Berfperrung offentlicher Bege als ein Musfluß ber Strafenpolizei erfcheint, beren Sandhabung ber Ortspolizei=Beborde gu= kommt und, fofern eine folche Unordnung ein Strafverbot erheischt, bagu eine Berfugung von ber, nach §. 1 bes Staats ministerial = Musschreibens vom 3ten Dai 1822 guftanbigen, Behorbe erfordert wird, bag endlich ber §. 104 ber Gembe. Orbn. nur eine Disciplinarstrafgewalt bes Ortsvorstandes als Gemeindebeamten ben Ortsbewohnern gegenüber hinfichtlich beren Berpflichtungen als Gemeinde = Ungehörige constituirt und baber auf den vorliegenden, der Sphare der Gemeindevermal= tung entruckten, Fall nicht zur Unwendung gebracht werben tann, wird die erhobene Beschwerde als unbegrundet gurude gewiesen, und ift megen Beseitigung ber in Rebe befindlichen Unordnung bes Dberburgermeifters bas Erforderliche zu verfügen.

d) Nr. 8589 Pr. d. J. Der leitende Ausschuß bes handelsund Gewerbs Bereins berichtet über die Befugniß ber Stadtrathe zur Verlegung ber Jahrmarkte.

Befchluß vom 3ten October 1835.

Sammtliche Regierungen haben die Ortsvorstande ber betreffenden Gemeinden zu bedeuten, daß die durch den §. 71
ber Gemde. Ordn. ihnen übertragene Verwaltung der MarktEinrichtungen keineswegs die Befugniß zur Verlegung der Jahrmarkte in sich schließe, in solchen Fallen vielmehr nach wie vor um die Genehmigung bei der Regierung nachzusuchen sey.

e) Nr. 2981 Pr. d. J. Die Regierung zu N. berichtet wegen bes Bollzugs bes §. 71 ber Gembe. Ordn. über die Berwaltung ber Hospitaler und Siechenhauser.

Beichluß vom 18ten Upril 1835.

Der Regierung zu N. wird auf ihren beshalbigen Bericht eröffnet, daß eine Entscheidung darüber, ob eine abgesonderte Berwaltung der betreffenden ortlichen Einrichtungen Statt haben foll, entweder auf den von dem Ortsvorstande gestellten Antrag genehmigend, oder in Ermangelung eines solchen Antrages bei desfalls erkanntem Bedursnisse vorschreibend zu ertheilem sep. Soweit nun aber fur die Anordnung einer abgesonderten Berwaltung entschieden wird, ist sich babei zwar vorzubehalten,

baß über die Zusammensehung der deshalbigen Berwaltungs-Deputation vor deren Installation die Genehmigung der Aufssichbehörde einzuholen sey, um für den Fall des Erfordernisses Mißgriffen in dieser Insammensehung vorzubeugen, nicht aber ein Borschlag dahin zu erfordern, daß für die Mitzglieder der Deputation eine Bestätigung im Einzelnen ertheilt werde.

Rr. 4583 Pr. b. S. Die Regierung ju N. berichtet wegen bes Bollzugs bes §. 71 ber Gembe. Orbn., über bie Berwaltung ber hospitater und Siechenhäuser.

Befchluß vom 27ften Mai 1835.

Der Regierung wird eröffnet, daß es nicht zweifelhaft senn kann, daß wo von einem Stifter einer örtlichen Einrichtung auch zugleich ausdrucklich bestimmt worden, daß seine Stift tung von einer besonderen Behorde verwaltet werden solle (in welchen Fällen die zur Verwaltung berufenen Personen in der Regel auch speciell bezeichnet senn und nicht im Allgemeinen von einer Ubsonderung die Rede senn wird), es keiner Entscheidung mehr darüber bedarf, daß eine abgesonderte Verwaltung und diese durch eine von dem Ortsvorstande verschiedene Behorde Statt zu sinden hat ze.

Nr. 5051 Pr. d. J. Die Regierung zu N. berichtet über bie Bollziehung bes §. 71 ber Gembe. Ordn. hinsichtlich ber Hospitaler und Siechenhauser zu N.

Befchluß vom 25ften Muguft 1835.

Die örtlichen Einrichtungen (§.71 ber Gembe. Orbn.) wers ben entweder nicht abgesondert verwaltet, dann stehet die Verwaltung dem Ortsvorstande zu, oder sie werden abgesondert verwaltet (Beschluß vom 18ten Upril d. J., Nr. 2981 Pr. d. J.), dann beruhet dieses entweder darauf, daß es durch den Willen des Stifters ausdrücklich bestimmt und von diesem eine von dem Ortsvorstande verschiedene Behörde für die Verwaltung eingesetzt ist (Schlußsat des §. 71), oder auf der Vorschrift, bezüglich Genehmigung, der Aussichbehörde. In diesem letzern Kalle kann

- 1) entweder der Ortsvorstand die Berwaltung allein haben, ober
- 2) sie kann von einer Deputation besorgt werben, wie bie Sinweisung auf §. 52 ergiebt, burch welche hinweisung (vergleiche §. 52) übrigens nicht angebeutet senn soll, bag bieses bie allein zulässige Form der Berwaltung sen, vielmehr

nur angebeutet wird, baß biese Form (bie auch bei anberen Gemeinde Magelegenheiten, als bei einer abgesonderten Berswaltung ortlicher Ginrichtungen vorkommen kann) in vielen Fällen sich als angemessen ergeben wird, — oder

3) bie Berwaltung fann auch durch eine in der Art zusams mengesetzte Behorde ferner gesuhrt werden, wie eine solche nach bisherigem ortlichen herkommen ober specieller Ortsverfassung bestand.

Der Ortsvorstand kann nur in keinem Falle von der Verwaltung ausgeschlossen seyn, wohl aber kann eine ihn vertretende Behörde (Deputation §. 52), oder eine mit ihm zusammengesetzte, in der bisherigen Ortsversassung beruhende, Behörde bestehen, welche letztere Versassung dadurch nicht ausgeschlossen wird, daß sie im §. 71 nicht ausdrücklich aufgesührt worden ist.

Nr. 3091 Pr. d. J. Die Regierung zu N. tragt an auf Burudweisung ber Beschwerde bes Burger = Ausschusses zu N., über bie Besetzung ber basigen Hospitals = Berwalter = Stelle.

Befdluß vom 25ften Upril 1837.

Der Regierung ist zu eröffnen, daß, wenn es gleich zulässigerscheine, daß das Hospital zu N. ferner durch eine, mit dem Ortsvorstande zusammengesette, Behörde, wie eine solche nach bisherigem örtlichen Herkommen bestand, verwaltet werde, indem eine berartige Verkassing dadurch nicht ausgeschlossen wird, daß sie im H. 71 der Gembe. Ordn. nicht ausdrücklich ausgesührt worden ist, doch vermöge der Bestimmungen diese Gesehes die Functionen der Verwaltungsbehörde des Hospitals in gleichem Verhältnisse, wie die Attributionen der Gemeindes behörden in Bezug auf die Gemeindeverwaltung erweitert worden seinen, hiernach aber, soviel den vorliegenden Fall betrifft, die Bestellung des Hospitals Verwalters in analoger Anwenzbung der Vorschrift des H. 55 der Gembe. Ordn. nicht der Regierung, sondern der Hospitals Verwaltungs. Behörde zuskommt.

#### §. 72.

#### Inventar.

Das Inventar bes unbeweglichen Gemeinde Wermögens muß alle Bestandtheile besselben mit allen Zugehörungen, anklebenden Rechten und Lasten, — namentlich auch alle Urten von Berechtigungen, welche ber Gemeinde in fremden

Gemarkungen und Walbungen zustehen, sowie die deshalbigen Lasten, und die etwa hinsichtlich gewisser Nugungen
bestehenden besonderen Verhältnisse unter näherer Bezeichnung der Gegenstände, der Berechtigten und ihrer Antheile
nebst den hierauf ruhenden Abgaben und Leistungen, genau
beschreiben. Dieses Immobiliar-Inventar muß jedes Jahr
von dem Gemeinderathe durchgesehen, ergänzt und nöthigenfalls, längstens aber alle zwanzig Jahre, vollständig erneuert
werden.

Das vorschriftmäsige Inventar bes beweglichen Bermdsgens, mit Einschluß der in der Gemeinde vorhandenen Feuerlösch = und Rettungs = oder dergleichen Gerathschaften (wobei die etwa theilhabenden anderen Ortschaften zu bemerken sind), desgleichen der ausstehenden und erborgten Kapitalien muß spatestens alle funf Jahre erneuert werden.

# §. 73.

# Verbrauchs: Auflagen.

Das Aufkommen von den zum Besten der Gemeinden bestehenden Berbrauchs-Auflagen slieset in die Gemeindekasse. Die Einführung neuer Auflagen auf Berbrauchsgegenstände zum Besten der Gemeindekasse kann nur durch Bewilligung des Ministeriums des Innern, im Einverständnisse mit dem Finanz-Ministerium, erfolgen a).

a) Mr. 10,977 Pr. b. J. Die Regierung zu N. berichtet wegen ber Branntweins = Hulfösteuer für die Landgemeinden.

Befdluß vom 16ten December 1834.

Der Antrag, die Erhebung ber Branntweins = Hulfssteuer fur die Landgemeinden in dem früheren Betrage und nach der früheren Erhebungsweise allgemein wieder herzustellen, steht nicht zu genehmigen, vielmehr bleibt für diejenigen Falle, in welchen einzelne Landgemeinden die ortliche Erhebung einer

Berbrauchs Mbgabe vom Branntwein nothwendig sinden sollsten, bem Gemeinderathe überlassen, nach erfolgter Zustimmung des Gemeinde Ausschusses (§. 80, Nr. 12 der Gem. Ordn.) einen gehörig begründeten Antrag zu beren Einsuhrung zu stellen, über welchen die Regierung sodann nach Maaßgabe des §. 73 der Gembe. Ordn. bestimmen wird.

Nr. 1119 Pr. d. 3. Sochste Entschließung vom 12ten b. M., wodurch genehmigt wird, der Standeversammlung wegen der von ihr anher mitgetheilten Borstellungen mehrerer Gemeinden in Betreff der Husspieleur vom Branntwein zu eröffnen, daß es mit Rucksicht auf den §. 73 der Gemeindes Ordnung einer weiteren Gesetzgebung über den fraglichen Gesenstand nicht bedürfe.

Beichluß vom 17ten Februar 1835.

Die Landtags : Commission hat ber Standeversammlung auf beren Schreiben vom 30sten v. M. folgendes au eröffnen.

Für die mitgetheilten, sowie eine Anzahl gleicher, bei dem Ministerinm eingereichter, Gesuche sey der Weg zu ihrer Ab-hulfe in dem § 73 der Gemde. Orden. gegeben, welcher eine weitere gesehliche Borschrift nicht nur überstuffig mache, sondern auch einer allgemeinen gesehlichen Ginführung einer hulfsteuer vorzuziehen sey.

Der genannte 6. 73 laffe freie Sand, eine Sulffteuer (neben ber burch bas Gefet vom 31ften October 1833 eingeführten, welche mit ber Branntmeins = Kabrications = Steuer von ben Sinangbehorben erhoben und abgeliefert werbe) nach bem Bedürfniffe einer jeden einzelnen Gemeinde, und nur fur Die Beit beffelben, anzuordnen. Denn fur viele Gemeinden fen eine folche Abgabe weder erforderlich, um ihre Ausgaben mit ber Ginnahme ins Gleichgewicht zu feben, noch werbe folche von ihnen gewunscht, und wo bas Bedurfnig vorhanden fen, fen biefes wiederum nach ben Bermogens = Berhaltniffen ber Gemeinden fo verschieden, bag in beren Betracht bie Große ber Abgaben modificirt werden muffe, ober es fen auch nur megen gegenwartiger, aber vorübergebender Ausgaben vorhan= ben. Eine gesetlich einzuführende allgemeine weitere Bulf= fteuer werden vielen gandgemeinden gegen ihren Billen aufge= brungen werben, mahrend die Musfuhrung bes g. 73 ber Bem. Drbn. erheische, ben Willen ber Gemeinde zuvor festzustellen, indem namlich hier ber Gemeinderath, nach erfolgter Buftim= mung bes Gemeinde = Musichuffes ( §. 80, Dr. 12 ber Gembe. Ordn.), einen gehorig begrundeten Untrag zu stellen habe, über welchen die Provinzial = Regierung an das Ministerium

berichte. Weiter habe auch ber §. 75 ber Gembe. Orbn. bie nothigen Mittel zur Sicherung bes Eingangs einer verwilligten Huffleuer gegeben. Es sey mithin dem Bedursniffe auf eine dem Zwecke so entsprechende Weise abgeholsen, daß ein weisteres Gesetz jedenfalls überslussig erscheine, auch sey bereits dahin versügt, daß Gesuche wegen der Verwilligung einer Huffleuer im Verwaltungswege geprüft, und nach gelieferter Begründung Antrage zu ihrer Abhülse nach Maasgade des genannten §. 73 gestellt werden.

In gleicher Beise habe man bie von ber Stanbeversamm= lung jest anher mitgetheilten Gesuche behandelt.

Rr. 4297 Pr. b. J. Der Pfarrer N. zu N. thut Vorffels lung wegen ber Heranziehung ber Pfarrei zur Entrichtung ber ber Gemeinde bewilligten Berbrauchssteuer vom Branntwein.

Befdluß vom 6ten Juni 1837.

Die Regierung zu N. hat ben Bittsteller zu bescheiben, baß ber f. 73 ber Gembe. Ordn. Eremtionen von ber fraglichen Berbrauche Mbgabe nicht zulasse und baber sein Gesuch, als unbegrundet, nicht zu berücksichtigen sen.

Rr. 1706 Pr. b. J. Die Regierung ju N. fragt an über ben Fortbestand ber Bestimmungen bes §. 4 bes Gesetes vom 31sten October 1833, bie ben Stadten und Landgemeinden bewilligte Sulfsteuer vom Branntwein betreffend.

Befchluß vom 28ften Februar 1837.

Die Unfrage wird bejahet.

#### §. 74.

Pflafter=, Bege= und Brudengelber.

Pflastergelber, welche überhaupt nur für die von den Gemeinden unterhaltenen, und nicht zur Staatsbau-Ber-waltung gehorenden Strasenstrecken zulässig sind, desgleichen Bege-, Brücken- und Fährgelber für die Benutzung der durch die Gemeinden, oder durch Bezirksverbande, unter-haltenen Bege, Brücken und Fähren, können nur mit Be-willigung Unseres Ministeriums des Innern erhoben werden.

#### §. 75.

Maabregeln gur Sicherung ber ermahnten Abgaben.

Bur Berhütung von Unterschleisen hinsichtlich ber in ben beiden vorhergehenden S. S. gedachten Auslagen kann die Regierung soweit es an besonderen gesetzlichen Bestimmun= gen deshalb mangelt, auf den Antrag des Gemeinderathes und nach Anhörung des Gemeinde = Ausschusses, die erforederlichen Maasregeln anordnen, deren Uebertretung sodann von dem zuständigen Gerichte mit einer Geldbuse vom fünstiss zum zwanzigsachen Betrage der Abgabe, neben Entrichtung oder Nachzahlung des zur Gemeindekasse schuldigen Abgabenbetrages, oder bei Zahlungs = Unfähigkeit mit angemessener Gefängnißstrasse oder Strafarbeit geahndet werden soll.

# §. 76.

Roften bes Polizei=Perfonals und Dienftes.

In ben Orten, in welchen die Ortspolizei einem Staatsbeamten übertragen wird (§. 61), werden auch die Koften für das nothige Polizei = Personal und den Polizeidienst aus ber Staatskasse bestritten, jedoch mit Beibehaltung der Leistungen, welche der betreffenden Gemeindekasse bisher oblagen a).

In den Gemeinden, in welchen der Ortsvorstand bie Ortspolizei besorgt, werden die Kosten für das Polizeispersonal und den Polizeibienst aus den Gemeindekassen bestritten; es fallen aber dagegen diejenigen Beitrage weg, welche deshalb bisher von den Gemeindekassen zur Staatsekasse geleistet wurden b).

a) Bergl. bie Nummern 11,396 und 11,905 Pr. b. 3., §. 61, Note a.

b) Nr. 601 Pr. d. J. Die Kosten bes Polizei Personals in ben Gemeinden, in welchen der Ortsvorstand die Ortspolizei besorgt, betreffend.

Befdluß vom 17ten Januar 1835.

Mit Beziehung auf ben Befchluß vom 22ften Decbr. v. 3., Dr. 11,396 Pr. b. J., und vom 17ten b. M., Dr. 11,905 Dr. b. 3., haben fammtliche Regierungen babin ju verfügen. bag in ben Stabten, mit Ausnahme ber Sauptftabte und Rinteln, bas bermalen vorhandene Polizei-Perfonal an Polizei= machtmeiftern , Polizeifergeanten , Polizeidienern , Marktmeiftern und bergl., welches von den Regierungen bestellt ift und aus ber Staatskaffe befoldet wird, ben Burgermeiftern gur Dienft: leistung bei ber Bersehung ber Ortspolizei überwiesen, und bie fernere Salarirung biefes Personals vom Anfange b. J. an ben betreffenben Stabten überlaffen werbe, mogegen von bie= fem Beitpunkte an die Beitrage ber Stabte gur Staatskaffe bebufs Bestreitung ber Polizeitoften megfallen. Es ift zugleich ein fpecielles Bergeichnig einzufenden, woraus bervorgebt. welche Polizeibebienten hierburch ju ftabtifchen Dienern uber= geben, wie boch fich bas bis babin von einem jeben berfelben aus ber Staatstaffe bezogene Diensteinkommen belauft, und welche Beitrage ber Stabte zu ben Polizeitoften biernach megfallen.

In Betreff besjenigen Polizeis Personals, welches von ben Regierungen in Land em eind en bestellt ift, und aus ber Staatstaffe besolbet wird, ift ein Berzeichnis ber hierher gehösrigen Personen mit Angabe beren Besolbung einzusenben, und zu berichten, ob von ber einen ober anderen bieser Gemeinden Beitrage zur Staatstaffe zur Bezahlung ber Polizeitoften bissher geleistet sind.

Rr. 8533 Pr. b. J. Die Regierung zu N. bittet um Beichlugnahme auf ihren Bericht vom zc, bie im ersten Biertels
jahre 1835 bestellten Unterbedienten betreffend.

Befchluß vom 28sten September 1835.

rc. Was sobann die Frage anlangt, ob die Bestellung ber Polizei-Unterbedienten in den Orten, wo die Ortspolizei durch ben Burgermeister gehandhabt wird, der Regierung oder ben Gemeindebehorden nach der gegenwartigen Gesetzgebung zustomme, so hangt beren Beantwortung lediglich von der Bestimmung ab, ob jene Unterbedienten in den angegebenen Orten bermal als Staatsdiener oder als Gemeindediener zu betrachten sind. Die Eigenschaft als Staatsbiener kann nicht aus ihrer

Unterordnung unter bie Ortevorftanbe, als Sulfebeamten bes Staates, gefolgert werben, ba ber Staat fich nur bie Leitung ber ortlichen Polizei = Unftalten burch bie bamit beauftragten Burgermeifter vorbehalten bat, Die Beschaffung biefer Unftalt felbft, namentlich auch bie Stellung bes, gur unmittelbaren Musfuhrung ber polizeilichen Unordnungen erforderlichen, Der= fonals aber ben Gemeinden aufliegt. Die Qualitat ber Polizei= Unterbedienten in ben gebachten Orten als Gemeindebiener bat baber auch in bem Beschluffe bom 17ten Januar b. 3., gur Dr. 601 Dr. b. 3., ausbrudlich die biesseitige Unerkennung gefunden, indem barin bie Ueberweisung bes betreffenben Polizei = Unterpersonals an Die Burgermeifter verfügt und bem= felben bie Bezeichnung flabtische (Gemeinde :) Diener beigelegt worden ift. Da nun die Unnahme ber geringeren Gemeinde= bienerschaft ben, bagu im g. 56 ber Bembe. Drbn. berufenen, Gemeindebehorben gebuhret, fo hatte bie befinitive Bestellung bes Polizeisergeanten N. ju N. von Seiten ber Regierung nicht erfolgen burfen. Es verfteht fich übrigens von felbft, bag mit ber Uebernahme ber befinitiv bestellten Polizeibedienten von ben Gemeinben, auf biefe auch bie Berpflichtungen übergegangen finb, welche bem Staate, biefen Dienern gegenüber, obgelegen haben, und bag von ben Gemeinden bie Stellung eines tuchtigen und zureichenden Polizei = Unterpersonals gefordert, mithin nicht zugelaffen werben fann, bag bie Gemeindebehorben bergleichen Stellen mit anderen Gemeindebiener-Stellen vereinigen, fofern bies jur Benachtheiligung bes Polizeidienftes gereichen follte, ober bem Polizeiperfonal ein zu geringes, beffen Erifteng nicht binreichend ficherndes, Diensteinkommen aussegen, in welchen Fallen die Regierung Kraft ber ihr burch ben g. 61 ber Bem. Drbn, verliebenen Befugnig abbelfend einzuschreiten bat.

Rr. 8974 Pr. b. I. Der Kreissecretar N. zu N. trägt, als geschäftsleitenbes Mitglied ber Verwaltungs-Polizei-Commission, bes Stadtschulverstandes und bes handwerksichulversstandes, barauf an, für die genannten Behörden baldmöglichst einen eignen Diener bestellen zu durfen.

Befchluß vom 16ten October 1835.

Der Regierung in N. wird eroffnet:

Wenn der §. 76 der Gembe. Ordn. da, wo der Ortsvorftand nach dem §. 61 dieses Gesetzes mit der Ortspolizei beauftragt ist, die Uebernahme der Kosten für das Polizeis Personal den Gemeinden auslegt, so wird dadurch nur die Verpflichtung der Gemeinden ausgesprochen, in dem angenommenen Falle das nothige Polizeis Personal zu stellen, ohne daß

baraus eine Berechtigung ber Gemeindebehorben, über bie Dienstleiftungen biefes Personals ju verfugen, in irgend einer Beife gefolgert werben fann, bielmehr bleibt bie Leitung bes Polizeidienstes ber Staatsgewalt vorbehalten, welche biefe Leis tung burch ihre Bulfebeamten, Die Ortevorstande, ausuben lagt, von benen babei baber nur in biefer Gigenschaft, nicht aber als Borftanbe ber Gemeinden gehandelt werden fann. Mur in biefer Begiebung find bie bei Berfundigung ber Gem. Dron. angestellt gemefenen Polizei : Unterbedienten ben betref= fenden Burgermeiftern gur Dienftleiftung bei Berfebung ber Ortspolizei überwiesen, und es ift fich babei feineswegs ber Befugniß begeben worben, über jene Unterbedienten auch bei Sandhabung ber Landespolizei, namentlich in ben Fallen, wenn bas, ber bazu berufenen Behorbe zunachst zur Seite ftebende Personal (ber Kreisbereiter und bie Genbarmerie) nicht ausreichen oder gur Dienstleiftung bereit fenn follte, ju bis= poniren.

Die Regierung hat hiernach bie irrigen Unsichten bes Burgermeisters und Stadtrathes in N. zu berichtigen, ben Ersteren auch auf die unstatthafte Bezeichnung "Stadipolizei" besonders ausmerksam zu machen und ihre Verfügung vom 11ten v. M., zur Nr. 1576 Kr. P., nach Obigem zu modisiciren, sodann aber den Kreisseretar N. zu bedeuten, daß die Verwendung der Polizeisergeanten zum ständigen Bureaudienste bei dem Kreisamte unzulassig, wegen Unnahme eines Dieners für den Stadtschulvorstand und die Handwerksschule aber das Nottige bei den betreffenden Behorden zu veranlassen sey.

# S. 77. Gemeinde Umlagen.

Eine Gemeinde : Umlage kann nur Statt finden, wenn die Berbrauchs : Auflagen, sowie das übrige, nicht aus brudlich besonderen Zweden ausschliefend gewidmete, Eines kommen der Gemeinde zur Bestreitung der ihr obliegenden Ausgaben nicht hinreicht.

In den Stadten, sowie in denjenigen Landgemeinden, für welche die Aufstellung eines Woranschlags angeordnets wird (f. J. 86), hat der Gemeinderath bei der Aufstellung des Boranschlags im Monat Detober, und in den

übrigen Landgemeinden zeitig bei voraussichtlichem Bedürfnisse, in genaue Erwägung zu ziehen, ob und welche Umlagen wirklich nothig senn werden, und wenn deren Nothwendigkeit anerkannt ist, die deshalbige Erhebung in den Boranschlag aufzunehmen, oder für die nothige Erhebung
nach erfolgter Beistimmung des Gemeinde- Ausschusses die Genehmigung der Aufsichtsbehorde, sofern diese erforderlich
ist (s. 84), besonders auszuwirken.

Der bisherige Bertheilungsfus bleibt bei ben Gemeinde-Umlagen fo lange beibehalten, als nicht durch bie Statuten (S. 3.) oder burch besondere Gesetze über einzelne Gemeindelaften ein Anderes vorgeschrieben wird.

# §. 78. Gemeinbebienfte.

Die Gemeindedienste konnen sowohl in personlichen Dienften, die keine wissenschaftliche, kunft - oder handswerksmasige Kenntniß erfordern, als auch in Spanndiensten bestehen.

Die gewöhnlichen Gemeinbedienste — Reihebienste — beziehen sich hauptsächlich auf die Gemeinde Beges, Wasserund andere Bau-Arbeiten, ferner die Tagewacht und die Nachtwacht, auch Botengange und bergleichen. Nothsten ste aber treten ein bei Feuersbrunft, Wassersnoth und ahnlichen auserordentlichen Ereignissen.

In den Stadten, in welchen auser den nothigen Bachtsteinsten und ber, bei auserordentlichen Ereignissen zu leisstenden Rothhulfe keine Gemeindedienste Statt finden, bteibt es bei der beshalbigen Freiheit.

Ueberall aber find von der Berpflichtung zu perfon-

- biener u. s. 13 und s. 14 gebachten Hof=und Staatsbiener u. s. w., so lange sie nicht Ortsburger geworben sind, und selbst nach dem Erwerbe des Ortsburgerrechts, in sofern nach der Entscheidung der ihnen
  vorgesetzten Behörde die personliche Leistung der Gemeindedienste sich nicht mit ihren Amtsobliegenheiten
  verträgt b);
- 2) bie Ortsvorstande, bie Mitglieder bes Gemeinderathes und die geringeren Diener, mit beren Berufe jene Dienste unverträglich find, nach beshalbiger naheren Bestimmung des Gemeinderathes und Ausschusses;
  - 3) die Bundarzte und bie Bebammen;
- 4) diesenigen Witwen und Kinder der verstorbenen Gemeindeglieder, welche weder ein Wohnhaus am Orte
  besigen, noch die Landwirthschaft mit eigenem Unspanne
  betreiben, noch ein Gewerbe für eigene Rechnung fortführen, oder ein solches selbstständig, soweit es statthaft ist, unternommen haben, auch noch nicht selbstständig in den Gemeindeverband eingetreten sind;
  - 5) die über 65 Jahre alten und die an bescheinigter, zum Dienst unfähig machender, Korperschwäche leidenben Gemeindeglieder, welche nicht Angehörige oder Dienstboten bei sich haben, die ihre Stelle vertreten können.

Uebrigens geniesen die Spanndienstpflichtigen ferner hinfichtlich der personlichen Dienste die bisher übliche Freiheit ober Erleichterung.

Die Leiftung ber Gemeindebienfte burch taugliche Stellvertreter, bie nicht unter siebenzehn Sahre alt fenn burfen, ift ber Regel nach julaffig. Denjenigen Einwohnern, welche eine Arbeitsstrafe statt einer Geldbuse wegen Zahlungsunfähigkeit zum Vortheile ber Gemeinde zu verbüsen haben, sollen soviel Tagewerke, als Arbeitstage gerichtlich erkannt worden, hauptsächlich bei dem Gemeindebauwesen zugewiesen, und dieselben zur gehörigen Leistung (worüber im Zweiselsfall der Baukommissar bes Bezirkes zu urtheilen hat) nothigenfalls mittelst der in den J. J. 104 und 105 gedachten Zwangsmittel angehalten werden.

Alle naheren Anordnungen, welche hinfichtlich ber Gemeindebienfte nothig oder nuglich befunden werden, find auf bie im S. 3 angegebene Beife zu Stande zu bringen.

a) Rr. 2889 Pr. b. J. Das Confistorium zu N. berichtet über bie Fortbauer ber ben Kirchenkassen Bechnungssuhrern bisher zugestandenen Befreiung von ben Gemeinde Danbbienften.

Befchluß vom 9ten Upril 1835.

Den Kastenmeistern und Kirchbaumeistern stand vor der Verkindigung der Gemde. Ordn. eine allgemeine Befreiung von Gemeindediensten nicht zu, sondern sie hatten diese Freisbeit nur, wo solche am Otte herkommlich war, indem die durch den Ministerial Beschluß vom 4ten April 1825 versügte Einräumung einer allgemeinen Besteilung durch den späteren Ministerial Beschluß vom 21sten August 1832 auf die Beschankung der Freiheit nach dem herkommen zurückgeschlurt worden ist. Die Gemde. Ordn. hat dieses Berhältnis nicht geändert, indem sie zwar keine gesehliche allgemeine Besreiung giebt, aber auch die auf besonderem herkommen beruhenden einzelnen Kreiheiten nicht ausseht.

Wo daher ben Kirchbaumeistern die Dienstfreiheit herkommlich zustehet, verbleibt ihnen solche, dis dieses besondere Herkommen nach Maaßgabe des &. 3 der Gemde. Ordn. durch die Statuten geandert wird. Soweit denselben hingegen nur in Folge des Beschlusses vom 4ten April 1825 von der zustanbigen Behorde die Dienstfreiheit eingeraumt worden war,) kann

ihnen diese fernerhin nicht verbleiben.

Mr. 4579 Pr. b. 3. Die Regierung zu N. berichtet über bie ben Kirchenkassen "Bechnungssubrern bisber zugestandene Befreiung von Gemeindes Sandbienften,

Befchluß vom 25ften Juni 1835.

Der Regierung wird eroffnet, bag ber §. 78 ber Gembe. Ordn. zwar diejenigen Dienstbefreiungen aufhebt (bezüglich neu ertheilt), welche vor ber Gembe. Ordn. nach allgemeinen Berordnungen und Verfügungen des Landesherrn und der Landesbehorden bestanden, und demgemäß diejenigen Dienst= freiheiten aufgehort haben, welche bie Berordnungen vom Gten Mai 1755 (Die fich übrigens nicht auf alle, sondern nur auf bestimmte, besonders bezeichnete Personaldienfte beziehet) ben Rirchbaumeiftern in ber Graffchaft N. ertheilte; bag ber genannte &. 78 aber nichts an benjenigen Dienstbefreiungen anbert, welche nach ber besonderen Berfassung ober Berkommen in einer einzelnen Gemeinde bestimmten Personen eingeraumt waren, welche burch die neue gesetliche Borfchrift fo wenig alterirt werten, als fie ihren Ursprung in einer fruheren gesetlichen Borschrift haben, beren Aufhebung ober Beranderung vielmehr nach &. 3 der Gembe. Ordn. (& 78, Schluffat berfelben) zu erfolgen hat.

b) Nr. 32 Pr. b. S. Das Finang Ministerium ersucht um Eröffnung ber biesseitigen Ansicht übrigens bas Gesuch ber Contributions-Erheber N. N. u. Cons. in Betreff ihrer Personalfreiheit bei gemeinheitlichen Diensten und bem Candwegebau.

Befchluß vom 9ten Februar 1837.

Dem Finanz-Ministerium ist zc. ergebenst zu erwiedern, daß ben Ortssteuer-Erhebern die Befreiung von der Verpflichtung zu persönlichen Gemeindediensten nach §. 78, Nr. 1, der Gemeinde-Ordnung zukommt, wenn die daselbst als Bedingung gestellte Unverträglichkeit ihrer Umtsobliegenheiten mit der Leisstung der Gemeindedienste eintreten sollte, worüber in den einzelnen Fällen die Entscheidung ihrer vorgesehren Behörde beis gehracht werden muß:

2) Sammtlichen Regierungen wird biefes zur erforberlichen Bescheidung ber Gemeindebehorden über ben Unspruch ber Ortosteur-Erheber auf Personalbienstfreiheit und die Begrunbung berselben bekannt gemacht.

#### §. 79.

Stellvertretung fur Frauensperfonen und Abmefenbe.

Personen weiblichen Geschlechts, welche in der Gemeinde einen selbstständigen Saushalt haben, muffen Diejenigen per-

fonlichen Dienste, welche fich überhaupt fur ihr Geschlecht eignen, wenn fie folche nicht selbst verrichten wollen, burch taugliché Stellvertreter leiften laffen.

Dieselbe Berpflichtung hinsichtlich sammtlicher Gemeindes laften haben alle Gemeindeglieder, welche zwar in der Gemeinde ihren Bohnsich haben, jedoch langere oder kurzere Beit sich auswärts aufhalten, für die Zeit ihrer Abwesenheit.

Für die auswärts wohnenden Grundeigenthumer find beren in der Gemeinde wohnende Pachter oder Verwalter als beren Vertreter hinsichtlich der Gemeindelasten, in Ermangelung anderer Bestellung, anzusehen.

#### §. 80.

Gegenstände des Gemeindehaushaltes, bei benen ber Gemeinde= Musichus mitzuwirten hat.

An die Ginwilligung bes Gemeinde= Ausschuffes ift ber Gemeinderath gebunden in hinsicht auf folgende Gegenstände:

- 1) alle unståndigen Ausgaben, welche den dafür im Boranschlage des stådtischen Haushaltes oder in den Landgemeinden durch gemeinschaftlichen Beschluß aussgesetzten Betrag übersteigen, insosern nicht eine under deutende Ueberschreitung eines Anschlages wegen unvorhergesehener Umstände Statt gefunden hat, wofür jedoch dis zu genügender Rechtsertigung dei Gelegenheit der Rechnungsablage der Gemeinderath oder der betreffende Gemeindebeamte verantwortlich bleibt;
- 2) Bewilligung neuer ober hoherer Gehalte, ober auferordentlicher Dienstbelohnungen auf Rosten ber Gemeinde;
- 3) Zeitverpachtungen gemeinheitlicher Immobilien und Gerechtsame, und Berkauf jahrlicher Nugungen (3. B. bes Obstes, ber Wald-Erzeugnisse) in benjenigen Fällen,

wo die Verpachtung oder Veräußerung ohne dffentliches Ausgebot, oder auf langere Zeit, als drei Jahre, geschehen soll, auch solche Verwerthung von Waldenutzungen, welche bisher nicht herkommlich war;

- 4) Bertrage jeder Art mit Mitgliedern bes Gemeinderathes, wenn kein offentliches Ausgebot Statt findet;
- 5) Erlaß beitreiblicher Forberungen ber Gemeinbekaffe;
- 6) Prozefführung (f. S. 85) und Abschliesung von Bergleichen;
- 7) Aufkundigung von Aktiv=Rapitalien, Berkauf ober Ceffion von Staate und andern offentlichen Aredit= papieren und von Privat = Schuldverschreibungen;
- 8) Unleihen und Burgichaften mit oder ohne Berpfans bung;
- 9) Beräuserungen von Grundstücken und Realberechtigunsen, ober erbliche Berleihungen von Rottländereien (vergl. §. 81);
- 10) Gemeinheitstheilungen, sofern biese überhaupt nach ben gesetzlichen Vorschriften ober bergleichen Theilungen zulässig senn werden, und jedenfalls mit gesicherter Forberung aller in Betracht kommenden gemeinsamen Zwede;
- 11) Berwandlung besjenigen Gesammtvermögens, welches bisher von Einzelnen benutt wurde, in Rammereis oder Ortsvermögen, dessen Ertrag zur Gemeinbekasse flieset;
- 12) Einführung ober Abschaffung von Berbrauche : Auflagen ober anderen Abgaben für die Gemeindekaffe, sowie Herabsehung ober Erhöhung der bisherigen Sape, Aversionirung einer Abgabe, oder Berpachtung ihres Ertrages;

- 13) Anordnung auserordentlicher Geld- oder Natural-Erhebungen, welche nicht auf Gesetz beruhen, auch nicht in bloser Vergütung der für einzelne Klassen der Ortsbewohner (3. B. Viehbesitzer, Gemeindenutzensberechtigte) aufgewendeten Kosten von Seiten der Betheiligten bestehen;
- 14) Einführung neuer Gemeindebienste ober Abanderung ber herkommlichen Gemeindebienste;
- 15) Unkauf von Immobilien;
- 16) Feststellung des Grund = Ctats.

Damit indessen die laufende Gemeindeverwaltung nicht oft bei geringfügigen Angelegenheiten durch die Einholung der Zustimmung des Ausschusses sich gehemmt finde, und dieser allzuhäusig zusammenkommen musse, kann derselbe für die Zeit seiner Amtsdauer zu einzelnen der obgedachten Geschäfte im Allgemeinen bis zu einem bestimmten mäsigen Werthe oder Betrage, doch jedenfalls unter Ausschluß der Verfügungen über Bestandtheile des Grundvermögens der Gemeinde, zum Voraus seine Einwilligung mittelst einer schriftlichen Urkunde ertheilen, welche der Bestätigung der Aussichtsbehörde bedarf.

In den Stadten, sowie in den gröseren und vermögens dern Landgemeinden, für welche die Aufsichtsbehörde die Aufstellung eines Grund Stats angemessen sindet, muß der Gemeinde-Ausschuß noch den vom Gemeinderathe aufgestellten Voranschlag (Grund Stat) für den Gemeindehaushalt des kommenden Jahres oder der nächsten zwei oder drei Jahre (f. S. 86) durchsehen, und zu demselben, sowit keine Anstände vorkommen, oder durch gutliche Bereinigung mit dem Gemeinderathe beseitiget sind, seine Beistimmung

ertheilen, womit zugleich die Einwilligung der oben aufgeführten Gegenstände, sofern deren im Voranschlage mit allen erforderlichen naheren Bestimmungen enthalten sind, verbunden werden kann.

#### §. 81.

Befondere Bestimmung wegen ber Berauferungen und erblichen Berleihungen.

Der Beräuferung von Grundstücken und Real Berechtisgungen, sowie der erblichen Verleihung von Rottländereien (f. S. 80, Sach 9) muß eine öffentliche, nach Ermessen des Gemeinderathes gerichtlich vorzunehmende, Versteigerung vorausgehen. Zur Erbauung neuer Wohn = und Landwirthsichafts-Gebäude aber kann der nothige Raum vom Gemeindes Grundeigenthum an Gemeindeglieder aus freier Hand, nach vorgängiger Abschähung des Werthes, veräusert werden, und zwar nach Besinden der Umstände mit einer dem Käuser freizulassenden Hinaussehung des Abtrags des Kauspreises, welcher inzwischen im verabredeten Zinsfuse zur Gemeindeskasse zu verzinsen ist.

#### S. 82.

Bergroferung bes Musichuffes in gewiffen Fallen.

Bei einer Beschlußnahme über Veräuserungen von Grundsstücken und Realberechtigungen, über erbliche Verleihungen von Rottlandereien, über Anleihen mit oder ohne Verpfansbung, über Gemeinheitstheilungen und über die Verwandslung von Gesammt=Vermögen, bessen Grtrag bisher an Einzelne vertheilt wurde, in Kammerei= oder Ortsvermögen, muß sich der Ausschuß durch die Zuziehung der auserordentslichen Mitglieder verstärken, wenn der Ausschuß selbst es

angemessen findet, der Gemeinderath oder auch blos ber Ortsvorstand es verlangt, oder etwa eine besonders betheiligte Einwohnerklasse es begehrt, oder die Aufsichtsbehorde es verfügt.

#### §. 83.

Berfahren wegen versagter Einwilligung bes Aus-

Bersagt ber Gemeinde Musschuß seine Einwilligung, und erachtet der Gemeinderath dadurch das Gemeindewohl beeinsträchtigt, oder sehlet es deshalb an den nothwendigen Mitteln zur Ersüllung gesehlicher Verpslichtungen der Gemeinde; so hat der Ortsvorstand, wenn er eine Vereinigung in einer deshalbigen Zusammenkunft des Gemeinderathes mit dem Ausschusse, oder beiderseitiger Abgeordneten als erwählter Obmänner, nicht zu Stande bringen kann, sich an die Aufsichtsbehörde zu wenden, welche die Sache genau prüft, eine Vermittelung, nach Besinden unter Hinzuziehung achtbarer Ortsbürger, versucht oder durch einen Kommissar versuchen lässet, und, wenn auch dieser Versuch mißlingt, die nothige Entscheidung ertheilt, oder, falls die Aussichtsbehörde nicht die Regierung der Provinz ist, an dieselbe mit den Akten zur Entscheidung berichtet a).

a) Mr. 8444 Pr. b. J. Die Regierung zu N. berichtet über bie Frage: ob eine Entscheidung ber Aufsichtsbehorde nach §. 93, 1, d ber Gembe. Orbn. auch in anderen, als in den §. §. 59 u. 83 der Gem. Ordn. erwähnten Fällen zulässig sen.

Beschluß vom 16ten September 1837.

Der Regierung wird folgendes eröffnet:

Der §. 83 ber Gembe. Orbn. hat allein auf bie im §. 80 verzeichneten Gegenstände bes Gemein behaushaltes, bei welchen ber Gemeinderath an die Einwilligung des Gemeinde-Ausschuffes gebunden ift, Beziehung und Anwendung,

indem die §. §. 80 bis 83 einschließlich im Zusammenhange zu nehmen sind und ihre Stellung unter Titel IV des Gesetz, über den Gemeindehaushalt, erhalten haben. Allgemein umsfassend ist dagegen die Vorschrift im §. 93, Nr. 1, lit. d der Gemde. Ordn., welche in soweit durch den §. 83 beschränkt und einer besonderen Korm des Versahrens unterworsen wird, alls es sich um Gegenstände aber alleinige Norm, und zwar dahin ist, daß zwar nicht in allen Fällen einer Meinungsverschiedens beit zwischen Gemeinderath und Ausschuß von der Aufsichtlich behörde entschieden werden muß, sondern die Sache in ihrem Justande belassen werden muß, sondern die Sache in ihrem Zustande belassen werden kann, wenn davon kein Nachtheil zu besorgen ist, daß es vielmehr in der Beurtheilung der Aufssichtsbehörde liegt, ob sie ihre Entschidung not hig erachtet (die not hig e Entscheidung ertheilt), welche Nothwendigkeit in allen Fällen vorhanden ist, wo es sich davon handelt, vorsliegende Mängel in der Gmeindeverwaltung oder Beeinträchtigungen des Gemeindewohles oder die Bernachlässigung gesetzlicher Bestimmungen oder Verpssichtungen abzustellen.

# §. 84.

Genehmigung ber Auffichtsbehorbe.

Die Genehmigung ber Auffichtsbehorde ist erforberlich;

- 1) zur Beräuserung und gerichtlichen Verpfändung von Grundstücken und Realberechtigungen und zur erblichen Berleihung von Rottländereien, wenn der abgeschätte Werth
  - a. in den vier Sauptstädten den Betrag von fechs= hundert Thalern,
  - b. in den andern Stadten mit 3000 oder mehr Einwohnern (zufolge bes jungsten Staatshands buchs) ben Betrag von zweihundert Thalern,
  - c. in den Stadten mit weniger, als 3000 Einwoh= nern, den Betrag von hundert Thalern, und
  - d. in den Landgemeinden den Betrag von funfgig Thalern

überfteigt;

- 2) zur Aversionirung von Berbrauche : Auflagen ober zur Berpachtung ihres Ertrages;
- 3) zu Gemeinheitstheilungen;
- 4) ju Verwandlung besjenigen Gesammt = Vermögens, welches bisher von Einzelnen benutt wurde, in Kam= merei = ober Orts = Vermögen, bessen Ertrag zur Ge= meindekaffe flieset;
- 5) zu auserordentlichen Erhebungen, welche der Gemeinderath und der Gemeinde-Ausschuß beschlossen oder zu beschließen haben, und welche die Summe von einem sechsmonatlichen Betrage der direkten Steuer zu einem und demselben Zwecke fur den Einzelnen auf ein Jahr übersteigen;
- 6) zu einer bisher nicht herkommlichen Berwerthung ber Walbnugungen-

#### §. 85.

Befondere Bestimmung wegen ber Prozesse von gand gemeinden.

Bevor eine Landgemeinde in einen Prozeß, außer der nach S. 89 stattsindenden gerichtlichen Beitreibung von Ruckständen, sich einlässet, muß die Führung desselben von dem Gemeinderathe unter Zustimmung der grosen Ausschuß-Bersfammlung (f. S. 38) beschlossen seyn.

Bur Erhaltung bes Besigstandes gleichwohl kann ber Gemeinderath alsbald sich konservatorischer Rechtsmittel fur bie Gemeinde bedienen.

#### S. 86.

Boranfchlag bes Gemeinbehaushaltes.

In jeder Stadt und in ben groferen und vermogenderen Landgemeinden, fur welche bie Auffichtsbehorde bie Aufftel-

lung eines Grund Etats angemessen sindet, muß fur das kommende Sahr oder die nachsten zwei oder drei Jahre zeitig ein Boranschlag (Grund Stat) über alle im gedachten Zeitraume erfolgenden Ausgaben und Ginnahmen ausgestellt werden.

Für die genauere Einrichtung dieses Boranschlages und des Protokolls über dessen gemeinschaftliche Feststellung von Seiten des Gemeinderathes und des Gemeinde Ausschusses hat die Regierung die erforderliche Anleitung zu ertheilen. An dieselbe muß auch der Boranschlag von den Städten, sobald er sestgeskellt ist (f. §. 80), sowie der Boranschlag von den betreffenden Landgemeinden an die untere Aussichtsbehörbe übersandt werden a).

a) Nr. 4884 Pr. b. J. — Die Regierung in N. berichtet über die amtliche Stellung ber Kreisamter in Beziehung auf die Gemeindebehörden in ben Landstädten und die Bermaltung ihres Bermogens.

Befchluß vom 28ften Juni 1835.

Die Einsendung der stådtischen Grund : Etate, welche ber §. 86 der Gemde. Ordn. vorschreibt, hat unmittelbar an die Regierung zu erfolgen, welche in allen, die Berwaltung des istadtischen Gaushaltes betreffenden, Angelegenheiten die unmittelbare Aufsicht auszuüben, und sich dabei der Landräthe nur durch besonders ertheilte Austräge zur Ausrichtung einzelener Geschäfte zu bedienen hat.

# §. 87. Gemeinbekaffe.

Die Gemeindekasse und die deshalbige Rechnungsführung wird in den Stadten dem Stadtkammerer, in den Landgemeinden dem Gemeinde Erheber anvertrauet. Nur dieser Rechnungsführer ist, soweit nicht eine abgesonderte Berwaltung Statt findet (f. S. 71), zum Empfange und zur Berausgabung der Gemeindegelder ermächtigt. Er erhebt auf ben Grund ber vom Gemeinderathe feftgesetten Hebelisten oder ihm mitgetheilten besonderen Gin=
nahme=Belege, und verausgabt nur auf die ebenfalls vom Gemeinderathe, oder in dringenden Fallen vom Ortsvor=
stande ertheilten, von Letzterm unterzeichneten, allgemeinen
oder besonderen Anweisungen.

Die Aufstellung ber Rechnung in boppelter Ausfertigung geschiehet im Monat April bes auf bas Rechnungsjahr folgenden Jahres. In dieselbe werden noch alle Ausgaben und Einnahmen aufgenommen, welche für bas abgelaufene Jahr und etwa für Vorjahre in den Monaten Januar, Februar und März des folgenden Jahres werden stattgefunzen haben.

Jeber Stal Lammerer hat vor seinem Dienstantritte eine, seiner Einnahme angemessene, Sicherheit, welche nach bem Untrage bes Gemeinderathes und bes Gemeinde Uusschusses burch die Regierung der Provinz bestimmt wird, zu leisten. — In den Landgemeinden hingegen ist der Gemeinde Erheber nur dann zu einer besonderen Sicherheitsleistung verpflichtet, wenn der Gemeinderath im Einverstandnisse mit dem Gemeinde Ausschusse bieselbe für erforderlich halt.

Nach dem Ableben eines Rechnungsführers ist der Ortsvorstand verpflichtet, alsbald die etwa nothigen einstweiligen Masregeln zur sicheren Ausbewahrung der Vorrathe und Rechnungspapiere unter Zuziehung der Hinterbliebenen zu treffen.

### §. 88.

Beitreibung ber Rudftanbe in ben Stabten.

Der Stadtrath ift befugt, die registermäßigen und sonft unbestrittenen Rudftande des städtischen Ginkommens, soweit

es ohne den Verkauf von Grundeigenthum, sowie ohne die Beschlagnahme bei dritten Personen, möglich ist, unter seiner Leitung durch das Stadtdiener = Personal, welches in dieser Beziehung von dem betreffenden Untergerichte besonders zu verpflichten ist, nach Anleitung der bestehenden allgemeinen Gesetze beitreiben und die gepfändeten Mobilien verkaufen zu lassen.

Gleiche Befugniß ber Beitreibung hat der Stadtrath, wenn Gemeindeglieder schuldige Dienstleistungen verweigert oder verabsaumt haben, hinsichtlich der einzuziehenden Bergutung in dem Falle, wo die Dienste haben verdungen werden mussen.

In ben geringeren Stabten, wo die vorgedachte Art ber Beitreibung nach Ermeffen bes Stadtrathes eigenthumlichen Schwierigkeiten unterliegen wurde, tritt bas im nachfolgenben S. vorgeschriebene Berfahren ein. Dieses kann auch in ben groseren Stadten geschehen, so oft ber Burgermeister im Einverstandniß mit dem Stadtrathe basselbe der selbststandigen Beitreibung vorzieht a).

a) Nr. 8851 Pr. d. J. Die Regierung zu N. berichtet über bie Beschwerde des vorhinnigen Stadtkammerers N. zu N. wegen eines ihm gezogenen Passiv = Recesses.

Befchluß vom 27ften September 1836.

nc. Uebrigens wird bemerkt, daß eine Modisikation des §. 4 bes Gesetzes vom 17ten Mai 1834 durch §. 88 der Gemde. Ordn. in Beziehung auf die Beitreibung der Recesse der städztischen Rechnungssührer nicht gefunden werden kann, indem ein dem Rechnungssührer gezogener, und von ihm nicht bestritztener, Recess nicht zu den im angesührten §. 88 bezeichneten undeskrittenen Ruch sit fanden des städtischen Einkommen bung ober mangelhaften Nachweisung der Berwendung des städtischen Einkommens besteht, und die rücksändigen Vorten des städtischen Einkommens des Liquidation vor der Ziehung des propren Recesses abgesetzt werden.

Mr. 3247 Pr. d. J. Die Regierung zu N. berichtet über die Beschwerde des dasigen Stadtrathes, wegen der von dem Landgerichte daselbst verweigerten Beitreibung der Kasernenssteuer=Rückstände, nach Vorschrift der §. §. 88 und 89 der Gemde. Ordn., und trägt darauf an, in Betracht, daß der Stadtrath notorisch städtische Erecutanten zu Beitreibung seiner Rückstände hat und der §. 89 der Gemde. Ordn. auf eine Provinzial=Hauptstadt nicht paßt, sowie auch der Unzweckmässigkeit, neden dem städtischen Beitreibungs=Personal, für dessen Julänglichkeit in quali et quanto von Seiten einer Provinz-Hauptstadt wohl zu sorgen seyn möchte, noch nach Belieben das gerichtliche Erecutions=Personal in Anspruch zu nehmen, die Beschwerde als ungegründet zurückzuweisen.

Befchluß vom 11ten Upril 1837.

Der Stadtrath zu N. ift aus ben in diesem Berichte entwickelten, bemfelben mitzutheilenden, Grunden abschlägig zu bescheiden.

#### S. 89.

Beitreibung der Rudftande in ben Landgemeinden.

Die Beitreibung ruckständiger, auf glaubhaften Registern, Hebelisten, Protokollen oder sonstigen Urkunden beruhenden, Abgaben, Leistungen und anderen Schuldigkeiten zur Gemeindekasse muß von dem Untergerichte gegen jeden Restanten auf ein, vom Gemeinderathe für richtig erklärtes und von der Aussichtsbehörde beglaubigtes, Rückstands-Verzeichniß des Erhebers, unter Beobachtung der Vorschriften des Regierungs-Ausschreibens vom 16ten Juni 1815, ohne andere Rosten, als die gesetzliche Gebühr der Erecutanten, erfolgen, und darf durch keinen, nicht sofort vollständig begründeten, Widerspruch gegen die Richtigkeit des gedachten Rückstands-Verzeichnisses, sen es mit Bestreitung der Verbindlichkeit überhaupt, oder blos der Gröse des Ansahes, ausgehalten werden.

#### §. 90.

Rechnungs=Ubhorung in ben Stabten.

Der Stadtrath revidirt die ihm vom Rammerer eingeshandigte Rechnung und laffet sie nothigenfalls von biesem

pollständig in Ordnung bringen. Sierauf gelangt biefelbe spateftens mahrend bem Monate Juni bes, bem Rechnungs= jahre folgenden, Sahres an ben Burger = Musichuf, welcher fie nebst ben Belegen und weiter beigefügten Inventarien ober fonftigen Bubehorungen genau burchgebet und mit feinen etwaigen Ausstellungen im Rathhause acht Tage lang gur Einsicht ber Gemeindeglieder im Beisenn bes Stadtfefretars ober einiger Mitglieder des Burger = Musichuffes offen legt, bie etwa von Gemeindegliebern gemachten Bemerkungen meiter benutt, und bann gur Erlauterung aller Musstellungen burch ben Rammerer an ben Stabtrath gurudigibt. Bu biefem Gefchaft ift vom Stadtrath eine Frift, und nach Eingang ber Erlauterungen ein Tag jur Abborung ber Rechnung zu bestimmen, welcher ber Musschuß, ber Stabt= rath und ber Rammerer beiwohnen. Der Stadtrath nimmt hierauf ben Rechnungs: Abschluß vor, und ertheilt bie Rechnungs = Erledigung fur ben Rammerer in ben geeigneten Rallen.

Die abgehörte Rechnung aber wird mit ben Ausstellungen und Erlauterungen, auch ben übrigen, auf die Abschliesung berselben sich beziehenden, Akten an die Regierung ober die sonst zuständige Aussichebehorde zur Ginsicht eingesandt.

Wird der Burger = Ausschuß durch die bei der Rechnungs-Abhörung über einzelne Rechnungsposten ihm ertheilten Aufklarungen nicht befriedigt; so ist er berechtigt und verpflichtet, wenn nicht auf seine Aufforderung noch nachher seine Erinnerungen erledigt werden, deshalb die Entscheidung der Regierung anzusprechen.

Uebrigens ist das Gefet vom 17ten Mai 1834, das Berfahren wider offentliche Rechnungsführer betreffend, anwendbar.

Rechnungs=Abhorung in ben Landgemeinben.

Der Gemeinderath fiehet bie ihm vom Erheber eingehanbigte Rechnung nebft ben Belegen, beigefügten Inventarien und fonftigen Bubehorungen genau burch, laffet fie nothigenfalls vom Rechnungsführer vollständig in Ordnung bringen, und übergiebt fie vor Ablauf bes Monats Mai bes bem Rechnungsjahre folgenden Sahres bem Gemeinde-Ausfcuffe. Diefer muß fie nach beshalbiger, burch ben Gemeinberath zu bemirkenden, Bekanntmachung acht Tage lang zur Ginficht jedes Gemeindegliedes offen legen, bann aber in einer, binnen acht Tagen mit bem Gemeinderathe gemeinichaftlich au haltenden, Bufammentunft, unter Binguziehung des Erhebers, nochmals burchgehen, und hierauf mit feiner Erklarung an ben Rreibrath ober ben fonft zustandigen Werwaltungsbeamten abgeben, welcher fie abhort und abschliefet, auch in ben geeigneten Kallen dem Erheber ober beffen Erben bie verlangte formliche Rechnungs = Entledigung ertheilt.

In Ansehung berjenigen Posten, bei benen noch unerlebigte Einwendungen des Gemeinde Ausschusses vorliegen,
oder bei benen der Verwaltungsbeamte auf Gesetz, Pflicht=
oder Dienstwidrigkeiten stofet, hat berselbe ohne Verzug
eine Untersuchung an Ort und Stelle vorzunehmen, und
bemnachst nach Masgabe seines Dienstberuses das Geeignete
zu verfügen oder die Verfügung der Regierung oder der
sonst vorgesetzen Aussichtsbehorde einzuholen.

Uebrigens ist bas Gesetz vom 17ten Mai 1834, bas Berfahren wider öffentliche Rechnungsführer betreffend, anwendbar.

# Titel V.

Von der Aufrechthaltung der gesetzlichen und dienst= lichen Ordnung in den Gemeinden.

# §. 92. Auffichtsbehörben.

Die Aufficht auf bie städtische Berwaltung stehet zunächst ber Regierung ber Proving zu a).

Die Aufsicht auf die Berwaltung der Landgemeinden führt zunächst der landesherrliche Berwaltungsbeamte (Kreis-rath) b).

In bem Bezirke ber fürstlich = hessen=rotenburgischen Gerichtsbarkeit wird die Beaufsichtigung der Gemeindeverwaltung von den fürstlich = rotenburgischen Beamten ausgeübt. Die Staatsbehörden aber haben daselbst als vorgesetzte Hoheitsbehörden ihre deskallsige Oberaufsicht und sonstige Wirksamkeit, wie bisher, jedoch auf eine den Vorschriften des gegenwärtigen Gesetzes entsprechende Beise fortzusetzen (vergl. auch J. 50).

Diejenigen Geschäfte, welche nach gegenwärtigem Gesetze von den Verwaltungsbehörden des Staates zu beforgen sind, sollen in den standesherrlichen Bezirken von den standesherrlichen Uemtern, desgleichen in den Patrimonialgerichten Ramholz und Romsthal von den dasigen Patrimonial-Uemtern versehen werden, jedoch unbeschadet der dem Staate zukommenden Hoheits = und Oberaufsichtsrechte. Den Standesherren soll die Besugniß zustehen, zu verlangen, daß mit ihnen über die Annahme neuer Gemeindeglieder, welche nicht schon durch die Geburt oder vermöge gesetzlicher Bestimmungen ein Recht zur Aufnahme erworben haben, Rück-

sprache genommen und über beren etwaige Einwendungen bie Entscheidung ber Provinzial-Regierung eingeholt werde c).

a) Nr. 12,032 Pr. d. J. Die zur Bollziehung ber Gemeinde-Ordnung zu erlaffenden allgemeinen Berfügungen betreffend.

Befchluß vom 31ften December 1834.

Sammtliche Regierungen haben, damit eine gleichmäßige Auslegung und Ausschrung der Gembe. Ordn. in den verschiedenen Provinzen erreicht werde, bevor sie an die ihnen unterzehenen Behörden eine allgemeine, die Auslegung oder Bollziehung einer Vorschrift der Gemde. Ordn. bezweckende, Berzfügung erlassen, zwor den Entwurf der beabsichtigten Berzfügung, mit Angade der Gründe für deren Nothwendigkeit oder Rathlichkeit, berichtlich einzusenden.

Durch höchste Entschließung vom 15ten Januar 1835, zur Nr. 27 S. M. Pr. d. S., ist hinsichtlich der Wirksamkeit der Regierungs Deputation zu Rinteln in Gemeinde Angelegensheiten nach der Verkündigung der Gemde Ordn., bestimmt worden, daß berselben in der Regel alle die Attributionen zustommen, welche in der Gemde. Ordn. der Regierung als Aufssichtsbehörde zugetheilt sind, jedoch vorbehaltlich der Beschwerdesührung an diese, und unter den, in den Nrn. 1, 2, 3, 5 und 6 des §. 2 der Dienstvorschrift für die Regierungs. Deputation ausgeführten, allgemeinern und mit den weiteren besons deren Ausnahmen, daß der Regierung

a) die Genelmigung der Gemeinde = Statuten, deren Abanderungen und Bufage (§. 3 der Gembe. Dron.),

b) die Ordnung des Berhaltniffes der nicht in der Gemarfung einer Gemeinde liegenden Guter, Waldungen 2c. (§. 5), und

c) die Bestätigung ber Ortsvorstande

vorbehalten bleibe.

b) Nr. 9862 Pr. b. I. Die bei Berichtserforderungen von Ortsvorständen über folde Gegenstände, worüber bereits von dem betreffenden Kreisamte Bericht erstattet worden ift, zu beobachtende Form betreffend.

Befchluß vom 13ten October 1836.

Sammtliche Regierungen haben in ben gebachten Fallen bie für nothig erachteten, von ben Ortsvorstanden zu ertheilenden, Aufklarungen in ber Regel mittelbar burch bas betreffenbe

Kreisamt einzuziehen, und in ben seltenen Fällen, wo biesen Weg einzuschlagen nicht geeignet gefunden werden sollte, in der alsdann an den betreffenden Ortsvorstand unmittelbar zu erlassenden Verfügung die in Betracht kommenden Punkte hervorzuheben, niemals aber den kreisamtlichen Bericht einem Ortsvorstande zur Aeußerung über dessen Inhalt zuzufertigen.

c) Nr. 11,541 Pr. b. J. Die nach §. 92, Sat 4 ber Gembe. Orbn. vom 23fien October b. J. über bie Aufnahme neuer Gemeindeglieber in ben Standesherrschaften mit ben Standesberrett zu nehmende Rucksprache betreffend.

Befcluß vom 15ten December 1834.

Die Regierung ju N. hat ju verfugen, daß in ben Fallen, in welchen die vorgenannte Borfchrift ber Gembe. Ordn. Plat greift, ein folcher Geschäftsgang beobachtet wird, baß, nachbem über bie Unnahme eines neuen Gemeinbegliebes guvor von dem betreffenden' Gemeinderathe (in den gesetlich bestimm= ten Fallen mit Buftimmung bes Gemeinde = Musichuffes, f. f. 63 und 64 der Gembe. Ordn.) ein die Aufnahme zugefteben= ber Beschluß gefaßt ift, ber Stanbesherrschaft in einem, alle einschlagenden Berhaltniffe umfaffenden, Berichte bon bem Ortsvorstande Unzeige gu thun, und über beren Buftimmung zu beren Aufnahme anzufragen ift, und bag, wenn von ber Standesherrichaft gegen Die Mufnahme Ginwendungen erhoben und diefe bem Ortsvorstande auf feine Unzeige mitgetheilt mor= ben find, entweder der Gemeinderath ober ber Betheiligte. wenn ber eine ober ber andere bei ber Ginmenbung ber Stan= besherrschaft sich nicht beruhigen will, sich an bie Regierung zu wenden, und biefe vor ber zu laffenben Entscheibung bie Unficht ber Standesherrschaft über bie Reclamation in einem geeigneten Schreiben einzuziehen, auch bon ber gegebenen Ent= scheidung ber Standesherrschaft Mittheilung ju machen bat.

#### §. 93.

Einwirkung ber Auffichtsbehorbe auf bie Geschäftsführung ber Gemeinbebehorben.

Die Aufsichtsbehörde, — beziehungsweise ba, wo bies selbe nicht zugleich Hoheitsbehörde ift, diese in Ansehung aller Hoheitsrechte des Staats, — ist befugt, unter Beachstung der gesetzlichen Vorschriften und der bestehenden Rechtsverhaltnisse

- beie ganze Geschäftsführung der Gemeindebehörden zu beobachten, dafür zu forgen, daß dieselbe fortwährend im ordnungsmäßigen Gange bleibe, und bekannt gewordene Störungen beseitigt werden, und in dieser Beziehung die ganze Verwaltung der Gemeinde von Zeit zu Zeit, wenigstens alle drei Jahre einmal, und auf einzelne gegebene Veranlassungen nachzusehen oder durch einen Kommissar nachsehen zu lassen, übrigens nach Besinden von einzelnen Vorgängen nähere Kenntniß zu nehmen, auch die Gemeindebehörden zu Beschlüssen über zweckmäßig erachtete Gegenstände zu veranlassen, und insbesondere
  - a. zu ben im S. 84 aufgeführten Ausgaben und Geschäften bie Genehmigung auf besondere Borlage, ober mas die Stadte betrifft, zunächst bei Gelegenheit des Boranschlags bes stadtischen Haus-haltes, zu ertheilen;
  - b. von den abgeschlossenen Kammerei=Rechnungen Einsicht zu nehmen (f. S. 90) und die Rech= nungen der Landgemeinden abzuhören (f. S. 91);
  - c. von Amtswegen alle Mångel abzustellen, bei benen eine Hintansehung der gesetzlichen Vorschriften oder bestehenden Einrichtungen obwaltet, und namentslich darüber zu halten, daß keine Verfügung oder Maasregel, welche der Einwilligung von Betheisligten oder von einer Gemeindebehorde, oder der Genehmigung oder Bestätigung von Seiten der Aufsichtsbehorde oder der Beistimmung einer Lansbespolizeis oder Hoheits Wehorde bedarf, ohne dieses Ersorderniß ausgeführt werde;

- d. im Falle ber vom Ortsvorstande selbst nach S. 59 geschehenen Ansechtung eines Beschlusses des Gemeinderathes, sowie bei einer, zwischen dem Gemeinderathe und dem Gemeinde Ausschusse bes stehenden Verschiedenheit der Meinungen über eine des beiderseitigen Einverständnisses bedürfende Angelegenheit, die nothige Entscheidung zu ertheis len oder zu veranlassen a), ferner
- e. die Beschwerden Ginzelner über die Berletung ber ihnen hinfichtlich bes Gemeindeverbandes qu= stebenden Rechte, namentlich wegen Berfaguna ber Gemeinde = Ungeborigfeit, wegen Nothigung aur Uebernahme ber Ortsburgerpflichten, wegen Entziehung ber Stimmfabigfeit und bergl., ju untersuchen und im Berwaltungswege barüber gu verfugen, auch über bie Aufnahme eines Inlanbers jum Burger, welchem ber Gemeinberath auch auf die Rachweifung aller burch biefes Befet vorgeschriebenen Erforderniffe bie Mufnahme abgeschlagen hat, auf erhobene Beschwerbe über letteren zu entscheiden (vergl. S. S. 28, 63 und 64) b);
- f. bie Beschwerben über bie von Gemeindebehörden verhängten Ordnungestrafen oder verfügten 3wangs= mittel zu prufen und, wenn jene gegründet besfunden worden, deren Abstellung zu bewirken, und
- g. sonft noch in ben ubrigen Fallen zu entscheiben, welche in gegenwartigem Gesetze oder in anderen Gefetzen an bie Auffichts : oder fonst zuständige Behorbe verwiesen sind;

2) Die Geschäftssührung der Ortsvorstände und anderer Gemeindebeamten als Hulfsbeamten des Staats vollsständig zu leiten und zu beaufsichtigen, namentlich daher diesenigen, von denselben in gedachter Eigenschaft vorsgenommenen, Handlungen abzuändern oder aufzuheben, welche gesetz, rechts oder zweckwidrig erscheinen, sowie ferner insbesondere zu beaufsichtigen, daß die zur Ausübung der Ortspolizei erforderlichen ortlichen Einrichtungen immer in vollständiger Brauchbarkeit erhalten werden (vergl. S. S. 61 und 71).

Ein an die Aufsichts = oder Hoheitsbehorde und etwa weiter an deren Oberbehorde ergriffener Rekurs aber hat aufschiebende Wirkung nur vermöge einer deshalbigen Ber fügung der einen oder andern dieser Behorden.

- a) S. b. Mr. 8444 Pr. b. J., Mr. 83, Note a.
- b) Nr. 11,912 Pr. d. J. Die Regierung zu N. außert sich über ben Bericht ber Regierung zu N., wegen ber Beschwerbe bes zc. Gemeinde : Ausschusses hinsichtlich der Aufnahme bes Schuhmachergesellen N. aus N. im Königreiche N.

Beschluß vom 14ten Februar 1837.

Der Regierung ju N. wird folgendes eröffnet.

Sind Gemeinderath und Gemeinde Musschuß darüber einverstanden, einen Ausländer, — berselbe habe alle gesetzlichen Ersordernisse oder nicht, — zum Bürger nicht aufzunehmen; so ist dagegen eine Beschwerdesührung durch diesen Ausländer und eine Entscheidung der Aussichteborde nicht statthaft (§. 93, Nr. 1, lit. e der Gemde. Ordn.). Sind beide Gemeindebehörden aber verschiedener Ansicht; so ist darwührt die Entscheidung der Ausschlächen Auslässer lediglich nach dieser Borschrift, wenn der betressend Ausländer alle Requisite nachgewiesen hat, oder nach diesem S. und zu gleich nach dem Schlußsabe des §. 28 der Gemde. Ordn., wenn Ersordernisse schlußsabe der Gemeinderath von solchen abgeden will, der Gemeinde Ausschlander will, der Gemeinde Meguschlaß aber nicht, wie im vorliegenden Falle.

Disciplinar: Berfahren gegen Gemeindebehorben.

Die Ortsvorstände und einzelne Mitglieder der Gemeindebehörden, welche den gefetzlichen Borschriften und den zu deren Bollzuge ihnen hinsichtlich ihrer Geschäftsführung ertheilten Beisungen nicht die gebührende Folge leisten, können hierzu von der Aufsichtsbehörde mit schriftlichen Berweisen und angemessenen Geldbusen, und zwar bis zu fünf Thalern von Seiten der unteren Aufsichtsbehörden, sowie bis zu zwanzig Thalern von Seiten der Regierung angeshalten werden.

Die Aufsichtsbehorbe kann auch zu einstweiliger Sicherstellung des Dienstes die vorläufige Suspension berselben vom Amte verfügen, wenn sich nahe Verdachtsgrunde eines solchen Vergehens an den Tag legen, welches, wenn es erwiesen ware, die Entlassung zur Folge haben wurde.

#### §. 95.

Entlaffung ber Gemeinbebeamten.

Wegen eines Vergehens, sowie ferner wegen der, im S. 43 des Staatsdienstgesetzes vom 8ten Marz 1831 erwähnten, Dienstwidrigkeiten und unwürdigen Handlungen kann die unfreiwillige Entlassung oder Entsetzung der Gemeindebeamten nur im gerichtlichen Wege erfolgen.

#### §. 96.

Entlassung ber auf Lebenszeit bestellten Gemeindebiener.

Die unfreiwillige Entfernung ber auf Lebenszeit bestellten Gemeindebiener, wegen Berletung oder Berfaumung ihrer

Berufspflichten, kann burch bieselben Behorden und Beamten, von denen die Bestellung oder Bestätigung ausgegangen ift, nach genauer Erwägung des gehorig in Gewißheit gesetzten Verschulbens vorgenommen werden.

# §. 97.

Entlaffung ber wiberruflich bestellten Gemeinbebiener.

Die widerrustich oder ausdrucklich auf Kundigung bestellten Gemeindediener konnen von dem Gemeinderathe sederzeit entlassen werden.

#### §. 98.

Entlassung wegen verlorener Stimmfahigkeit in Gemeinbefachen.

Ueberhaupt ziehet ein Berhaltniß, welches die Ausübung ber ortsburgerlichen Stimmfähigkeit in Gemeindesachen hinsbert (f. S. 27), auch die Entfernung von allen dieselbe voraussehenen Gemeinde - Lemtern ohne Unspruch auf Pensfion ober beshalbige Entschädigung nach sich.

#### §. 99.

Ginfdreiten gur Ordnung bei bem Gemeindes Musichuffe.

Der Borsteher des Ausschusses, sowie dessen Stellvertreter, ist nicht allein befugt, sondern auch verpflichtet, denjenigen Mitgliedern des Ausschusses, welche ohne genügende Entschuldigung bei den Ausschusses Bersammlungen fehlen, oder in denselben sich ordnungswidrig benehmen, deshalb ernsten Borhalt zu thun, und sie bei fortgesetzer Ordnungswidrigsteit mit einer Geldbuse von drei ger. die zu einem Thaler zu belegen, deren Einziehung zur Gemeindekasse durch den Stadtkammerer oder Erheber erfolgt.

In jedem Falle sind noch die Worsteher und Mitglieder bes Ausschusses, welche sich der Abstimmung entziehen ober durch sonstige Dronungswidrigkeit eine gultige Beschluß, nahme (f. S. S. 65 und 66) verhindern oder deren Vollziehung vereiteln, oder durch Erklärung oder Abstimmung wider besseres Wissen eine Pflicht Untreue begehen, der Gemeinde für den ihr daraus erwachsenden Schaden dergesstalt verantwortlich, daß der Gemeinderath sie im Namen der Gemeinde auf Entschädigung derselben, nothigenfalls gerichtlich in Anspruch zu nehmen hat.

# §. 100.

Muflofung des Gemeinde-Ausschuffes.

Burbe ein Gemeinde Ausschuß fortwährend seine Pflich, ten vernachlässigen oder ihnen sogar zuwider handeln; so kann, was die Hauptstädte betrifft, das Ministerium des Innern auf den Bericht der Regierung der Provinz, und in Ansehung der übrigen Orte die Regierung, nach genauer Untersuchung und nach Anhörung des Gemeinderathes, den Ausschuß auslösen, und die Bildung eines neuen Ausschußed mit Einsprüch gegen die Wiedererwählung einzelner Mitglieder binnen einem, längstens neunjährigen, Beitraume anordnen.

# §. 101.

Borbehalt gerichtlicher Beftrafung.

Neben den bisziplinarischen Uhndungen und den anderen, in den vorhergehenden S. S. erwähnten, Maabregeln bleibt in den dazu geeigneten Fallen die gerichtliche Bestrafung der Schuldigen vorbehalten, welche burch das erfolgende

Straferkenntniß auch fur unfahig zu Gemeinde = Aemtern, oder einer gewiffen Urt derselben auf drei bis neun Sahre, oder in schwereren Fallen selbst auf Lebenszeit, erklart wers den konnen.

# §. 102.

Berhaltniß zu anberen gandesbehorden.

Die nicht mit der Aufsicht über die Gemeindeverwaltung beauftragten Staatsbeamten oder Oberbehörden haben, wenn ihren Ersuchungen, beziehungsweise Anforderungen, welche sie innerhalb ihrer Zuständigkeit an Gemeindebehörden als solche erlassen haben, von diesen nicht gehörig entsprochen wird, wegen etwa nothiger disziplinarischer Ahndung sich an die Aufsichts= oder Hoheitsbehörde zu wenden a).

a) Nr. 420 Pr. b. J. Das Justig = Ministerium communicirt, mit bem Ersuchen um Eroffnung ber biesseitigen Unsicht, ben von bem Amtmann N. zu N. erstatteten Bericht, wegen ber burch ben §. 102 ber Gem. Orbn. vom 23sten October 1834 nothwendig herbeigeführt werdenden Stockung der Geschäftsthätigkeit der Staatsbeamten, namentlich der Untergerichte.

Befchluß vom 17ten Januar 1835.

Dem Justig: Ministerium ist ergebenst zu erwiedern, daß ber §. 102 der Gemde. Ordn. lediglich von dem Disciplinars Berhältnisse der Gemeindebehörden als solcher, nicht aber von deren Berhältnisse als Hilfsbeamten des Staates, zu den Staatsbehörden handele, daß durch diesen §. mithin die unmittelbare disciplinarische Unterordnung der Gemeindebeamten, soweit sie als Hulfsbeamten sungiren, unter die Justizund Kinanzbehörden nicht ausgehoden oder verändert worden sen, worüber der §. 61 der Gemde. Ordn. mit deren §. 102 zu vergleichen und zu verbinden sen, daß also den Justizbeamten die bisherige Disciplinargewalt über die Ortsvorstande, soweit solche als Hulfsbeamten austreten, nach Maaßgabe der beshalbigen Berordnungen verbleibe, und damit die von dem Amtmann N. vorgebrachten Bedenken verschwinden werden.

Nr. 4577 Pr. b. J. Die Regierung zu N. berichtet in Betreff ber Disciplinargewalt ber Untergerichte über bie Burs germeister in ben Stabten.

Beschluß vom 31sten Mai 1836.

Dieser Bericht ic. ist dem Justig-Ministerium auf das gefällige Communicat ic. mit dem ergebensten Bemerken mitzutheilen, daß man diesseits der Ansicht der Regierung gegen eine neue Anordnung, wodurch die Bürgermeister in den Stadten den Untergerichten disciplinarisch untergeben werden sollen, beisstimmt, indem für die etwa vorkommenden, wohl nicht zahlereichen Fälle, in denen ein disciplinarisches Einschreiten gegen die Bürgermeister in den Stadten, als Hulfsbeamte der Justig, nothig werden sollte, kein Rachtheil daraus zu besorgen seyn wird, daß der betreffende Justizbeamte eine Bestrafung bei dem Obergericht in Antrag zu bringen hat.

# §. 103.

Befugniß ber Ortsvorstande zu Ordnungsftrafen.

Bur Erhaltung ber nothigen Ordnung in den Geschäften ber Gemeindebeamten und der geringeren Diener kann der Ortsvorstand gegen dieselben im Falle von Berufsversaumnissen und anderen, nicht zu gerichtlicher Bestrafung geeige
neten, Dienstwidrigkeiten — neben den nothigen Zurechte
weisungen —

- 1) in den Sauptstadten eine Geldbufe bis zu drei Thalern,
- 2) in den anderen Stadten eine Geldbufe bis zu zwei Thalern, und
- 3) in ben Landgemeinden eine Gelbbufe bis ju einem Ehaler

verhängen.

Gegen die geringeren Diener kann er auch eine verhaltnismäßige Arrest = oder Arbeitöstrase versügen. Bur Sicherstellung des Dienstes kann derselbe auch die vorläusige Suspension der Gemeindediener vom Amte verfügen, wenn sich nahe Verdachtsgrunde eines solchen Vergehens an den Tag legen, welches, wenn es erwiesen ware, die Entlassung zur Folge haben wurde. Gegen Mitglieder des Gemeinderathes findet — aufer ben Gelbbufen, welche für die Fälle eines nicht gehörig entschuldigten Ausbleibens in den Sitzungen und sonst zu Amtsgeschäften, durch gemeinschaftlichen Beschluß festzusetzen und von dem Vorstande auszusprechen sind, — eine disziplinarische Ahndung nur auf den Antrag des Ortsvorstandes von Seiten der Aussichts oder Hoheits und weiter vorgesetzen Behörde Statt.

Alle folche Ordnungestrafen sind durch den Gemeinde-Erheber zur Gemeindekaffe einzuziehen.

# §. 104.

3 mangsmittel gegen Ortsbewohner überhaupt.

In den Fällen, wo die Aufrechthaltung der Ordnung bei offentlichen Berhandlungen, die Ausführung der vom Ortsvorstande kraft seines Dienstberuses erlassenen oder kund gethanen Maasregeln, oder sonst die Sicherung seiner gesetztichen Wirksamkeit und der Schutz seiner Amtswürde Zwangsmittel erheischet, kann der Ortsvorstand nicht nur die alsbaldige Vorsührung, Entsernung oder Verhaftung der Unsfolgsamen, Widersetzlichen oder Ruhestörer die zum Schlusse der Versammlung oder die zur Beendigung des betreffenden Geschäfte, sowie die erforderliche Ablieserung derselben an die Gerichtsbehörde, verfügen, sondern auch nach Besinden eine Geldbuse

- a) in den Sauptstädten bis zu einem Thaler,
- b) in ben übrigen Stabten bis zu fechszehn gir. und
  - c) in den Landgemeinden bis zu acht gGr.

aussprechen. Die verhängte Gelbbufe wird zur Gemeindekaffe eingezogen und fur Zahlungsunfähige in Strafarbeit verwandelt, zu beren Bollziehung nothigenfalls gerichtliche Sulfe anzusprechen und zu leiften ift (vergl. S. 105). a)

a) Mr. 9452 Pr. b. J. Die Regierung zu N. berichtet über bie Befugniß ber Burgermeister als Ortspolizei Beamten, bie Nichtachtung ber von ihnen erlassenen polizeilichen Maaßregeln mit Strafe zu bedrohen und sie zu befrafen.

Befchluß vom 17ten October 1836.

Der Regierung ift zc. zu ertennen ju geben, bag bie Ber= fügung jur Ubstellung feuergefahrlicher Unlagen innerhalb ber Umtsbefugniffe bes Drtsvorftanbes als Localpolizei = Beamten liege, ba biefer Maagregel eine gefetliche Bestimmung gur Grundlage biene und es fich banach nur von ber Musfuhrung ber letteren banble. Infoweit babe jeboch ber Burgermeifter in N. ichon hierbei feine Competeng überschritten, als er für ben Unterlaffungsfall eine bestimmte Strafe androbete, benn entweder fette bas ber Berfugung unterliegende Wefet ober bie berselben vorausgegangene polizeiliche Anordnung bie Art und Große ber Strafe fur ben Contraventionsfall feft, bann fen baburch ber Strafgerichts : Beborbe eine Norm über bas qualitative und quantitative Berhaltniß ber auszusprechenden Strafe gegeben, ober es fen in bem betreffenben Gefete Die au erkennende Strafe nach ben angegebenen Richtungen bin nicht beterminirt, bann muffe bie Bestimmung ber Strafe bem richterlichen Ermeffen überlaffen bleiben. Eben fo fehr fen fo= bann ber genannte Burgermeifter aus feinem Birfungsfreife baburch herausgetreten, bag er bie Befugniß jur Erfennung von Polizeiftrafen fich beigelegt habe. Der f. 104 ber Bem. Dron., auf welchen jur Begrundnng ber behaupteten Competeng Bezug genommen werbe, constituire nur eine Disciplingr= Strafgewalt bes Ortsvorstandes als Gemeindebeamten ben Ortsbewohnern gegenüber, hinfichtlich beren Berpflichtungen als Gemeinde = Angehörigen, und leibe baber auf bas, nicht ausschließlich gegen Ortsbewohner, fondern auch gegen Fremde bervortretende Berhaltniß bes Ortsvorftandes als Ortspolizeis Beamten, welches bezuglich auf die hier unterftellten Falle burch fruhere gefetliche Bestimmungen (Berordn. vom 22ften October 1830) normirt und beshalb einer gefetlichen Reges lung nicht bedurftig fen, überall feine Unmenbung. ergebe fich baraus, bag im &. 105, welche im erften Sabe ben Gerichtsbehorben bie fcbleunige Untersuchung und angemeffene Beftrafung ber Biberfeglichkeiten gegen Berfugungen bes Ortsvorftandes ober bes Gemeinberathes gur Pflicht mache, biefe Beisung auch auf bie Untersuchung und Bestrafung von Wiberfestichkeiten gegen Berfugungen bes Ortsvorstandes als

Localpolizei Beamten ausbrücklich ausgebehnt werbe, welches Zusaßes es nicht bedurft haben wurde, wenn im §. 104 auch für andere, als diejenigen Fälle Borsehung getroffen ware, wo der Ortsvorstand in der Eigenschaft als Gemeindebeamter auftrete, sowie denn auch aus dem zweiten und dritten Saße dieses §. hervorgehe, daß durch die, dem Ortsvorstande in der gedachten Eigenschaft eingeräumte Disciplinar = Strafgewalt der polizeigerichtlichen Strafgewalt kein Eintrag geschehen solle, und der §. 93, 1, f dieses Gesehes unzweideutig darauf hin-weise, daß die fraglichen Strafen nur als Ordnungsstrafen zu betrachten und von dem Ortsvorstande nur in der Eigenschaft als Gemeindebeamter zu verhängen sepen.

Nr. 2546 Pr. d. J. Die Regierung zu N. berichtet, die Beschwerde des Biceburgermeisters N. daselbst über einen Regierungs Beschluß vom z. wegen eines Eingriffs des Obersburgermeisters in die Polizeiverwaltung, betreffend.

Beschluß vom 7ten Upril 1837.

In Betracht, bag bie ben Ortsvorstanben vermoge bes 6.71 ber Gembe. Orbn. überwiesene Berwaltung ber ortlichen Ginrichtungen überall nur die Gorge fur Beschaffung und Erhal: tung biefer Einrichtungen umfaßt, feineswegs aber ein mit ben gebachten Unftalten in Beziehung ftebenbes, polizeiliches Attribut in fich schließt, indem die Ortspolizei ohne irgend eine objective Beschrantung, mithin in ihrer vollen Integritat, Bufolge bes &. 61 bes angezogenen Gefebes burch einen Staats= beamten oder ben Ortsvorftand als Bulfsbeamten bes Staates ausgeubt wird, bag jebe Unordnung gur Berbutung ber Berfperrung offentlicher Wege als ein Ausfluß ber Strafenpolizei erscheint, beren Sandhabung ber Ortspolizei=Beborbe gutommt, und, infofern eine folche Unordnung ein Strafverbot erheischt, dazu eine Berfügung von der, nach §. 1 des Staatsministerial= Ausschreibens vom 3ten Mai 1822 zuständigen Behörde erfor= bert wird, bag endlich ber G. 104 ber Gem. Dron. nur eine Disciplinar = Strafgewalt bes Ortsvorstandes als Gemeinde= beamten ben Ortsbewohnern gegenüber hinsichtlich beren Ber= pflichtung als Gemeinde-Ungehörige constituirt, und baber auf ben vorliegenden, ber Sphare ber Gemeindeverwaltung ent= rudten, Kall nicht zur Unwendung gebracht werden fann, wird bie erhobene Beschwerde als unbegrundet gurudgewiesen zc.

hinsichtlich ber Versaumniß ber zum Landwegebau zu leistenben Dienste siehet bem Ortsvorstande eine Strafbefugniß und ber Gemeindekasse ein Unspruch auf ben Bezug der deshalb von der betreffenden Staatsbehorbe erkannten Strafen nicht zu.

Minift. Befchl. vom 12ten Jan. 1837, Nr. 12,204 Pr. b. 3.

Berichtliche Bestrafung ber Beleidigungen und Biberfeglichfeiten gegen Gemeinbebehorben.

Bon den Gerichten sind die Beleidigungen, welche den Ortsvorständen oder deren Stellvertretern in Ausübung ihres Amtes zugefügt werden, schleunig zu untersuchen, und mit angemessener Strenge zu bestrafen. Gleiches gilt von den Widersetlichkeiten gegen die Verfügungen des Ortsvorstandes oder des Gemeinderathes, welche dieselben innerhalb ihres Amtsberuses — namentlich auch in Hinsicht auf Ortspolizei, soweit nicht solche durch Staatsbehörden unmittelbar gehandshabt wird, — erlassen haben, und wobei nicht blose Zah-lungsverbindlichkeiten in Frage kommen.

Sofern nicht ein Vergehen dabei mit obwaltet, welches eine schwerere Strafe als vierzehntägige Freiheitsstrafe oder zwanzig Thaler Gelbbuse nach sich ziehet, bedarf es nur eines schriftlichen Antrages des Ortsvorstandes oder Gemeinderathes bei Gericht, und die Gemeindebehörden in den Hauptsstädten und sonst da, wo sie eine genügende Geschäftskunde an den Tag legen, sind befugt, auch die, bei der Untersuchung eines solchen Falles etwa von ihnen erforderten, weiteren Erklärungen schriftlich einzusenden.

Den Anzeigen und Protokollen der Gemeindebehorden gebührt in den, zu polizeigerichtlicher Ahndung geeigneten, Fällen überhaupt der Regel nach eben derfelbe Glaube, welcher der Ausfage eines beeidigten Zeugen beizumeffen ist; wobei jedoch das Gericht befugt bleibt, den Grad der Glaubwürdigkeit nach den Umständen, die den Worgang begleitet haben, näher zu würdigen.

# Titel VI.

Borübergehende Bestimmungen.

# §. 106.

Borbehalt für die jest vorhandenen Gemeinde: beamten ic.

Den bei ber Verkündigung gegenwärtigen Geseses vorhandenen Bürgermeistern, Schultheisen (Greben, Eidzeschworsnen), Stadtsekretaren, Stadtschreibern, Stadtkämmerern, Raths oder Gemeindeschreibern, Erhebern, Borstehern von Stadttheilen (Quartier-Rommissaren, Viertels oder Gassensmeistern), Marktmeistern und anderen Gemeindebeamten, sowie ferner den besoldeten Magistratsgliedern (Rathsverwandten, Schöffen), mussen, sofern sie in Folge neuer Bahlen oder sonst wieder ihren Willen ihre dermaligen Beruföstellen verlieren, auf ihr Verlangen ihre ständigen und unständigen Besoldungen auf die Zeit ihres beshalbigen Rechtes, gemäs der deshalbigen Feststellung durch die Aufssichtsbehörde, belassen werden a).

Ruckfichtlich ber auf Lebenszeit bestellten Ortsvorstande tritt jedoch diese neue Wahl nur unter der Voraussehung ein, daß zuvor der Gemeinderath und die grose Ausschuß-Versammlung ihr Einverstandniß erklart haben.

a) S. b. Mr. 9966 Pr. b. J., §. 57, Note a.

Rr. 6220 Pr. b. J. Der Ausschuß-Borfteber N. zu N. führt im Ramen von neun Ausschuß-Mitgliebern Beschwerbe wegen Bestellung bes bisherigen Greben N. zum Burgermeister.

Befchluß vom 18ten Juli 1835.

Die Regierung zu N. hat ben Beschwerbefuhrer zu bescheisten, bag burch feine Beschwerbeschrift bie Berfugung ber Regies

rung vom ic. nicht widerlegt worden, und es bei letterer, unter Burudweisung seiner Beschwerbe, sein Bewenden behalte, da

1) bie Greben nach ber früheren Berfassung bis zum Erscheis nen ber Gem. Orbn. regelmäßig auf Lebenszeit bestellt wurden, mithin nicht eine solche Bestellung, sondern gegentheils die Bestellung auf fürzere oder bestimmte Zeit, oder als provisorisch, eine besondere Ausnahme war. 2c.

Nr. 9668 Pr. d. J. Die Regierung zu N. berichtet über bie Beschwerde bes vorhinnigen Burgermeisters N. und der seitherigen Rathsverwandten N. und N. zu N., wegen des ihre Besoldungsbeträge als vorhinnige Magistratsglieder ihnen entziehenden Regierungs-Beschlusses vom ic.

Befchluß vom 24ften December 1835.

Die vor der Gembe. Ordn. vorhandenen besoldeten Magistratsglieder sind als solche, welche in Folge dieses neuen Gesetz, wider ihren Willen sammtlich ihre Berufsstellen versoren haben, zu betrachten, da die jezigen Stadtrathe mit den alten Magistraten nicht identisch, wenn auch als Behörden im Ganzen der letzteren Nachfolger sind, bei jenen es in der Regel (§. 57 der Gemde. Ordn.) keine mit den Stellen verknüpste Besoldungen giedt und also die einzelnen Personen ihr früheres besoldetes Umt verloren haben. Mit dem Berlust der alten Stelle erhielten sie durch §. 106 der Gem. Ordn. den Anspruch auf Fortdezug des alten Gehaltes, und dieser gehet ihnen nicht dadurch verloren, daß sie zu Mitgliedern des neuen Stadtrathes gewählt und bei dieser neuen Behörde in ein mit neuen Rechten und Pslichten ausgestattetes, undesoldetes Umt eingetreten sind.

Rr. 10,729 Pr. b. J. Die Regierung gu N. berichtet über bie Beschwerbe bes Gemeinbe : Ausschuffes bafelbft, bie Bestellung bes Stadtkammerers N. betreffenb.

Befchluß vom 7ten December 1836.

Die Gemeinde Drbnung bestimmt nicht, daß nach ihrer Berkundigung alle Gemeindebeamten und Diener ihre Stellen verlieren. Sie verordnet den Zurucktritt nur in Betress derjenigen, welche ihre Stellen kunftig durch Wahl erhalten (§. 107), und auch dies mit einer Beschränkung wegen der auf Lebenszeit bestellten Ortsvorstände (§. 106 Schlußsag). Alle andere Gemeindebeamten bleiben daher auch nach der Gembe. Ordn. in ihren Functionen, insoweit nicht der Gemeinderath im Einverständniß mit dem Gemeinde Ausschusse ihre Entlassung beschileßet (wobei ihnen aber nach §. 106 das Recht auf ihr Diensteinkommen verbleibt), um eine neue Bestellung, die

rudfichtlich ber Stadtkammerer nach Borfchrift bes §. 55 geichiehet, vorzunehmen. Gegentheiligen Falles bleiben fie auf
ben Grund ihrer fruheren Bestellung in ihrem Amte.

## Dbergerichts=Bescheib

in Sachen bes Stadtraths zu N., Alägers, gegen ben Staatsanwalt zu N., Berklagten, wegen Zwangs zur Auszahlung von Gehalten.

Wird, nachdem klagender Seits die Auslage des Bescheis bes vom 27sten Mai d. J. befolgt worden und in Erwasgung,

daß zufolge der Bestimmung im §. 106 der Gem. Ordn. die Aufsichtsbehörde gesetzlich berufen ist, über die von vorshinnigen Gemeindebeamten, sowie besoldeten Magistrats: Mitgliedern, welche durch die Einführung der Gem. Ordn. ihre früheren Beruföstellen verloren haben, auf Fortbeziehung ihres Diensteinsommens erhobenen Ansprüche zu entscheiden, daß dieser Behörde, vermöge der im §. 94 der Gem. Ordn. deigelegten Disciplinargewalt, auch die Besugniß zustehet, solche Entscheidungen durch disciplinarische Zwangsmaaßtregeln gegen die Gemeindebehörden so lange in Boltziehung zu setzen, dis die Gemeinde im Wege Nechtens eine entgegenstehende Entscheidung ausgewirkt hat,

daß hiernach die hiesige Regierung, beziehungsweise bas Ministerium des Innern, zur Ertheilung der Berfügungen, über welche Klage erhoben worden, gesehlich befugt war,

baß sobann burch ben §. 106 ber Gem. Ordn. nach bem Grunde und ber unverkennbaren Absicht dieser gesehlichen Bestimmung allen vorhandenen Gemeindebeamten und Magisstrats=Mitgliedern die Fortbeziehung ihres ihnen in Folge neuer Wahlen oder sonst wider ihren Willen entzogenen Diensteinkommens für die Dauer ihreß in der früheren Gemeindeverfassung begründeten Rechtes zugesichert wird, mitzhin diese Bestimmung sich auch auf diesenigen Gemeindebeamten oder Magistrats=Mitglieder erstreckt, welche früher ein besoldetes Gemeindeamt bekleideten und in Folge der Gem. Ordn. zu demselben Amte, jedoch ohne Besoldung oder mit geringerem Gehalte gewählt worden sind, welches Erstere bei den hier in Rede stehenden Mitgliedern des Stadtrathes der Fall ist,

hiernach aber, und ba in fonstiger hinficht bas fragliche Recht ber gedachten Stadtraths-Mitglieder vom Rlager nicht bestritten wird, ohnehin auch in ber alteren Gemeindever-

fassung begründet ist, die von dem Alager angefochtene Entscheidung auch in materieller Beziehung eine Rechtsverletzung nicht enthalt, folglich die Klage sich überall als ungegründet darstellt.

Klager mit ber erhobenen Klage abgewiesen und in bie Kosten bieses Rechtsstreites, vorbehaltlich beren gerichtlichen

Feftstellung, verurtheilt. 2. R. 2B.

Erfannt Caffel am 29ften Muguft 1837.

Rurf. Beff. Dbergericht, Civil = Senat.

## §. 107.

Eintritt ber neu gewählten Gemeinbebeamten in ihr Umt.

Die bei ber Verkundigung gegenwärtigen Gesetzes vorshandenen Gemeindebeamten seine ihnen obliegenden Verzichtungen bis zum 31ften December 1834 fort. Bis dahin mussen die vermöge bieses Gesetzes nothigen Wahlen vollzendet seyn, so daß die in Folge derselben gewählten Personen mit dem 1sten Januar 1835 in Wirksamkeit treten a).

a) S. bas Geseth vom 10ten Februar 1835, bie einstweilige Bekleibung ber Gemeinbeamter burch bie bis jum Schlusse bes Jahres 1834 in Wirksamkeit gewesenen Gemeinbebeamten betreffenb.

## §. 108.

Befondere gerichtliche Geschäfte ber Ortsbehörben in ber Proving Sanau.

Die Geschäfte, welche in der Provinz Hanau burch die Hanauische Untergerichts-Ordnung, Titel 5, und die solmsssiche Landes-Ordnung, Theil 2, Titel 30, hinsichtlich des Hypothekens und des Landschiederwesens den Ortsbeamten übertragen sind, sollen von denfelben auch kunfstig dis zu anderweiter gesetzlicher Bestimmung fortgesetzt werden.

Urkundlich Unserer höchsteigenhandigen Unterschrift und des beigedruckten Staatssiegels gegeben zu Cassel am 23sten October 1834.

Friedrich Wilhelm.

(St. S.)

Vt. Saffenpflug.

# Alphabetisches

# Inhalts=Verzeichniß zur Gemeinde=Ordnung

für

die Städte und die Landgemeinden Rurheffens.

### M.

Abgaben, bei ber Aufnahme Auswartiger in eine Gemeinbe, §. §. 23, 24; bei ber Aufnahme Auswartiger gu Ortsburgern, 6. 31; bei ber Aufnahme von Gemeinde : Angehorigen ju Drt6: burgern, §. 31; ber Ausburger, §. 30; Abschaffung von Abgasben, §. 80; Aversionirung berselben, §. §. 80, 84, 93; Beistreibung berselben, §. §. 85, 88, 89; Einsubrung neuer Abgas ben, §. 80; Erhebung, §. 87; Erhöhung, §. 80; Erlaß, §. 80; Herbfetung, §. 80; Bertheilung, §. §. 63, 77; Abgaben bei Ortsburgern, wodurch diese die Eigenschaft als Hochbesteuerte erlangen, §. 32; Abgaben für ortliche Einrichtungen, §. 71; Bur Eilgung von Gemeindeschulden, g. 25; von Berbrauchsge= genständen, G. S. 73, 75, 80, 84, 93; für bie Benubung von Wegen, Bruden, Fahren ber Gemeinben, S. S. 74, 75; Ber-pachtung bes Aufkommens von Abgaben, S. S. 80, 84, 93 f. auch außerordentliche Erhebungen.

Abichagungen, Bilbung einer Deputation zc. fur folche, §. 52;

ju veraußernder Bauplage, §. 81.

Ablofungen, Deputation zc. fur folche, §. 52.

Abwefende, Stellvertretung berfelben in Unfebung ber Gemeinde= laften, 6. 79 - f. auch Musburger.

Abzugesteuer, §. 25. Activ=Kapitalien ber Gemeinben, §. 80.

Abelige Gutsbefiger in ber Proving hanau, Gemeindes Ungehörigfeit, 6. 9.

Abelige Guter, f. Freiguter, Ritterguter.

Abvocaten, ob Staatsbiener hinfichtlich ber Unnahme von Ge=

meindeamtern, 6. 48, a.

Alter über 65 Jahre, Grund zur Befreiung von persönlichen Gemeindebiensten, §. 78; ber zu Mitgliedern des Gemeindes Ausschussses und Gemeinderathes zu mablenden Ortsburger, §. §. 38, 39.

Umtsantritt ber neu gewählten Gemeinbebeamten, 6.6. 107, 49.

Umtsentfegung ber Gemeindebeamten, 6.95.

Umtsentlaffung ber Gemeindebeamten, f. f. 95, 98; ber Gemeindebiener, §. §. 96, 97.

Umts fuspenfion ber Ortsvorftande und Mitglieder ber Gemeinde= behorben, 6. 94; ber Gemeinbebiener, 6. 103.

Umtevergeben ber Bemeindebeamten und Bemeindebiener, S. S. 94 = 103.

Unlagen, einzelne bewohnte, beren Berhaltnif in Unsehung ber Ortsverwaltung, §. 5.

Unleihen ber Gemeinben, S. S. 80, 82, 84, 93. Unzeigen ber Gemeinbebehorben, Glaubwurbigfeit, S. 105. Unftalten, f. ortliche Ginrichtungen.

Unwalt einer Gemeinde, Bevollmachtigung, §. 63.

Apothekenpachter (6.35), f. Pachter.

Upothefer, Bahl beffelben jum Mitgliede bes Gemeinderaths, 6. 47.

Arbeiten, gemeinheitliche, S. 64.

Urbeitsftrafen, §. §. 78, 103, 104.

Urme (von Unterftutungen lebenbe) nicht flimmfabig in Gemeindes versammlungen und nicht mablbar zu Gemeindeamtern, §. 27.

Armen=Anftalten, §. 71. Armenfteuer, §. 71. Armuthebeicheinigung, §. 60.

Arreftstrafen gegen geringere Gemeinbebiener, 6. 103. Mrgt, Babl beffelben gum Mitgliede bes Gemeinberathes, 6. 47, §. 48 a.

Aufenthalt in einer Gemeinde ohne Beimatherecht in berfelben. 6. 6. 14, 35.

Auflagen, f. Berbrauch 8= Auflagen.

Muffichtsbeborbe, fur die Stabte und fur die Landgemeinden, 6. 92; Genehmigung gur Beraußerung und gerichtlichen Berpfandung von Grundftuden und Realberechtigungen und gur erb= lichen Berleihung von Rottlandereien, §. 84, Dr. 1; gur Averfionirung von Berbrauchs = Muflagen ober zur Berpachtung ihres Ertrages, S. 84, Mr. 2; ju Gemeinheitstheilungen, S. 84, Mr. 3; au Bermanblung bes bisher von Einzelnen benutten Gemeinde-Gesammts = Bermogens in Rammerei = ober Ortsvermogen ic. . §. 84, Dr. 4; ju außerorbentlichen Erhebungen in bestimmten Ballen, S. S. 77, 84, Dr. 5; zu einer nicht herkommlichen Berwerthung ber Balbnugungen, §. 84, Nr. 6; jur Dispenfirung von ben besonderen Bedingungen für die Aufnahme Auswärtiger au Orteburgern bei verfagter Einwilligung bes Gemeinbe : Musfcuffes, §. 28; gur Feststellung eines Burgergelbes, §. 31; jur Berfammlung ber Gemeinde außer ben gefetlich beftimmten

Rallen, 6. 37; zur Vornahme ber Babl bes Gemeinde : Musschuffes nach Stadttheilen, §. 45; ber Bahl eines Beigeordneten bes Ortsvorftandes, S. 62; ber Beschlugnahme bes Gemeinberathes und Musschuffes, bei benen die Balfte ber Mitglieber bie Abstimmung unterlaffen bat, §. 65; zur Ginführung einer abge= sonderten Berwaltung ortlicher Ginrichtungen, §. 71; binfichtlich ber von bem Gemeinde = Ausschusse im Boraus ertheilten Buftim= mung zu gewiffen Berfügungen über Gegenstanbe bes Gemeinde= baushaltes, 6. 80; hinfichtlich ber Aufftellung eines Grund-Stats in einer großeren Landgemeinde, §. 86; Mitwirfung gu Errich: tung ber Statuten, 6. 3; binfichtlich ber Babl bes Ortsporftanbes, f. 40; Einwirfung auf bie Geschaftsführung ber Be= meindebehorden, §. 93; Entscheidung über die Ginmendungen gegen die Bahl bes Gemeinde - Musschuffes wegen mangelhaften Berfahrens, 6. 45; in Unfebung ber von bem Ortsvorftanbe als gefet ober rechtswidrig angefochtenen Befchluffe bes Gemeinberathes, &. G. 59, 93; und bei einer Meinungsverschiedenheit amifchen bem Gemeinderathe und Gemeinde-Musschuffe in bestimmten Fallen, 6. 6. 83, 93; in Betreff ber Befchwerben Gingelner über die Berletzung ber ihnen hinsichtlich bes Gemeindeverbandes auftehenden Rechte, §. 93; in Betreff ber einem Inlander auf bie Rachweifung aller gefehlichen Erforderniffe verweigerten Burgeraufnahme, 6. 93; in Betreff ber Beschwerben über bie von Gemeindebehörben verhangten Orbnungoftrafen und verfügten 3mangsmittel, §. 93; Einreichung bes Voranschlags (Grund: Ctate) an die Auffichtsbebeorbe, 5. 86; Ginfichtsnahme berfelben von den abgeschloffenen Rammerei = Rechnungen, §. 93; 2666= rung ber Rechnungen in ben gandgemeinden burch biefelbe, &. &. 91 und 93; Revifion ber Gemeindeverwaltung von Seiten berfelben, 6. 93; Berfugung ber Bugiehung ber außerorbentlichen Musschusmitglieder zu ber Bersammlung bes Gemeinde : Mus: schuffes in gewiffen Fallen, §. 82; Ertheilung von Muffchluffen über gewiffe gemeinheitliche Gegenstande an ben Gemeinde-Ausfcug, 6. 64; Berfügungen bei verfagter Ginwilligung bes Mus-Schuffes, §. 83; Dbforge fur Erhaltung bes Gemeinbevermogens und richtige Berwendung des Gemeinde = Ginkommens, §. 67; Disciplinarverfahren gegen Gemeindebehorben, 6. 6. 94, 102 und 103; Bestimmung hinsichtlich ber, ben bei Berkundigung ber Gemeinde : Dronung vorhandenen Gemeindebeamten zu belaffenden Befoldungen, §. 106 - f. auch Provinzial=Regierung, Rreisrath.

Ausburger, §. 30.

Musgebot, offentliches, §. §. 80, 81.

Mustanber, Aufnahme in ben Unterthansverband, §. 22; ju Gemeinbegliebern, §. §. 22, 28, 63, 64, 93, b.

Musichus, Musichusversammlung, Ausschusvorfteber f. Gemeinbe= Musichus ic.

Muszuger find von ber Bahl bes Gemeinde-Musschuffes nicht auszuschließen, §. 27, a.

### 33.

Babe=Ginrichtungen, §. 71.

Baubienfte, §. 78.

Bauplate, Berauferung, 6. 81.

Baumefen, §. §. 52, 78.

Begrabniß=Unstalten, §. 71. Behorben, f. Auffichtebehorbe, Gemeindebehorbe. Soheitsbehorde, Kreisrath, Provinzial=Regierung, Ctaatebehorben, Berwaltungebeamte, Berwaltunas= beborbe.

Beigeordneter bes Ortsvorstandes, §. 62; bei gufammenge= , festen Gemeinden, §. 7; Mitunterzeichnung von Urmuths-, Ber= mogens -, heimaths = und bergl. Bescheinigungen bes Ortevor: standes, §. 60.

Beifiger, Beifigerrecht, §. 20; Aufnahme, §. §. 16, 22, 34, 63, 64; Berzeichniß berfelben, §. 21; Berpflichtung jum Erwerbe bes Beifigerrechtes §. 33; Berluft beffelben, 6. 33.

Beitreibung, f. Abgaben.

Befanntmachungen in ben Gemeinden, §. 61, a.

Beleidigungen gegen Gemeindebehorben, §. 105.

Bergwerte, f. Werte. Befdeinigungen bes Ortsvorstandes, f. Drievorstand.

Befoldung, f. Gehalt.

Befchlufprotofoll bes Gemeinde : Musichuffes, 6. 65; bes Gemeinberathes, §. 65.

Bestrafung, f. Strafen, Orbnungestrafen.

Bevollmächtigung, f. Bollmacht.

Botengange, §. 78. Brandfalle, f. Feuerlofchanstalten, Feuersbrunft. Branntwein, f. Berbrauche : Abgaben.

Bruden, §. §. 53, 71, 74; Brudengelb, §. §. 74, 75.

Brunnen, S. S. 53, 71. Burger= Ausichuß, f. Gemeinbe= Musichuß. Burgergelb in ben Stabten, g. 31, von bemfelben find bie

Staatsbiener frei, §. 23, a.

Burgermeifter, §. 41; interimiftifcher, §. 40, a; Beforberung gum Staatsbienfte, §. 43; Stellvertreter bes Dberburgermeifters, §. 41; Bermandtichaft mit Gemeinderathsgliedern fein Sinderniß ber Bekleidung bes Umtes, §. 44, a; bei Berkundigung ber Gemeinde = Dronung vorhandene, Unfpruch auf Belaffung ihrer Befoldung, §. 106 - f. übrigens ; Dberbargermeifter, Drisporffanb.

Burgermeifterbezirt, 6. 8.

Burgerrecht, f. Drisburgerrecht, Chrenburgerrecht. Burger= Recognitionegelb, §. 30.

Burafchaften ber Gemeinden, 6. 80.

### 6.

Caution, Leiftung einer folden von Seiten ber Stabtfammerer und Gemeinde - Erheber, S. 87, f. Dien ftburgicaft. Civil = Staatebiener, f. Staatebiener.

Concurs, in foldem burch eignes Berfculben Befindliche, un= fabig jum Erwerbe bes Ortsburgerrechtes, §. 26; nicht ftimm= fabig in Gemeindeversammlungen und nicht mablbar ju Gemein= beamtern , 6. 37.

Contributions Erheber, f. Drtsfteuer : Erheber.

Cultur= und Rugungevorschlage für bie Gemeinbemal=

bungen, §. 68.

Curatel, unter folche Gefette, unfahig jum Erwerbe bes Orte: burgerrechtes, §. 26; nicht stimmfahig in Gemeindeversammlungen und nicht mablbar ju Gemeindeamtern, 6. 27.

Diaten ber Gemeinbebehorben, §. 57:

Deputationen aus Mitgliedern bes Gemeinberathe fur einzelne 3weige ber Gemeindeverwaltung, 6. 52, 71.

Diener, f. Gemeindebehorden, Gemeindebiener, Sof=

biener, Staatsbiener.

Dienftboten, nicht ftimmfabig in Gemeinbeversammlungen und nicht mahlbar zu Gemeindeamtern, §. 27.

Dien ftburgich aft ber Stadtfammerer und Gemeinde-Rechnungs-

führer, 6. 87.

Dienstbelohnung, §. 80. Dienste, Privat=, f. Privatbienfte.

Dienfte, Dienftfreibeit, f. Gemeinbebienfte. Dienstentlaffung, Dienstentfegung, f. Umt.

Dienftftrafen, Dienftvergeben, Dienftwibrigfeiten, f. Dronungeftrafen, Umtevergeben, Disciplinars

verfahren.

Dispensation von ben Erforberniffen gur Erlangung bes Drts burgerrechtes, 6. 28; fur Gaft = und Schenkwirthe ju Befleibung bes Umtes von Ortsvorftanben, §. 42; von ber Bestimmung, daß in nahem Bermanbtichaftes ober Schwägerschafte Berhaltniffe ftebenbe Personen nicht zugleich Mitglieder bes Gemeinderathe ober ftan= bige Mitglieder bes Gemeinde : Musschuffes fenn durfen, §. 44. Disciplin arverfahren gegen Gemeindebehorben und Gemeinde= biener, S. S. 94 = 103.

Domanenguter, Berhaltniß in Unfehung ber Orteverwaltung, 6. 5.

Dorf, Dorfgemeinden, f. Bandgemeinden.

Cheanzeige, Rachweifung ber Gemeinde- Ungehörigkeit bei ber: felben, §. §. 14, 20, 33, 35.

Chefrau, Gemeinde : Ungehörigfeit einer gefchiebenen ober ver: laffenen, §. 11.

Chefcheidung, f. Chefrau. Chrenburgerrect, 6. 29.

Eib ber Mitglieder bes Gemeinberaths und bes Ortsvorstandes, 6. 49.

Eibgefchmorne, bisherige, §. 106.

Gintunfte, Ginnahmen, f. Gemeindetaffe.

Ginnahmebelege, §. 87.

Einfaufageld, §. 24.

Einrichtungen, ortliche, & & 64, 71, 93. Einzugsgelb, §. 23; statutarische Festsebung, §. 3, a; von bemselben find bie Chefrauen ber Staatsbiener frei, §. 23, a.

Entlaffung vom Umte,-f. Umtsentlaffung.

Entich abigung, Aufpruch auf folche gegen bie Ausschuß: Mit-glieber, welche burch ordnungswidriges Benehmen ber Gemeinde Schaben verursachen, §. 99; ber Gemeinbebeborben fur baare Auslagen und fur Reife = und Behrungekoften, §. 57.

Entwafferunge : Unstalten, §. 71.

Erbleihe, f. Berleihung. \_\_ f. ubrigens Gemeinbe=Erhe= ber, Stadtfammerer.

Erhebungen, außerordentliche, 66. 77, 80, 84.

Erlaffe, amtliche, ber Staatsbehorben in Ungelegenheiten ber Gemeindeverwaltung an ben Ortsvorstand ju richten, 6. 60; fonstige, ber Landesbehorben, &. 102; bes Ortsvorftandes und Gemeinberathes, Bestrafung ber Biberfetlichfeit bagegen, 6. 6. 104, 105.

Erlaß von Leiftungen, §. 80.

Erleucht ung ber Strafen, §. §. 53, 71; Aufbringung ber bes: halbigen Roften, §. 71.

Erwerbfabigteits = Befcheinigung, §. §. 28, 63.

Etat, Normal=, für bie Gehalte ber Ortsvorftanbe und Ge-meinbedienerschaft, §. 57 - f. übrigens Grund= Etat.

Grecutanten : Gebubr, §. 89.

Erecution, f. Abgaben = Beitreibung.

Fahren, §. 71, 74. Fahrgelber, §. §. 74, 75. Selbaufficht, §. 52.

Relbhuter, f. Gemeinbebiener.

Feldmart, f. Gemartung.

Reuergefahrliche Unlagen, Umtebefugniffe bes Drievorstan-... bes hinfichtlich berfelben, §. 104; a.

Feuerlofd = Unftalten, S. S. 53, 71, 72.

Feuerlofd : Eimer, f. Gebuhren.

Reuersbrunft, Leiftung von Rothbienften bei folcher, 6. 78. Finang : Minifterium, Buftimmung gu ber Ginfuhrung neuer Berbrauche = Auflagen in ben Gemeinden, 6. 73.

Rifdereien ber Gemeinden, §. 69.

Forenfen, Leiftung ber Gemeinbelaften, §. 79. Forstbediente, f. Gemeinde=Forstbediente.

Forft behorden, Befugniffe und Obliegenheiten binfichtlich ber Gemeindewaldungen, 6. 68; Bergutung fur bie beshalbigen Beschäfte, §. 68.

Forftichut in Unfehung ber Gemeindewaldungen, §. 68.

Frauens perfonen, Unfahigfeit jur Erwerbung bes Ortsburgerrechtes, S. 20, a; Leiftung von Gemeinbedienften, S. S. 78, 79 - f. ubrigens Chefrau, Beirath, Bitmen.

Freiguter, ehemals abelige gefchloffene, Berbaltniß zu ber Bemeinde, mit welcher fie vereinigt worden, 6. 5.

Freiheitsftrafe, f. Urreftftrafe, Strafen.

Fremde, f. Driegenoffen.

Suhren, f. Dienfte, Spannbienfte.

Bug. Bertheilungs=, bei ben Gemeinde = Umlagen, §. 77.

Sugwege, 6. 71, c.

### G.

Garnifonsort, als Beimath ber einer inlandifchen Gemeinde nicht angehörigen Militarperfonen, S. 14. Gaffenmeifter, bisherige, §. 106.

Gaftwirthe, Bahl berfelben ju Ortevorftanben, 6. 42.

Gebaude, einzelne, bisher in ber Gemarkung einer Gemeinte nicht begriffen gewesene, Bereinigung mit einer folchen in Unsehung des Gemeindeverbandes, §. 5; in unmittelbarem Bufam= menhange mit einem Orte ftebenbe, bisher aber einer andern Bemeinde jugeborig gewesene, beren Buweisung ju bem Gemeindeverbande jenes, S. 4; in Baldungen ober fonft vom Drte febr entlegene, beren Berhaltniffe in Unfehung ber Orteverwaltung, 6. 5; Erbauung neuer, Ueberlaffung beshalbiger Bauplate, 6. 81 - f. übrigens Unlagen, Sofe, Berte.

Gebuhren, für Geschäfte ber Gemeindebehorben, in ber Regel unstatthaft, §. 57; für Feuerlosch : Eimer und Dbftftamme, 6. 23, a, 6. 31, c - f. übrigens Gehalt, Erecutanten-

Gebübr.

Gehalt, ber Gemeindebehorben, ber Ortevorstande, ber Gemeinde= bienerschaft, §. 57; Bewilligung neuer ober hoberer Gehalte, §. 80; Belaffung bes Gehaltes fur bie bei Berkundigung ber Gemeinde = Dronung vorhandenen Gemeindebeamten, welche in Folge neuer Bablen ic. ihre Stellen verlieren, 6. 106.

Beiftliche, Gemeinde : Ungehörigkeit berfelben, §. 13; Berechti= gung und Berpflichtung berfelben gum Erwerbe des Ortsburger= gerrechts, &. 27; Nachweifung ber Gemeinde = Ungehörigkeit fich verehelichender Unteroffiziere und Golbaten, §. 14; Ortegenoffen, §. 35; bei benfelben (f. in biefer Beziehung auch f. g. 20 u. 33).

Gelbftrafen, f. Arbeitsftrafen, Dronungsftrafen,

Strafen.

Gemarfung, anderweite Abgrenzung, §. 4; Beranderung, §. §.

5, 23; Gemarkungstheil, §. 53.

Gemeinde, Grundlagen ber Berfaffung berfelben, §. 2; Sta= tuten, §. §. 2, 3; Umfang und Berband berfelben, §. §. 4 = 8; Beranberung in ber Busammenfegung berfelben, §. §. 4=8; Ginverleibung einzelner Guter, Gebaube, Grundstude, Sofe, Mublen, ber Domanen = und Ritterguter, ber ehemals abeligen geschloffenen Freiguter, ber Staats : und anderen Balbungen mit denfelben und Berhaltniß zu folchen, §. 5; Bereinigung einzelner Unlagen, Berte und Sofe zu einer Gemeinde oder Gleich: stellung mit einer folchen rudfichtlich ber ortlichen Bermaltung, §. 5; mehrere Gemeinden an einem Orte, §. 6; aus mehreren Ortschaften zusammengesetzte Gemeinden, §. 7; Berbindung mehrerer gandgemeinden ju einem Burgermeifter = ober Beimaths= bezirke, §. 8; Mitglieder berfelben, f. Gemeinbeglieber, Drtsburger, Beifiger; Burgerrecht in benfelben, f. Drt 6= burgerrecht, Bertretung ber Gemeinden vor Gericht und in ihren außeren Berhaltniffen, §. 63.

Gemeinde : Abgaben, f. Abgaben.

Gemeinde : Umt, Perfonen, welche ju folchem nicht mahlbar find, §. §. 27, 98, 101; Berpflichtung zur Unnahme ber Bahl zu einem solchen, §. 47; Ablehnung ber Bahl, §. 47, Antritt bes Umtes, §. 49 (f. a. §. 107); Nieberlegung beffelben, §. 47; Entlassung und Entsegung von bemfelben, §. §. 95, 98, 100, 101; gerichtliche Erklarung ber Unfahigkeit zur Bekleidung eines folden, §. 101; Ginführung eines neuen Gemeinde = Umtes, §. 64 - f. übrigens Gemeindebehorden, Gemeinde-Erheber, Stadtfecretar, Stadtfammerer, Strafen, Dronungsftrafen.

Gemeinbe-Ungehörigfeit (Beimatherecht), Entftehung berfelben, §. 10; burch Geburt, §. §. 10, 11, 12; burch Unftel= lung im Staats = ober Sofbienfte, §. 13; burch Aufnahme gu Ortsburgern ober Beifigern, &. 6. 16, 63, 64; burch Beirath, 6. 16; burch perfonliche Buweifung ju einer Gemeinde, S. 10; in Folge ortlicher Butheilung, §. 10; burch ben Militarbienst fur folche Militarpersonen, welche vor bem Gintritte in solchen keiner inlandischen Gemeinde angehorten; S. 14; Gemeinde = Ungehorig= keit Beimathlofer, &. 10; ehelicher Kinder, &. 11; unehelicher Rinder, §. 12; durch nachfolgende Che legitimirter Kinder, 6. 12; ber Kinder geschiedener Eltern, §. 11; ber geschiedenen oder verlaffenen Chefrauen, f. 11; ber Sof = und Civil = Staatsbiener, ber Fürftlich-Rotenburgischen und ftanbesherrlichen Beamten und Diener, ber Patrimonial = Beamten und Diener, ber mit einer Borbereitungs = ober Nebenstelle Befleibeten, ber auf Biberruf ober Rundigung Ungestellten, ber Penfionirten, ber aus bem Sof = ober Staatsbienfte Entlaffenen, ber gu einer anderen Stelle Berfetten, §. 13; ber Militarpersonen, §. 14; ber Kinder ber Sof= und Staatsbiener, §. 15; ber Pflegefinder, §. 18; ber Rinber Der an einen anbern Drt Uebergiebenben, &. 18; ber bei ben Militargerichten und bei ber Militarverwaltung angestellten Personen, §. 14; Nachweisung ber Gemeinde : Angehörigkeit bei ber Berehelichung von Unteroffizieren und Soldaten, §. 14; ber Schutgenossen, § 35; Berlust ber Gemeinde : Angehörigkeit, §. §. 13, 17; Recht ber Bahl zwischen zwei Bohnorten, §. 18; mehrfache Gemeinde = Ungeborigfeit , §. 19; Beschwerden megen Berfagung ber Gemeinde - Ungehörigkeit, §. 93; Beborbe fur bie auf die Gemeinde - Ungehörigkeit fich beziehenden Ungelegenbeiten, S. 63.

S emeinbe-Ausschuße, §. 36; bei zusammengesetzten Gemeinben, §. 7; in Landgemeinden, welche nur fünfzig oder weniger stimmsfähige Ortsbürger zählen, §. 37; Wahl und Ergänzung des Gemeinde-Ausschußes, §. §. 38, 44, 45, 47, 48, 49, 51; Einslußungesetsich entzogener Stimmfähigkeit auf dieselbe, §. 27, d.; Einwendungen gegen die Wahl wegen mangelhaften Versahrens, §. 45; Verpslichtung zur Annahme der Wahl, §. 47; Fründe zu deren Ablehnung, §. §. 47, 48; Wahl der Hoffen Versahrens, §. 38; ständige, §. 38; außerordentliche, §. §. 38, 66; Amtseantritt der Mitglieder des Gemeinde-Ausschusses der Stimmfähigkeit eines Mitgliedes, Kolge, §. 45, a; Vernde der Stimmfähigkeit eines Mitgliedes, Kolge, §. 45, a; Vernde der Stimmfähigkeit eines Mitgliedes, Folge, §. 45, a; Vernde des Gemeinde-Ausschusses, Folge, §. 45, a; Vernde des Gemeinde-Ausschusses Gemeinder Mitwirkung desselben zu Errichtung z. der Statuten, §. 3; zur Aufnahme von Ausländern, sowie, in gewissen Fällen, von Inländern in den Gemeindeverband, §. §. 64, 28; zu

Bestimmung bes Burger = Recognitionsgelbes, §. 30; fowie bes Burgergelbes, §. 31; ferner bei Entziehung ober Wieberherftellung ber Stimmfabigfeit ber Ortsburger, Q. 64; bei Ginfubrung neuer Gemeinbeamter ober Unterbedientenftellen, §. 64; bei Bilbung von Deputationen aus Mitgliedern bes Gemeinderaths fur einzelne Zweige ber Gemeinbeverwaltung, 6. 52; bei Beftellung von Borftebern von Stadttheilen, §. 53; bei Beftellung von Stadtfecretaren und Stadtfchreibern, §. 54; bei Bestellung ber Stadtfammerer, Gemeinde-Erheber und Rechnungsführer, §. 55; bei Unnahme der geringeren Gemeindebienerschaft, §. 56; Beurtheilung bes Bedurfniffes ber Unftellung eines Gemeindeschreibers in den großeren Landgemeinden von Seiten bes Gemeinde= Musfcuffes, §. 54; Mitwirkung beffelben bei Gintheilung bes Ortes jum 3mede ber Beftellung besonderer Borfteber, §. 53; Festiftellung bes Mormal = Etats ber Gehalte bes Ortsvorstandes und ber Gemeindedienerschaft, §. 57; Beruf des Gemeinde = Ausschuffes bei Wahrnehmung von Pflichtverletungen und Digbrauchen ber Gemeindedienerschaft und von Dangeln in ber Gemeindeverwal= tung, §. 64; hinsichtlich ber Berwaltung und Berwendung ber Gemeinde: Einnahmen, §. §. 64 und 67; hinsichtlich ber Musführung ortlicher Ginrichtungen und gemeinheitlicher Arbeiten, 0. 64; Erforderniß ber Ginwilligung bes Bemeinde = Musichuffes: in alle unftandigen Musgaben, welche ben bafur ausgesetten Betrag überfteigen, §. 80; in Bewilligung neuer ober boberer Gehalte und außerorbentlicher Dienstbelohnungen, §. 80; bei Bertragen mit Mitgliedern bes Gemeinderathes, §. 80; gur Procefführung, §. §. 80, 85, und Abschließung von Vergleichen, §. 80; in Veraußerungen und Verpachtungen in bestimmten Källen, §. §. 80, Nr. 3, 7, 9, 82; in erbliche Verleibungen von Rottlandereien, in Gemeinheitstheilungen, §. §. 80, 82; Erlaß beitreiblicher Forberungen ber Gemeindekaffe, in Aufkun-bigung von Activ-Rapitalien, §. 80; in Anleihen und Burgfchaften, in Bermandlung bes von Gingelnen benutten Gefammt= vermogens in Rammerer= ober Ortsvermogen, g. g. 80, 82; in Ginführung neuer Gemeinde : Abgaben und Gemeindedienfte, Abanderung ber letteren, Abschaffung, Erhohung, Berminderung n. ber Gemeinde = Abgaben, §. 80; in Unordnung außer= orbentlicher Erhebungen, g. g. 77, 80; Untauf von Immobilien, §. 80, und bei Feststellung bes Grund = Etats, §. §. 80, 86; Mitwirfung bes Gemeinde = Musichuffes ju Unordnung von Maaß= regeln jur Sicherung ber Berbrauchs : Muflagen, Bege :, Brutten :, Fahr : und Pflastergelber, & 75; bei Bestimmung ber Dienstfreiheit ber Gemeinbebiener, & 78, bei Bestimmung ber Dienstburgschaft bes Stadtfammerers und ber Nothwendigkeit ber Leistung einer folchen bei ben Gemeinde : Erhebern in ben ganbgemeinben, §. 87; bei ber Rechnungs = Abhorung in ben Stabten, §. 90, und in ben Landgemeinden, §. 91; Berathung bes Gemeinde : Musichuffes über die von dem Gemeinderathe ihm vorgelegten Gegenftande von besonderer Wichtigkeit, §. 64; Ent= haltung beffelben von Rugen ber Sandlungen bes Ortsvorstandes und Gemeinderathes in der Gemeinde, §. 64; der Unmaßung irgend einer ausführenden Gewalt, §. 64; der Unnahme von Gesuchen und Beschwerben, §. 64; Beborben, an welche ber= felbe in betreffenden Fallen fich zu wenden bat, §. 64; Berstammlungen bes Gemeindes Ausschuffes, §. 65; Aussbleiben von Mitgliedern in demfelben, §. §. 65, 99; Abtreten ber betheiligten Mitglieder, §. 66; Berhandlungen und Befchluß-faffungen in benfelben, §. 65 - f. ubrigens große Gemeinbe-Musichugverfammlung, Gemeinbes Musichugvorfteber; Berfahren megen versagter Ginwilligung bes Musschuffes, &. S. 83, 93; Einschreiten gur Ordnung bei bemfelben, 6. 6. 94, 99, 101; Auflosung beffelben, §. 100.

Gemeinde= Musichufversammlung, große, §. 38; beren Berrichtungen in ben Landgemeinden in befonderem Falle verfehen durch die Gemeindeversammlung, §. 37; Bahl eines Musfcugvorftebers und eines Stellvertreters beffelben burch folche, 6. 38; Falle ber Wirkfamkeit berfelben, f. S. 38, 39, 40, 82, 85, 106; Bahl bes Gemeinderathes durch biefelbe, §. §. 39, 46; Bahl bes Ortsvorstandes burch biefelbe, §. §. 40, 46; Ubtreten der betheiligten Mitglieder in berfelben, §. 66; Ergan-

jung ber abgegangenen Mitglieber, §. §. 38 und 66.

Gemeinde= Musichufvorsteher, Wahl beffelben, §. 38; Lei-tung ber Wahl bes Ortsvorstandes burch benselben, §. 40; 3u= sammenberufung bes Gemeinde-Musschuffes, f. 65; entscheidende Stimme bes Borftebers bei gleicher Stimmenzahl, §. 65; Gin= schreiten zur Ordnung bei bem Gemeinde - Musschusse, 6. 99 f. übrigens Gemeinbebeborben.

Gemeindebaumefen, f. Baumefen. Gemeindebeamten, f. Gemeinde=Umt, Gemeinbebe=

Gemein bebehorben, überhaupt, g. 36; Gintritt berfelben in ihr Umt, §. 49, und Erneuerung berfelben, §. 51; unentgelt= liche Geschäftsführung bei benselben, §. 57; Reise = und Zeharungskosten ber Mitglieber berselben, §. 57; Gorge berselben für Erhaltung bes Gemeinbevermögens, §. 67; Beaufsichtigung ber Gelchäftskihrung beschichten Geschäftsführung berfelben, 6. 93; Disciplinarverfahren gegen Diefelben, S. S. 94, 102; gerichtliche Beftrafung, S. 101; Beleidigungen und Biberfetlichkeiten gegen Gemeindebehorben, und Glaubwurdigkeit ber Unzeigen und Protokolle berfelben, §. 105 - f. übrigens Gemeinbe-Ausschuß, Gemeinberath,

Gemeindeversammlung, Deputationen, Ortsvor-

fanb.

Gemeindediener, geringere, beren Stimmfähigkeit bei ben Ausschußwahlen, §. 27, a; Berpflichtung, §. 54, a; Bestellung und Berpflichtung, §. 56; Berpflichtung berselben in den Stådeten, in Beziehung auf die Beitreibung der Ruckstände, durch das betreffende Untergericht, §. 88; Einführung neuer Gemeindedienersstellen, §. 64; Gehalt der geringeren Gemeindediener, §. 57; Dienstsreibeit derselben, §. 78; Obsorge wegen gehöriger Dienstsührung berselben, §. §. 64, 103; Suspension derselben vom Umte, §. 103; Entlassung derselben vom Umte, §. §. 96, 97; Bestrasung derselben, §. 101, 103.

Bestrafung berselben, §. 101, 103.
Gemeindebeinste, Arten berselben, §. 78; Vertheilung, §. 63, e; Befreiung davon, §. 78; Leistung berselben durch Stellvertreter, §. §. 78, 79; Verdingung berselben auf Kosten ber saumigen ober widerspenstigen Dienstpflichtigen, §. 88; Abanderung der herkommlichen, §. 80; Beschwerdeführung wegen unbefugt ange-

forderter Leiftung von Diensten, §. 93.

Gemeinbe-Erheber, Bestellung besselben, §. 55; Obliegenheisten, §. §. 87, 89, 91; Sicherheitsleistung, §. 87; Rechnungs-Ablegung, §. §. 87, 91, 93; Belassung ber Besoldung ber bisherigen Gemeinbe-Erheber, §. 106.

Bemeinde=Gintaufsgelb, §. 24.

Gemeinde: Einnahmen, Sorge für richtige Berwendung berfelben, S. S. 64, 67, 80 - f. übrigens Gemeindekaffe.

Gemeinde-Ginzugsgelb, §. 23.

Gemeinde=Fifcherei, §. 69.

Gemeinde=Forftbediente, §. 68, a.

Gemein beglieber überhaupt, §. 20; Berzeichniß berselben, §. 21; Aufnahme von Auslandern zu solchen, §. §. 22, 63, 64; Abgaben, welche bei der Aufnahme zu entrichten sind, §. §. 23, 24; Berpflichtung neu eintretender Gemeindeglieder zur Berzinsung und Abtragung bereits vorhandener Schulden der Gemeinde, §. 25 — s. übrigens Ortsburgerrecht, Beisigerrecht.

Gemeinbe-Grund eigenthum, Ankauf, S. 80, Rr. 15 und S. 63, lit. d; Berauferung, S. 80, Rr. 3 und S. 63, lit. d; Berauferung, S. S. 63, lit. d, 80, 81, 82, 84 — s. übrigens

Gemeinbevermogen.

Gemeinde-Grund-Etat (Boranschlag), §. §. 86, 80, 77, 93.

Gemeindehaushalt, Titel IV.

Gemeinde= 3agb, §. 69.

Gemeinde: Immobilien, f. Gemeinde: Grundeigen:

Gemeindekaffe, §. 87; Einnahmen, §. §. 23, 24, 30, 31, 69, 70, 71, 73, 74, 75, 77, 80, 81, 84, 87, 88, 89.

93, 99, 103, 104; Ausgaben, §. §. 57, 58, 61, lit. d, 68, 70, 71, 76, 80, 87, 106; Sicherstellung, §. §. 63, 87; Verwaltung, §. 87; Beiträge ber Gemeindekasse zur Staatskasse wegen der Kosten des Polizeipersonals und Polizeideinstes, §. 76; Beitreibung der Ruckstade, §. §. 88, 89; Rechnungs-Ablage, §. 87, 90, 91, 93, lit. b.

Gemeinbelaften, §. §. 61, 63, 77 : 80, 93, lit. e, §. 5 — f. übrigens Abgaben.

Gemeinbenuten, S. S. 5, 24, 63, lit. d, 70, 72, 80,

Mr. 11, 82, 84, Mr. 4, 93, lit. e.

Gemeinde Drbnung vom 23ften October 1834, Grundlage ber Gemeindeverfaffung, §. 2; Gultigkeit beren Inhaltes fur Stabte und Landgemeinden, §. 1.

Gemeinbe= Proceffe, §. §. 60, 63, 80, 85, 88, 89.

Gemeinberath, §. 36; bei jufammengefeten Gemeinben, §. 7; Bahl beffelben, §. §. 39, 44, 46, 47, 48, 51; Erneuerung bes= felben, §. 51; Beranderung ber Bahl feiner Mitglieder, §. 38, a; Berpflichtung zur Unnahme ber Bahl und Befreiung bavon, §. §. 47, 48; beshalbige Entscheidung bes Gemeinderathes, beziehungsweise ber Regierung, §. 47; Bahl ber Sof= und Staats= biener zu Mitgliedern bes Gemeinderathes, §. 48; Bahlbarfeit gu ber Stelle eines Mitgliebes bes Gemeinderathes, f. f. 27, 39; 98, 101; Eintritt in bas Umt, §. 49; Beeidigung ber Mitglieder des Gemeinderathes, §. 49; Berfammlungen bes Gemeinberaths, &. 65; Berhandlungen und Beschluffaffung in benfelben, §. 65; Abtreten ber betheiligten Mitglieber in ben= felben, §. 66; Musbleiben von Mitgliedern in benfelben, §. §. 65, 103; Borfit und Leitung ber Geschäfte in Diefen Berfammlungen. §. 59; Guspenfion von Befchluffen bes Gemeinberathes burch ben Ortsvorstand, 6. 59, und beshalbige Entscheidung ber Muffichtsbeborbe, §. 93; unentgeltliche Geschaftsführung bei bem Gemeinderathe, §. 57; Reife = und Behrungetoften ber Mitglie= ber bei Amtsverrichtungen außer bem Orte und beffen Gemar= tung, §. 57; Dienftfreiheit berfelben, §. 78; Falle, in benen ber Gemeinberath nur eine berathenbe Stimme bat, §. 61; Bilbung von Deputationen fur einzelne Zweige ber Gemeinde= verwaltung aus Mitgliedern bes Gemeinberathes, §. §. 5.2, 71; Erwählung eines Mitgliedes bes Gemeinderathes zum Stellververtreter bes Ortsvorstandes in Berhinderungsfällen ic., §. 62; Buziehung eines Mitgliedes bes Gemeinderathes in Landgemeinden zur Mitunterzeichnung ber Bermogens =, Armuths =, Beimaths= und bergleichen Bescheinigungen bes Ortsvorstandes, g. 60; Beruf bes Gemeinberathes überhaupt, §. §. 36, 63; insbefondere hinsichtlich ber Errichtung ic. ber Statuten, §. 3; hinsichtlich ber Bescheinigung ber Gemeinde = Ungehörigkeit fur sich

verehelichenbe Unteroffiziere und Solbaten, §. 14; hinfichtlich ber auf bie Gemeinbeangehörigkeit fich beziehenden Angelegen: heiten, §. 63; hinsichtlich ber Ertheilung bes Beisigerrechts, §. §. 63, 33, 34, 23; bes Ortsburgerrechts, §. §. 63, 27, 28, 34, 23, 24, 31; des Borbehaltes des Ortsburgerrechts ber an einen andern Ort Ueberziehenden, §. §. 17, 30; der Bestimmung des Burger=Recognitionsgeldes, §. 30; des Burgergeldes in den Stadten, §. 31; hinsichtlich der zum Zwecke der Verheirathung zu bescheinigenden Erwerbfahigkeit, §. 63; ber Entziehung und Wiederherstellung ber Stimmfahigkeit von Ortsburgern, §. §. 63. 45; Birtfamteit bes Gemeinderathes in Unfehung ber Bahl bes Ortsvorstandes, S. S. 40, 106; ber Bahl ber Mitglieber bes Gemeinde Musschusses, S. 45; ber Bestellung von Vorste-hern von Stadttheilen, S. 53; von Stadt und Gemeindeschreis bern, 6. 54; ber Stadtkammerer und Gemeinde-Erheber, 6. 55: ber Leiftung von Dienstburgschaften von Seiten bes Stadtfam: merers und bes Gemeinde : Erhebers, §. 87; ber Unnahme ber geringeren Gemeinbebienerschaft, auch bes fur bie Gemeinbemal= bungen bestimmten Personals, §. 56; ber Entwerfung bes Normal= Etats ber Gehalte fur ben Ortsvorstand und die Gemeindebie= nerschaft, §. 57; ber Proceffuhrung ber Gemeinbe, §. §. 85, 80, 60, 63; ber Bertretung ber Gemeinde vor Gericht überbaupt, fowie im Berhaltniffe jum Staate und fonft in ihren außeren Berhaltniffen, §. 63; Unterzeichnung ber Prozegvollmacheten und Schuldbekenntniffe burch ben Gemeinderath, §. 60; Dbliegenheit besselben hinsichtlich ber nicht vorgesehenen Ausga-ben, S. S. 61, 80; hinsichtlich ber Vertheilung ber Gemeinde-laften, S. S. 61, 63; hinsichtlich ber Sicherstellung bes Gemeindevermogens, ber Gemeinbekaffe und anderer unter ber Dbbut bes Ortsvorstandes fich befindenden Berthgegenstande ic., §. 63; Mitwirfung bes Gemeinberathes in Berwaltung bes Gemeinbevermogens, g. 67; Obliegenheiten beffelben hinfichtlich bes Inventars über bas Gemeinbevermogen, §. 72; hinsichtlich ber Sicherung ber Berbrauchs : Auflagen, bes Wege :, Bruden :, Fahr = und Pflaftergelbes, §. 75; hinfichtlich ber Gemeinde= Umlagen, 6. 77; hinfichtlich ber Bestimmung ber Dienstfreiheit ber geringeren Gemeindediener, §. 78; binfichtlich ber Bewilli= gung neuer ober hoherer Gehalte ober außerorbentlicher Dienft= belohnungen, §. 80; ber Zeitverpachtung gemeinheitlicher Immo-bilien und Gerechtsame, §. 80, und bes Berkaufs jahrlicher Nugungen, §. §. 84, 84, Nr. 6; ber Bertrage mit Mitgliebern bes Gemeinberathes, bes Erlaffes beitreiblicher Forberungen ber Gemeinbekaffe, ber Abschließung von Bergleichen, ber Auffunbigung von Activ = Rapitalien, Der Beraußerung von Berthpa= pieren, 6. 80; ber Unleiben und Burgichaften. Beraußerungen

und Berpfanbungen von Grundftuden und Realberechtigungen, erblichen Berleihungen von Rottlandereien, §. §. 80, 81, 82, 84; Gemeinheitstheilungen, Bermandlung von Gesammtvermos gen, beffen Ertrag bieber an Ginzelne vertheilt murbe, in Ram. merei = ober Ortevermogen, §. §. 80, 82, 84; binfichtlich ber Abgaben fur Die Gemeindekaffe, §. §. 80, 84, 63; ber Beitreibung ber Ruckstanbe, §. §. 80, 88, 89; ber Gemeinbebienste, §. §. 80, 63, 78; bes Ankaufs von Immobilien, §. 80; ber Auf: und Feststellung bes Grund=Etats (Boranschlags), §. §. 80, 86, 77; Bereinnahmungs = und Berausgabungs = Berfuguns gen bes Gemeinderathes, S. 87; Ubhorung ber Gemeinde = Recha nungen, §. §. 90, 91; Berathung mit bem Gemeinde 2uss fcuffe über Gegenstande von besonberer Wichtigkeit, §. 64; Beruf bes Gemeinderathes bei verfagter Ginwilligung bes Musfcuffes, 6. 83; bei ordnungswidrigem Benehmen ber Musichug. mitglieber, §. 99; binfichtlich ber Auflofung bes Ausschuffes, S. 100; Bestrafung ber Biberfehlichkeit gegen Berfügungen bes Gemeinberathes, S. 105; Ginwirkung ber Aufsichtsbehorbe auf bie Geschäftsführung bes Gemeinderathes, 6. 93; Disciplinars verfahren gegen Mitglieder bes Gemeinderathes, §. §. 94, 103; Nieberlegung ber Stelle eines Mitgliebes bes Gemeinbergthes. 6. 6. 47, 98.

Gemeinbe=Rechnung, §. §. 87, 90, 91, 93; beren Abhorung von ben Stadtrathen unentgeltlich zu bewirken, §. 57, a.

Gemeinde = Rechnungsführer, f. Stadtkammerer, Gemeinde = Erheber.

Gemeinbeschulben, §. §. 25, 60, 72, 80, 82, 84.

Gemeindeschreiber, §. §. 54, 106.

Gemeinbefiegel, Unwendung bei Bescheinigungen und Urfunben, §. 60.

Gemeindestatuten, §. §. 2, 3, 23, 24, 45, 77, 78.

Gemeinde-Umlagen, §. 77.

Gemeinde: Unterbedienten, f. Gemeindebiener.

Gemeinde : Berbrauch : Muflagen, §. §. 73, 75, 80, 84. Gemeinde : Berfaffung, beren Grundlagen, §. 2.

Bemeinde = Vermogen, S. S. 67 = 71, 80, 81, 82, 84; Beraußerung und Berpfandung, S. S. 63, 80, 81, 82, 84, 93; Sicherstellung, S. S. 63, 67, 87; Inventar, 72.

Gemeindeversammlung, §. 37; zur Bahl des Orte-Erhesbers unstatthaft, §. 37, a; Bersehung der Berrichtungen des Gemeinde-Ausschusses durch dieselbe in Landgemeinden unter fünfzig stimmfähigen Ortsburgern, §. 37; Stimmfähigkeit in derselben, §. 27; ausschließliches Recht des Ortsvorstandes, die Gemeinde zu versammein, §. 59; Aufrechthaltung der Ordnung in derselben, §. 104.

11

Gemeindewaldungen, §. 68; Annahme bes für dieselben bestimmten Personals, §. 56; Leitung und Beaufsichtigung der Bewirthschaftung in Beziehung auf das Technische, §. 68; Forsteschutz, §. 68; Berwerthung der Waldnutzungen, welche bisher nicht herkömmlich gewesen, §. §. 63 d, 80 Nr. 3, 84 Nr. 6, und 93 Nr. 1, a.

Gemeinheitstheilungen, . S. S. 63 lit. d. 80 Mr. 10, 82,

84 Mr. 3, 93 Mr. 1, a.

Genbarmen, beren Gemeinde = Ungehörigkeit, §. 14, a.

Gerichte, Berfahren berfelben gegen Gemeindebehorden und Diener, §. 101; sowie bei Beleidigungen und Widersetzlichkeiten gegen Gemeindebehorden, §. 105; Vertretung der Gemeinden vor Gericht, §. 63.

Gefchaftsführer, als Ortsgenoffen ohne Beimatherecht in ber

Gemeinde, §. 35.

Gefellen, nicht stimmfähig in ben Gemeindeversammlungen, und nicht wahlbar zu Gemeindeamtern, §. 27.

Gefete, Berfundigung, §. 37.

Gefinde, f. Dienftboten.

Gratificationen, §. §. 80 Nr. 2, 63 lit. d.

Greben, bisherige, §. 106.

Grundeigenthumer, auswarts wohnenbe, Leiftung ber Ge meinbedienfte, §. 79.

Grund: Etat, §. §. 86, 80, 63 lit. d, 77, 93.

Grundstüde, einzelne, bisher in ber Gemarkung einer Gemeinbe nicht begriffen gewesene, §. 5 — f. übrigens Gemeinbe= Grundeigenthum.

Guter, einzelne, Gemeindeverband, §. 5.

Sutsbesitzer, abelige, Gemeinde = Angehorigkeit, §. 9 - f. ubrigens Grunbeigenthumer.

Gutspachter, f. Pachter.

\$5.

Saft, persönliche, s. Arrest ftrafe. hammerwerke, s. Berke. hauptstädte, s. s. 23, 40. hauptstädte, s. s. ebaube. hausirhandelsscheine, s. 61, a. hebbammen, Dienstreiheit, s. 78. hebelisten, s. s. 87, 89. heelisten, s. 71 c, S. 98. heimath, s. Gemeinbe-Angehörigkeit. heimathsbestimmung, s. s. 10, 23.

Seimathebefcheinigung, für sich verehelichenbe Unteroffiziere und Solbaten, §. 14; ber Schutzenoffen, §. 35; Unterzeichnung berfelben, §. 60.

Beimathebegirt, Berbindung mehrerer Gemeinden gu einem

folchen, §. 8.

Beimathelofe, §. 10; Befreiung vom Einzugsgelbe, §. 23.

Beimatherecht, Borbehalt beffelben bei bem Ueberzuge in eine andere Gemeinde, §. 30 - f. ubrigens Gemeinde=Anges horigteit, Schutgenoffen.

Beimathsschein, f. Beimathsbescheinigung.

Deirath, Erwerb ber Gemeinde Ungehörigkeit burch dieselbe für Frauenspersonen, §. 16; Berpflichtung ber Gemeinde Ungehörigen, vor Abschließung berselben Mitglieder ber Gemeinde zu werden, §. §. 20, 28, 33; Berpflichtung zur Nachweisung ber Gemeinde Ungehörigkeit vor Abschließung einer Heirath, §. §. 14, 35.

Sochbesteuerte, f. Drisburger.

Sof, Sofe, einzelne bewohnte, beren Berhaltniß in Unsehung ber Ortsverwaltung und bes Gemeindeverbandes, §. 5; Unter-

ordnung unter besondere Borfteber, §. 53.

Sofdiener, Gemeinde Angehörigkeit berfelben, g. 13; ber Kinber berfelben, g. 15; Befreiung berfelben von ber Berpflichtung zur Erwerbung ber Mitgliedschaft in einer Gemeinde, § 20; und insbesondere bes Ortsburgerrechtes, g. 27; Bahl berfelben zu Gemeindeamtern, §. 48; Dienstfreiheit, §. 78.

Sofraide, f. Gebaube.

Soheitsbehörde, Genehmigung einer Gemeindeversammlung, §. 37; Oberaufsicht auf die Gemeindeverwaltung ic., §. §. 92, 93. Solzfrevel, wann solche zu den im §. 26, Nr. 2 gedachten

Bergeben zu rechnen, §. 45, d, 2.

Sospitaler, §. 71.

Bulfsfteuer, f. Berbrauch 8: Auflagen.

Suttenwerte, f. Berte.

Huteaufsicht, &. 52. Sypotheten wesen in ber Provinz Hanau, beshalbige Geschäfte ber Ortsbehörden, &. 108.

# J.

Sagb, f. Gemeinbe-Sagb.

Sahrmartte, Berlegung berfelben, §. 71, d.

Inventar, Immobilien-Inventar, f. Gemeinbevermogen.

Immobilien, f. Gemeindes Grundeigenthum, Gemeindevermogen.

Rammereivermogen, f. Gemeinbevermogen.

Rammerer, f. Stadtfammerer. Ranale, §. 71.

Rapitalien, Activ=, Kundigung, §. §. 80, 63, d.

Rinder, f. Gemeinde-Ungeborigteit, Denfion, Dienftfreiheit.

Rirchentaffen=Rechnungeführer, Befreiung von Gemein-

bebienften, §. 78, a. Rofarbe (National=), bie mit bem Berlufte bes Rechtes jum Eragen berfelben Beftraften, unfahig jum Erwerbe bes Drts: burgerrechtes, §. 26; nicht stimmfabig in Gemeinbeversammlungen und nicht mablbar ju Gemeindeamtern, §. 27.

Rrahn=Unftalten, §. 71. Rranten=Unftalten, §. 71.

Rreditvaviere, Berauferung, §. §. 80, 63, lit. d.

Rreisamt, Rreisrath (ganbrath), Beruf: hinfichtlich ber Bahl bes Ortsvorstanbes, §. 40; ber Bestätigung besselben, §. 50; ber Verpflichtung besselben, §. 49; hinsichtlich ber Bahl bes Gemeinde = Musichuffes und Gemeinderathes, §. §. 44, 49; der Berpflichtung der Mitglieder des lettern, §. 49; Aufficht beffelben auf die Berwaltung ber Landgemeinden, §. §. 92, 67; Abhörung der Rechnungen der Landgemeinden, 6. 91; Einwirfung auf die Geschäftsführung ber Gemeindebehorben, §. 93 f. übrigens Muffichtebehorbe, Bermaltungebehorbe.

Landes = Abgaben, Landesfteuern, f. Abgaben.

Landgemeinben, Gultigfeit bes Inhaltes ber Gemeinbe= Drb. nung fur biefelben, §. 1; Berbindung mehrerer gu einem Burs germeifter= ober Beimathebegirte, §. 8 - f. übrigens Gemeinbe.

Landrath, f. Rreisrath. Landschiedermefen in ber Proving Sanau, §. 108.

Landwegebaubienfte, Strafbefugniß wegen verfaumter, §. 104, a, S. 140.

Lehrer, Bahl zum Mitgliebe bes Gemeinberathes, S. 47; Beftellung und Befoldung berfelben, f. 61, b - f. ubrigens Schul= lehrer.

Leichenhaufer, §. 71. Leibbanten, G. 3, a.

Lofd=Unftalten, f. Feuerlofd=Unftalten.

# M.

Magistrateglieber, bei Erscheinung ber Gemeinbe=Dronung vorhandene, Unspruch auf Belaffung ihrer Befoldungen, §. 106 Marttfleden, f. Gemeinben.

Marktmeister, bei Erscheinung ber Gemeinbe : Ordnung borhandene, Unspruch auf Belaffung ihrer Besolbungen, §. 106.

Marttwefen, §. §. 52, 71.

Militargerichte, Angestellte bei benfelben, Gemeinde : Angebos rigfeit, S. 14 - f. übrigens Staats Diener.

Militarpersonen, Gemeinde : Ungehörigfeit, f. 14; Gemeinde

Mitgliedschaft, 6. 20; Ortsburgerrecht, 6. 27.

Militarvermaltung, Angesteute bei berfelben, Gemeinde-Angeborigfeit, & 14 - f. ubrigens Staatsbiener.

Minderjahrige, unfahig jum Erwerbe bes Ortsburgerrechtes.

§. §. 26, 28. Ministerium ber Finanzen, f. Finanze Ministerium.

Ministerium des Innern, Genehmigung der Statuten für die Hauptstädte, §. 3; Entscheidung der Beschwerden über die von der Provinzial Regierung geschehene Bestimmung des Berhältenisses der mit einer Gemeinde vereinigten adeligen und sonstigen einzelnen Guter, Hose, Hauser z. zu dieser Gemeinde, §. 5; Zuweisung heimathstoser zu einer Gemeinde, §. 10; Bewilligung der Einführung neuer Berbrauchs-Auslagen auf Berbrauchzgegegenstände zum Besten der Gemeindesalfen, §. 73; Bewilligung der Erhebung von Pstafter, Weges, Brückens und Fährgelbern für die Gemeinden, §. 74; Auslösung des Gemeinde-Ausschlissen in den Hauptstädten, §. 100.

Mublen, einzelne, Berhaltniß in Unsehung bes Gemeinbever=

banbes, 6. 5.

Mublenpachter, als Schutgenoffen, §. 35; als Bertreter ihrer auswarts wohnenden Berpachter, binfichtlich ber Gemeindelaffen, §. 79.

M.

Nachtwacht, §. 78.

Mational=Rotarde, f. Rofarde.

Rebenburgermeifter, §. 7.

Dieberlage=Unstalten, §. 71.

Mormal=Etat ber Gehalte bes Ortsvorftandes und ber Gemeinbebienerschaft, §. 57.

Nothbienfte, §. 68.

Rutungsvorschlage fur bie Gemeindewaldungen, §. 68.

D.

Dberburgermeister in ben Sauptstädten, §. 41; bessen Gehulse und Stellvertreter, §. 41; personliche Ersordernisse eines Oberburgermeisters, §. 42; Besorderung eines solchen zum Staatsdienste, §. 43; Pension besselben, §. 58 — f. auch Ortsvorstand. Dber : Forft : Collegium, Birtfamteit in Unsehung ber Gemein= bewaldungen, 6. 68.

Dbergerichts: Unwälte, ob fie Staatsbiener binfichtlich ber Unnahme von Gemeindeamtern, §. 48, a.

Dbftftamme, f. Gebuhren.

Dbftverkauf, §. 80.

Dertliche Ginrichtungen, f. f. 61, 64, 71, 93. Dertliche Berwaltung, f. Drieverwaltung.

Oron ung, Aufrechthaltung ber gesetlichen und bienftlichen Orb-nung in ben Gemeinden, Titel V.

Dronungs:Register bes Gemeinderathes und bes Gemeindes Musschusses, S. 65.

Dronungsfrafen, §. §. 93=95, 99, 101=104.

Ortsbefriedigungen, §. 71.

Ortsburger, Drisburgerrecht, &. 20; Erwerb bes Drisburgerrechtes überhaupt, S. 34; Berechtigung und Berpflichtung jum Erwerbe bes Ortsburgerrechtes, S. 27; allgemeine Erforderniffe zum Erwerbe bes Ortsburgerrechtes, S. 26; Aufnahme von Auslandern zu Ortsburgern, S. S. 22, 28, 63, lit. a, 64, Mr. 2; Aufnahme von Inlandern, welche nicht Gemeinde: Angeborige find, ju Ortsburgern, S. S. 28, 63, lit. a, 64, Rr. 2, 93, Dr. 1, lit. e; Aufnahme von Gemeinde-Ungehörigen, S. S. 27, 63, lit. b, 93, Mr. 1, lit. e; Borbehalt bes Ortsburgers rechtes bei bem Ubjuge aus einer Gemeinde, S. S. 17, 30; Berluft bes Drtsburgerrechtes, §. 30; vergl. auch §. 27 a. E. und §. 26; Berzeichniß ber Ortsburger, §. 21; Ortsburger, boch besteuerte, §. §. 32, 38, 39; Ortsburger, Stimmfäbigkeit, §. §. 20, 27, 38, 39, 45, 63, 64, 93, Nr. 1, lit. e, 98: Ginflug ungefehlicher Entziehung berfelben auf bie Bahl, 6. 27, d - f. ubrigens Ubgaben, Chrenburgerrecht.

Drts-Ginrichtungen, f. ortliche Ginrichtungen.

Drte : Gintheilung, §. 53.

Ortsgemeinben, f. Gemeinbe.

Ortegenoffen ohne Beimath in ber Gemeinde, f. 35. Ortspolizei, Berwaltung berfelben, §. §. 61, 71; bei gufam=

mengefetten Gemeinden, §. 7; bei einzeln liegenden Bohnftatten, 6. 5; Roften bes Polizeiperfonals und Polizeidienftes, 6. 76; Einwirkung ber Muffichtsbehorbe, §. 93; Beftrafung ber Biberfeblichkeit gegen ortspolizeiliche Berfügungen, 6. 105.

Driefteuer=Erheber, Befreiung von Gemeindedienften, §. 78, b. Ortsvermogen, beffen Ertrag ju Beftreitung von Gemeinde:

Ausgaben bestimmt ift, S. S. 70, 63, lit. d. 80, 82, 84, 93. Ortsverwaltung, S. 61; in Ansehung einzeln iegender Bohnflatten, 6. 5; Einwirfung ber Auffichtsbehorbe, 6. 93 - f. ubrigens Ortspolizei.

Ortevorstand, §, 36; Bahl beffelben, §. §. 40, 42, 46, 51, 106; auf Lebenszeit, §. 51, a; personliche Erforbernife eines Ortsporftandes, §. 42; Beftatigung beffelben, 6. 50; Berfagung ber Beftatigung, 6. 50; ohne Mittheilung ber Grunde, §. 50, b; Beeis bigung (Berpflichtung) beffelben, §. 49; Dauer ber Umtbfuh= rung beffelben, §. 51; Riederlegung bes Umtes, §. 50, a; verfcbiebene Benennung beffelben, S. 41; Unverträglichkeit beffen Umtes mit bem Dienfte bes Stadtfammerers und Gemeinde= Erhebers. 6. 55; Mitversehung bes Stadtschreiber = Umtes von Seiten beffelben, §. 54; Stellvertretung bes Drisvorstandes (Beigeordneter), §. 62; in Bufammengefetten Gemeinden, 6. 7; Unterftupung bes Drisvorstandes burch die Borfteber von Stadt. und Gemarkungstheilen, §. 53; Beruf bes Ortsvorftanbes uberbaupt, 6. 6. 36, 59; Bermaltung bes Gemeindemefens. und pollziehende Gewalt bes Ortsvorstandes in Gemeindefachen, 6. 59; ausschliesliches Recht beffelben, Die Gemeinde zu versammeln, 6. 59; Berfammlung bes Gemeinberathes und Gemeinbe = Musschuffes burch benfelben, §. 65; Beranlaffung einer großen Musfcugversammlung burch benfelben, §. 82; Leitung zc. ber Babt ber Mitglieder bes Gemeinde = Musschuffes, 6. 6. 38, 45; bes Gemeinderathes, 6. 6. 39, 45; Borfit beffelben im Gemeinderathe und leitung beffen Geschafte, 6. 59; vorlaufige Aussehung ber Bollgiehung ber Befchluffe bes Gemeinberathes, 6. 59; Berfugung in Fallen, in welchen Gefahr bei bem Berguge ift, 6. 59; Unterzeichnung aller Musfertigungen, S. 60; Falle, mo bie Beglaubigung der Unterschrift bes Ortsvorstandes in gandgemeinden erforberlich ift, §. 60; Mitunterzeichnung ber Schuldbekenntniffe und Procegvollmachten burch die Mitglieder bes Gemeinderathes, 6. 60; Musftellung von Armuths =, Bermogens =, Beimaths= und bergleichen Scheinen, §. 60; Borfchlag Des Ortsvorftanbes gur Bilbung von Deputationen aus Mitgliebern bes Gemeinberathes für einzelne Zweige ber Gemeindeverwaltung, 6. 52; Bers waltung bes Gemeindevermogens durch benfelben ic., §. 67; Husführung ber fur die Gemeindewalbungen feftgefetten Cultur- und Rutungevorschlage, §. 68; Ertheilung von Bablungeverfügungen in bringenben Fallen, §. 87; Ertheilung von Mustunft über Gegenstande ber Bermaltung bes Gemeinbevermogens und ber ortlichen Ginrichtungen an ben Gemeinbe = Musschuß, 16. 64; Dbliegenheiten beffelben bei verfagter Ginwilligung bes Mubichuffes. 6.83; bei dem Ubleben bes Gemeinde-Rechnungeführers, 6.87; hinsichtlich ber Bestimmung bes Berfahrens wegen Beitreibung ber Ruditanbe in ben Stadten, §. 88; binfichtlich ber Fubrung eines Bergeichniffes ber Gemeindeglieber, 6. 21; Beruf beffelben als Bulfsbeamter bes Staates, §. §. 36, 61, 93; Befugniß bes Ortsvorstandes ju Ordnungsstrafen gegen bie Gemeindes beamten und geringeren Diener und zur vorläusigen Suspension der Gemeindediener vom Amte, §. 103; Antrag auf disciplinarische Ahndung gegen Mitglieder des Gemeinderathes, §. 103; Zwangsmittel des Ortsvorstandes gegen Ortsbewohner überhaupt, §. 104; gerichtliche Bestrasung der Beleidigungen und Widerssetzlichkeiten gegen den Ortsvorstand, §. 105; Disciplinarverschren gegen denselben, §. 94; Pensionen des Ortsvorstandes und der Witwen und Waisen desselben, §. 58; Ersordernis einer neuen Wahl rücksichtlich der auf Lebenszeit bestellten Ortsvorsstande, §. 106 — s. übrigens Ortspolizei.

Ortezugehörungen, bewohnte, §. 53.

# P.

Påchter, als Schutgenoffen, §. 35; auswärts wohnender Grunde eigenthumer, beren Bertreter hinsichtlich ber Gemeindelasten, §. 79. Patrimonialgerichte Ramholz und Romsthal, §. §. 13, 50, 92.

Penfionare, Gemeinbe = Ungeborigfeit, §. 13.

Den fion en., ber auf Lebenszeit gewählten Oberburgermeifter und Burgermeifter in ben Stadten, ber auf Lebenszeit gewählten ftabtifchen Unterbeamten, beren Witwen und Baifen, §. §. 58, 98. Pfarreien, von Gemeinde=Berbrauchs=Abgaben nicht erimirt,

§. 73, a, S. 105.

Pfarrer, f. Geiftliche.

Pflafter (Strafen=), §. 71. Pflaftergelber, §. §. 74, 75.

Pflafterfteuern, 6. 71.

Pflegefinder, Gemeinde = Ungehörigfeit, 6. 18.

Polizei, Polizeidienst, Polizeipersonal, f. Ortspolizei. Privatdienst, in solchem stehende Personen als Schutgenoffen, &. 35.

Privat = Docenten, beren Unterthanenrecht und Gemeinde-

Ungehörigfeit, §. 13, a.

Protocoll, über die Wahl der Mitglieder des Gemeinde : Ausschusses, §. 45; über die Beschlüsse des Gemeinderathes und Gemeinde : Ausschusses, §. 65; über Feststellung des Grunds Etates, §. 86; Grad der Glaubwürdigkeit der Protocolle der Gemeindebehorben in gewissen Fallen, §. 105.

Propinzial-Regierung, Aufsichtsbehörde für die städtische Berwaltung, §.92; Beruf berselben hinsichtlich der Errichtung ic. und Bestätigung der Statuten, §.3; binsichtlich der Bestimmung des Verhältnisses der Ritterguter, ehemals abeligen geschlossenen Freiguter und sonstiger einzelnen Besitzungen zu den Gemeinden, §.5; binsichtlich der Auseinandersetzung der gemeinschaftlichen Verhältnisse mehrerer zu einer Gemeinde vereinigten Ortschaften,

welche biefe Berbindung nicht fortfeten wollen, §. 7; hinsichtlich ber Berbindung mehrerer gandgemeinden zu einem Burgermeifterober Beimathebegirte, f. 8; hinfichtlich ber Bahl bes Ortsvorftanbes, §. 40; insbesondere hinsichtlich ber Wahl von Gafts und Schenfwirthen ju Ortsvorstanden, §. 42; hinsichtlich ber Bestätigung bes Ortsvorstandes in den Stadten, mit Musnahme ber Sauptstädte, §. 50; binfichtlich ber Beeibigung bes Drts: vorstandes in ben Sauptstädten, § 49; hinfichtlich ber Mitver= febung bes Stadtichreiber-Umtes burch die Burgermeifter, §. 54; binfichtlich ber beendiaten Babl bes Gemeinde-Ausschuffes in ben Sauptstadten, 6. 49; bei fortwahrender Bernachlaffigung ober Berletung feiner Pflichten von Seiten eines Gemeinde-Ausschusfes, 6. 100; hinfichtlich ber Bahl von Mitgliedern bes Burger-Musschuffes, welche in einem naben Bermandtschafts- ober Schmagerichafte Berhaltniffe fteben , & 44; hinfichtlich ber Beschwerben über versagte Bulaffung ber Ablehnung ber Bahl jum Mitgliebe bes Gemeinderathes, §. 47; hinfichtlich ber Beeidigung ber Dit. glieder des Gemeinderathes in den Sauptstädten, §. 49; hinficht= lich der Erhaltung bes Gemeindevermogens und richtigen Berwendung bes Ginkommens ber Gemeinden, §. 67; hinfichtlich ber Gemeindewaldungen, §. 68; hinsichtlich ber Unordnung von Maagregeln jur Sicherung ber Berbrauche: Muflagen, Beges, Bruden=, Fahr = und Pflaftergelber, 6. 75; binfichtlich ber Er= theilung ber erforderlichen Unleitung fur die Ginrichtung des Bor= anschlags und des Protocolls über beffen Fesistellung, 6. 86; binfichtlich bes bei berfelben einzureichenden festgestellten Boranschlags von ben Stadten, S. S. 86, 93, Rr. 1, lit. a; hinfichts lich ber Bestimmung ber Dienstburgschaft ber Stadtkammerer 6. 87; hinfichtlich ber abgeschloffenen Rammerei = Rechnungen, §. §. 90, 93, lit. b; binfichtlich ber Ginmenbungen ber Stan= desherren gegen die Unnahme neuer Gemeindeglieder, f. 92; in Unsehung ber Zuweisung Beimathelofer zu einer Gemeinde, 6. 10 - f. übrigens Muffichtsbeborbe.

Proceffe, Procegvollmacht, f. Gemeinbeproceffe.

Q.

Duart, Rotenburgische, s. Rotenburgische Beamten, R. Bezirke, R. Diener. Quartier, s. Stadttheile. Quartier=Commissar, s. Stadttheile.

M.

Ramholz, f. Patrimonial-Gerichte. Rathofdreiber, Unspruch ber bei bem Erscheinen ber Gemeinbe-Drbnung vorhandenen, auf Belassung ihrer Befoldung, §. 106. Rath be er wandte, Unfpruch ber bei bem Erscheinen ber Gemeindes Ordnung vorhandenen, auf Belaffung ihrer Besoldung, §. 106.

Realberechtigungen, Beraugerung, S. S. 80, Mr. 9, 63, lit. d. 81, 82, 84, 93, Mr. 1, lit. a.

Receß eines Gemeinde-Rechnungsführers, deffen Beitreisbung, &. 88, a.

Rechnungswesen ber Gemeinden, f. Dienstburgschaft, Gemeinde-Erheber, Gemeindekaffe, Gemeinde-Rechnung, Stadtkammerer.

Recognitionsgeld, von Ausburgern zu entrichtendes, §. 30.

Recurs an bie Aufsichts = ober Sobeitsbehorbe ic., aufschiebenbe Wirfung beffelben, § 93.

Regierung, f. Provinzial=Regierung.

Regierungs Deputation ju Rinteln, beren Birtfamteit in Gemeinbe Mngelegenheiten, S. 92, a.

Regierung 6- Deputirte in Rinteln, Anwesenheit bei ber Bahl bes Drisvorstanbes, 6. 40.

Reihedienfte, §. 78 - f. übrigens Gemeinbebienfte.

Reinigung ber Strafen, §. 71.

Reifetoften ber Gemeindebelorben, §. 57.

Reich Britterfchaft, vormals unmittelbare, Gemeinde : Ungehos rigfeit ber Mitglieder berfelben, §. 9.

Refrutirung bfachen, Dienstverhaltniß bes Ortsvorstandes jum Kreisamte, g. 61, a.

Repartition ber Gemeinbelaften, f. Gemeinbelaften.

Rettungs: Unstalten, §. §. 71, 72.

Rittergüter, Berhaltniß in Ansehung ber Ortsverwaltung und bes Gemeindeverbandes, §. 5.

Ritterschaft, altheffische und Schaumburgische, Gemeinde: Ungehorigkeit ber Mitglieder berfelben, §. 9.

Romsthal, f. Patrimonial= Berichte.

Rotenburgische (Fürstlich) Beamten, Gemeinde = Angehörigfeit, 6. 13.

Rotenburgische Begirke, Beaufsichtigung ber Gemeindeverwaltung in benselben, §. 92; Bestätigung ber Ortsvorstände in benselben, §. 50.

Rotenburgische (Fürstlich) Diener, Gemeinde = Angehörigkeit, 6. 13.

Mottlandereien, erbliche Berleihung berfelben, §. §. 80, Mr. 9, 63, lit. d, 81, 82, 84, 93, Mr. 1, lit. a.

Rudftanbe, Beitreibung, §. §. 88, 89; Erlaß, §. §. 63, lit. d, 80, Nr. 5.

Rudftands : Bergeichniß bes Erhebers, §. 89.

Schabungen, Deputation aus Mitgliebern bes Gemeinberathes fur Diefelben, 6. 52; bes Werthes ju veraugernder Bauplate, §. 81.

Schenkwirthe, Bekleidung bes Umtes eines Ortsvorftandes von

Seiten berfelben, 6. 42.

Schenkwirthschafts-Concessionen, g. 61, a, S. 74.

Schoffen, bei bem Erscheinen ber Gemeinbe : Ordnung vorban= bene, Unfpruch berfelben auf Belaffung ihrer Befolbung, §. 106. Schuldbetenntniffe ber Gemeinden, beren Unterfiegelung und

Unterzeichnung, §. 60. Schulben, f. Concurs, Gemeinbefculben, Schulbbe=

tenntniffe, Schuld verfchreibungen.

Schuldverschreibungen von Privaten, Ceffion berfelben, §. 80, Nr. 7.

Schulhaufer, beren Erbauung, §. 61, b, S. 76.

Schullehrer, Gemeinde = Ungehörigkeit, S. 13; feine Gemeinde= biener, 6. 61, b, G. 75; Dienstfreiheit, 6. 78 - f. übrigens Lehrer.

Schultheisen, Unspruch ber bei bem Erscheinen ber Bemeinbe-Ordnung verhandenen auf Belaffung ihrer Befoldung, 6. 106.

Schutgenoffen, §. 35.

- Schwagerschaftsverhaltniß, ber zu Mitgliedern bes Gemeinderathes und bes Gemeinde = Musichuffes Gemablten, §. 44; Abtreten ber in Folge eines folden betheiligt erscheinenden Dit= glieber bes Gemeinderathes und Gemeinde = Musichuffes bei ben betreffenben Berhandlungen, §. 66.
- Sich erheitsleiftung ber Stadtfammerer und Gemeinde = Erheber, 6. 87.

Sicherungs: Gelanber, §. 53.

Sicherungsmaagregeln zur Berhutung von Unterschleifen bei Abgaben, 6. 75.

Siechenhaufer, §. 71.

Soldaten, Gemeinde-Angehörigkeit, und Nachweifung biefer bei beren Berebelichung, §. 14.

Spanndienste, &. 78 — s. übrigens Gemeindebienste. Sparkassen, &. 71, &. 3, a. Sporteln, f. Gebuhren.

Staatsbehorben, Geschäftsverkehr berfelben mit ben Gemeindes behorden, S. S. 60, 102 — f. übrigens Auffichtsbehorde, Finang=Ministerium, Forstbehorde, Areisamt, Mini= fterium bes Innern, Dber-Forft-Collegium, Provingial=Regierung, Berwaltungsbeamte, Berwaltungs= behorbe. Staatsbiener, Gemeinde-Angehörigkeit, §. §. 13, 14, 15; Befreiung vom Burgergelbe, §. 23, a. §. 31; vom Einzugsgelbe, §. 23; Berechtigung und Verpflichtung berfelben zum Erwerbe bes Ortsburgerrechts, §. 27; Bahl berfelben zu Gemeinbeamtern, §. 48; Dienstfreiheit, §. 78.

Staatspapiere, im Befite von Gemeinden, beren Beraußerung,

§. 63, lit. d, §. 80, Nr. 7.

Staats wal bungen, Berhaltniß in Ansebung ber ortlichen Berwaltung, §.5; Berechtigungen ber Gemeinden in solchen, §. 72. Stadt, Stadte, welche Orte als solche anzusehen, §. 1; Gultigkeit bes Inhalts der Gemeinde Drbnung fur dieselben, §. 1

- f. übrigens Gemeinben.

Stadtkammerer, Bestellung, §. 55; Dienstburgschaft, §. 87; Berhaltniß zum Ortsvorstande, §. 59; Unverträglichkeit dessen Amtes mit dem des Ortsvorstandes, §. 55; Obliegenheiten, §. 87; insbesondere hinsichtlich der Rechnungs-Ablage, §. §. 87, 90; Maaßregeln bei dessen Ableben, §. 87; Anspruch der bei dem Erscheinen der Gemeinde-Ordnung vorhandenen auf Belaffung ihrer Besolvung, §. 106 — s. übrigens Gemeindeamt.

Stadttaffe, f. Gemeindetaffe.

Stadtmauern, §. 71, Mr. 9.

Stadtrath, §. 36 - f. Gemeinderath.

Stadtrecht, Ertheilung, §. 1.

Stadtschreiber (Stadtsecretar in den Hauptstädten), Bestellung, §. 54; Berhaltniß zum Ortsvorstande, §. 59; Mitverses hung des Stadtschreiber - Umtes von dem Burgermeister, §. 54; Unspruch der bei dem Erscheinen der Gemeinde - Ordnung vorshandenen auf Belassung ihrer Besoldung, §. 106.

Stadtsecretar, in den Hauptstädten, §. 54; Obliegenheit bei der Rechnungs = Abhorung, §. 90 — siehe übrigens Stadts

fdreiber.

Stadttheile, Eintheilung einer Stadt in solche, §. 53; Bornahme der Wahl der Mitglieder des Gemeinde-Ausschuffes nach
Stadttheilen, §. 45; Borsteher derselben und Stellvertreter dieser
Vorsteher, §. 53; Anspruch der bei dem Erscheinen der Gemeindes Ordnung vorhandenen Vorsteher auf Belassung ihrer Besoldung, §. 106.

Stadtthore, §. 71, Dr. 9.

- Stadtviertel, f. Stadttheil.
- Stanbesherren, Eremtion von der Bestimmung, wonach jeder Staats: Angehörige einer Gemeinde angehören muß, §. 9; Gemeindes Angehörigkeit der Beamten und Diener derselben, §. 13; Bersehung der durch die Gemeindes Ordnung den Verwaltungsbeamten überwiesenen Geschäfte in den Bezirken der Standessherren, §. 92; Besugniß der Standesberren hinsichtlich der Ans

nahme neuer Gemeinbeglieber, §. 92; binfichtlich ber Bestätigung ber Ortsvorstande in ben ftanbesherrlichen Bezirken, §. 50.

Statuten, Grundlage der Gemeindeverfassung, §. 2; Errichtung, Erganzung, Abanderung und Bestätigung derselben, §. 3; Abanderung besonderer Rechtsverhaltnisse durch dieselben, §. 3; Bestimsmung des Einzugs und Einkaufsgeldes durch dieselben, §. §. 23, 24; Bestimmung wegen Eintheilung der Ortsburger in Klassen der Gemeinde Ausschusseriglieder, §. 45; Bestimmung wegen des Bertheilungsfußes bei den Gemeinde Umlagen, §. 77; Anordnungen hinsichtlich der Gemeindebienste, §. 78.

Stege, §. §. 53, 71.

Stell vertreter, bes Ausschuftvorstehers, §. 38; bes Ortsvorsftandes, §. §. 62, 61, 7, 105; bes Oberburgermeisters, §. 41; ber Vorsteher von Stadttheilen, §. 53; bei Leistung von Gemeindes biensten, §. §. 78, 79.

Steuern, f. Abgaben, bochbefteuerte Drtsburger.

Stiftungen, §. 71.

Stimmfähigfeit ber Drtsburger, f. Drteburger.

Stimmengleich heit, Stimmen mehr heit bei ber Bahl ber Mitglieder des Gemeinde-Ausschusses, §. 45; bei der Bahl der Gemeinderathsglieder und des Ortsvorstandes, §. 46; bei den Berhandlungen des Gemeinde-Ausschusses und des Gemeinde-rathes, §. 65.

Strafarbeit, f. Arbeiteftrafe, Strafe.

Strafe, eine mit Berluft bes Rechtes jum Tragen ber Nationals Rofarde verbundene, oder megen Entwendung, Beruntreuung ober Betrugs erkannte, Grund ber Berhinderung des Erwerbes bes Ortsburgerrechts, §. 26, und der Ausubung bes Rechtes ber Stimmgebung in Gemeindeversammlungen, sowie ber Gelan= gung ju Gemeinbeamtern, §. 27; Strafe berjenigen Ortsburger, welche bei ber Bahl ber Mitglieber bes Gemeinbe Musichuffes ohne hinreichende Entschuldigung mehrmals zuruchtleiben, §. §. 45, 63, lit. c, 64, Dr. 3; Strafe ber Uebertretung ber Maagregeln gur Sicherung ber Berbrauche Huflagen, ber Pflafter =, Beges, Rahr = und Brudengelber, §. 75; Berbugung von Urbeitsftrafen jum Bortheil ber Gemeinbe, §. 78; Strafe gegen Drisvorstande und Gemeindebehorben, welche ben gefetlichen Borfchriften ic. binfichtlich ibrer Geschäftsführung nicht Folge leiften, §. §. 94, 101, 102, 103; gegen Gemeindebeamten megen Bergeben, Dienftvernachlaffigungen, Dienftwidrigkeiten zc., §. §. 95, 101, 103; gegen Gemeindebiener, § § 64, 96, 97, 101, 103; gegen Mitglieder bes Gemeinde Musichuffes, welche ohne genugende Entschuldigung bei ben Musschußversammlungen fehlen, ober in benselben fich ordnungswidrig benehmen, &. &. 99, 101; Stra-

fen gegen Ortsbewohner, wegen Storung ber Orbnung bei offentlichen Berhandlungen, wegen Beleidigung und Biberfets lichfeit gegen Gemeindebehorden, S. S. 104, 105; Entscheidung ber Beschwerben über bie von Gemeindebehorben verhangten Ordnungestrafen, §. 93., Dr. 1, lit. f.; Raffe, in welche folche Ordnungestrafen fließen, §. §. 103, 104; Bermandlung berfelben in Strafarbeit, §. 104 (§. 78).

Strafen, §. §. 53, 71; Erleuchtung berfelben, §. 71; Reinis gung berfelben, §. 71.

Straßenpflafter, 6. 6. 53, 71.

Suspension vom Umte, bes Ortsvorftandes und ber Mitglieber ber Gemeindebehorden, §. 94; ber Gemeindebiener, §. 103.

Tange, offentliche, Erlaubniß zu folchen, 6. 61, a. G. 73.

Tagegelber ber Gemeindebehorden, §. 57.

Tagelohner, nicht stimmfahig als Ortsburger und nicht mable bar zu Gemeindeamtern, §. 27.

Taration, f. Abschähung, Schähung.

Tagewacht, &. 78. Tambour, Regimentse, Unterthanenrecht und Gemeinde-Ungehörigfeit, S. 14, a.

Zeiche, §. 71.

Thore eines Ortes, 6. 71.

Todtenhofe, §. 71.

Eranten (Bieh =), §. 71.

Trauung, f. Beirath. Trottoirs, f. Fußmege.

11.

Uebergieben, Uebergug an einen andern Ort, f. f. 13, 16, 17, 18, 23, 24, 25, 30, 33, 34, 35.

. Uferbau, f. Bafferbau.

Umlagen, §. §. 77, 63, lit. d, 80, 84, 93, Mr. 1, lit. a.

Unterbediente, f. Gemeindedienerschaft.

Untergerichte, Beitreibung ber Rudftanbe in ben Landgemein= ben burch dieselben, §. 89; Berpflichtung bes Stadtbienerperfonals durch dieselben in Beziehung auf die Beitreibung ber Rudftande, §. 88; Disciplinargewalt über die Ortsvorftande, §.102, a. - f. übrigens Berichte.

Unteroffiziere, Nachweisung ber Gemeinbe : Ungehörigkeit bei

ihrer Berebelichung, 6. 14.

Unterschleife hinsichtlich ber Berbrauchs = Muflagen, Pflafters, Beges, Fabr = und Brudengelber, §. 75.

Unterfchrift bes Ortsvorstandes und ber Mitglieder bes Gemeinberathes, 6. 60.

Unterftubung von Witmen und Baifen ftabtifcher Beamten, 6. 58; Ortsburger, welche von Unterflugungen leben, nicht ffimmfahig in Gemeinbeversammlungen und nicht wahlbar ju Gemeindeamtern, §. 27.

Urfunben, welche bie Gemeinde verbinden follen, beren Unterzeichnung und Unterfiegelung, §. 60.

#### $\mathfrak{M}$ . $\cdot$

Bagabunben, Buweifung zu einer Gemeinde, §. §. 10, 23.

Berauferung von Grundftuden und Realberechtigungen, &. &. 63, lit. d, 80, Mr. 9, 81, 82, 84, 93, Mr. 1, lit. a; von Staate: und anderen offentlichen Rreditpapieren und von Privat-Schuldverschreibungen, §. §. 80, Dr. 7, 63, lit. d; von Baus plagen, §. 81, jahrlicher Nugungen, §. 80; Beraußerungen obne offentliches Ausgebot, §. §. 80, 81.

Berbrauchs-Auflagen, §. 73; Einführung, §. §. 63, lit. d, 80, Nr. 12, 73; Sicherung, §. 75; Aversionirung ober Berpachtung beren Ertrags, §. §. 63, lit. d, 80, Nr. 12, 84, Mr. 2, 93, Mr. 1, lit a; Abschaffung, S. S. 63, lit d, 80,

Mr. 12.

Berbrechen nnb Bergeben, welche jum Erwerbe bes Drtsburgerrechtes unfahig machen, §. 26; ber Stimmfabigfeit in Gemeindeversammlungen und ber Bahlbarteit zu Gemeindeamtern berauben, 6. 27 - f. übrigens Strafen.

Bergutungen ber Gemeindebehorden von Privaten, 6. 57. a.

Bertauf, f. Berauferung.

Bergleich, Abschließung eines folden, §. §. 80, Rr. 6, 63, lit. d.

Berhaftung von Ortsbewohnern, Falle, wo ber Ortsvorstand folche zu verfügen befugt ift, §. 104.

Berleihung, erbliche, von Rottlandereien, §. §. 80, Dr. 9, 63, lit. d, 81, 82, 84, 93, Mr. 1, lit. a.

Bermogen, welches bei bem Erwerbe bes Ortsburgerrechts von Gemeinde-Ungehörigen, §. 27; von anderen als Gemeinde-Ungeborigen, §. 28, §. 63, a, G. 80, nachzuweisen ift - f. übrigens Gemeindevermogen, hochbesteuerte Orteburger.

Bermogensbefcheinigungen, §. 60.

Berpachtung gemeinheitlicher Immobilien und Gerechtfame. 6. 6. 80, Rr. 3, 63, lit. d - f. ubrigens Berbrauchs= Muflagen.

Berpfanbung von Gemeinbevermogen, g. g. 80, 63, lit. d.

84, 93, Mr. 1, lit. a.

Berpflichtung bes Ortsvorstandes und ber Mitglieber bes Gemeinderathes, §. 49; des Stadtbienerpersonals in Beziehung auf die Beitreibung ber Rudstande, §. 88.

Berfammlung, f. Gemeindeversammlung, Gemein-

berath, Gemeinde=Ausschuß.

Berfteigerung, offentliche, §. 81; gerichtliche, §. 81.

Bertheilung ber Gemeindelaften, f. Abgaben, Gemeinbe- laften.

Bertrage ber Gemeinde mit Mitgliebern bes Gemeinderathes,

§. 80, Nr. 4, 63, lit. d.

Bermalter von Grundeigenthum, Vertreter ber auswarts mohnenden Grundeigenthumer hinsichtlich ber Gemeindelasten, §. 79.

Bermaltung, f. Bermaltungsbeamte, Bermaltungs:

behorbe, Drisverwaltung.

Verwaltungsbeamte, Berwaltungsbehorbe, Mitwirskung zur Bestimmung des Verhältnisses einzelner Besitzungen zu den betreffenden Gemeinden, §. 5; zu der Vereindarung über die Arennung mehrerer, disher zu einer Gemeinde vereinigt gewessener Ortschaften, §. 7; Anwesenheit dei der Wahl des Ortsvorstandes, §. 40; Obliegenheit hinsichtlich der Wahl des Gemeinde-Ausschusses und der Beeidigung des Ortsvorstandes und der Mitglieder des Gemeinderathes, §. 49; Beglaubigung der Unterschrift des Ortsvorstandes in den Landgemeinden, §. 60; Abhörung ze. der Gemeinde-Rechnungen in den Landgemeinden, §. 91; Versehung der Geschäfte der Verwaltungsbehörden in den standesherrlichen Bezirken und in den Patrimonialgerichten Ramsholz und Nomsthal, §. 92.

Bermanbtichafteverhaltniß ber ju Mitgliebern bes Gemeins berathes oder Gemeinde : Ausschuffes Gewählten, S. 44; Abtresten ber in Folge eines folchen betheiligt erscheinenben Mitglieber bes Gemeinderathes und Gemeinde : Ausschuffes bei ben betref-

fenben Berhandlungen, §. 66.

Bergeich niß ber hochbesteuerten Ortsburger gu Bahlen von Musichuß: und Gemeinderaths : Mitgliedern, g. 38, a.

Biceburgermeifter, §. 62.

Biehtranten, §. 71.

Biertelsmei fer, Anspruch ber bei Berfundigung ber Gemeindes Ordnung vorhandenen auf Belaffung ihrer Befoldung, §, 106.

Bisitation ber Gemeindeverwaltung, §. 93.

Bolliahrigkeit, Erforderniß bei Erwerbung bes Ortsburgerrechts, S. S. 26, 28.

Bollmacht zu Gemeinbeproceffen, §. §. 60, 63, 80, 85.

Bollziehungsgewalt in Gemeinbefachen, §. 59. Boranfchlag, f. Gemeinbe-Grund-Etat.

Borfteber, f. Gemeinde-Ausschuß, Stadttheile.

Baaae=Unftalten, §. 71. Bafferungs=Unftalten, §. 71.

Bablbarteit gu Gemeinbeamtern, Perfonen, bei welchen bie Bahlbarkeit rubet, §. 27; Bahlbarkeit zu ber Stelle eines Mitaliebes bes Gemeinbe-Ausschuffes, f. f. 38, 44; eines Gemeinde-Ausschußvorstehers, S. 38; eines Mitgliedes bes Gemeinberathes, §. §. 39, 44; eines Drisvorstandes, §. 42.

Drisvorstand, Gemeinbe = Musschuß, Ges Wahl, s.

meinbe-Musich ugvarfteber, Gemeinberath.

Bablbirigent, §. §. 40, 45, 46. Bahlgehülfen bei ber Bahl bes Gemeinderathes und bes Ortsvorstandes, §. 46.

Bablzettel bei ber Babl bes Ortsvorstandes und bes Gemeinbe-

rathes, S. 46.

Baifen, f. Gemeinde=Angehörigkeit, Penfion, Un= terftugung.

Balbnugungen, Bermerthung berfelben, &. 6. 63, lit. d.

80, Nr. 3, 84, Nr. 6, 93, Nr. 1, lit. a.

Balbungen, außerhalb einer Gemeinde-Gemartung, beren Ber= haltniß zur Ortsverwaltung, G. 5 - f. übrigens Gemeinbe: malbung.

Basch=Unstalten, §. 71.

Bafferbau, §. 78.

Wasserbaubienste, §. 78. Wasserbaubienste, §. 71. Wege, §. §. 53, 71, 74, 78. Wegebau, §. §. 52, 53, 71, 74, 78.

Begebaubienfte, §. 78. Begegelber, §. §. 74, 75.

Berte (Berg =, Butten =, Sammer = und bergleichen Berte). Berhaltniß in Unsehung ber Ortsverwaltung, §. 5.

Biberfetlichfeit gegen Gemeindebehorben, f. Strafe.

Birthe, f. Schenkwirthe, Gastwirthe, Birthichafts: pachter.

Wirthschaftspachter als Schutgenoffen, §. 35.

Bitwen, Gemeinde-Ungehörigkeit, g. 11; Dienstfreiheit in befonberen Fallen, 6. 78; ber auf Lebenszeit gewählten Burgermei= fter, Dberburgermeifter und ftabtischen Unterbeamten, Denfionen und Unterstützungen, §. 58.

Bitwen= und Baifen=Unstalten, Theilnahme an benfelben für die Witwen und Waisen der auf Lebenszeit gewählten Dberburgermeifter, Burgermeifter und ftabtischen Unterbeamten,

§. 58.

Bohlthatigfeite: Unftalten, f. ortliche Ginrichtungen.

Wohngebaube, Wohnstätten, einzelne, f. Gebaube. Wundarzt, Wahl eines solchen zum Mitgliede bes Gemeinderathes, §. 47, §. 48, a; Dienstfreiheit, §. 78.

3.

Bablungeverfügungen, §. §. 87, 80, Rr. 1. Behrungeto ften ber Gemeinbebehorben, §. 57.

Beitverpachtung, f. Berpachtung.

Beugniffe, von bem Ortsvorstande ju unterzeichnende, §. 60 - f. auch Erwerbfahigkeit.

3mangsmittel bes Ortsvorstandes gegen Gemeindebeamten und Gemeindebiener, §. 103; gegen Ortsbewohner überhaupt, §. 104.

# Rachträge.

#### Bu 6. 3.

Rr. 6590 Pr. b. I. Die Regierung ju N. berichtet über ben von bem Burgermeister zu N. zur Bestätigung eingereichten Entawurf zu Statuten fur bie Stadt N.

Beschluß vom 17ten August 1837.

Der Regierung wird eröffnet, daß, da die Befreiung der Staatsbiener von Gemeindelasten durch deren Heranzishung zum Gemeindeverbande in Folge der Gemde. Ordn. weggefallen ist, mithin seit deren Berkündigung ein deshalbiges besonderes Rechtsverhältniß, von dessen dermaligen Abänderung es sich handeln könnte, nicht vorhanden ist, unter den im §. 3 der Gemde. Ordn. erwähnten besonderen Rechtsverhältnissen vielmehr nur solche verstanden werden können, welche neb en der allgemeinen Eigenschaft des Gemeinder solliedes sur gewisse Einwohner oder Einwohnerkassen schon vor der Gemde. Ordn. vorhanden waren und durch dieses Gesetz nicht geändert worden sind, die Staatsdiener in ihrem Stande als solchem kein Rechtsverhältniß sinden können, welches bei dem §. 8 der Statuten sur die Stadt N. gewahrt werden müßte.

### Bu g. 5.

Rr. 132 Pr. b. J. Sochste Entschließung, wodurch gnabigst genehmigt wird, daß die Guter N. und N. im Kreise N. hinsichtlich ber ortlichen Verwaltung einer Gemeinde gleichgestellt werden.

Befdluß vom 9ten Januar 1837.

Der Regierung zu N. wird davon mit dem Bemerken Nachricht gegeben, daß ein einzeln liegender größerer Hof, welcher rucksichtlich ber drtlichen Berwaltung einer Gemeinde gleichgestellt wird, in keiner Weise eine Berwaltung nach dem Zuschnitte erhalten soll, wie sie sur die Gemeinden vorgeschrieben ist, sondern daß es lediglich ersorderlich ist, einer Person daselbst die detrliche Berwaltung zu übertragen, und darauf zu halten, daß dieselbe nach den Gesetzen ausgeübt wird, daß mithin keinerlei Urt von Gemeindebehörden, kein Burgermeister und kein Vicedurgermeister bestellt wird, und es auf keine der Ersordernisse, welche für die Gemeindeamter verlangt werden, ankommt.

Rr. 3308 Pr. b. J. Die Regierung zu N. berichtet hinsichtlich ber ortlichen Verwaltung auf ben einer Gemeinde gleichgestellten Sofen N. und N.

Befchluß vom 29ften Upril 1837.

Die Befugnisse und Verpflichtungen bes Besitzers einer einzeln liegenden größeren Anlage, welche nach §. 5 der Gemde. Ordn. rücksichtlich der örtlichen Verwaltung einer Gemeinde gleichgestellt worden ist, sind lediglich auf die Ausübnng derjenigen Verwaltung zu beschränken, welche local im eigentlichen Sinne, d. h. wegen der zu der Anlage gehörigen Localitäten nothwendig ist, die Feldund Gartenpolizei u. dgl., wogegen in Betress aller sonstigen Polizeiund weiteren öffentlichen Verwaltung der frühere Justand unverandert bleibt. Es ist von jeder anderweiten Gleichstellung des vorgenannten Besitzers mit einem Ortsvorstande, von jeder Einraumung einer Strasbesugniß an denselben abzusehen, und außer der angegebenen localen Beziehung überall der Justand beizubehalten, welcher vor der Gemeinde Dronung bestand.

## 3u §. 7, Sat 3.

Rr. 9462 Pr. b. S. Die Regierung zu N. berichtet über bie Erwählung ber im §. 7 ber Gemeinde Drbnung gedachten Neben : Burgermeister.

Befchlug vom 30ften Januar 1837.

Entweber hat der zu der zusammengesetzten Gemeinde gehörige Ort, in welchem der Burgermeister nicht wohnt, einen Gemeinderath für sein gesondertes Interesse, alsdann hat sich der Burgermeister den Nebenburgermeister aus den Mitgliedern dieses letzteren unter Zustimmung der Aufsichtsbehörde, nach Maaßgade des §. 62 der Gemde. Ordn. zu wählen, — ober dieses Berhaltniß tritt nicht ein, alsdann ist dem Burgermeister zu überlassen, sich den Neben-burgermeister unter Zustimmung der Aufsichtsbehörde aus den stumzsfähigen Burgern des betreffenden Ortes auszuwählen.

## Bu 6. 8.

Rr. 8308 Pr. d. J. Die Regierung zu N. tragt an auf Genehmigung ber Bilbung eines Burgermeisterbezirkes zwischen ben Gemeinden N. und N.

Befchluß vom 19ten Ceptember 1835.

Da ber Bahl nach, wenn sammtliche Ortsburger zu N. bie Berrichtungen bes Gemeinbe-Ausschuffes behalten (§. 37 ber Gem. Orbn.), und ber Gemeinberath aus ber geringften, und hier hin-langlichen, Bahl von zwei Mitgliedern bestehet (§. 39 baselbst),

es nicht an ben notbigen Perfonen zur Bahl eines Gemeinberatbes und Burgermeiftere mangelt; ba ferner, ber Zauglich feit nach, boch immer eine gum Burgermeifteramte fabige Perfon, ber Schentwirth N., porhanden, und gerabe fur einen folchen Fall im 6. 42 ber Embe. Orbn. bie Dispensation ber Regierung jur Bestellung: von Wirthen jum Burgermeifteramte vorbehalten ift, auch in einer fo fleinen Gemeinde am wenigsten bie Rudfichten eintreten, welche ben Ausschluß ber Wirthe von biesem Umte als Regel erheischen: übrigens auch noch zwei anderen Ortsburgern fo viel Geschick wird zugetrauet, wenigstens ein Berfuch beshalb wird gemacht werben tonnen, um bas Umt als Mitglied bes Gemeinderathes in einer Gemeinde zu verfeben, beren einfache Berwaltung weber schwierige, noch gablreiche Geschäfte berbeiführen wird; ba nicht weniger bie Gemeinde fur bie Folge fo gut die Mittel gur eigenen Gemeindes verwaltung haben wird, als folche bisher vorhanden maren, indem bie neue Gemeindeverfaffung nicht zu einer toftspieligeren Bermals tungeweife Unlaß geben foll und barf: fo bat bie Regierung bie Gemeinde N. fo lange als eigene Gemeinde besteben zu laffen, bis fich burch bie Erfahrung ausweisen follte, bag eine eigene Bemeinbe-Bermaltung, wie folche bie Gembe. Orbn. verlangt, baselbft nicht bestehen tonne.

## 3u §. 9.

Nr. 5188 Pr. d. J. Die Regierung ju N. tragt an-auf Burudweisung der Beschwerbe bes N. N., in Betreff der von dem Stadtrathe zu N. gegen ihn, wegen vermeintlicher Gemeinde-Angehorigkeit erhobenen Unspruche.

## Befchluß vom 13ten September 1837.

Der §. 9 ber Gembe. Ordn. eximirt biejenigen Mitglieber ber Ritterschaft ic., welche ein selbstständiges heimathsrecht auf eigenem wegen Lehens- oder Fideicommis-Berdandes unveräußerlichen Rittersoder Stammgute oder Burgsite haben, von der allgemeinen Berpslichtung für seine Person und Familie in einer Gemeinde ein he ein de im ath brecht zu haben. Der Bedingung dieser Exemtion durch heimathsrecht auf eignem Gute vordezeichneter Urt ist aber nicht die Beschränkung beigefügt, daß die Exemtion lediglich in Rücksicht auf diesenige Gemeinde bestehen soll, zu welcher das Rittergut gehört. Die Exemtion ist mit Vordehalt eines gewissen Versuch das Geseh auf einen Ort beschränkt. Nicht weniger tritt die Exemtion in allen Fällen ein, wo eine Gemeinde-Ungehörigkeit gesehlich gesorbert wird, also namentlich auch in dem Falle des § 13 der Gemde. Ordn., weil das eigenthümliche heimathsrecht der Rittersschaft den Exwerd einer Gemeinde-Ungehörigkeit überschiffig macht,

ber §. 13 ber Gembe. Orbn, aber nur ein Theil ber Borschriften zur Ausführung ber im §. 9 aufgestellten Regel ift.

Die Regierung hat hiernach eine ber Beschwerbe abhelfenbe Berfügung zu erlassen und in beren Folge auch die Beschwerbe wegen ber heranziehung zum Burgergarbebienste zu erlebigen.

Nr. 8911 Pr. b. J. Die Regierung zu N. berichtet in Betreff ber Beschwerbe bes N. N. hinsichtlich ber von bem ic. Stadtrathe gegen ihn wegen vermeintlicher Gemeinde-Angehörigkeit erhobenen Ansprüche.

Befdluß vom 29ften September 1837.

Der Regierung wird eröffnet, daß aus der Entscheidung in dem Beschlusse vom 13ten d. M. (Nr. 5188) sich die Folgerung ergiebt, daß Mitglieder der Nitterschaft mit ihren Familien, welche sich an einem andern Orte aufhalten, als an welchem sie ein selbsteständiges heimathsrecht nach f. 9 der Gemde. Orden. haben (sofern sie nicht freiwillig die Aufnahme zum Bürger oder Beisiger an biesem andern Ausenthaltsorte erworden), gleich anderen solchen Personen zu behandeln sind, welche an letzterem ihren temporaren Ausenthalt nehmen, und daß sich hiernach die gestellten Fragen erledigen.

## Bu §. 10.

Rr. 6674 Pr. b. J. Die Regierung ju N. berichtet wegen Bestimmung bes Wohnrechtes bes Schafers N., bermal zu N.

Befchluß vom 28ften Juli 1835.

Eine Heimath bes ehelichen Baters bes Schäfers N. siehet nicht zu ermitteln, das Heimathrecht, welches seine Mutter durch ihre zweite Heirath erworben hatte, ist auf ihn nicht übergegangen, da nur uneheliche Kinder der Mutter folgen und eheliche nicht das Wohnrecht vom Stiesvater erhalten; die Aufnahme in eine Gemeinde hat N. selbst weder ausdrücklich noch stillschweigend erworben z. Mithin muß nach Vorschrift des S. 8 der Verordnung vom 29sten November 1823 (welcher in Folge des S. 10 der Gemde. Ordn. auch bei zweiselhaftem Heimathsrechte von Personen, welche keine Landstreicher sind, in Anwendung kommt) auf den Ort der Geburt des N. zurückgegangen und demselben N. als Wohnsit angewiesen werden.

## 3 u 6. 14.

Rr. 1873 Kriegs Minist. Pr. Das Ministerium bes Innern communicitt einen Bericht ber Regierung zu N. über die heimathssverhaltnisse ber N. N.

### Befchluß vom 30ften Juni 1837.

Dem Ministerium bes Innern ist ergebenst zu erwiedern, daß die Anwendung bes Sates 1 des §. 14 der Gemde. Ordn. auf diesenigen Orte, wo die im gedachten Berichte genannten Truppensubtheitungen (— nämlich die Schweizer-Leibgarde, die beiden Abtheislungen der Garnisons-Compagnie und das Invaliden-Corps —) ihre Garnison (Standquartier) haben, zweisellos erscheine, indem lettere sämmtlich zum Armee-Corps gehörigen, mithin beren Mannsschaft unter den Begriff von Militärpersonen fällt.

### . Bu §. 24.

Rr. 9306 Pr. b. J. Die Regierung zu N. fragt an, ob bie Gemeinden bei bem, burch ben §. 24 ber Gembe. Ordn. zugelaffenen, besonderen Ginkaufsgelde einen Unterschied zwischen Inlandern und Auslandern statutarisch zu bestimmen berechtigt sepen.

### Befchluß vom 12ten October 1837.

Die Anfrage wird verneint, indem Unterscheidungen zwischen Inlandern und Austandern in Betreff der Bedingnisse zur Aufpnahme in die Gemeinden ausschließlich bei benjenigen Fällen zuzuslassen sind, in welchen die Gembe. Ordn. (§. §. 23 und 28 dersselben) solche vorschreibt.

#### Bu §. 28.

Rr. 10,007 Pr. b. 3. Die Regierung zu N. berichtet über bie Beeibigungen, welche bei Gesuchen um Aufnahme in den Gesmeindeverband zur Nachweisung bes erforderlichen Receptionsversmögens fur nothig erachtet werden.

## Befchluß vom 16ten Darg 1836.

In ben Fallen, wo von einem Auswärtigen, ber um die Aufnahme zum Ortsburger in eine Gemeinde nachsucht, es sey dies
ein nicht der Gemeinde angehörender Inlander oder ein Ausländer,
ter Besit des ersorderlichen schuldenfreien Bermögens nachgewiesen
werden muß (§. 28 der Gemde. Ordn.), und der Gemeinderath
nöthig sindet, daß der Aufzunehmende das schuldenfreie Eigenthum
bes nachgewiesenen Bermögens eidlich erhärte, hat der Ortsvorstand
bei dem Kreisamte dahin anzutragen, daß von letzterem die deshalbige Eides-Abnahme vorgenommen und dem Aufzunehmenden
über die geschehene Eides-Ablegung eine Bescheinigung ertheilt
werde, welche letzterer bei dem Ortsvorstande einzureichen hat.

Auf die von dem Stadtrathe zu N. gegen biefe Berfügung erhobene Klage erfolgte nachstehendes

## Dbergerichts=Decret.

In Betracht,

baß nach Vorschrift ber Gem. Orbn. bie Aufnahme von Auswartigen zu Ortsburgern an bas Erforberniß eines bestimmten Vermögensbesiges geknupft ift,

und es fich baber als eine in bem Oberauffichtsrechte bes Staates in Absicht auf die Gemeinden begrundete Befugnif barftellt, babin ju wirken, daß biefer gefehlichen Borfchrift überall

ein vollständiges Genuge geleiftet merbe,

daß aber von diesem Gesichtspunkte ausgegangen die in Frage stehende Versügung kursurstlichen Ministeriums des Innern, wonach die von dem Gemeinderathe für nothwendig erachtet werdende eidliche Bekräftigung jenes Vermögensbesißes vor dem Kreisamte vorssichgehen soll und welche augenscheinlich einer Umgehung jener gesetzlichen Vorschrift durch Verweisung von dergleichen Solses-Ubnahmen vor eine Staatsbehorde, vorzubeugen beabsichtigt, somit als innershalb der Grenzen des dem Staate in Absicht auf die Gemeinden zustehenden Oberaussichtstechtes sich bewegend, den Stadtrath in seinen Rechten nicht beeinträchtigt,

und hiernach die Klage nach bem eigenen Borbringen bes fla-

genben Theiles als verwerflich fich barftellt;

wird die Klage als rechtlich unbegrundet zuruckgewiesen.

Caffel am 7ten Februar 1837. .

R. S. Dbergericht, Civil = Senat.

#### 'Bu §. 33.

Rr. 9313 Pr. b. 3. Die Regierung zu N. berichtet über bie Buldffigkeit der Forterhebung eines Beifitzergelbes in ben Gemeinden.

Befchluß vom 20ften October 1836.

Der Regierung wird eröffnet, daß der Umstand, das Beisischergelb in der Gemde. Ordn. nicht erwähnt zu sinden, sowenig auf bessen Aushebung schließen läßt, als dieser Schluß von allen anderen localen Einrichtungen gelten kann, welche das Geset in seinen allgemeinen Borschriften nicht berührt, und daß insbesondere die in den einzelnen Städten herkommlichen Abgaben, wie Reals und Personals Geschoß u. dgl., durch die Gemde. Ordn. an sich keine Beränderung erlitten haben. Sbensowenig ist eine solche Aushebung aber auch eine Folge der grundsätlichen Bestimmungen des Gesetzs. Dasselbe enthält nicht, daß die Beisser gleiche kasten, wie die Bürger, zu tragen haben sollten; gegentheils fordert es nur von dem Bürger, dem dagegen auch nur das Recht zur Mitwirkung bei den öffentlichen Angelegenheiten zustehet (§. 20), Bürgergeld

(§. 31). Es schließet seinem Princip nach die Leistung eines Beisitzergeldes nicht aus, und ist ein solches nicht nur fortzuerheben,
wo es bestehet, sondern auch seine Einführung deshalb nicht zu
untersagen, weil die Gembe. Ordn. eine solche nicht zulasse.

## Bu §. 35.

Mr. 2528 Pr. b. J. Die Regierung zu N. berichtet über bie Beschwerbe bes Burgermeisters zu N. hinsichtlich ber Anwendbarkeit bes &. 35 ber Gembe. Orbn. auf die Witwe bes Pfarrers N. aus N. in Beziehung auf beren Aufenthalt zu N.

Befchluß vom 29ften Marg 1836.

Die Regierung hat bem Burgermeifter zu N. bekannt zu machen, bag von Personen, beren Beimatherecht in einer andern Gemeinde nachgewiesen, welche ber Stadt nicht zur gaft gereichen, namentlich feine Unterftutung berfelben bedurfen ober ansprechen, und auch fein, nur von Einwohnern (Burgern ober Beifigern) felbfiftanbig zu betreibendes Geschaft unternehmen, und benen bie polizeiliche Erlaubnig jum Aufenthalte in ber Stadt, nach ben Borfdriften ber Berordnung vom 29ften Rovember 1823 ertheilt worben ift. nicht verlangt werben fann, bas Burger ober Beifiberrecht gu erwerben, inbem ber §. 35 ber Gembe. Orbn. ausbrucklich nur beispiels weise einige Rlaffen bon Personen aufführt, welche Orts = ober Schutgenoffen find, alfo nicht bie Aufzahlung aller hierher gehörigen Personen erschopft, und übrigens nicht zur Ubficht hat, ben blogen Aufenthalt an einem andern, als bem Beimathe orte fur alle nicht genannte Personen auf langere Beit baburch auf= Buheben, daß der Ermerb bes Burger : ober Beifigerrechtes aefor= bert werbe.

#### 3u §. 46.

Rr. 5988 Pr. d. J. Die Regierung zu N. berichtet über die Beschwerde bes N. und N. zu N., wegen angeblicher Ordnungswidrigkeiten bei der Wahl bes basigen Stadtrathes.

Beschluß vom 8ten Juli 1835.

Die Befchwerde wird als unbegrundet jurudgewiefen, ba

1) die gesehlich vorgeschriedene Weise der vermittelst Wahlzettel zu bewirkenden geheimen Abstimmung, welche eingehalten worden, jede Untersuchung darüber, von welchem Wähler die einzelnen Abstimmungen herrühren, ausschließt, auch ferner den wählenden Mitzgliedern des Gemeindes Ausschusses ebensowenig untersagt werden kann, ihren Wahlzettel schon voraus geschrieden mit zur Wahl zu bringen, als auch die Wahlzettel sich voraus von einem Anderen schweiben zu lassen, sofern nur dadurch die geheime Stimmgebung nicht verletzt wird;

- 2) die Wahl ben gesehlichen Vorschriften entsprechend unter ber Auflicht des Ortsvorstandes, der Leitung des Ausschuß Worstehers (der überall nicht verpflichtet wird) und unter der Assiltenz der von der Wahlversammlung bestimmten zwei Wahlgehulfen, Statt gefunden hat;
  - 3) bie Bestimmungen bes §. 39 ber Gembe. Orbn.,

"baß barauf zu feben fen, baß bie Mitglieber bes Gemein= "berathes bereits im Gemeindewesen erfahren fepen",

nicht erforderlich macht, daß lettere Gemeindeamter befleibet haben.

Rr. 9260 Pr. b. J. Die Regierung in N. berichtet über bie Bahl eines Burgermeisters für N., insbesondere bie Frage, ob ein Bahlberechtigter sich selbst in Borschlag bringen könne.

Befchluß vom 13ten October 1837.

Nach §. 46 ber Gembe. Ordn. wird der Ortsvorstand burch geheime Stimmgebung mittelst Wahlzettel gewählt. Diese gesetzlich vorgeschriebene Form der Wahl schließet eine jede Untersuchung darüber, von welchem Wähler die einzelnen Abstimmungen herrühzten, aus, die Wahl ist gultig, wenn diese Form gehörig eingehalzten ist, und wird dadurch nicht verleht, wenn nach der Wahl zufällig bekannt werden sollte, von wem die Stimmen bergerührt haben. Ob daher ein Wähler seine Stimme sich selbst gegeben habe, ist ein für die Gultigkeit der Wahl gleichgültiger Umstand, welchen die Aussichtsbehörde nicht in Betracht zu ziehen hat.

## Bu §. 52.

Rr. 6870 Pr. b. J. Die Regierung zu N. berichtet über bie Berbefferung bes Tarationswesens.

Befchluß vom 18ten August 1835.

Der Regierung wird eröffnet, daß Einleitung getroffen seine Instruction für die Taxatoren ausarbeiten zu lassen und die hierauf bezüglichen Borarbeiten erwartet werden, daß jedoch, dis durch die Ertheilung einer solchen Instruction eine Berbesserung des Taxationswesen werde bewirkt werden können, die Bestellung von Ortstaratoren nicht ausgesetzt bleiben durfe, von welchen die erforsberlichen Schäßungen vorerst auch in der bisherigen Weise vorzusnehmen seinen. Hierzu ergebe der S. 52 der Gemde. Ordn. die nöttige Borschrift, in Folge bessen der Bürgermeister Vorschlag zu thun habe, nöttigenfalls durch die Aussichbehörde zu einem solchen Vorschlage zu veranlassen solch den Gemeinderath im Einverständniß mit dem Gemeinde-Ausschusse, eine besondere Deputation gebildet werde, welcher die Taxationen obliegen und welche

aus Mitgliebern bes Gemeinberathes und, nach vorhandenem Bedurfniffe, weiter noch aus Sachkundigen zu bestehen habe. Den Burgermeistern sey dabei aufzugeben, die Zusammensetzung dieser Deputationen der Aussichtsbehörde anzuzeigen, welche davon der betreffenden Gerichtsbehörde Mittheilung machen werde. Da die Mitglieder des Gemeinderathes eben in dieser Eigenschaft zu Mitgliedern der Deputation für die Schäungen bestimmt wurden; so bedürse es für sie nicht noch einer besonderen Verpslichtung als Xaratoren, sondern diese sein der Verpslichtung zu ihrem Gemeindeamte enthalten. Sofern aber noch Sachkundige außerdem zu dieser Deputation zugezogen wurden, sey deren Verpslichtung durch den Landrath zu bewirken.

## Bu J. 56.

Dbergerichts=Decret

in Sachen bes Stadtrathes zu N., Klägers, gegen ben Staatsanwalt n., Berklagten, wegen Beeintrachtigung ber Rechte ber Stadt in Beziehung auf die Berpflichtung ber ftabtischen Diener.

Die Klage wird,

ba burch die in bem vorgelegten Beschlusse ber Regierung, vom zc. getroffene Unordnung, wonach biejenigen Gemeinbebiener, welche von bem Burgermeifter, als Sulfsbeamten bes Staats, zu poli= zeilichen Berrichtungen gebraucht werben, und benen bie Unzeige von Freveln und Bergeben obliegt, durch ben Landrath gemein= schaftlich mit bem Juftizbeamten in einer Sigung ber gerichtlichen Polizei-Commiffion verpflichtet werben follen, bem flagenden Stabt= rathe nicht unterfagt worben ift, baneben noch eine besondere Berpflichtung jener Diener auf bie Beobachtung ber fonftigen, lebiglich bas städtische Interesse angehenden Obliegenheiten berselben eintreten zu laffen, im Uebrigen aber die Ertheilung von Borschriften über= haupt fur bie Form ber Berpflichtung bes Stadtfecretars und bes Stadtkammerers, welche ben weiteren Gegenftand ber Rlage bilbet. eine Beschwerbe fur ben Rlager barum nicht enthalt, weil bas Auffichtsrecht bes Staates in Abficht auf Die Gemeinden allerdings eine Einwirkung beffelben auf ben Geschäftsgang bei ber Berpflich= tung städtischer Diener rechtfertigt,

als unbegrundet zurückgewiesen.

Caffel am 26ften Januar 1837.

R. S. Dbergericht, Civil = Senat.

Bu §. 57.

Rr. 5194 Pr. b. J. Die Regierung zu N. berichtet über bas Gesuch bes Burgermeisters zu N., um Gestattung bes Fortbezuges

von Gebühren aus der Stadtkaffe von Seiten der Mitglieder der Deputation für das Bauwesen, das Marktwesen und die Feldsund hute : Aussicht daselbft.

Befchluß vom 22ften Juni 1837.

Der G. 57 ber Gembe. Orbn. schließet nur fur bie Regel Ber= gutungen fur bie Mitglieber ber Gemeinbebehorben aus ber Gemeinbe= kaffe aus, und es kann als mit bemfelben unverträglich nicht erachtet werden, bergleichen Bergutungen in folden Fallen paffiren zu laffen, wo einzelne Mitglieber bes Stadtrathes burch die Bestellung gu Deputationen mit Geschäften, welche zur Gemeinbeverwaltung geboren und welche einen ofteren Beitaufwand in Unspruch nehmen, vorzugsweise belaftet merben, und fur biefe Geschäfte nach bestehen= bem ortlichen Berkommen immer eine besondere Remuneration gege= ben worben ift. Da ber Burgermeifter ju N. versichert, bag bie beiben zu den städtischen Deputationen bestellten Stadtrathemitglieder gange Lage im Dienfte ber Stabt gubringen, und bas Rreisamt ben Umfang ber Geschäfte bestätigt, Die Entscheidung über Die Babl ber ju ftabtifchen Deputationen gu bestellenden Stadtrathsmitglieber aber bem Stadtrathe im Einverstandniß mit bem Musschuffe gu überlaffen ift (6. 52 ber Gembe. Ordn.), hierzu auch perfonliche Renntnig ber betreffenden Personen erforberlich ift; fo tann tein Anstand gefunden werben, Die in Rebe ftebenbe Bergutung auch ferner verausgaben ju laffen, wonach bie Regierung bas Geeignete au verfügen bat.



I 19







